S T E N O G R A P H I S C H E S P R O T O K O L L

des

24. ordentlichen Bundesparteitages

der

Österreichischen Volkspartei

in der

Veranstaltungshalle

Baden bei Wien

am 13. und 14. Oktober 1983

1. T a g

Seite

Abgeordneter zum Nationalrat Kurt Bergmann 23 Landtagsabgeordneter Präsident Bertram Jäger 27 3. Rechenschaftsberichte a) Bericht des Bundesparteiobmannes b) Bericht des Generalsekretärs c) Bericht des Bundesfinanzreferenten d) Bericht der Bundesfinanzprüfer e) Bericht des Bundeskontrollausschusses f) Diskussion und Beschlußfassung Vorsitzender Dr. Krainer 30 Generalsekretär Dr. Graff 30 Bundesfinanzreferent Dr. Rudolf Gruber 42 Finanzprüfer Dkfm. Dr. Wolfgang Feyl 44 Landtagsabgeordnete Dr. Marilies Flemming 45 Bundesrat Rudolf Sommer 48 Landtagsabgeordnete Ingrid Korosec 52

4.	Wa	<u>hlen</u>		
	<u>a)</u>	Wahl des Bundesparteiobmannes		
	<u>b)</u>	Wahl der Bundesparteiobmannstellvertreter		
	<u>c)</u>	Wahl des Generalsekretärs		
	<u>d)</u>	Wahl des Bundesfinanzreferenten		
	<u>e)</u>	Wahl von 40 weiteren Mitgliedern der		
		Bundesparteileitung		
	f)	Wahl des Bundesfinanzprüfer, des Bundes-		
		kontrollausschusses und des Bundes-		
		parteigerichtes		
		Vorsitzender Robert Graf	5.7	ff.
		Landeshauptmann Eduard Wallnöfer	58	
		Bundesparteiobmann Dr. Mock	63	ff.
		Abgeordneter zum Nationalrat Othmar Karas .	67	
		Dr. Graff	70	
		Franz Stiglitz	71	
		Walter Heinzinger	72	
		Generalsekretär Dr. Graff	74	
		Mag. Paul Mychalewicz	74	
		Franz Stiglitz	76	
		Dr. Reinhold Lopatka	76	
		Dr. Ernst Brandstätter	78	
		Dr. Marilies Flemming	78	
		Ing. Alois Derfler	79	
		Ing. Johann Gassner	79	

Seite

DDr. Rudolf Grohotolsky	80
Fritz Hahn	80
Herta Haider	80
Dr. Wilfried Haslauer	80
Dr. Josef Höchtl	81
Dr. Hans Katschthaler	81
Dr. Herbert Keßler	82
Stefan Knafl	82
Dr. Herbert Kohlmaier	82
Dr. Josef Krainer	82
Dr. Ingrid Korosec	83
Mag. Siegfried Ludwig	83
Ing. Wilhelm Mohaupt	83
Gerhard Possart	84
Klaus Reidl	84
DiplIng. Josef Riegler	84
Ottilie Rochus	85
Hans Schumy	85
Franz Stocker	85
DiplIng. Rudolf Strasser	86
Ing. Rudolf Sallinger	86
Dr. Wolfgang Schüssel	86
Ingrid Tichy-Schreder	86

			Seite	3
		Eduard Wallnöfer	87	
		Dr. Hermann Withalm	87	
		Vorsitzender Dr. Josef Ratzenböck	90	
5.	"F	ür Niederösterreich - für Österreich"		
	Vo	rsitzender Dr. Ratzenböck	90	ff.
	La	ndeshauptmann Mag. Siegfried Ludwig	90	
6.	" D	olitik und Lebensgefühl"		
0.				
	<u>a)</u>	Präsentation des 1. Entwurfes des Zu-		
		kunftsmanifestes		
	<u>b)</u>	Diskussion an 150 Tischen		
	<u>c)</u>	Zusammenfassung		
		Vorsitzender Dr. Ratzenböck	101	ff.
		Landtagsabgeordneter UnivProf.		
		Dr. Bernd Schilcher	102	ff.
		Dr. Karl Pisa	112	
		Landtagsabgeordneter Hubert Schwab	114	
		Landtagsabgeordnete Universitätsdozent		
		Dr. Irene Dyk	115	
		Vizekanzler a.D. Dr. Hermann Withalm	118	
		Ella Fässler	120	
		Dr. Rudolf Bretschneider	121	
		Prof Potor Kampita	1 2 /	

0

() ()

			Seit	е
		Bürgermeister Leopold Guggenberger	127	
		Mag. Maria Schenk	130	
		Landtagsabgeordneter Rektor Prof.		
		Dr. Manfred Welan	132	
		Landtagsabgeordneter Erich Pöltl	134	
		Elfriede Haselwanter	136	
		Landtagsabgeordnete Dr. Lindi Kálnoky	137	
		Dr. Lujo Tončić-Sorinj	138	
		Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Felix		
		Ermacora	142	
		Dr. Johann Farnleitner	144	
		DiplIng. Alfred Wahl	146	
		Julian Eiter	148	
		Gottfried Zach	150	
		Abgeordneter zum Nationalrat DiplIng. Hans	}	
		Georg Fuchs	153	
		Vizebürgermeister Dr. Erhard Busek	155	
7.	An	träge		
	a)	Bericht der Antragsprüfungskommission		
	b)	Diskussion und Beschlußfassung		
		Vorsitzender Dr. Haslauer	174	ff
		Berichterstatter Dr. Michael Graff	174	ff
		Landtagsabgeordnete Maria Hampel-Fuchs	177	
		Abgeordneter zum Nationalrat Othmar Karas	182	

	Selte
Landesrat DiplIng. Mayr-Melnhof	191
Landtagsabgeordnete Helga Lusetzky	194
Dr. Wilhelm Stoiber	198
Gottfried Zach	199
Landeshauptmann-Stellvertreter Stefan	
Knafl	202
Mag. Paul Mychalewicz	205
Dr. Otto Gumpinger	207
Abgeordneter zum Nationalrat Anton	
Wimmersberger	209
Johannes Naderhirn	211
Dr. Alexander Demblin	213
Unterbrechung der Beratungen	219 bis 400

Inbslz

II. Tag: Die Zukunft der

Sozialen Marktwirtschaft

			Seite
	Wj.	ederaufnahme der Beratungen	404
	Ве	grüßungsansprachen	
	An	ders Sjaastadt	402
	Dr	. Thomas Jansen	405
	Ur	sula Schleicher	414
8	Di	e Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft	
	e)	Referat des Bundesministers der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland Dr. Gerhard Stoltenberg	416
	b)	Wirtschaftspolitische Debatte	
		MAbg. Robert Graf	442
		Diskussion	
		WAbg. Ing. Rudolf Sallinger	448
		LAbg. Bertram Jäger	457
		MAbg. Dr. Josef Paus	404
		MAbg. lugrid Tiony-Schreder	474

6.	Abg. DiplIng. Josef Riegler	484
	Abg. Dr. Wolfgang Schüssel	485
*** {	WAbg. Ing. Johann Gassner	490
ī	WAbg. DiplIng. Hans Georg Fucus	497
1	Wabg. Welter Heinzinger	50,2
1	Abg. Dkfm. Wilhelm Gorbon	504
Ī	Dr. Günther Ofuer	507
I	Ing. Erich Mauß	509
1	Dr. Klaus Wejwoda	500
Ι	LAbg. Franz Leitenbauer	512
c) I	Beschlüsse	
Ņ	Vorsitzender Dr. Keßler	515
D: -	OUT - Jacob Sin Software in	
	ÖVP - Besser für Österreich desparteiobmann Dr. Alois Mock	5,40
Vors	sitzender Dr. Keßler	フラフ
10. Bund	deshymne	
Schl	luß des Bundesparteitages	540

24. Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei unter dem Motto

"Die ÖVP. Besser für Österreich."

Donnerstag, 13. Oktober 1983

1. Tag: "Politik und Lebensgefühl"

Unter den Klängen des Eröffnungsmarsches und dem Beifall der Anwesenden ziehen, mit Bundesparteiobmann Dr. Alois
Mock an der Spitze, das Tagungspräsidium sowie der Bundesparteivorstand um 10.10 Uhr in den Saal ein und nehmen auf
der Estrade Platz.

Beginn der Beratungen: 10 Uhr 10 Minuten

1. Eröffnung und Begrüßung

Bundesparteiobmann Dr. Alois Mock: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich eröffne den 24. Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei.

Mein Gruß gilt allen Delegierten und Gästen dieses Bundesparteitages in Baden bei Wien.

Mein Gruß gilt den besonders zahlreich anwesenden Vertretern des Diplomatischen Corps. (Beifall.)

Ich begrüße die Vertreter der in- und ausländischen Medien.

(Beifall.) Für alle, liebe Freunde, die die Österreichische

Volkspartei so groß gemacht haben und zu den großen Männern unserer Republik gehören, darf ich stellvertretend Altbundeskanzler

Dr. Josef Klaus sehr herzlich willkommen heißen. (Beifall.)

Liebe Freunde! Ich freue mich besonders über die Anwesenheit so vieler junger Delegierter und Gäste bei diesem Bundesparteitag. Auch das ist ein Beweis, daß wir eine lebendige, zukunftsorientierte Partei sind. (Beifall.)

Totenehrung

Bundesparteiobmann Dr. Mock: Aber gerade aus diesem Grunde dürfen wir nicht auf jene vergessen, die vor uns für diese Volkspartei und für Österreich gearbeitet, sich mit ihr gefreut und mit ihr auch manche Enttäuschung getragen haben. Für Christ-Demokraten bedeutet der Tod all jener, die von uns gegangen sind, nicht ein Gang in das Nichts, sondern ein Gang zum Vater. Sie haben zwar die Welt verlassen, leben jedoch für uns weiter. Ich bitte euch, zum Zeichen der Trauer, zum Zeichen des Dankes und

des Gedenkens euch von euren Plätzen zu erheben. (Während getragene Musik erklingt, gedenken die Anwesenden im abgedunkelten Saal, auf der Großleinwand das Symbol des Gekreuzigten und brennender Kerzen, der Verstorbenen.)

Ich danke euch für diese Trauerkundgebung.

Ich bitte nun den Hausherrn und Bürgermeister der Stadt Baden, Herrn Landtagsabgeordneten Viktor Wallner, einige Worte zu uns zu sprechen.

Prof. Mag. Viktor Wallner: Hohes Präsidium!

Hoher Bundesparteitag! Erlauben Sie mir bitte, daß ich Ihnen einen herzlichen Gruß entbiete und diesen Gruß, stellvertretend für Sie alle, zwei Persönlichkeiten entgegenbringe: das ist der Herr Bundesparteiobmann und der Herr Landeshauptmann von Niederösterreich. (Beifall und Hoch-Rufe.) Ich tue dies als Stadtparteiobmann der ÖVP, ich tue dies stellvertretend für den Hauptbezirk und Bezirk, auch im Namen des Hauptbezirksparteiobmannes, Bundesratsvorsitzenden Univ.-Prof. Dr. Schambeck, und ich tue das vor allem als Bürgermeister.

Liebe Freunde! Wir sind in einer ÖVP-Stadt. (Beifall.) Diese Stadt hat bereits in den Jahren 1848 und 1849 den Beinamen "Schwarzgelbowitz" erhalten, weil sie ein Refugium der sogenannten Gutgesinnten war, die sich damals aus Wien zurückgezogen haben. Das Geld hat sich mittlerweile verbraucht, meine Damen und Herren, das Schwarz ist umso intensiver geblieben. (Beifall.) Wir haben eine Zweidrittelmehrheit, und zwar inmitten eines Roten Meeres. Denn das Tertiärmeer, welches einmal das Wiener Becken bedeckt hat, muß ein Rotes Meer gewesen sein, sonst

hätten nicht so viele Korallenstöcke roter Art angeufert werden können, die heute noch hier existieren. (Heiterkeit.)

Wir sind eine kleine Stadt, meine lieben Freunde, wir sind aber nicht kleinstädtisch. Dennoch ist der Besuch einer so großen Familie verbunden damit, daß eine gewisse Enge entstehen muß. Und ich bitte Sie um Ihre freundschaftliche Subsidiarität, das einzusehen. Es war daher notwendig, daß zwei Magier am Werk waren, und ihr Ergebnis sehen Sie vor sich: das ist das Werk der Magier Dr. Jurka und Wolfram Marboe. (Beifall.) Eine echt österreichische Mischung aus dem Zelt des Kara Mustafa, das Sie vorne begrüßt hat, aus einer komplizierten Science fiction-Elektrik, die Ihnen noch allerhand vorspielen wird, und einer großmütterlich biedermeierlichen Tischbeleuchtung, über die Sie nicht zu verzweifeln brauchen, denn es wird in diesem Saal auch zeitweise heller werden.

Der Genius loci ist für diese Veranstaltung gut gewählt, liebe Freunde. Wenn nämlich Beethoven hier Einfälle für seine "Neunte" und die "Missa solemnis" gehabt hat, wenn Grillparzer hier das "Goldene Vlies" konzipiert hat und wenn Mozart hier sein "Ave verum" komponiert hat, dann muß uns eigentlich auch etwas Gutes einfallen. Es scheint mir ein gutes Omen zu sein, sie alle aufzuführen, wenn wir das "Zukunftsmanifest" der Österreichischen Volkspartei in diesem Rahmen darbieten wollen. (Beifall.)

Freilich muß ich Sie bitten, ohne Sie von der Veranstaltung entfernen zu wollen, auch einmal einen Blick in die Stadt zu machen. Denn Baden besteht nicht nur aus dem Frachtenbahnhof,

der Remise, dem Krankenhaus und der Veranstaltungshalle, sondern es ist die größte Kurstadt Niederösterreichs mit rund 650.000 Nächtigungen, und wir haben auch etwas Menschlicheres zu bieten, als wir hier sehen.

Ein großer Augenblick, meine Damen und Herren, braucht immer Symbole. Lassen Sie mich in Bescheidenheit einige Symbole der Kleinen anbieten, bei denen Sie heute sind. Wir sagen:
"Die ÖVP. Besser für Österreich." Dieser Slogan hat uns in Niederösterreich und in Baden seit dem Jahre 1945 bewegt, weil wir seit dieser Zeit die Verantwortung tragen und auch nachgewiesen haben, daß wir besser für Baden sind und daß wir besser für Niederösterreich sind. (Beifall.)

Ich möchte Ihnen in einem Schlagwort die Gründe und die Grundsätze anbieten, die möglicherweise auch für uns alle maßgebend sind und die uns hier beseelt haben und noch beseelen.
Sie können sie alle aus dem Deutschunterricht noch rekonstruieren, wenn Sie ordentlich aufgepaßt haben.

Der erste Grundsatz stammt von Christian Fürchtegott Gellert und steht in dem Gedicht "Der grüne Esel". Ein alter Grieche besitzt einen Esel, ein Grautier, wie tausend andere in der Stadt, er fällt nicht auf, wie ein Volkswagen heute nicht auffällt.

Damit der Esel auffällt, streicht der Grieche ihn grün an und - zu meinem größten Mißfallen - markiert er ihm auch noch vier rote Beine - die wollen wir heute streichen -, und plötzlich ist dieser graue Esel die große Sensation der Stadt.

Davon habe ich und haben wir viel gelernt. Das dient uns dazu, bei jeder Neuigkeit nachzusehen, ob sich dahinter nicht

ein "altes Grautier" verbirgt und wir von der Neuigkeit nicht überrascht zu sein brauchen. Das dient uns aber auch dazu, gute Dinge, die wir für wertvoll halten, zu aktualisieren und "grün" anzubieten. Das ist eine progressive Tradition, die das Modernste ist, was es überhaupt an "Grünem" gibt. Vergleichbar nur mit einer Männerhose, meine Damen und Herren, die, hebt man sie lange genug auf, immer wieder modern wird, weil sie sich nur unten in der Breite unterscheidet.

Das zweite stammt aus der Komödie "Minna von Barnhelm".

Dort gibt es einen Wachtmeister, Werner heißt er. Dieser verkauft seinen Gutshof und soll sich nun um das Geld eine Generalsstelle in Persien kaufen. Da sagt er sehr gescheit:

Ich bin ein leidlich guter Wachtmeister, werde ein schlechter Rittmeister und ein noch viel schlechterer General sein.

Da wir uns das als Funktionärskritik zum Ziel gesetzt haben, gibt es bei uns sehr gute Besetzungen der mittleren Posten, und es wird verhindert, daß Leute in die oberen Positionen kommen, die diesen nicht gewachsen sind.

Der dritte Grundsatz stammt von Wittgenstein. Wir hatten ein Symposium in Niederösterreich, wo ich den Landeshauptmann oft vertreten habe. Ich habe trotz eifrigen Studiums Wittgenstein nicht verstanden, wie fast niemand auf der Welt. Aber zwei Grundsätze hat er uns gesagt, die ich Ihnen heute anbiete, weil sie für uns gültig sind. Der eine heißt: Worüber man nicht sprechen kann, darüber muß man schweigen. Und der zweite heißt: Was aber gesagt werden kann, das muß und kann klar gesagt werden.

Wenn wir uns an diese Grundsätze hielten, würden wir zwar eine neue Redeanweisung für Politiker schaffen müssen, aber es geschähe vieles nicht, was geschieht und bei uns nicht geschehen ist.

Der vierte Grundsatz stammt von einem Preußen, der uns viel zu schaffen gemacht hat und es daher wissen muß, nämlich von Friedrich II. Er sagte: Ein guter Feldherr braucht nicht nur Talent, er braucht auch fortune.

Darum haben wir eine Spielbank in Baden eingerichtet, und ich empfehle Ihnen, diesen Grundsatz als eine politische Leitlinie zu nehmen. Ein Politiker, der nur Talent und keine fortune hat, wird es zu nichts bringen.

Der fünfte und letzte Grundsatz stammt von einem bedeutenden österreichischen Dichter namens Musil. In dem Buch "Mann ohne Eigenschaften" sagt er, daß jeder Mensch wenigstens neun Charaktere hat. Aber der wichtigste Charakter ist sein zehnter. Er setzt ihn nämlich in die Lage, alles das nicht ernst zu nehmen, was seine neun sonstigen Charaktere machen.

Da kommen wir zum menschlichen Bereich zurück, und der ist heute der wichtigste. Was Sie alles hier lesen, was Sie alles empfinden werden, was bei der Vorstellung des "Zukunftsmanifestes" sein wird, das ist nichts anderes als eine neue Gewinnung des Menschlichen. Das ist der Inhalt unserer Zukunft: die neue Gewinnung des Menschlichen innerhalb unserer Partei und mit unserer Partei.

Wir haben einen guten Ort dazu ausgewählt. Denn der Bezirk Baden hat zwei Merkwürdigkeiten, die man nur so erklären kann, daß sie von Herzmanovsky-Orlando oder von Jörg Mauthe oder von Peter Marginter stammen könnten. Wir haben zwei Orte mit Einfahrtstafeln. Auf der Einfahrtstafel von Tattendorf steht: Trink dich gesund mit Tattendorfer Rotwein! Eine kolossale Ankündigung. Und die andere lautet - sie steht bei uns -: Baden ist immer ein Gewinn!

Ich wünsche Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß Sie persönlich diesen Gewinn haben, und ich wünsche unserer Österreichischen Volkspartei, daß sie diesen Gewinn in dem reichen Ausmaß einheimsen kann, den sie verdient. (Beifall.)

Bundesparteiobmann Dr. Mock: Liebe Freunde! Hofrat
Wallner hat wieder einmal bewiesen, daß er eine Persönlichkeit
der Politik und darüber hinaus in einem ganz besonderen Ausmaß
auch eine Persönlichkeit der Kultur ist und vor allem ein
erfolgreicher Bürgermeister. Wir danken dir für deine Worte,
für deinen Willkommensgruß und vor allem für die Gastfreundschaft
deiner Stadt Baden.

Liebe Freunde! Bevor ich nun dem Landeshauptmann von Niederösterreich das Wort gebe, möchte ich auch zum Tagungsland einige Bemerkungen machen.

Wir sind mit unserem 24. Bundesparteitag sehr bewußt nach Niederösterreich gegangen, in ein Bundesland, in dem Frauen und Männer der Volkspartei seit 38 Jahren erfolgreiche Politik für die Menschen dieses Landes machen. Hier waren ein Reiter, ein Steinböck, ein Hartmann, ein Figl, ein Maurer am Werk, um aufzubauen und nach einer besonders harten Zeit im Krieg, nach einer besonders harten Besatzung ein blühendes Land zu schaffen.

Hier ist ein Siegfried Ludwig am Werk, den enormen Strukturwandel in allen Bereichen trotz der Auswirkungen der Bundespolitik wirtschaftlich, sozial und kulturell zu bewältigen. Am kommenden Sonntag stellt sich Siegfried Ludwig erstmals den Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern zur Wahl. Den Sozialisten waren die Erfolge der niederösterreichischen Volkspartei immer ein besonderer Dorn im Auge, vor allem auch seit es bei ihnen im Bund und in der Stadt Wien abwärts geht. Wir waren auch auf allerhand gefaßt in diesem Landtagswahlkampf. Was jedoch in den letzten Tagen geschah, übertraf unsere Vorstellungen bei weitem. Ein Instrument der unabhängigen Justiz wird dazu mißbraucht, um einen politisch Andersdenkenden und dadurch eine politische Partei bei einer demokratischen Wahl auszuschalten. Die Empörung über den Mißbrauch der Justiz durch die Parteipolitik in unserem Lande ist allgemein. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Für diese Ungeheuerlichkeit eines parteiischen Justizministers gibt es eigentlich nur die Antwort des Wählers. Und
ich hoffe, lieber Sigi, deine und meine Landsleute werden am
Sonntag mit den Herren Ofner und Grünzweig niederösterreichisch
reden. (Neuerlicher lebhafter Beifall.)

Liebe Freunde! Vergessen wir eines nicht: Die Trennung von Justiz und Verwaltung ist ein Fundament des Rechtsstaates. Wer die Unabhängigkeit der Justiz in Frage stellt, rüttelt an den wesentlichen Elementen unserer Demokratie. Und das läßt sich eine Volkspartei, deren Männer nicht nur mit Worten, sondern persönlich für die Demokratie eingetreten sind, nicht gefallen.

Ich möchte das mit aller Deutlichkeit hier feststellen! (Beifall.)

Dir, lieber Sigi, wünsche ich, obwohl es unmenschlich ist, was hier geschieht, die Unterstützung aller rechtschaffenden Bürger dieses Landes und für die letzten beiden Tage viel Kraft und Erfolg. Wir stehen geschlossen hinter dir.

Und noch eines: Auch wenn du am Sonntag siegen wirst, die Akten über diesen Fall einer Politjustiz werden im Interesse der österreichischen Demokratie nicht geschlossen werden.

(Anhaltender lebhafter Beifall.)

Landeshauptmann Siegfried Ludwig: Sehr geehrter
Herr Bundesparteiobmann! Hoher Bundesparteitag! Meine sehr
verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Herzlich willkommen in Niederösterreich, dem Kernland der Österreichischen
Volkspartei! Der 24. Bundesparteitag ist der erste, der auf niederösterreichischem Boden stattfindet. Erst dem vierten Bundesparteiobmann, der aus Niederösterreich kommt, unserem Freund
Alois Mock, ist es gelungen, eine niederösterreichische Stadt
als Tagungsort für das höchste Gremium der Partei auszuwählen.
Die Entscheidung der Bundesparteileitung wurde sicher dadurch
erleichtert, daß nur wenige Tage, ja Stunden nach diesem Bundesparteitag in unserem Bundesland die bedeutendste Landtagswahl
seit 1945 stattfindet.

Sie alle wissen: Von den 56 im Landtag zu vergebenden Mandaten besetzt die Österreichische Volkspartei 29 und die Sozialistische Partei 27. Nur 38.000 Stimmen trennen uns. Das heißt, der Verlust von 19.000 Stimmen und eines Mandates bewirkt, daß auch

das dritte Bundesland im Osten Österreichs sozialistisch wird. Mehr als eine Million Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher, genau 1,142.964, entscheiden am 16. Oktober über mehr als über die Zusammensetzung des Landtages in den nächsten fünf Jahren. Deshalb freuen wir uns über die Solidarisierung der gesamten Volkspartei mit der niederösterreichischen Landesorganisation.

Daß wir Ihnen, meine lieben Parteifreunde, angesichts der Entwicklung in den letzten Tagen ganz besonders dankbar sind, werden Sie verstehen. Ich scheue mich nicht, es offen auszusprechen: Noch niemals wurde die Justiz in derart schamloser Weise für rein parteipolitische Zwecke mißbraucht, wie dies in Niederösterreich jetzt geschehen ist. (Lebhafter Beifall.) Daß ich persönlich der Hauptleidtragende bin und meine persönliche Ehre in einer Art und Weise, wie dies kaum einem Staatsbürger geschah, in den Schmutz gezogen wird, trifft mich menschlich sicher schwer. Ich kann allen versichern, daß ich ein reines Gewissen habe. (Beifall.) Viele Behauptungen, die gerade jetzt im Raum stehen, habe ich bereits eindeutig auch gerichtlich widerlegt. Auch alle anderen kann ich jederzeit aufklären, nur hat mich bis zur Stunde niemand gefragt, und die konkreten Vorwürfe sind mir auch nicht bekannt. Einmal liest man von einer Briefkopie, ein anderes Mal werden wieder andere Vorwürfe erhoben.

Meine lieben Parteifreunde! Der 24. Bundesparteitag findet zu einem Zeitpunkt statt, da immer mehr Menschen in unserem Land zur Erkenntnis kommen, daß der sozialistische Weg kein österreichischer Weg ist und daß die bessere Alternative für unser Land Volkspartei heißt. Nutzen wir die vor uns liegenden eineinhalb Tage, dies der Bevölkerung unseres Landes noch deutlicher bewußt zu machen, als dies bisher geschehen ist.

Die Rahmenveranstaltungen, die dem Bundesparteitag vorangegangen sind, haben bereits avisiert, was die Beratungen in Baden bestätigen sollen und bestätigen werden, nämlich daß sich die Volkspartei der Anliegen der Österreicherinnen und Österreicher echt annimmt, daß die ÖVP besser für Österreich ist. Ich danke Ihnen, meine lieben Parteifreunde, daß Sie in so großer Zahl nach Baden gekommen sind. Ich hoffe, daß Sie in dieser wunderbaren Stadt einen guten Aufenthalt haben. Vor allem aber wünsche ich uns allen einen guten Verlauf des Bundesparteitages und daß möglichst viele Niederösterreicher schon am kommenden Sonntag zu unserem Wollen, zu unserem Programm, zur Österreichischen Volkspartei ein deutliches und vernehmliches Ja sagen. (Anhaltender Beifall.)

Bundesparteiobmann Dr. Mock: Hoher Bundesparteitag! Liebe Freunde! Dieser 24. Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei markiert den Eintritt der Österreichischen Volkspartei in einen neuen Abschnitt ihres politischen Wirkens. Was sind die neuen, durch das Jahr 1983 geschaffenen Tatsachen?

Erstens: Wir waren die Sieger der Nationalratswahl vom

24. April, denn wir haben nach 13 Jahren sozialistischer Mehrheit die absolute Mehrheit der SPÖ gebrochen. (Beifall.) Wir
haben die Ära Kreisky beendet (Beifall und Bravo!-Rufe), freilich
nur was die Person des Bundeskanzlers und Parteivorsitzenden der

SPÖ betrifft, nicht was die Politik anbelangt. Hier wird der sozialistische Weg fortgesetzt, der schon lange kein österreichischer Weg mehr ist.

Zweitens: Die sozialistische Alleinregierung wurde von einer sozialistischen Koalitionsregierung abgelöst. Die Qualität des Regierens hat sich dadurch nicht verbessert. Vorher wurde von Dr. Kreisky sozialistisch regiert, verbrämt durch manche nichtsozialistische Aussage und Persönlichkeit. Jetzt hat man den Eindruck, es wird nicht regiert. Unsere Bevölkerung wird für die weiterhin von Sozialisten bestimmte Politik auch im Jahr 1984 einen dreimal höheren Preis bezahlen müssen: höhere Steuern, höhere Arbeitslosenzahlen und eine höhere Inflationsrate.

Drittens: Die stärker gewordene Volkspartei ist nunmehr die einzige parlamentarische Opposition, die der sozialistischen Koalitionsregierung gegenübersteht. Das erhöht, liebe Freunde, die Anforderungen an die Qualität unserer Politik. Wir sind nunmehr die einzigen, die den von dieser Regierung belasteten, zu neuen Opfern gezwungenen und in ihrer Not sooft allein gelassenen Bürgern zur Seite stehen, der Empörung der Bürger, aber auch ihrer Hoffnung auf eine andere, bessere Politik Ausdruck verleihen müssen. Wir sollten diese Aufgabe bitter ernst nehmen. (Beifall.)

Vorgestern versprach man, durch Verwirklichung des Sozialismus Arbeitsplätze zu sichern. Gestern versprach man, durch höhere Schulden Arbeitsplätze zu garantieren. Heute verspricht man, sie durch höhere Steuern oder weniger Arbeit für gleichen

Lohn zu halten. So werden die Probleme nicht gelöst werden, sondern nur angehäuft werden.

Liebe Freunde! Wenn es in diesen Tagen nun den Anschein hat, als ob es uns die SPÖ durch die unbewältigte Vergangenheit der Ära Kreisky - Androsch und durch die unbewältigte Gegenwart der Regierung Sinowatz - Steger leicht machen würde, so ist das in meinen Augen kein Grund, es uns leicht zu machen. Wer es sich in der Politik leicht macht, der wird nicht ernst genommen, hat keinen Erfolg und hat auch keinen moralischen Anspruch auf ein politisches Amt. Daher soll dies ein Parteitag der Kontinuität und des Aufbruchs werden. Kontinuität bedeutet die Fortführung unserer bürgernahen Politik, die uns am 24. April neues Vertrauen gebracht hat. Kontinuität bedeutet ein klares Bekenntnis zu unserer grundsatzpolitischen Position, wonach der Mensch zur Freiheit, zur Verantwortung und sozialen Gerechtigkeit, zur Würde bestimmt ist, wonach der Mensch unveräußerliche Rechte und Pflichten hat, die ihm von keinem Staat, von keiner Partei gegeben sind und ihm von keinem Staat, von keiner Partei genommen werden können, unverteilbar und unverzichtbar sind.

Liebe Freunde! Ohne klare Wertvorstellungen gibt es langfristig keine erfolgreiche Politik. Und eine erfolgreiche Politik verlangt, so wie es hier links oben steht (Redner weist auf die Seitenwand des Saales), daß die Menschen wissen und spüren, woher wir kommen, was wir wollen und wohin wir gehen. Das bedeutet Kontinuität dieses Parteitags. Aufbruch bedeutet, liebe Freunde, daß wir von der Österreichischen Volkspartei, wo immer wir vom Wähler dazu berufen
werden, mitarbeiten im Interesse unseres gemeinsamen Vaterlandes,
daß wir aber darüber hinaus in unserer Politik auch an die Zukunft denken, daß wir uns auf neue Probleme einstellen: auf den
Schutz unserer natürlichen Umwelt, auf die Sicherung des Friedens, auf die Veränderung unserer Arbeitswelt, auf die neue
Herausforderung für unsere Familien.

Aufbruch bedeutet, liebe Freunde, daß wir die Chance wahrnehmen, nicht nur von den uns treuen Wählern aus dem Bereich
der Bauernschaft, der Gewerbetreibenden, der Arbeiter und Angestellten weiterhin das Vertrauen zu bekommen, sondern auch in neue
Schichten der Arbeitnehmer einzubrechen, weil sie immer mehr
sehen, daß die sozialistische Regierung nicht in der Lage ist,
unsere Wirtschaft zu modernisieren und die Arbeitsplätze zu
sichern. (Zustimmung.)

Es mag ja der eine oder andere denken: Na ja, so nach

13 Jahren, die Opposition ist eigentlich gar nicht so schlimm.

In sechs Bundesländern einschließlich Niederösterreich, das
nächsten Sonntag wählt, in zwei wichtigen Interessenvertretungen,
in vielen Gemeinden gibt es eine klare Führungsrolle der
Österreichischen Volkspartei. Na und im Augenblick für die
Regierungspolitik nicht verantwortlich zu sein, das bitte bringt
auch gelegentlich Vorteile.

Aber, meine lieben Freunde, wir müssen an Österreich denken. Wir müssen doch fragen: Was ist inzwischen aus unserem Lande geworden, aus unserer Wirtschaft, aus vielen bekannten und

noch mehr unbekannten Betrieben, die in größten Schwierigkeiten sind? Was ist aus unserer Sozialversicherung geworden, nicht zuletzt aus der Glaubwürdigkeit der Politik? - Das alles sind doch Folgen einer Bundespolitik, die wir seit 13 Jahren nicht mitbestimmen konnten. Wie lange kann es so noch weitergehen! Eine durch Sinowatz - Steger über das Ende dieser Gesetzgebungsperiode hinaus verlängerte Ära Kreisky würde Österreich nicht mehr aushalten. (Zustimmung.)

Deshalb dürfen wir uns nicht aufs Zuschauen beschränken, dürfen wir auch nicht verzichten, uns selbstkritisch unter die Lupe zu nehmen. Jede politische Partei muß immer wieder zu einer selbstkritischen Haltung fähig sein. Wir müssen daher immer wieder nachdenken, wie wir es besser machen können, wo es zuviel Routine gibt, wo der menschliche Gehalt in der Politik im betriebsamen Alltag der Politik verschwunden ist. Wir müssen Politik mit Hirn und mit Herz machen! Wo gibt es neue Bedürfnisse und Erwartungen der Bürger dieses Landes? Wo müssen wir neue Entwicklungen und Tendenzen rechtzeitig aufspüren? Wir dürfen angesichts der Kraftlosigkeit der sozialistischen Koalitionsregierung nicht den Eindruck machen, wir laufen den Problemen hinterher, sondern, wir denken über die Probleme nach und lösen sie, bevor sie mit ihren oft auch negativen Auswirkungen die Menschen erreichen.

Ich will durch diesen Kurs der Kontinuität und des Aufbruchs und der noch größeren Offenheit neues Vertrauen für die Volkspartei, um, meine Damen und Herren, bei den nächsten Nationalratswahlen die mehrheitliche Verantwortung für dieses Land zu übernehmen. (Beifall.)

Wir alle spüren und spüren es täglich, daß die Menschen in unserem Lande Angst und Sorge haben: um den Arbeitsplatz, um die Pensionen, um die Zukunft der Kinder, um die Welt, um die Gesundheit. Professionelle Angstmacher und Pessimisten tun das Ihre dazu.

Wir, meine Freunde, wissen, daß nicht alles machbar ist.
Wir wissen aber auch, wozu unser Land und unsere Mitbürger fähig sind, wenn sie Kraft aus Optimismus und Hoffnung schöpfen. Die Volkspartei hat das einmal schon in den Nachkriegsjahren bewiesen. Wir müssen es auch in den schwierigen achtziger Jahren beweisen. Was wir nach zwei Kriegen zustande gebracht haben, muß uns auch heute gelingen: mit einer anderen Art der Politik, mit einem anderen Stil der politischen Verantwortung, der Korrektheit und der Ehrlichkeit den Menschen wieder Hoffnung zu geben. Wir haben die Aufgabe und den Auftrag, in Österreich eine historische Wende herbeizuführen. Nützen wir die Chance! Gehen wir mit dem 24. Bundesparteitag einen großen Schritt weiter in die richtige Richtung! (Beifall.)

- 2. Geschäftsordnungsmäßige Beschlüsse
- a) Feststellung der Beschlußfähigkeit
- b) Genehmigung der Geschäftsordnung
 - c) Genehmigung der Tagesordnung
 - d) Wahl des Tagungspräsidiums
 - e) Bestätigung der Kommissionen
 - Mandatsprüfungskommission
 - Antragskommission
 - Wahlkommission

Vorsitzender Dr. Mock: Liebe Freunde! Wir kommen damit zu Punkt 2 der Tagesordnung "Geschäftsordnungsmäßige Beschlüsse". Dazu stelle ich fest, daß der 24. Bundesparteitag beschlußfähig ist.

Zu Punkt 2 b) "Genehmigung der Geschäftsordnung" schlage ich euch vor, die vom 23. Bundesparteitag 1982 in Linz festgelegte Geschäftsordnung auch als Geschäftsordnung für diesen Bundesparteitag zu akzeptieren. Die Exemplare dieser Geschäftsordnung liegen beim Tagungspräsidium und beim Informationsstand auf.

Erheben sich gegen diesen Vorschlag irgendwelche Bedenken? - Das ist nicht der Fall. Damit ist die Geschäftsordnung beschlossen.

Wir kommen zu Punkt 2 c) "Genehmigung der Tagesordnung".

Die Tagesordnung für den 24. Bundesparteitag ist euch zugleich mit der Delegierteneinladung zugegangen und wurde auch in den ÖVP-Tageszeitungen veröffentlicht.

Ich frage euch, ob sich gegen die Tagesordnung ein Einwand erhebt. - Das ist nicht der Fall. Damit ist die vorgeschlagene Tagesordnung genehmigt.

Wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt 2 d) "Wahl des Tagungspräsidiums". Ich schlage vor, die neun Landesparteiobmänner der ÖVP zum Tagungspräsidium des 24. Bundesparteitages zu wählen.

Erhebt sich gegen diesen Vorschlag ein Einwand? - Das ist nicht der Fall.

Ich bitte nun Landeshauptmann Josef Krainer, den Vorsitz zu übernehmen.

Vorsitzender Dr. Josef Krainer: Ich übernehme den Vorsitz.

Generalsekretär Dr. Michael Graff: Zur Geschäftsordnung!

<u>Vorsitzender Dr. Krainer:</u> Herr Generalsekretär Dr. Graff.

Generalsekretär Dr. Graff: Herr Vorsitzender! Hoher Bundesparteitag! Der Bundesparteivorstand der Österreichischen Volkspartei ist heute früh zu einer Sitzung zusammengetreten und hat einstimmig beschlossen, diesem Parteitag eine dringliche Resolution zur Beschlußfassung vorzuschlagen. Ich bitte, diese Resolution, die ich jetzt verlesen werde, als dringlichen Punkt mit Zweidrittelmehrheit auf die Tagesordnung zu setzen und sie dann zu beschließen.

Antrag des Bundesparteivorstandes:

"Der Bundesparteitag der ÖVP hat mit Empörung zur Kenntnis genommen, daß unter der Verantwortung des Justizministers und FPÖ-Parteiobmannes Ofner " - Pfui-Rufe - " und des sozialistischen Wiener Oberstaatsanwaltes Müller fünf Tage vor der niederösterreichischen Landtagswahl eine Voruntersuchung gegen Landeshauptmann Siegfried Ludwig eingeleitet wurde. Der Bundesparteitag erblickt darin einen Mißbrauch der Justiz zu parteipolitischen Zwecken. Selbstverständlich sollen alle Vorwürfe - auch wenn sie gegen Politiker erhoben werden - rückhaltlos untersucht werden. Im gegenwärtigen Zeitpunkt - nach mehr als zweijähriger Untersuchung - läßt sich ein solcher Schritt aber unter keinen Umständen durch sachliche Gründe, sondern nur durch die Absicht erklären, die Landtagswahl zu beeinflussen. Der Parteitag verurteilt diese skandalöse Politjustiz auf das schärfste. Er bekundet Landeshauptmann Siegfried Ludwig sein volles Vertrauen und gibt der Überzeugung Ausdruck, daß alle Vorwürfe sich in Kürze als haltlos erweisen werden. " - Beifall. - " Der Parteitag ist der Überzeugung, daß die Niederösterreicher und Niederösterreicherinnen die Täuschungsmanöver der SPÖ-FPÖ-Politjustiz durchschauen und zurückweisen werden und daß die Niederösterreichische Volkspartei mit Siegfried Ludwig am kommenden Sonntag einen überzeugenden Wahlerfolg erringen wird." (Anhaltender Beifall.)

Hoher Parteitag! Ich bitte, diesem Antrag mit Zweidrittelmehrheit die Dringlichkeit zuzuerkennen und dann darüber abzustimmen.

Vorsitzender Dr. Krainer: Nach der Geschäftsordnung ist eine Abstimmung über die Zuerkennung der Dringlichkeit gegeben, obwohl faktisch per acclamationem diesem Antrag
die Dringlichkeit zuerkannt wurde.

Ich darf fragen: Wer der Dringlichkeit zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben. - Das ist die "einstimmige Mehrheit" dieses Parteitags. Dem Antrag ist die Dringlichkeit zuerkannt.

Frau Abgeordnete Marga Hubinek hat sich zu Wort gemeldet. Ich darf ihr das Wort geben.

Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Marga H u b i n e k

(Bundesparteileitung): Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte

Damen und Herren Delegierte! Sie haben die dringliche Resolution gehört, und ich bin dankbar, daß Sie die Dringlichkeit zuerkannt haben.

Ich glaube, wir alle sind empört, welcher Mittel sich die Justiz bedient, um einen entscheidenden Wahlgang zu beeinflussen. Es soll der Spitzenkandidat in seinem Ansehen, in seinem Ruf geschädigt werden, indem über alle Medien verkündet wird, es müsse auf Grund von neuen Anzeigen - wohlweislich keiner neuen Fakten - eine gerichtliche Voruntersuchung eingeleitet werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer ist der Anzeiger? Der Anzeiger ist der uns sattsam bekannte Ex-Broda-Sekretär
Heinrich Keller. (Pfui-Rufe.) Und, meine sehr geehrten Damen
und Herren, der Zeitpunkt, fünf Tage vor der Wahl, kann kein
Zufall sein.

Ich glaube, dieses Justiz-Spektakel hat eine gefährliche Dimension. Es trifft heute einen Mann, der ein hohes politisches Amt bekleidet und dieses Amt in fünf Tagen verteidigen will. Aber was heute Landeshauptmann Ludwig geschieht, kann morgen jeden einzelnen von uns treffen, jeden Mann, jede Frau, die sich mißliebig macht, die den Mächtigen dieses Landes nicht konveniert. Und ich frage: Was kann dann der einfache Staatsbürger tun, dessen Wort nicht in den Medien gehört wird, dessen Wort nicht in der Öffentlichkeit registriert wird? - Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Staatsbürger hat keine Chance! Daher ist es so gefährlich, was sich jetzt in den letzten Tagen hier abspielt.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir haben auch aus der Geschichte, aus der jüngsten Geschichte dieses Landes gelernt, was die unheilige Allianz von Justiz und Politik bedeutet. Ein Blick über unsere östlichen und nördlichen Grenzen zeigt auch, daß dieses Zusammenspiel mit einer Demokratie unvereinbar ist, daß man dort in Unfreiheit lebt.

Letztlich: Dieses Vorgehen hat Methode. Ich bin sicher nicht berufen und auch gar nicht willens, den ehemaligen Finanzminister Androsch zu verteidigen. Aber es kann kein Zufall sein, wenn wenige Tage vor einem Parteitag, wo man ihn abzuberufen wünscht, neue Fakten auftauchen, die dann wieder als gefälscht bezeichnet werden. Ich glaube, hier gehört in aller Deutlichkeit gesagt: War Androsch schuldig, dann ist er vor ein Gericht zu stellen und nicht an die Spitze der größten verstaatlichten Bank zu berufen. (Lebhafte Zustimmung.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Daher - gleich, in welchem Bundesland wir leben und arbeiten -: Wir müssen uns gegen ein Vorgehen wehren, das ein Zusammenspiel zwischen einem Justizminister Ofner, der zufällig auch freiheitlicher Landesobmann ist (Pfui-Rufe), und einem sozialistischen Oberstaatsanwalt Müller erlaubt. Denn wir, die wir hier sitzen, wollen den Rechtsstaat erhalten. Daher wehren wir den Anfängen, die unsere Demokratie gefährden! (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Krainer: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kurt Bergmann.

Abgeordneter zum Nationalrat Kurt Bergmann: Hoher Bundesparteitag! Als einer, der die Ereignisse der letzten Tage aus der Nähe erlebt hat, fühle ich mich legitimiert, meiner Empörung Ausdruck zu geben. Ich bitte, meine Worte auch unter diesem Gesichtspunkt zu verstehen.

Wir haben an den Zufall geglaubt und wir glauben an die Unabhängigkeit der Gerichte. Als im Sommer des vergangenen Jahres der in seiner Partei schwer angeschlagene burgenländische Landeshauptmann Kery plötzlich keinen Gegenkandidaten mehr hatte, weil ein unabhängiges Gericht Vorerhebungen einleitete, da hat man den Skeptikern gesagt, das sei nur Zufall, die Justiz dürfe auf politische Termine keine Rücksicht nehmen. Auch noch, als sich zwei Monate später herausstellte, daß diese Vorwürfe unbegründet sind.

Als man vor den letzten Nationalratswahlen den WBO-Prozeß ansetzte und 14 Tage vor dem Wahltag das Urteil verkündete, da

hat man den Skeptikern gesagt: Alles nur Zufall, die Justiz darf auf politische Termine keine Rücksicht nehmen. Als dann, obwohl für eine Zeit von 14 Tagen vorgesehen, das schriftliche Urteil nicht kam und sogar richterliche Urlaube als Grund für die Verzögerung genannt wurden, da gab es immer noch viele, die von "menschlich", von "Zufall" und von der "Justiz, die auf politische Termine keine Rücksicht nehmen darf", sprachen. Ich sage es noch einmal: Wir glauben an die Unabhängigkeit der Justiz.

Als das WBO-Urteil dann ausgerechnet 14 Tage vor den niederösterreichischen Landtagswahlen ausgefertigt wurde, da war der
Glaube an die Justiz oder an manche Teile davon für die meisten
immer noch ungebrochen. Als aber am letzten Dienstag, fünf Tage
vor der Wahl zum niederösterreichischen Landtag, der niederösterreichische Landesobmann der FPÖ Dr. Ofner in seiner Verkleidung als Justizminister (Beifall und Heiterkeit) und der
hochrangige BSA-Funktionär Dr. Otto F. Müller in seiner Verkleidung als Wiener Oberstaatsanwalt (neuerlicher Beifall und
Heiterkeit) darangingen, Einrichtungen der unabhängigen Justiz
für ihre egoistischen und parteipolitischen Zwecke brutalst einzusetzen, da war unser Glaube an den Zufall abgelöst von Empörung.
Meine Freunde! Es bekam der Glaube an die Unabhängigkeit der
Justiz eine schwere Erschütterung. Es ist in diesem Land seit dem
letzten Dienstag kälter geworden. (Beifall.)

Das, was hier passiert ist, ist kein Zufall mehr. Das wurde in dem Bermuda-Dreieck der Demokratie - Ofner, Grünzweig, Müller - von langer Hand vorbereitet. Wir wissen das. (Beifall.)

Ich habe es am letzten Freitag selbst erlebt, als in den späten Nachmittagsstunden auch die Informationen über die Psychoterrormethoden, die sich um die Diskussion Ludwig - Grünzweig gerankt haben, hereinkamen. Als bekannt wurde, daß Mitarbeiter des Justizministers die Zeitungsredaktionen informieren, daß heute abend noch die Bombe platze, daß Zeitungsredakteure für Nachtschichten eingeteilt wurden, um die Zeitungsmutationen vorzunehmen, daß man im Österreichischen Rundfunk um 19.30 Uhr Habt-acht stand, weil angeblich die Bombe platzt, und das alles hingetrimmt auf den letzten Moment, daß man gar nicht weiß, ob nicht Grünzweig in der letzten Sekunde noch irgend etwas herauszieht.

Damit die Herren Ofner und Müller keine Antwort geben müssen, haben sie sich in ihren Büros eingeigelt, waren für niemanden zu sprechen und haben die Aura des Geheimnisvollen darum gerankt.

Das alles weiß der Bürger nicht. Aber da spürt man das Konzept, die Planung und die Absicht dahinter.

Und am vergangenen Dienstag war es genauso. Offensichtlich hat es am Freitag noch Bedächtige gegeben, die vor diesem Mißbrauch der Einrichtungen der Justiz gewarnt haben. Offensichtlich hat man sie am Dienstag nicht mehr gehört.

Ein Justizminister, der einen Eid auf die Verfassung geleistet hat, und ein Oberstaatsanwalt, der dem Recht verpflichtet ist, mißbrauchen ihr Amt, als ob sie einer Diktatur und nicht einem Volk verantwortlich wären. (Lebhafter Beifall.) Hoher Bundesparteitag! In unserem Land - und das ist das
Positive, wenn man an solchen Dingen noch Positives sehen
kann - hat sich Empörung breitgemacht, aber auch Unbehagen,
das bis zur Angst reicht. Dazu diese heutige Resolution,
dazu die Stellungnahme des Generalsekretärs vom vergangenen
Dienstag, der wahrscheinlich in seinem besten Fernsehauftritt
klargestellt hat, worum es dabei geht: Nicht um Recht, sondern
um Parteipolitik, um Machtpolitik und um das, was der Herr
Bundesparteiobmann vorhin erwähnt hat, um den Versuch, mit den
Einrichtungen der Demokratie den politischen Gegner auszuschalten. Darum heute diese Resolution. Sie soll den Schrei
der Bürger verstärken, sie soll aber auch Hoffnung geben, daß
man diesen Anfängen einer Politjustiz rechtzeitig geschlossen entgegentritt.

Diese Resolution soll aber auch ein Appell an die demokratischen Kräfte in der Mehrheitspartei dieses Landes sein.

Und die demokratischen Kräfte - davon bin ich überzeugt - sind dort die Mehrheit. Es ist ein Appell an sie, der heißt: Laßt nicht zu, daß eine wichtige Säule, nämlich die unabhängige

Justiz, eine wichtige Säule unseres friedlichen Zusammenlebens von einer Handvoll - und jetzt verwende ich bewußt den Begriff

Leute - Leute zum Einstürzen gebracht wird. Wir sagen ja zum

Rechtsstaat und zur Demokratie, wir sagen nein zu diesem Justizskandal! - Ich danke Ihnen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Krainer: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Arbeiterkammerpräsident Bertram Jäger.

Landtagsabgeordneter Präsident Bertram Jäger (Bundesparteileitung): Hoher Parteitag! Liebe Freunde! Ich melde mich deshalb zu Wort, weil ich selbst Erfahrungen gemacht und Erlebnisse gehabt habe mit ähnlichen Methoden und weil ich selbst erlebt habe, daß den Sozialisten dort, wo sie Macht zu verlieren drohen, oder wo sie Hoffnung haben, Macht zu erobern, jedes Mittel recht ist. (Beifall.) Dort wird verdächtigt, dort wird bezichtigt, dort wird diffamiert, dort wird verleumdet. Wenn dann nichts herauskommt, rechnet man damit, daß schon etwas hängenbleiben wird.

Ich habe vor der letzten Arbeiterkammerwahl die gemeinsten Diffamierungen und Verleumdungen über mich ergehen lassen müssen. Unter uns sitzt unser Freund Ferry Sauerzopf, das ist schon erwähnt worden. (Beifall.) Die Vorerhebungen gegen ihn wurden eingestellt. Er ist rehabilitiert worden. Aber, liebe Freunde, er ist - und das muß man, glaube ich, auch sagen - nur formell rehabilitiert worden. Denn nach dem Grundsatz, nach dem die Sozialisten vorgehen: Etwas wird schon hängenbleiben!, ist ein Mensch auf der Strecke geblieben. Aber das spielt den Sozialisten in ihrer Propaganda keine Rolle.

Eines nur: Solche Schüsse sind schon oft nach hinten losgegangen. Und ich bin davon überzeugt, daß auch dieser Schuß nach hinten losgehen wird. (Beifall.)

Man spricht vom Lauf der Dinge, man spricht von Zufall.

Aber mein Freund Kurt Bergmann hat schon darauf hingewiesen,

daß es eine verdächtige Häufung von Zufällen ist, die wir jetzt
in letzter Zeit festgestellt haben. Meine Freunde! Das ist kein

Zufall, das ist politisch terminisierte und politisch motivierte Lynchjustiz! (Beifall.)

Wie die Dinge auch immer liegen mögen, wir sind doch hoffentlich noch ein Rechtsstaat. Verurteilen sollten immer noch Richter
und nicht Staatsanwälte oder ein Oberstaatsanwalt, der ja schon
öfters fragliche Weisungen erteilt hat, und auch nicht der Justizminister, insbesondere nicht ein solcher, der mit Beugehaft bedroht ist, weil er Verdächtigungen nicht belegen und Informanten
nicht bekanntgeben konnte, weil er sich auf das Niveau von
Tratsch- und Klatschtanten herabbegeben hat. (Lebhafter Beifall und Bravo!-Rufe.)

Meine Freunde! In der Politik sind Moral und Charakter unabdingbare Voraussetzungen. Moral und Charakter verpflichten aber auch zu Ehrlichkeit und zu Fairneß. Und ich sage Ihnen eines - ich habe schon erwähnt, was sich vor der letzten Arbeiterkammerwahl abgespielt hat -: Ich habe Freiheit auf sozialistisch, Freiheit, wie sie die Sozialisten verstehen, kennengelernt. Freiheit auf sozialistisch heißt: Narrenfreiheit für die Genossen, und alle anderen sind Freiwild. Ich glaube, das können und das dürfen wir uns nicht bieten lassen! (Beifall.)

Es ist schon die Frage gestellt worden, und ich stelle sie neuerlich: Wer wird der nächste sein? Und nicht allein wegen Siegfried Ludwig, nicht allein wegen Ferry Sauerzopf, nicht allein wegen meiner Person, sondern weil jeder Mensch und auch jeder Politiker ein Recht darauf hat, daß seine Ehre respektiert wird, sind wir verpflichtet, gegen solche Methoden, die ja sonst nur in östlichen Ländern üblich sind, uns mit aller Entschieden-

heit zu wehren und mit aller Entschiedenheit zu protestieren. (Beifall.)

Nur eines: Die Reaktion darauf kann jetzt nur sein: Jetzt erst recht und mit vollem Einsatz, weil einmal mehr deutlich geworden ist, daß es eine starke ÖVP geben muß, damit wieder Ehrlichkeit und Anständigkeit in der Politik in Österreich zur Geltung kommen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. Krainer: Ich danke für die drei eindrucksvollen Wortmeldungen.

Nach der Zuerkennung der Dringlichkeit für diese Resolution kommen wir nun zur Abstimmung über die Resolution. Wer ihr zustimmt, der möge ein Zeichen mit der Hand geben. - Danke schön. Gegenprobe. - Stimmenthaltung? - Einstimmig angenommener Antrag. (Bravo-Rufe und Beifall.)

Damit kommen wir zu Punkt 2 e) der Tagesordnung "Bestätigung der Kommissionen". Die Vorschläge für die Mandatsprüfungskommission, die Antragskommission und die Wahlkommission liegen den Tagungsmappen bei.

Erhebt sich gegen diese Vorschläge ein Einwand? - Es ist dies nicht der Fall. Damit sind die von der Bundesparteileitung vorgeschlagenen Kommissionen bestätigt.

Ich bitte die Mandatsprüfungskommission, jetzt gleich im Bundesparteileitungszimmer, Untergeschoß, zusammenzutreten. Die Mitglieder der Wahlkommission treffen sich um 11.20 Uhr auch im Bundesparteileitungszimmer.

3. Rechenschaftsberichte

- a) Bericht des Bundesparteiobmannes
 - b) Bericht des Generalsekretärs
- c) Bericht des Bundesfinanzreferenten
 - d) Bericht der Bundesfinanzprüfer
- e) Bericht des Bundeskontrollausschusses
 - f) Diskussion und Beschlußfassung

Vorsitzender Dr. Krainer: Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 3 "Rechenschaftsberichte".

Ich bitte dazu Generalsekretär Dr. Michael Graff um sein Wort.

Generalsekretär Dr. Graff: Liebe Freunde! Die Periode, über die ich zu berichten habe, beginnt am 1. März 1980. Sie haben meinen ausführlichen gedruckten Bericht in Ihren Tagungsmappen. Ich möchte nur ein paar wichtige Schwerpunkte herausgreifen.

Der größere Teil der Funktionsperiode war noch ausgefüllt durch die Amtszeit meines Vorgängers Sixtus Lanner, dem ich heute, da ich weiß, was dieser Job bedeutet, noch einmal für seine Arbeit sehr, sehr herzlich danken möchte. (Beifall.)

Liebe Freunde, es ist viel geschehen! Ich erinnere nur an die wichtigsten Punkte: Parteireform, neues Statut. Der Vorrang der Gesamtpartei wurde verankert. Nicht mehr nach bündischem Proporz, sondern durch Wahlen auf allen Ebenen werden unsere Führungsgremien berufen. Ich erinnere an den Gedanken der Nachbarschaftshilfe, dem der Sixtus besonders verbunden war. An die Notwendigkeit der Betriebsarbeit, die wir vielleicht noch nicht ganz im notwendigen Ausmaß auch tatsächlich durchführen.

An die Verpflichtung zur Weiterbildung. All das ist im neuen Statut verankert worden.

Und es hat - das sage ich jetzt nicht im Einvernehmen mit unserer Frauenbewegung - diese Statutenreform auch eine Konsequenz gehabt, über die wir nicht vollkommen glücklich sind.

Warum? - Früher war in jedem Parteigremium z.B. als Parteiobmann-Stellvertreter auf Ortsebene, Gemeindeebene, Bezirksebene jeweils auch die Obfrau der Frauenbewegung automatisch vertreten.

Wir hatten etwa bei den Bezirksparteiobmann-Stellvertretern im Burgenland bei 7 Bezirksparteileitungen 7 Frauen, in Kärnten bei 10 Bezirksparteileitungen 10 Frauen, usw. Jetzt, da diese Funktionen gewählt werden, ist leider die Zahl der Frauen aus Gründen, die ich hier nicht bis ins letzte untersuchen kann, geringer geworden.

Ich sage ganz offen: Ich bedauere das. Und ich sage dazu:
Es wäre das, glaube ich, nicht notwendig. Sicher, es kommt überhaupt nicht in Frage, daß wir zu dem alten Zustand zurückkehren und automatisch eine "Alibifrau" in jedem Gremium drinnen haben. Wir bleiben beim Prinzip der Wahl. Aber auch und gerade beim Prinzip der Wahl sollten jene Kommissionen, die die Wahlvorschläge machen, sich mehr als bisher überlegen, ob nicht da und da und da noch viel mehr qualifizierte, geeignete und mitarbeitswillige, zur Mitarbeit bereite Frauen vorhanden sind. (Beifall.) Ich bitte euch alle, liebe Delegierte, auf diesen Gedanken bei künftigen Wahlen noch stärker als bisher Bedacht zu nehmen. Ich verspreche euch auch, es wird sich die Bundesparteileitung mehr als bisher darum kümmern.

Meine lieben Parteifreunde! Zurück zur Zeit nach dem Parteitag 1980. Ich erinnere daran: Es wurde das "Modell Österreich" als mittelfristiges Aktionsprogramm erarbeitet, eine Reihe von Schwerpunktprogrammen, darunter der "Mock-Plan" zur Sicherung der Arbeitsplätze.

Im Jänner 1982 hat die zweite Urabstimmung mit 488.000 Teilnehmern stattgefunden.

Am 6. März 1982 fand der 23. a.o. Bundesparteitag statt, bei dem ich zum Generalsekretär gewählt wurde.

Das fiel mitten hinein in die Kampagne für das Volksbegehren gegen das Konferenzzentrum. Einer der ersten Akte, die ich in meiner neuen Funktion zu setzen hatte, war, daß unser Wahlkampfleiter Heribert Steinbauer mit einer großen Rolle zu mir gekommen ist, sie aufgerollt und gesagt hat: Wir haben da ein Plakat. Glaubst, können wir das nehmen? - Es war das Helnwein-Plakat: Dieser Kopf des Mannes aus dem Beton heraus, der einen Urschrei ausstößt, daß die Betonbrocken nur so wegfliegen. - Ich habe damals mit der Sorglosigkeit, die mir zu dieser Zeit noch eigen war, gesagt: Ja, selbstverständlich, das machen wir! - Ich habe nicht einmal den Herrn Bundesparteiobmann gefragt, das würde ich mich heute sicher nicht mehr getrauen. - Wir haben dann mit diesem Plakat und mit einem beispiellosen Einsatz unserer gesamten Organisation, all unserer Mitarbeiter, dieses Volksbegehren zu einem ganz überragenden Erfolg geführt. (Beifall.)

Ich habe in einem ersten Rundschreiben an die Ortsparteiobmänner erklärt, das werde ein Probegalopp für die Nationalratswahlen. Und dann ist es mir gegangen wie dem in den "Kranichen des Ibykus". Kaum war ihm dieses Wort entfahren, möcht' er's im Busen gern bewahren. Aber es war heraußen, und ich bin damit reichlich gepflanzt worden. Es ist aber dann doch ein sehr beachtlicher Probegalopp mit 1,360.000 Unterschriften am Abend des 17. Mai 1982 geworden. (Beifall.)

Liebe Freunde! Die Bewegung für das Volksbegehren ist dann fast nahtlos innerhalb des nächsten Jahres in den Nationalrats-wahlkampf übergegangen. Wir standen am Beginn vor dem Problem, die Vielfalt von Angeboten - respektlose Zungen haben von einem "Bauladen ÖVP" gesprochen - einzugrenzen, die Themen festzulegen und damit auch unseren politischen Angriff auf den Gegner zu konzentrieren.

Wir haben damals als ersten Schritt unsere Programmatik auf fünf Schwerpunkte eingedickt. Einer davon wird mir mein Leben lang in Erinnerung bleiben, er lautete: Mehr Natur statt Gift und Beton. – Der Minister Dallinger mit seiner 35-Stunden-Woche hat nicht so viel Empörung ausgelöst, glaube ich, als wir mit dem "Beton" in diesem Slogan. Wir sind dann in uns gegangen und haben diesen Slogan nicht mehr durchgreifend verwendet.

Wir haben bei diesem Nationalratswahlkampf die Einheit zwischen der Bundespartei und den Ländern im besonderen Maße in den Vordergrund gestellt. Wir wollten nicht, daß der Eindruck entsteht, unseren Parteifreunden in den Ländern wäre das Hemd näher als der Rock, die Landtagswahl wichtiger als die Nationalratswahl. Wir haben in vorbildlicher Weise die Unterstützung aller unserer Landeshauptleute und Landesparteiobmänner erhalten. Ich erinnere an die großen Plakate mit Dr. Mock und dem Landes-

parteiobmann, die um die Jahreswende angeschlagen waren und die sehr deutlich zum Ausdruck gebracht haben, daß wir eine einige Österreichische Volkspartei sind.

Wir haben von den fünf Schwerpunkten auch inhaltlich den Nationalratswahlkampf noch mehr zugespitzt auf ein einziges Thema, auf das Thema "Besser wirtschaften statt Schulden und Verschwendung". Unser Spitzenkandidat Alois Mock, der in ganz besonderer Weise das Vertrauen der Österreicher, welches er hatte, noch weiter ausgebaut hat, ist durch das Land gefahren in einem großen Autobus im Konvoi - den "Weißen Hai" haben wir ihn genannt - und ist überall von der Bevölkerung in einer so herzlichen Weise akklamiert worden, wie wir uns das nur wünschen konnten.

Wir waren in dieser medienbewußten Zeit natürlich auch verpflichtet, Bedacht zu nehmen auf die Telekratie, auf die Notwendigkeit, Fernsehereignisse, Fernsehauftritte - wie man im
Jargon sagt - zu schaffen.

Ich erinnere an die großen Ereignisse dieses Wahlkampfes:
An die Erklärung zur Lage der Nation, die Alois Mock im
Belvedere am 10. Jänner 1983 abgegeben hat. Wir haben damit nicht
nur einen weitgehend, fast durchgreifend positiven Eindruck
erzielt, sondern bei einem Mann auch Unzufriedenheit darüber,
daß wir das Belvedere von der Frau Minister Firnberg bekommen
haben. Wir haben es aber zu tragen gewußt.

Dann hatten wir den Besuch des deutschen Bundeskanzlers Kohl in Wien, den der damalige österreichische Bundeskanzler für nicht würdig erachtet hat zu empfangen. Wir hatten am 16. Jänner 1983 einen glanzvollen Wahlkongreß in Linz mit 8.000 Teilnehmern.

Alois Mock hat sich im Palais Schwarzenberg mit einer außenpolitischen Erklärung vorgestellt. Sie wissen, er ist der
Präsident der EDU, der Europäischen Demokratischen Union, in der
die christ-demokratischen Parteien, die konservativen Parteien und
die Parteien der Mitte vereinigt sind. Eine Vereinigung, die immer
größer wird, der Andrang ist groß, es stehen schon viele andere
Parteien vor der Tür. Die EDU ist inzwischen zur IDU, zur Internationalen Demokratischen Union, geworden und hat nach Amerika
sowie in den Pazifik übergegriffen.

Alois Mock hat eine Quasi-Regierungserklärung über die ersten 100 Tage einer eventuellen ÖVP-Regierung - zu der es, wie Sie wissen, dann nicht gekommen ist - im Palais Auersperg abgegeben.

Der Höhepunkt des Wahlkampfes war die Fernsehdiskussion mit den Spitzenkandidaten Mock - Kreisky. Der "scharfsinnige" Leitartikler des "Kurier", der die politische Entwicklung immer so "sachkundig" beobachtet, meinte damals, unser Alois Mock habe überhaupt keine Chance. Nach klaren Meinungsforschungsergebnissen hat dann aber Alois Mock als Sieger über Bruno Kreisky abgeschnitten. (Beifall.)

Liebe Freunde! Ich erinnere euch an den 24. April 1983: die ÖVP gewinnt als einzige Partei Stimmen und Mandate. Die absolute Mehrheit der Sozialisten ist gebrochen. Die Ära Kreisky ist zu Ende. Wir haben - und das darf man nicht vergessen - den Stimmenabstand zu den Sozialisten halbiert, von 432.000 auf 216.000 Stimmen. Und ich sage euch, liebe Parteifreunde: Bei den nächsten

Nationalratswahlen werden wir diesen zur Hälfte zurückgelegten Weg zur Gänze zurücklegen und die Mehrheit erringen! (Beifall.)

Es war das für die Volkspartei nach allgemeinem Urteil ein guter Wahlkampf. Die Meinungsforscher haben die Frage gestellt: Welche Partei hat durch den Wahlkampf allein mehr Stimmen gewonnen? Und die Antwort war: Die SPÖ 5 Prozent, die ÖVP 43 Prozent, die FPÖ 2 Prozent. Also ein ganz signifikanter Vorsprung, eine ganz signifikante Anerkennung für unseren Wahlkampf, und ich möchte dem Wahlkampfleiter Heribert Steinbauer, der hier seine ganze Kraft und sein ganzes Können erfolgreich eingesetzt hat, auch hier noch einmal sehr herzlich danken. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Der Wahlerfolg hat sich in Stimmen und Mandaten, aber nicht in Regierungssitzen zu Buche geschlagen, Sie wissen es. Die SPÖ hat mit der FPÖ eine Regierung gebildet, weil Kreisky es so wollte. Daß man mir sagt, ich habe die Große Koalition verpatzt, weil ich Dr. Kreisky so geärgert habe, und die Kleine Koalition verpatzt, weil ich Dr. Steger so geärgert habe, ist, glaube ich, zu viel der Ehre. Ich möchte das in Bescheidenheit zurückweisen. In Wirklichkeit waren die Weichen schon vor der Nationalratswahl gestellt. Ich weiß es nicht, aber vielleicht tut es dem Bundeskanzler Sinowatz heute schon leid, wen er sich zum Bettgenossen in dieser Koalition genommen hat.

Meine Damen und Herren! Tatsache ist, daß die sozialistische Koalitionsregierung - und es ist eine sozialistische Koalitionsregierung, denn sie will erklärtermaßen den sozialistischen
Weg fortsetzen - in den Augen der Bevölkerung ihre Problem-

lösungskapazität mehr und mehr verspielt. Der vergangene Sommer war ein erbarmungswürdiges Spektakel, wie hier ein Regierungsmitglied nach dem anderen aufgestanden ist und sich zu profilieren versuchte durch widersprüchliche und gegenläufige Erklärungen. Heute war das richtig, morgen wieder etwas anderes. Heute ist der FPÖ-Parteiobmann Steger mit der Idee gekommen, morgen mußte er sie wieder zurückziehen.

Aber ich sage hier auch eines ganz deutlich, meine Damen und Herren: Unsere politischen Gegner sind die Sozialisten. Auf die Freiheitlichen brauchen wir nicht loszugehen, denn ihr Obmann Steger demontiert sich selber. (Beifall.) Der politische Gegner sind die Sozialisten, die momentan ein Bild der Zerstrittenheit bieten. Der scheidende SPÖ-Vorsitzende Kreisky hat sich einen Satz der Internationale zum Motto gemacht: Auf zum letzten Gefecht! hat er gerufen. Und er hat eine Schlacht gewonnen: Sein Hauptgegner sitzt nicht mehr im Parteivorstand. Für die Spitze der größten Bank Österreichs sind seine charakterlichen Eigenschaften offensichtlich hinreichend. Sei's d'rum. Wir wollen auch nicht in den Personalproblemen der großen Koalitionspartei SPÖ herumstochern. Wir sehen aber im Interesse des Landes mit immer wachsender Sorge die wirtschaftspolitische Hilflosigkeit dieser Regierung, die kein wirkliches Sparkonzept vorzulegen in der Lage war. Die angeblichen Einsparungen sind ja zum Lachen! Etwa höhere Pensionsbeiträge für die Beamten - das soll eine Einsparung sein? Oder die Umleitung der 30 S Wohnungsbeihilfe in die öffentliche Tasche - das soll eine Einsparung sein? Kein Sparkonzept also, kein Wirtschaftskonzept, außer das Dallingerische

Prinzip: nicht Arbeit schaffen, sondern Arbeit wegnehmen.
35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sofort, das heißt,
der Betrieb muß für dieselbe Arbeit mehr Leute bezahlen. Was
das für die Konkurrenzfähigkeit und für die Wirtschaft bedeutet,
das wissen wir alle.

Überstunden besteuern genügt nicht, Überstunden verbieten genügt nicht, Ruhensbestimmungen ausbauen, den Pensionisten das Arbeiten verbieten, den Beamten-Pensionisten das Arbeiten verbieten.

Jetzt der Clou: die Rationalisierungssteuer. Das heißt, meir Damen und Herren, nicht Investitionen fördern, sondern Investitionen verhindern. Kein Wirtschaftskonzept also und kein Konzept für die verstaatlichte Industrie.

Ein Kündigungspapier der ÖIAG, zu dem sich die Regierung gar nicht zu bekennen traut, das den Verlust von 8.000 bis 10.000 Arbeitsplätzen bedeuten würde, aber keine Ersatzarbeitsplätze, kein Regionalprogramm, kein Programm zur Belebung der Investitionen im gesamtwirtschaftlichen Bereich, auch für die private Industrie keine Zukunftsperspektive.

Meine Damen und Herren! Das ist der Pfad der Hilflosigkeit, den Sinowatz mit seinem Team entlangstolpert. Liebe Freunde!

Und mehr und mehr setzt sich auch bei jenen, die gezweifelt und gespottet haben, durch, was Alois Mock seit je gefordert hat: einen Kurswechsel, eine andere Art von Politik. Die ÖVP besser für Österreich – das ist das Motto unseres Parteitages.

(Beifall.)

Wir streiten nicht - die heutige Presse hat es bedauert, daß wir keine Personaldiskussion haben, und hat gemeint, wir brauchen eine. Ich glaube, wir brauchen keine. (Beifall.) Wir setzen Leitlinien in der Wirtschaft, wir setzen Leitlinien in der Familienpolitik - eine Resolution des Familienkongresses liegt Ihnen vor -, wir setzen auch neue Akzente in der Friedenspolitik, meine Damen und Herren. Othmar Karas auf seinem JVP-Jugendkongreß hat klare Worte gesprochen. Wir sind unverbrüchlich für den Frieden. Aber wir gehen - und da zitiere ich Bischof Capellari - auf die Suche nach dem Frieden mit jenen Bundesgenossen, die wir uns aussuchen, und nicht mit den Kommunisten. (Beifall.)

Einen ganz neuen Akzent in die Friedensdiskussion hat Erhard Busek gestern mit einer großartigen Veranstaltung gebracht. Er hat nämlich gesagt, wir sollen doch nicht nur die Sprengköpfe zählen und abschrauben, wenn wir es überhaupt tun, sondern wir sollen uns auch um die Menschen bemühen, um die Kultur und um die Verständigung und darum, mit den Menschen in den anderen Ländern, auf der anderen Seite, wenn Sie wollen, wieder ins Gespräch zu kommen, den anderen als Gesprächspartner zu erkennen, den anderen in den kulturellen Gemeinsamkeiten zu verstehen, den anderen in seiner Menschenwürde zu achten und damit auch zu lieben - das Wort ist unmodern geworden. Und dieser Weg zur Friedenspolitik ist, glaube ich, der richtige. Und dieser Weg ist der, den wir alle miteinander beschreiten wollen, nicht indem wir den Großmächten jetzt als kleine Österreicher irgendwelche Rezepte hinsichtlich irgendwelcher Raketen verkünden. (Beifall.)

Wir scheuen uns auch nicht, meine Damen und Herren, neben ganz konkreten wirtschaftspolitischen Programmen - wir sind keine Schwärmer und Träumer - den Menschen in seinem Lebensgefühl, in seiner Seele anzusprechen und ihm eine Zukunftsperspektive zu eröffnen, wie wir es heute in einer großen Diskussion an 150 Tischen angehen wollen.

Liebe Freunde! Heute, nach eindreiviertel Jahren als

Generalsekretär, am Ende dieser Funktionsperiode möchte ich mich
daran erinnern, was mein Vorbild als Generalsekretär, Hermann
Withalm, mir bei meiner Wahl am 6. März 1982 ins Stammbuch
geschrieben hat. Er hat gesagt: Das Um und Auf: Bewahrt euch
die Freundschaft, die euch, dich und den Bundesparteiobmann, heute
verbindet, auch fürderhin und laßt sie euch durch niemanden
und nichts zerstören und trüben. - Das können wir abhaken.

Zweitens: Die harten und nicht immer angenehmen Aussagen sind dem Generalsekretär vorbehalten. - Stimmt. Letzte Instanz ist und bleibt der Bundesparteiobmann.

Drittens meinte Hermann Withalm: Schare einen kleinen Kreis engster Mitarbeiter um dich, auf die du dich immer und zu jeder Zeit verlassen kannst. - Ich möchte jetzt und hier den Mitarbeitern des Hauses Kärntner Straße für ihre Arbeit und ihre Loyalität und manchmal auch für ihre Geduld mit mir sehr herzlich danken. Ohne sie wären wir nicht, wo wir heute sind. (Beifall.)

Viertens, wieder Hermann Withalm: Die Landesparteisekretärekonferenz ist, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, ein wunderbares Instrumentarium dann, wenn es der Generalsekretär versteht, dieses Instrumentarium entsprechend zu nutzen. Eine gute Zusammenarbeit, eine wirkliche, ehrliche Freundschaft innerhalb dieses Kreises ist die wesentliche, ich möchte sagen die unumgängliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit. - Ich habe auch das, liebe Freunde, vielfach bestätigt gefunden, und ich möchte euch, den Landesparteisekretären und allen Funktionären und Mitarbeitern unserer großen Partei, Dank sagen für eure Hilfe und euren unermüdlichen Einsatz. (Beifall.)

Herr Bundesparteiobmann! Liebe Freunde! Das war mein Bericht.

Vor eindreiviertel Jahren habe ich euch gesagt: Ich werde euch fordern, wie ihr mich gefordert habt. Wir haben uns gegenseitig gefordert, und ich glaube, es hat uns allen miteinander nicht geschadet. Wir, die ÖVP mit Alois Mock an der Spitze, sind heute besser, als wir es je seit den sechziger Jahren waren. Wir sind die bessere Partei, aber nicht besser für uns selber, sondern besser für Österreich. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. Krainer: Ich danke dem Herrn Generalsekretär für seinen Bericht. Es ist auch übrigens die Gelegenheit, dir, lieber Generalsekretär, namens der Partei für dein Engagement zu danken. Wir wissen, was es bedeutet hat, daß der Freiberufler und Rechtsanwalt Graff dieses Amt übernommen hat. (Beifall.) Wir danken für dein Engagement, aber auch für die Farbe in deiner Sprache.

Es ist mir eine große Freude, daß ich den Präsidenten Dr. Maleta, der gerade gekommen ist, in unserer Mitte herzlich begrüßen kann. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Zur Ergänzung der schriftlich vorliegenden Rechenschaftsberichte darf ich nun den Bundesfinanzreferenten Generaldirektor Dr. Rudolf Gruber um sein Wort bitten.

Bundesfinanzreferent Dr. Rudolf Gruber (Bundesparteileitung): Liebe Parteifreunde! Meine sehr geehrten Damen
und Herren! Mit diesem Parteitag beende ich meine zweite Funktionsperiode als Finanzreferent und darf an das anschließen beziehungsweise das wiederholen, was ich in diesem Gremium schon
vor vier Jahren bei meiner Wiederwahl gesagt habe:

Über die ordnungsgemäße und korrekte finanzielle Gestion der Bundesparteileitung wurde den zuständigen Gremien berichtet. Sie hat auch die Zustimmung der drei Prüfungsgremien, die die Gebarung der Bundesparteileitung zu prüfen haben, erhalten. Dies sind die von ihnen gewählten Bundesfinanzprüfer Dr. Feil, Dr. Koliander und der inzwischen verstorbene Dr. Rasser. Laut Parteigesetz sind das die Wirtschaftsprüfer Dr. Neuner und Dr. Hänsel, und die Prüfer, die die Prüfung der gesetzmäßigen Verwendung der öffentlichen Mittel durchzuführen haben, sind die Wirtschaftsprüfer Dr. Hassler und Dr. Fetzer.

Die Parteiarbeit ist äußerst personalintensiv, der Aufwand ständigen Steigerungen unterworfen. In der Öffentlichkeit wird ja nur die medienintensive Phase wahrgenommen, obwohl diese Werbeausgaben durchaus die üblichen Werbekampagnen der Wirtschaft nicht übersteigen.

Die zurückliegende Nationalratswahl war die teuerste aller Zeiten. Wir haben sie seriös und korrekt finanziert. Ein in Relation zu den Gesamtkosten vertretbarer Kredit harrt der Tilgung.

Wir stehen vor äußerst großen Problemen der Finanzierbarkeit der Parteiarbeit. Es gilt der Grundsatz: Die ordentlichen Ausgaben müssen durch ordentliche Einnahmen gedeckt sein.

Gravierende Einsparungen wurden im Personalstand der Bundesparteileitung durchgeführt. Es bedarf aber auch steigender Einnahmen. Woher sollen sie kommen? – In erster Linie aus den Mitgliedsbeiträgen aller unserer Parteimitglieder. Ich halte ein Überdenken beziehungsweise eine Neuordnung und Vereinheitlichung der Art der Einhebung der Mitgliedsbeiträge für dringlich und erforderlich.

Alle wissen, daß ohne Geld keine Kriege geführt werden können. Wir wollen keinen Krieg. Wir alle aber müssen zur Kenntnis nehmen, daß ohne ausreichende finanzielle Mittel auch keine durchschlagskräftige Politik im Parteienstaat gemacht werden kann. Und diese Durchschlagskraft wollen wir. Nachdem ich es im höchsten Maße als unwahrscheinlich ansehe, daß diese schwache Regierungskoalition von Sozis und Nationalen für die volle Legislaturperiode Bestand hat, wird es die vorrangige Aufgabe des neugewählten Bundesfinanzreferenten sein, finanzielle Vorsorge für einen vorzeitigen Nationalratswahlkampf zu treffen. (Beifall.)

Liebe Parteifreunde! Ich danke Ihnen für alle Ihre Bemühungen um die Lösung unserer finanziellen Probleme. Sie alle
kennen das Sprichwort "Was nichts kostet, ist auch nichts wert".
Helfen Sie mit, daß wir unsere Volkspartei so wertvoll wie nur
irgendwie möglich machen, dann werden wir auch in der Auseinandersetzung mit den politisch Andersgesinnten bestehen können. Ich danke Ihnen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Krainer: Danke unserem Bundesschatzmeister auch für seine präzise und erfolgreiche Amtsführung.

Ich darf als Finanzprüfer Direktor Dr. Wolfgang Feyl zu Wort bitten.

Finanzprüfer Dkfm. Dr. Wolfgang F e y 1: Hoher Bundesparteitag! Die vom Bundesparteitag bestellten Finanzprüfer haben
sich in angemessenen Abständen von der ordnungsgemäßen Führung des
Rechnungswesens überzeugt und auf Grund der vorgelegten Bücher
und Belege die Jahresabschlüsse 1980, 1981 und 1982 als mit den
Grundsätzen ordnungsmäßiger Rechnungslegung in Übereinstimmung
befunden.

Ich stelle den Antrag auf Entlastung der für die Finanzen verantwortlichen Organe. - Ich danke sehr. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Krainer: Meine Damen und Herren! Sie haben den Antrag gehört.

Wer ihm zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben. - Danke schön. Die Gegenprobe. - Stimmenthaltung. - Einstimmig angenommen.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt 3 f) "Diskussion und Beschlußfassung". Ich darf darauf hinweisen, daß Wortmeldungen schriftlich abgegeben werden müssen. Die Wortmeldungszettel sind in den Delegierteneinladungen enthalten, die diesmal - wie Sie wissen - in Form eines Scheckheftes gestaltet sind.

Es liegt zu den Rechenschaftsberichten bisher eine Wortmeldung vor, nämlich die der Frau Generalsekretär Dr. Marilies Flemming. Ich erteile ihr das Wort. Landtagsabgeordnete Dr. Marilies Flemming

(Generalsekretärin der Frauenbewegung): Herr Bundesparteiobmann! Herr Generalsekretär! Meine sehr geehrten Damen und
Herren! Ich bin dem Herrn Generalsekretär sehr, sehr dankbar
dafür, daß er persönlich uns den Bericht über die Situation der
Frau in der Partei heute gegeben hat. Er hat damit einem Beschluß des Parteivorstandes entsprochen.

Die Österreichische Volkspartei war nicht immer leicht zu führen. Heute ist das ganz anders. Der Primat der Gesamtpartei vor bündischen Interessen ist unbestritten, und wir alle sind sehr, sehr froh darüber.

Begonnen hat diese Entwicklung mit der Statutenreform

1972. Damals stellte man den drei historisch gewachsenen

Bünden die Jugend, die Senioren und die Frauen zur Seite.

Seit dieser Zeit gibt es sechs gleichberechtigte Teilorganisationen.

Unser verstorbener Parteiobmann Schleinzer hat sich sehr viel dabei gedacht, als er sich vehement dafür einsetzte, daß neben den Obleuten des Wirtschaftsbundes, des Bauernbundes sowie des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes die Leiterin der Frauenbewegung automatisch laut Statut Stell-vertreterin des Parteiobmannes wurde. Eine Frau als Parteiobmann-Stellvertreter auf allen Parteiebenen, zwei Frauen mindestens in allen Leitungsgremien - das war eine Revolution für viele Bezirks-, Gemeinde- und Ortsparteileitungen. Die Sozialistinnen haben uns damals glühend um diese Bestimmung beneidet.

Als Parteiobmann Mock die Nachfolge von Dr. Taus antrat, gi er noch einen Schritt weiter in Richtung Vorrang der Gesamtparte Die statutarische Bestellung der Parteiobmann-Stellvertreter wurde abgeschafft. Das Statut 1980 kennt nur noch gewählte Vertreter. Die Frauenbewegung verlor damit wieder ihre im Statut verankerte Integration.

Die Frauen haben diese Entscheidung mitgetragen, und wir stehen auch heute noch dazu, im Interesse der Gesamtpartei, aus Solidarität zu unserer Gesinnungsgemeinschaft und aus Loyalität zu unserem Parteiobmann.

Heute erbitten wir nun diese Solidarität, diese Loyalität von euch, meine sehr geehrten Kollegen. (Beifall.) Denn wir haben unser Bemühen um das Ganze fürs erste einmal bitter bezahlt; nicht in der Bundesparteileitung und auch nicht in allen Landesparteileitungen, aber umso mehr auf Bezirks-, Gemeindeund Ortsparteiebene. Hatten wir im Burgenland zum Beispiel nach dem alten Statut 7 weibliche Parteiobmann-Stellvertreter, haben wir heute nur noch 5. In Kärnten wurde noch nach dem alten Statu gewählt, wir haben also nach wie vor 10 Parteiobmann-Stellvertreterinnen. In Niederösterreich hatten wir 87 weibliche Bezirks parteiobmann-Stellvertreter, heute nur noch 33; in Oberösterreich waren es 18, heute nur noch 7; in Salzburg waren es 6, heute nur noch 4; in der Steiermark waren es 20, heute nur noch 15; in Tirol waren es 9, heute nur noch 3; in Vorarlberg waren es 6, heute nur noch 3; auch in Wien hatten wir 23, heute nur noch 15 Bezirksparteiobmann-Stellvertreterinnen.

Wenn Sie jetzt meinen, man sollte vielleicht nicht immer nur nach den Stellvertretern fragen, sondern vielleicht gleich nach den Parteiobmännern, kann ich Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, beruhigen: Es gibt in ganz österreich eine einzige Bezirksparteiobfrau: das ist Frau Bundesrat Dr. Danzinger im 21. Bezirk in Wien.

Was die Ortsparteileitungen anlangt, möchte ich Ihnen nur ein einziges Bundesland als Beispiel nennen, weil es symptomatisch für die übrigen ist. Niederösterreich: 1.225 Ortsparteileitungen; davon bekleiden 7 Frauen Parteiobmannsfunktionen, 30 weibliche Stellvertreter.

Die Frauenbewegung wird heute einen Antrag einbringen auf stärkere Berücksichtigung der Frauen beim Wahlvorschlag für leitende Funktionen und Mandate. Ich zweifle nicht daran, daß Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, diesen Antrag annehmen werden. Aber es gilt, ihn auch zu verwirklichen.

Wir hatten ursprünglich einen zweiten Antrag vorgesehen, nämlich die Berücksichtigung der Frauenbewegung bei den Stellenplänen für die Mandatsvergabe. Diesen Antrag haben wir zurückgezogen, weil uns vom Herrn Generalsekretär versichert wurde, daß
es keine Stellenpläne gibt. Wir hoffen, daß auch die anderen Teilorganisationen von dieser Tatsache unterrichtet sind.

Ich weiß schon: Wir alle haben im Augenblick große Sorgen:
Wirtschaftskrise, eine unfähige Regierung, Jugendarbeitslosigkeit,
die Liste ist sehr lang. Aber jeder Parteitag ist ein Stück Geschichte unserer Partei und damit auch ein Stück Geschichte
unseres Landes. Die Frauenbewegung gehört sicher zu den ganz
großen politischen Strömungen unserer Zeit. Und eine so große

Volkspartei wie die unsere kann und darf hier nicht abseits stehen! - Danke schön. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Krainer: Es ist der Herr Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Bundesrat Sommer, am Wort.

Bundesrat Rudolf Sommer (Bundesparteileitung): Sehr geehrtes Präsidium! Meine werten Delegierten! Hoher Bundesparteitag! Der Bundesparteitag hat sich zu Recht mit Entrüstung und Abscheu heute mit dem Verhalten eines Oberstaatsanwalts beschäftigt. Ich möchte als Vertreter der österreichischen Beamten schaft doch in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hinweisen, wie wichtig es ist, daß unsere Partei immer zum Berufsbeamtentum gestanden ist, dieses gestärkt hat, und ich bin überzeugt, daß sie das auch in Zukunft sicher tun wird. In diesem Zusammenhang möchte ich an die wenigen unter uns appellieren, die manchmal auch meinen, daß der politische Beamte in Österreich vielleich ein ehrlicherer Weg wäre. Wenn es heute schon so ist, daß im Ausnahmefall ein Berufsbeamter sein Amt zu rein politischer Ausnützung mißbraucht, ersieht man daraus, wie wichtig es ist, die Verwaltung und die Führung der Staatsgeschäfte einem objektiv arbeitenden und unabhängigen Berufsstand anzuvertrauen und ihn nicht der politischen Willkür auszuliefern. Meine lieben Freunde, hier sind wir sicher am richtigen Weg! (Beifall.)

Ich appelliere daher auch an die Delegierten dieses Bundesparteitages, immer wieder für die Institution des Berufsbeamten und gegen die Einführung des politischen Beamten aufzutreten. Eine Anmerkung gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang zu den wirtschaftspolitischen Leitlinien, die heute sicher noch zur Diskussion kommen werden. Wenn man dort meint, daß die Ministerialbürokratie Geschenkökonomie betreibt, muß ich diese Kolleginnen und Kollegen in Schutz nehmen. Denn nicht sie, sondern der Ressortchef, der Politiker und eventuell noch die politischen Funktionäre im Ministerbüro mit gutbezahlten Sonderverträgen, die aus den Steuergeldern bezahlt werden müssen und auch zum Verschwendungskapitel gehören, sind es, die diese Geschenkökonomie betreiben. Aber nicht der in einem Ministerium zur Dienstleistung zugeteilte Beamte!

Die anderen Aussagen, soweit sie sich mit dem öffentlichen Dienst beschäftigen, kann man voll und ganz unterschreiben. Auch wir leiden unter einer ausgedehnten Bürokratie, auch wir wollen nicht entmündigte Bürger sein.

Wir treten für die Eigenverantwortung des Beamten ein, für einfache Verwaltungsabläufe, für Dezentralisation der Verwaltung. Es sind die Sozialisten, die zwar immer von der Sparsamkeit sprechen, aber nicht das geringste dazu tun. Denn unter Sparsamkeit verstehen sie bestenfalls, daß sie einem Dritten etwas wegnehmen, um weiter verschwenden zu können.

Hoher Bundesparteitag! Wir haben noch eine andere große Problematik im öffentlichen Dienst vor uns. Nur um die Größenordnung festzustellen: Es sind rund 540.000 aktive öffentlich Bedienstete im Bund, im Land, in der Gemeinde beschäftigt.

Dabei handelt es sich um keine "Ärmelschoner", vielmehr sind es dienstleistende Menschen in den Krankenhäusern, bei der

Exekutive, in den Schulen, in den Betrieben. Selbst die Verwaltungsbereiche, welche ja nur einen kleinen Anteil ausmachen, sind eine Lebensnotwendigkeit, denn ein funktionierender Wohlfahrtsstaat setzt auch eine funktionierende bürgernahe Verwaltung voraus. Diese 540.000 Aktiven, zusammen mit den Pensionsempfängern über 800.000 öffentlich Bediensteten haben ihren Anteil für Österreich geleistet.

Wenn nun die SPÖ-Koalitionsregierung ein Maßnahmenpaket geschnürt hat, trifft dieses Belastungspaket - wie es ehrlicherweise heißen muß - jeden öffentlich Bediensteten genauso wie jeden anderen Staatsbürger. Aber wir sehen nicht ein, daß man dem öffentlich Bediensteten, der nicht zu den Bestbezahlten und nicht zu den Bevorzugten unserer Gesellschaft jahrzehntelang gehört hat - Tausende Dienstposten konnten nicht besetzt werden, weil man um das bescheidene Gehalt niemanden gefunden hat, der diese oft sehr schwierige und in einzelnen Bereichen auch gefährliche Dienstleistung erbringen wollte -, jetzt ein Sonderopfer oktroyieren will, ein Sonderbelastungspaket, weil er Beamter ist. Das lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab. Sonderopfer werden wir keines erbringen! (Lebhafte Zustimmung.)

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch wirklich sagen: Die öffentlich Bediensteten sind nicht schuld an der Verschwendungspolitik. Sie sind nicht schuld am Horrordefizit des Bundes, sondern sie mußten ihre gesetzlichen Aufträge erfüllen. Und die Suppe, die die Politiker der sozialistischen Alleinregierung und nun der rot-blauen Koalitionsregierung eingebrockt haben, sollen sich diese Damen und Herren selber auslöffeln, aber

dies soll nicht auf dem Rücken der öffentlich Bediensteten geschehen. Wir sind nicht die Prügelknaben der Nation, meine lieben Delegierten des Bundesparteitages. (Beifall.)

Gestatten Sie mir noch am Schluß auf eine nach den niederösterreichischen Landtagswahlen in Kürze stattfindende große
bundesweite Wahl der öffentlich Bediensteten, auf die 5. Bundespersonalvertretungswahlen hinzuweisen. Am 29. und 30. November
dieses Jahres werden 240.000 wahlberechtigte öffentlich Bedienstete ihre Stimme abgeben, und wir hoffen, daß auf Grund
unseres Einsatzes für die Kollegenschaft auch diesmal die
Wählergruppe ÖAAB - FCG einen entscheidenden Vertrauensbeweis
bekommen wird. Denn wir konnten in den vier vorangegangenen
Bundespersonalvertretungswahlen unseren Anteil zuletzt auf
61,45 Prozent für unsere Gesinnungsgemeinschaft steigern.
Das soll erst einmal jemand nachmachen, bevor er Kritik übt an
der Tätigkeit der öffentlich Bediensteten! (Beifall.)

Und ich fordere von hier aus wirklich alle Gremien, alle Funktionäre, alle Personen, die in unserer Partei Verantwortung tragen, auf, diese Wahlen, diese 5. Bundespersonalvertretungswahlen, die ein Signal setzen werden, zu unterstützen. Seit 1970 ist der Bundesdienst, der hier zur Wahl aufgerufen ist, einer sozialistischen Personalpolitik mit zum Teil Terrormaßnahmen wie im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft ausgeliefert. Wir konnten das Schlimmste verhindern. Wir haben die Kollegen geschützt. Aber vergessen Sie nicht, daß viele, die sich zu uns bekannt haben, nicht nur dem Druck der Sozialisten am Arbeitsplatz, dem Terror ausgeliefert waren, sondern viele

haben ganz bewußt wirtschaftliche, finanzielle Opfer bringen müssen, weil sie von besseren Laufbahnen, von höheren Funktionen ausgeschlossen waren. Es hat ein Bekennermut dazugehört. Dafür muß auch einmal danke schön gesagt werden.

Ich bitte und appelliere jetzt daher, um die Glaubwürdigkeit unserer Gesinnungsgemeinschaft zu erhalten, um damit auch Dank auszudrücken für jene, die es sich hätten richten können, die es aber nicht getan haben, die öffentlich für unsere Gesinnungsgemeinschaft eingetreten sind, daß auch die Aussagen unserer Funktionäre, die Aussagen der Österreichischen Volkspartei positiv und hilfreich für diese 5. Bundespersonalvertretungswahlen sein mögen. Dann werden wir gemeinsam wieder stärker werden und diesem politischen Druck nicht nachgeben, sondern aufzeigen, daß der öffentliche Dienst nach wie vor treu im Lager der Österreichischen Volkspartei zu finden ist und für diese Gesinnungsgemeinschaft immer eintreten wird. Danke schön. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Krainer: Danke, Rudolf Sommer.

Als letzte zum Wort gemeldet ist die Frau Betriebsratsobmann Ingrid Korosec aus Wien. Ich erteile ihr das Wort.

Landtagsabgeordnete Ingrid Korosec (ÖFB): Hoher Parteitag! Wertes Präsidium! Liebe Delegierte! Dr. Mock hat in seinem Referat auch die soziale Sicherheit in diesem Land angezogen. Er hat gemeint, die Menschen hätten Angst. Erlauben Sie mir dazu einige Bemerkungen.

Man hat jahrelang in der österreichischen Politik gehört, wie stolz wir auf unseren international konkurrenzlos dastehen-

den Sozialstaat mit seinem Sicherheitssystem sein können. Nun, das stimmt nicht mehr, denn stolz kann man nur auf etwas sein, was funktioniert und auf Grund von notwendigen Vorausberechnungen auch weiter funktionieren wird. Das wird in diesem Fall nicht mehr sein.

Warum stehen wir heute vor dieser Situation? Die Gründe sind vielschichtig. Aber nicht zuletzt wurde die Krise auch durch eine Gefälligkeitspolitik in der Vergangenheit verursacht. Man hat linear nach dem Gießkannenprinzip nicht nur den sozial Schwachen geholfen, sondern man hat darüber hinaus auch Überversorgungen geschaffen. Nicht umsonst wurden bereits 38 ASVG-Novellen verabschiedet. Abgesehen von der 36. Novelle, die die spiegelgleiche Witwerpension einführte, die zwar Witwern Vorteile bringt, letztendlich aber sozial Schwachen und konkret den sozial schwachen Frauen durch Streichung des Grundbetragszuschlages und Kürzung der Abfertigung Nachteile gebracht hat.

Da stehen wir jetzt also ungefähr fünf Jahre nach den ersten Alarmsignalen. In der Zwischenzeit wurde auf der Einnahmenseite reformiert. Nicht umsonst haben wir mit 21,1 Prozent Pensionsbeitrag eine Spitzenposition in Europa. (Beifall.) Man hat Umschichtungen vorgenommen. Ansonst hat man aber trotzig den Kopf in den Sand gesteckt.

überflüssig ist es, zu sagen, daß die unumgängliche Sozialoperation heute und morgen mehr schmerzen wird, als sie es
gestern getan hätte, so wie es bei Operationen zu sein pflegt.
Wenn man zu lange wartet, trifft der Eingriff einen geschwächten
Organismus. Er wird noch schwächer werden mit jedem verzögerten,
verschleppten Monat und Jahr.

Nun hört man Reformvorschläge, zum Beispiel Lebensdurchrechnungszeitraum. Sozialminister Dallinger ist ja Spezialist
für das Steigen seiner Luftballons. Man ist geschockt. Aber sehr
bald kommt eine Einschränkung. Eine eventuelle Verlängerung
des Bemessungszeitraumes auf zehn Jahre wird auch ventiliert,
angeblich wegen höherer Pensionsgerechtigkeit und weniger
Spekulationsmöglichkeit. Psychologisch ist das sehr geschickt
gemacht. Denn bei zwei Übeln ist zweifelsohne die Verlängerung
auf zehn Jahre das weitaus kleinere, noch dazu, wenn man einschränkt und eine Etappenlösung vorschlägt, die aber letztendlich nur eine Verschleierung der Situation darstellt.

Liebe Delegierte! Im Angestelltenbereich würde das bedeuten - und das ist mit vielen Beispielen belegbar -: eine Kürzung der Pension im Durchschnitt um 10 Prozent. Wenn man noch einkalkuliert, daß auf Grund der Arbeitsmarktsituation die Zahl der Überstunden geringer wird, die ja heute auch dazu beigetragen haben, in den letzten Jahren die Bemessungsgrundlage zu erhöhen, so bleibt es nicht bei diesen 10 Prozent.

Das nächste Problem sind die Ruhensbestimmungen, der § 94.

Die 39. Novelle liegt bereits zur Begutachtung im Parlament.

Man kann sich dem nicht verschließen, daß in Zeiten erhöhter

Arbeitslosigkeit alle Bevölkerungsgruppen Opfer bringen müssen.

Wenn aber bekannt ist, daß von 30.000 ASVG-Pensionisten, die

neben ihrer Pension noch ein Zusatzeinkommen haben, 21.000 Witwen

sind, die dann bei einem Betrag von über 7.000 S als so reich angesehen werden, daß man ihnen etwas wegnehmen muß, so ist das

nicht zu verstehen.

Ich sehe es als Aufgabe einer Oppositionspartei, das den Menschen zu sagen, und zwar so zu sagen, daß sie es verstehen. Denn das Argument, wir haben Arbeit für alle und sind deshalb gegen Ruhensbestimmungen, ist zu schwach und findet in der Bevölkerung teilweise negative Resonanz.

Letztendlich komme ich zu den Ruhensbestimmungen bei Mehrfachpensionen, angekündigt in der großen Reform, die wahrscheinlich Mitte 1984 einsetzen wird. Was heißt das im Klartext? - Kürzung der Witwenpensionen und auch Kürzung der vor
zwei Jahren eingeführten Witwerpension.

Liebe Parteifreunde! Sie alle wissen, daß Frauen zwar die formale Gleichstellung haben, aber nicht die faktische. Ich will hier nicht Gründe anführen, Sie alle kennen sie. Es wäre der falsche Weg, wenn die berufstätigen Frauen nun die Zeche einer jahrelangen Gefälligkeitspolitik der SPÖ bezahlen müßten. Und es ist Aufgabe der ÖVP, sich zeitgerecht sachlich mit dieser Materie zu beschäftigen, unser Modell der Partnergarantie neu zu überdenken, eventuell zu modifizieren und das Ergebnis dann an die Basis zu bringen, das selbstverständlich von der Gesamtpartei getragen werden muß. Denn die Menschen in unserem Lande bewegt es sehr, wie die soziale Sicherheit in Zukunft aussehen wird.

55 Prozent der Wähler sind Frauen, 57 Prozent der Frauen zwischen 15 und 60 Jahren sind berufstätig. Es wäre nicht gerechtfertigt, daß eine Reform auf Kosten jener verheirateten Frauen gemacht wird, die sich zwar für den fairen, aber erheblich mühevolleren Weg der eigenen Berufstätigkeit entschieden

haben und damit sehr wesentlich zum Wohlstand in Österreich beitragen. Liebe Delegierte, wir rechnen in dieser Frage mit der Unterstützung der Gesamtpartei. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Krainer: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Die Mandatsprüfungskommission hat festgestellt, daß von den geladenen Delegierten 540 mit beschließender Stimme anwesend sind, 29 mit beratender Stimme, und auf Grund dieses Überprüfungsergebnisses wird festgestellt, daß der Bundesparteitag statutengemäß einberufen wurde und beschlußfähig ist.

Zunächst fassen wir einen Beschluß über die Rechenschaftsberichte.

Wer zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben. - Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Die Anträge sind einstimmig angenommen.

Der Tagesordnungspunkt 3 ist damit abgeschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 4 "Wahlen".

Den Vorsitz dazu übernimmt Präsident Robert Graf.

4. Wahlen

- a) Wahl des Bundesparteiobmannes
- b) Wahl der Bundesparteiobmannstellvertreter
 - c) Wahl des Generalsekretärs
 - d) Wahl des Bundesfinanzreferenten
 - e) Wahl von 40 weiteren Mitgliedern der Bundesparteileitung
- f) Wahl der Bundesfinanzprüfer, des Bundeskontrollausschusses und des Bundesparteigerichtes

Vorsitzender Robert Graf: Meine Damen und Herren!
Wenn Sie mir gestatten, werde ich den Vorsitz aus technischen
Gründen vom Rednerpult her handhaben. Ich muß Sie jetzt um
etwas Aufmerksamkeit ersuchen und vor allem um etwas mehr Präsenz. Wir haben außergewöhnlich komplizierte Abstimmungsvorgänge durchzuführen.

Ich möchte Ihnen sagen: Wir kommen nun zuerst zur Wahl des Herrn Bundesparteiobmannes. Das für die Vorbereitung der Neu-wahlen von der Bundesparteileitung eingesetzte Wahlkomitee hat -wie nicht anders zu erwarten - beschlossen, Ihnen, meine Damen und Herren, vorzuschlagen, Herrn Dr. Alois Mock als Bundespartei-obmann wiederzuwählen. (Beifall und Hoch-Rufe.)

Es liegt mir eine einzige Wortmeldung vor, durch die der Vorschlag begründet werden soll. Es ist das der Landeshauptmann von Tirol Wallnöfer. Ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen.

Landeshauptmann Eduard Wallnöfer (Bundesparteileitung) (mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Werte

Damen und Herren! Es ist vielleicht auch beim 24. Bundesparteitag recht, wenn man daran erinnert, daß die Österreichische

Volkspartei große Männer in der Nachkriegsgeschichte gestellt
hat.

Da ist zunächst einmal der Bundeskanzler und Bundesparteiobmann Dr. Leopold Figl gewesen, der mit einem ungeheuren Optimismus bemüht war, die Fahne hoch zu halten und danach zu streben, daß in dem zertrümmerten Österreich vorerst die lebenswichtigsten Bedarfsartikel beschafft werden konnten.

Im Anschluß daran ist es Bundeskanzler Raab gewesen, der mit ganz gewaltiger Autorität und mit Erfolg bemüht war, über die Wirtschaftswachstumsgesetze und über andere Initiativen dafür zu sorgen, daß der Aufbau des Vaterlandes eingeleitet werden konnte. Er war es auch - natürlich mit einer Reihe von Mitarbeitern -, der in der Lage gewesen ist, den Staatsvertrag zustande zu bringen. Das hat bewirkt, daß er als der "Staatsvertragskanzler" in die österreichische Geschichte eingegangen ist.

Nach ihm hat sich Dr. Alfons Gorbach als Bundesparteiobmann und als Bundeskanzler mit großem Erfolg um die Geschlossenheit der Partei bemüht.

Ihm ist dann Bundeskanzler Dr. Josef Klaus gefolgt, der Initiativen einleitete und durchsetze, von denen die sozialistische Regierung von 1970 weg herauf bis in die jüngste Zeit noch gelebt hat. Ich darf wohl in Erinnerung bringen, daß Bundeskanzler Dr. Klaus derjenige gewesen ist, der mit Finanzminister

Koren die Wirtschaftswachstumsgesetze den Erfordernissen der Zeit angepaßt hat. Ich darf daran erinnern, daß er, zusammen mit dem früheren Unterrichtsminister Dr. Piffl, derjenige gewesen ist, der erklärte, im Verlaufe der nächsten Jahre sei in jedem Bezirk zumindest eine höhere oder mittlere Schule zu schaffen. Als er mir das zuerst sagte, habe ich mir gedacht, daß er da schon ein bissel viel ausgesprochen hätte. Aber die Dinge wurden in der Zwischenzeit längst realisiert. (Beifall.) Der Bundeskanzler und Bundesparteiobmann Dr. Klaus ist auch derjenige gewesen, der überhaupt zum ersten Mal die Worte "Raumordnung" und "Raumordnungsgesetzgebung" ausgesprochen hat. Und er war derjenige, der sich – wenn ich mich nicht täusche – im Jahre 1967 um die Neuordnung der Wohnbauförderung bemüht hat, und zwar mit Erfolg. (Neuerlicher Beifall.)

Dann, als der 1. März 1970 gekommen ist, war natürlich unsere Partei irgendwie erschüttert. Sie wissen schon, daß man den langjährigen und hochverdienten Generalsekretär und Vizekanzler Dr. Withalm zum Bundesparteiobmann gewählt hat. Aber wie halt nun einmal die Mentalität bei uns ist: Es hat nicht sehr lange gedauert, da hat der damalige Bundesparteiobmann Dr. Hermann Withalm nur mehr von der Kritik gelebt.

Er wurde abgelöst von Dr. Karl Schleinzer, der auch immer wieder und immer mehr in das Blitzlicht der Kritik geraten ist. Erst dann, als er verunglückt ist, hat man vom großen Staatsmann geredet.

Ihm ist Dr. Josef Taus gefolgt. Als Dr. Taus im Jahre 1979 seine Funktion als Bundesparteiobmann zurücklegte, hat man über den heutigen Bundesparteiobmann Dr. Mock diskutiert. Der eine hat behauptet, daß er zu jung wäre, und der andere hat gesagt, daß er vielleicht nicht die notwendige Autorität und nicht die notwendige Zielstrebigkeit entwickeln würde. Na ich habe damals bei seiner Wahl in Linz - wenn ich mich richtig erinnere - erklärt, daß man in Tirol im Jahre 1810 Andreas Hofer mit 42 Jahren erschossen hat und daß ich noch nie gehört habe, er sei zu jung gewesen. (Zustimmung.) Überdies ist ja die Jugend eine Eigenschaft, die, wenn sie schlecht sein sollte, jeden Tag besser wird, also der "Fehler" jeden Tag besser wird.

In der Zwischenzeit wissen wir, daß Dr. Mock gerade in dem Alter ist, in dem er am leistungsstärksten wirken kann. Wir wissen, daß er eine bewundernswerte Autorität entwickelt hat und daß er eine Zielstrebigkeit hat, die ihm zu hohem Ansehen in allen Bundesländern verholfen hat. Wir wissen überdies, daß er korrekt vom Scheitel bis zur Sohle und unbestritten ist. (Beifall.)

Wir sind stolz auf diesen Mann! Wir wissen ganz genau, daß uns viele um ihn beneiden. Ich möchte ihm persönlich für die Strapazen, die er im Laufe der vergangenen Jahre auf sich genommen hat, danken. Insbesondere möchte ich ihm hohe Anerkennung dafür aussprechen, daß er sich um die Zusammenarbeit der christlichen Demokraten und der konservativen Parteien weit hinaus über Europa gekümmert hat und daß man damit nun einmal doch auch dem näherkommen kann, der Sozialistischen Internationale etwas entgegenzusetzen.

Das alles also, Herr Bundesparteiobmann Dr. Mock, ist etwas, was uns freut, aber nicht nur freut, sondern, verehrte Frauen und Herren Delegierte, auch verpflichtet. Wir sind es diesem Mann schuldig, nicht nur hier durch das Mikrophon oder wo immer danke schön zu sagen, sondern auch bei der Wahl dafür zu sorgen, daß er womöglich alle Stimmen bekommt. (Beifall.) Das sind wir ihm schuldig!

Ich möchte aber dieses Abstimmungsergebnis auch als eine Reaktion auf die Beschuldigungen gegen Landeshauptmann Ludwig auffassen und sagen: Diese Stimmabgabe soll zeigen, daß diese Partei geschlossen ist! (Beifall.) Die geschlossene Wahl des Bundesparteiobmannes Dr. Mock sollte eine Absage an diejenigen sein, die bewirken wollen, daß die Gerichtsbarkeit, das Vertrauen in die Gerichtsbarkeit erschüttert wird.

Verehrte Frauen und Herren Delegierte! Ich bitte Sie heute um diese Geschlossenheit. Ja ich möchte sagen: Ausnahmslos sollten wir geschlossen hinter unserem Bundesparteiobmann sein. (Beifall.) Zur Zeit der Franzosen-Kriege hat der englische General Nelson vor einer Schlacht in einem Tagesbefehl festgestellt: England erwartet, daß jeder seine Pflicht erfüllt. Und ich möchte sagen, daß auch wir einen derartigen Tagesbefehl heute ausgeben müssen. Wir müssen das tun, nicht nur für unsere Partei, sondern auch für Österreich! (Beifall und Hoch-Rufe.)

<u>Vorsitzender Graf:</u> Ich danke dem Herrn Landeshauptmann Wallnöfer.

Meine Damen und Herren, ich darf nun um Ihre Aufmerksamkeit bitten. Wir kommen zum ersten Wahlvorgang: die Wahl des Herrn Bundesparteiobmannes. Sie, die Sie beschließende Delegierte sind, haben auf Ihrer Delegierteneinladung Abschnitte, die für jeden Wahlgang als Nachweis Ihrer Wahlberechtigung dienen. In Ihren Tagungsmappen finden Sie Stimmzettel und Kuverts. Zur Beschleunigung des Wahlverfahrens hat sich die Wahlkommission in sieben Unterkommissionen geteilt. Die Wahlzellen sind am oberen Ende dieses Saales. Die Einteilung über Ihre Abstimmungsvorgänge erfolgt nach Ihrer Delegiertennummer auf der Delegierteneinladung außen. Auf dem Wahlberechtigungsabschnitt ist Ihre Delegiertennummer gedruckt. Ich bitte Sie, die Stimme bei jener Kommission - und nur dort - abzugeben, die Ihrer Delegiertennummer entspricht. Die Wahlkommission kann gleichfalls nur dann Ihre Stimme entgegennehmen, wenn Sie gleichzeitig mit dem Kuvert Ihren Abschnitt, der Sie zur Wahl berechtigt, abgeben.

Jetzt sind die Abschnitte mit dem Aufdruck "1. Wahlgang" maßgeblich. Die Wahl des Bundesparteiobmannes hat - wie es das Statut vorsieht - geheim durchgeführt zu werden.

Wir gelangen nunmehr zum ersten Wahlgang. Ich unterbreche den Bundesparteitag zum Zwecke der Vornahme dieser Wahl. Der Parteitag ist vorläufig unterbrochen.

Unterbrechung der Beratungen: 12.30 Uhr

Fortsetzung der Beratungen: 13 Uhr

Vorsitzender Graf: Meine Damen und Herren! Ich nehme die unterbrochene Sitzung des Parteitages wieder auf.

Der erste Wahlgang: Wahl des Bundesparteiobmannes, erbrachte folgendes Ergebnis: Es wurden 524 Stimmen abgegeben, davon 521 gültige Stimmen (Beifall), 3 ungültige Stimmen. Auf Herrn Dr. Mock entfielen 518 Stimmen oder 98,9 Prozent. (Unter minutenlangem stürmischem Applaus und Bravo!-Rufen nimmt der neugewählte Bundesparteiobmann Dr. Alois Mock zahlreiche Gratulationen entgegen.)

Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich für Ihre Wahl und für den Applaus, den Sie dem Herrn Bundesparteiobmann gespendet haben. Ich richte an dich die Frage (gewendet an Dr. Mock): Nimmst du die Wahl an?

Bundesparteiobmann Dr. Mock: Ich nehme die Wahl an. Ich möchte euch, liebe Freunde, sehr herzlich für diesen außergewöhnlichen Vertrauensbeweis danken. Es ist das für mich ganz einfach ein Auftrag, für unser Land, für unsere Heimat zu arbeiten, es ist das für mich ein Auftrag, für die Österreichischen Volkspartei zu arbeiten. Es ist das für mich eine Verpflichtung, auf euch, auf Delegierte, auf die sogenannten "Kleinen" in der Partei, die aber die Großen sind, die Gemeinderäte, die Bürgermeister, die Betriebsräte und Personalvertreter, zu hören. Und es ist das ein Auftrag, daß ich zusammen mit all meinen Freunden, den Landesparteiobmännern und Mitgliedern des Bundesparteivorstandes den zweiten Schritt schaffe, nämlich den Schritt zur Verantwortung für Österreich. (Neuerlicher lebhafter Beifall und Bravo!-Rufe.)

Vorsitzender Graf: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, Ihre Aufmerksamkeit dem zweiten Wahlgang zuzuwenden. Im zweiten Wahlgang werden gleichzeitig die Bundesparteiobmann-Stellvertreter, der Generalsekretär und der Bundesfinanzreferent zu wählen sein.

Das Wahlkomitee hat dazu die Vorschläge für die Bundesparteiobmann-Stellvertreter und den Bundesfinanzreferenten
zu statten gehabt. Diese Vorschläge wurden in der gleichen
Form erstattet und liegen in Ihrer Delegiertenmappe.

Da im Sinne des Statuts der Herr Bundesparteiobmann ordentlicherweise bekanntzugeben hat, wen er als General-sekretär vorschlägt, ersuche ich den Herrn Bundesparteiobmann, von dort seinen Vorschlag zu erstatten. Bitte.

Bundesparteiobmann Dr. Mock: Zum Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei schlage ich wieder meinen bisherigen ersten und wertvollsten Mitarbeiter Dr. Michael Graff vor. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Graf: Mit diesem Vorschlag ist also der Wahlvorschlag komplett. Meine Damen und Herren! Ich ersuche Sie nun ganz inständigst, sich mit dem Abschnitt Nr. 2 anzufreunden, der in Ihrem Delegiertenbriefchen drinnen ist. Reißen Sie ihn am Weg zur Wahlzelle ab. Stopfen Sie ihn nicht gleichzeitig in das Kuvert für den Wahlgang 2, weil das die ganze Geschichte verzögert.

Ich unterbreche die Sitzung auf voraussichtlich 20 Minuten. Der Parteitag wird um 13.02 Uhr unterbrochen.

Fortsetzung der Beratungen: 14.10 Uhr

Vorsitzender Graf: Ich nehme den unterbrochenen Parteitag wieder auf.

Ich gebe Ihnen die Wahlergebnisse bekannt, und zwar zuerst über die Damen und Herren Stellvertreter des Herrn Bundesparteiobmannes.

II I la	
Herr Landeshauptmann Dr. Ratzenböck:	
Zahl der abgegebenen Stimmen	528
Zahl der gültigen Stimmen	524
Zahl der ungültigen Stimmen	4
Zahl der auf den Kandidaten entfallenden	
Stimmen	510
Das sind 96,59 Prozent. (Beifall.)	
Frau Dr. Marga Hubinek:	
Zahl der abgegebenen Stimmen	528
Zahl der gültigen Stimmen	512
Zahl der ungültigen Stimmen	16
Zahl der auf sie entfallenden Stimmen	412
Das sind 78,03 Prozent. (Beifall.)	
Herr Bertram Jäger:	
Zahl der abgegebenen Stimmen	528
Zahl der gültigen Stimmen	524
Zahl der ungültigen Stimmen	4
Zahl der auf den Kandidaten entfallenden	
Stimmen	508
Das sind 96,21 Prozent. (Beifall.)	

Herr Dr. Erhard Busek!	8)
Zahl der abgegebenen Stimmen	528
Zahl der gültigen Stimmen	516
Zahl der ungültigen Stimmen	11
Zahl der auf den Kandidaten entfallenden	
Stimmen	444
Das sind 84,09 Prozent. (Beifall.)	
Ich darf Ihre Kollektivzustimmung zur Annahr	ne der Wahl
als gegeben betrachten Ich bedanke mich.	
Wir kommen nun zum Abstimmungsergebnis den B	Herrn General-
sekretär Dr. Michael Graff betreffend:	
Zahl der abgegebenen Stimmen	528
Zahl der gültigen Stimmen	500
Zahl der ungültigen Stimmen	28
Zahl der auf den Kandidaten entfallenden	
Stimmen	463
Das sind 87,68 Prozent. (Beifall.)	
Herr Finanzreferent Dr. Rudolf Gruber:	
Zahl der abgegebenen Stimmen	528
Zahl der gültigen Stimmen	520
Zahl der ungültigen Stimmen	8
Zahl der auf den Kandidaten entfallenden	
Stimmen	503

Das sind 95,20 Prozent. (Beifall.)

Ich stelle auch die Frage auf Annahme der Wahl an den Herrn Generalsekretär und an den Herrn Finanzreferenten. - Sie nehmen die Wahl an.

Ich darf allen namens des Parteitages gratulieren.

Nun, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, daß ich Ihnen einige technische Dinge mitteile.

Wir werden nunmehr zum letzten geheimen Wahlgang schreiten. Wenn dieser Wahlgang abgeschlossen ist, wird zwar die Kommission auszählen, aber Sie werden nicht so lange warten müssen. Wir werden gleich nach Abschluß der Wahlhandlung Nr. 3 aus zeit-lichen Gründen dann jene Wahlhandlungen, die per acclamationem durchgeführt werden, angehen.

Wir kommen damit zum dritten Wahlgang, nämlich der Wahl von 40 weiteren Mitgliedern der Bundesparteileitung. Dieser Wahlvorschlag liegt Ihnen in der Form des Stimmzettels vor.

Ich habe vier Wortmeldungen dazu. Ich beschränke kraft meines Amts die Dauer der Wortmeldungen jeweils auf drei Minuten.

Zu Wort kommt Kollege Othmar Karas als erster Redner. Ich darf ihn bitten.

Abgeordneter zum Nationalrat Othmar Karas (Bundesparteileitung) (mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich konnte mich in diesem

Bereich der Wahlen leider erst jetzt zu Wort melden, weil jetzt

auch ich im Rahmen der Bundesparteileitung als Obmann der Jungen

ÖVP zur Wahl stehe. Uns, der Jungen ÖVP, geht es um eine prinzipielle Frage beim Ablauf der Wahlen. Wer von uns in der Politik

arbeitet, der weiß es. Wer von Politik betroffen ist, und das ist jeder Bürger dieses Staates, der spürt es: "Politik und Lebensgefühl", wie das Motto des heurigen Bundesparteitages lautet, diese Dinge vertragen sich heute sehr oft nicht miteinander, weil die Politik das Lebensgefühl sehr oft nicht betrachtet, weil sie in manchen Punkten Gefühle und Emotionen nicht berücksichtigt. Daher haben gerade wir als Österreichische Volkspartei die Frage des Politikers, die Frage der Ämterkumulierung und die Frage der Einhaltung unserer statutarischen Verpflichtungen sehr ernst zu nehmen.

Menschen, die Funktionen anhäufen, Menschen, die Funktionen durch Ämterkumulierung anhäufen, verlieren sehr oft das Gefühl für das Wesentliche, für das Große. Sie verharren im Nebensächlichen. Menschen, die keine mehr sind und auch keine mehr sein können, sollen dann für Menschen arbeiten? Das spüren denn auch die Betroffenen.

Hoher Bundesparteitag! Ich treffe als Vertreter der Jungen ÖVP hier eine ernste Aussage: Machen wir uns doch eines klar: In der Demokratie haben wir die Aufgabe, für diejenigen, die wir vertreten wollen und sollen, verantwortungsbewußt Vorbild zu sein – in jeder unserer Handlungen, in allem, was wir vorleben, in dem, was wir tun. Die Menschen erwarten das von uns. Lassen wir nicht zu, daß die Politik ein Spiel zwischen uns und den Massenmedien bleibt! Orientieren wir uns am dabei verlorengegangenen Menschen. Ich appelliere daher an Sie, glaubwürdig zu bleiben, denn Glaubwürdigkeit schafft Vertrauen.

Meine Damen und Herren! Wenn wir jetzt zur Wahl gehen, bitte ich, diese Glaubwürdigkeit einzuhalten. In § 36 unseres Statutes steht - und darum stehe ich hier -: "Bei jeder Wahl, Bestellung oder Aufstellung hat der vorgeschlagene Kandidat bekanntzugeben, welche Funktionen oder Mandate er in der Gesamtpartei, in einer Teilorganisation, in einem nahestehenden Verband, in einer beruflichen Interessenvertretung oder im übrigen öffentlichen Bereich ausübt. "Ist offenkundig" - steht hier -, "daß die ordnungsgemäße Erfüllung der Pflichten der zu übernehmenden Funktion oder des auszuübenden Mandates nicht möglich sein wird, ist das zur Wahl, Bestellung oder Aufstellung berufene Organ gehalten, von einer Übertragung oder der Aufstellung Abstand zu nehmen."

Und es heißt weiter: "Hat der Vorgang der Bekanntgabe von Funktionen oder Bestellungen vor einer Wahl nicht stattge-funden, so ist die Wahl oder Bestellung ungültig."

Meine Damen und Herren! Wir von der Jungen ÖVP nehmen diesen Passus ernst. Ich sage daher: Ich bekleide das Amt des National-rates, die Funktion des Bezirksparteiobmannes von Ybbs, bin Mitglied des Bundesparteivorstandes, bin Bundesobmann der Jungen ÖVP, Mitglied des Bundesvorstandes des ÖAAB und im außerparteipolitischen Rahmen Vorsitzender-Stellvertreter des Bundesjugendringes und Stellvertretender Vorsitzender der Europäischen Union junger Christdemokraten.

Als Vertreter der Jungen ÖVP erwarte ich, daß jeder Kandidat für die Bundesparteileitung der Forderung nach Darlegung seiner Funktionen nachkommt, damit das Statut in jener Härte eingehalten wird, wie wir von der Jungen ÖVP es ernst nehmen. Jeder soll wissen, was der andere tut. (Beifall.)

Ich kann mir schon vorstellen, daß jetzt das Argument kommt, daß die Kontrollinstanz das ohnehin im nachhinein prüfen kann. Die Kontrolle prüft, ob es unvereinbar ist, diese Funktionen nebeneinander auszuüben. Der Passus des § 36 beinhaltet die Bekanntgabe, damit Sie entscheiden können und nicht nachher schimpfen müssen, daß einer für den Menschen nicht mehr Zeit hat.

Ich hoffe, daß die Vertreter der Jungen ÖVP nicht allein bleiben. Ich bitte Sie alle, unserem Beispiel zu folgen. Danke schön. (Beifall.)

Vorsitzender Graf: Ich erteile nun zu einer grundsätzlichen Erklärung Generalsekretär Dr. Michael Graff das Wort.

Dr. Graff: Erstens: Ich habe eine Funktion, ich bin der Generalsekretär. Zweitens: Liebe Freunde! Wir haben uns über diese Bestimmung in unserem Statut Gedanken gemacht. Sie ist damals eingeführt worden, als das Problem der Ämterkumulierung ein besonderes war. Der letzte Bundesparteitag hat das Problem so gelöst, daß die Kontrollkommission, wie es Othmar Karas bereits angedeutet hat, die Mehrfachfunktionen feststellt, und dort, wo ein Übermaß an Funktionen vorliegt, dem Betreffenden den Rat gibt, Funktionen abzubauen.

Ich würde euch vorschlagen, daß wir diesen Vorgang beibehalten. Es ist natürlich ein Recht des Parteitages, die Funktionen zu erfahren. Aber auf ein Recht kann man verzichten. Es
kann daher - und ich stelle einen diesbezüglichen Antrag laut Geschäftsordnung - der Parteitag darauf verzichten.

Es ist natürlich auch möglich - unser Freund Othmar Karas hat jetzt sechs Minuten geredet -, daß wir bei 40 Mitgliedern der Bundesparteileitung uns 240 Minuten lang Funktionen anhören; das wären etwa vier Stunden. Ich bitte, davon abzusehen, so sehr ich die grundsätzlichen Überlegungen auch anerkenne, daß der Parteitag in seiner Souveränität hier auf die Auflistung der Funktionen verzichtet und diese Aufgabe der Kontrollkommission überträgt. (Beifall.)

Vorsitzender Graf: Hoher Bundesparteitag! Ich habe einen Vorschlag zu machen. Es werden jetzt noch die Kollegen Stiglitz und Heinzinger zu Wort kommen. Ich bitte die beiden dann, uns ihre Meinung zu sagen.

Ich werde, bevor ich den nächsten Rednern das Wort erteile, nach Erledigung der Wortmeldungen von Stiglitz und Heinzinger den Bundesparteitag zum geschäftsordnungsmäßigen Antrag des Herrn Generalsekretärs befragen. Wenn der Antrag angenommen wird, werde ich jene, die sich noch zu Wort gemeldet haben, fragen, ob sie auch dann noch das Wort ergreifen wollen. Ich darf diese Interpretation des vorliegenden Antrages als momentaner Vorsitzender wählen.

Ich bitte nun Herrn Stiglitz, das Wort zu ergreifen und bitte weiter, die Redezeit von 3 Minuten zu beachten.

Franz Stiglitz: Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen!

Der Generalsekretär hat von einem Recht gesprochen, das der

Bundesparteitag hat. Wir wollen dieses Recht in Anspruch nehmen

und wir bleiben bei unserer Forderung, daß die Kandidaten für

die Bundesparteileitung ihre Funktionen hier offenlegen.
(Beifall.)

Ich komme daher gerne als zweiter Kandidat der Jungen ÖVP für die Bundesparteileitung der Aufforderung und auch der Pflicht laut Statut nach und darf meine Funktionen bekanntgeben.

Mein Name ist Franz Stiglitz. Ich bin Bundessekretär der Jungen ÖVP, Mitglied des Bundesvorstandes der Fraktion christlicher Gewerkschafter und Mitglied des Bundeskontrollausschusses des ÖAAB. Das sind meine drei Funktionen.

Ich bitte wirklich noch einmal alle anderen Kandidaten für die Bundesparteileitung, nun ihre Funktionen bekanntzugeben. - Danke schön. (Beifall.)

Vorsitzender Graf: Ich bedanke mich beim Kollegen Stiglitz. Zum Wort gelangt Abgeordneter Heinzinger.

Walter Heinzinger: Hoher Bundesparteitag! Als Generalsekretär habe ich ja Verständnis für den Michel Graff, daß er gerne die Regie abgelaufen hätte, ruckzuck. In ähnlicher Situation in meiner eigenen Organisation würde ich da eine gewisse Seelengemeinschaft vermuten. Ich bin aber auch Landesobmann der Jungen ÖVP gewesen und in allen Statutentagungen dieser Partei seit dem berühmten Parteitag von Klagenfurt.

Wir haben versucht, diese leidige Frage der Ämterkumulierung endlich einmal wirksam und beispielhaft zu lösen. Es gibt kaum einen Parteitag, wo nicht Festredner erklären, wir sind die einzige Partei, die in ihrem Statut eine wirksame Kumulierungs-

beschränkung hat. Nur sind wir dieselbe Partei, die diese Kumulierungsbeschränkung nicht anwendet, sie quasi außer Kraft setzt durch Nichtanwendung.

Ich glaube, verehrter Herr Generalsekretär: Mit Zeit kann man nicht Demokratie argumentieren. (Beifall.) Und wenn deine Rechnung stimmen sollte, daß tatsächlich alle meine Kollegen so viele Ämter haben, daß das so lange dauert, müßte man erst recht darüber diskutieren. (Lebhafter Beifall bei der Jungen ÖVP.)

Ich bitte daher, meine Damen und Herren, machen wir das schmerzlos. Erfüllen wir nicht nur der Jugend diesen Wunsch, sondern exekutieren wir Demokratie nicht nur draußen in den Gemeinden, sondern gerade bei der Beschickung des höchsten Organs. Diese Aufgabe kann man nicht delegieren! (Lebhafter Beifall.)

Ich für meine Person fühle mich so in der Mitte der Multis und darf Ihnen daher meine Ämter nennen:

Generalsekretär des ÖAAB und Mitglied des Nationalrates mit jeweils beachtlicher Gage, ÖAAB-Landesobmann-STellver-treter von Steiermark, Mitglied der Hörer- und Sehervertretung beim ORF, Mitglied des Wirtschaftsrates der Bundesforste und Mitglied aller Leitungsorgane der ÖVP, des ÖAAB und der Fraktion christlicher Gewerkschafter. Die übrigen Funktionen ohne Gage. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Graf: Meine Damen und Herren! Ich werde jetzt den Generalsekretär ersuchen, seinen Vorschlag mündlich zu formulieren. Ich werde unmittelbar nach der Formulierung des Vorschlages Sie zur Abstimmung einladen und dann die sich wei-

ters zu Wort Gemeldeten fragen, ob sie ihre Wortmeldung aufrechterhalten wollen: ja oder nein. Selbstverständlich wird ihre Entscheidung respektiert.

Ich bitte nunmehr den Herrn Generalsekretär, diesen Antrag zu formulieren.

Generalsekretär Dr. Graff: Ich stelle den Antrag:

Der Parteitag verzichtet darauf, in dieser Sitzung die

Mitteilung der Funktionen entgegenzunehmen. Die Kontrollkommission

wird beauftragt, alle Gewählten nach ihren Funktionen zu be
fragen. Das Ergebnis wird schriftlich allen stimmberechtigten

Delegierten dieses Parteitages zugemittelt werden. (Beifall.)

Vorsitzender Graf: Bevor ich zur Abstimmung schreite, habe ich eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung. Ich darf Sie bitten.

Mag. Paul Mychalewicz (JVP): Hoher Bundesparteitag! Ich anerkenne die großen juristischen Fähigkeiten
unseres Generalsekretärs. Das ist für mich keine Frage.
Aber gerade wenn man solche hohe juristische Fähigkeiten besitzt, müßte einem klar sein, daß ein Statut verbindlich ist
und daß es nicht zulässig ist, es mittels einer einzelnen
Abstimmung plötztlich außer Kraft zu setzen.

Daher beharren wir auf unserer Forderung. (Zustimmung.)

Der Antrag des Herrn Generalsekretärs ist statutenwidrig. Wir verlangen weiterhin die Offenlegung der Ämter. (Beifall.)

Vorsitzender Graf: Sie haben die Wortmeldung zur Geschäftsordnung gehört. Der Vorschlag des Generalsekretärs steht natürlich zur Diskussion. Ich würde Sie jetzt bitten - Sie alle haben den Vorschlag des Generalsekretärs gehört -:

Wer damit einverstanden ist, daß den Delegierten zu einem späteren Zeitpunkt ein schriftlicher Bericht zugeht, den bitte ich um ein Zeichen mit der Delegiertenkarte. - Ich bestimme zwei Herren zu Stimmzählern. - Ich habe im Moment 209 Pro-Stimmen. Ich darf nun bitten: Wer ist dagegen, daß der Antrag angenommen wird? - 169 Kontra-Stimmen.

Ich stelle fest: Der Parteitag hat mit 209 zu 169 Stimmen dem Antrag des Generalsekretärs Dr. Graff stattgegeben.

(Mag. Mychalewicz: Zweidrittelmehrheit! Es ist abgelehnt!)

Lassen Sie mich bitte zuerst eine Erklärung abgeben. Ich habe das Verhältnis der Abstimmung festgestellt, das ist das eine. Ich stelle zweitens fest, daß Michael Graff erklärt hat, im Statut steht nicht drinnen, ob mündlich oder schriftlich. Alles andere ist Ihnen nun unbenommen.

Ich habe nun Wortmeldungen vorliegen, und zwar vorerst eine zur Geschäftsordnung.

Ich werde so vorgehen.

Ich bitte den Kollegen Stiglitz, der sich zur Geschäftsordnung gemeldet hat, damit zu beginnen. Dann werde ich in der
Erledigung der Wortmeldungen fortfahren.

Franz Stiglitz (JVP): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur einen Satz dazu sagen: Der Antrag des Generalsekretärs kommt einer Statutenänderung gleich, und eine Statutenänderung braucht nach der Geschäftsordnung eine Zweidrittelmehrheit. Ich bitte, das zu beachten. (Beifall.)

Vorsitzender Graf: Ich setze nunmehr in den Wortmeldungen fort.

Ich bitte Herrn Dr. Lopatka, das Wort zu nehmen. (Ruf: Zur Geschäftsordnung!) Jetzt kommt einmal Herr Dr. Lopatka zu Wort, und ich werde Sie dann zur Geschäftsordnung aufrufen.

Dr. Reinhold Lopatka (LO/ST/JVP): Wenn ich jemanden wähle, dann erfahre ich lieber zuerst, wen ich wähle, und nicht Wochen danach schriftlich, wen ich gewählt habe und was er macht. Zum ersten.

Zweitens finde ich es traurig, wenn man jetzt die Meinung von immerhin 169 Delegierten in dem Saal einfach vom Tisch wischen möchte. (Zustimmung.)

Drittens: Für mich war die ÖVP immer die Partei, die eine Vorbildwirkung gehabt hat, was Ämterkumulierer betrifft. Wovor haben die Herren jetzt Angst, da herauszugehen und zu sagen, was sie wirklich machen? (Zustimmung.)

Viertens - ich möchte mich kurz fassen - halte ich es für wirklich traurig, wenn man jetzt vielleicht stundenlang darüber diskutieren muß, was jeder einzelne macht.

Lieber wäre es mir, wenn man sofort damit beginnen könnte, daß sich jeder selbst dazu ganz kurz zu Wort meldet. - Danke. (Beifall.)

Vorsitzender Graf: Ich bitte alle Redner um ihr Einverständnis: Es hat sich der Herr Bundesparteiobmann in dieser Sache zu Wort gemeldet. Ich darf ihn sofort zu Wort gelangen lassen.

Bundesparteiobmann Dr. Mock: Liebe Freunde! Es geht auf unserem Parteitag darum, daß wir heute vor allem das "Zukunftsmanifest" sehr intensiv diskutieren wollen. (Zustimmung.)

Liebe Freunde! Es geht aber auch darum, daß wir alle den Eindruck und die Überzeugung haben, wenn wir gemeinsam Spielregeln aufstellen, dann sollen sie auch eingehalten werden.
(Zustimmung.)

Ich würde bitten, die restlichen Wortmeldungen zurückzuziehen, und ich lade die Kandidaten ein, kurz aufzustehen und ihre Funktionen bekanntzugeben. (Beifall und Bravo-Rufe vor allem bei den Delegierten der Jungen ÖVP.)

Vorsitzender Graf: Ich bitte Sie, aus zeitökonomischen Gründen den Applaus "still zu transportieren". Mock hat sichtlich das Richtige gesagt. Ich darf aus Ihrem Applaus ableiten, daß die Damen und Herren, die sich hier gemeldet haben, durch die Erklärung, wenn es zur Durchführung kommt, auf ihre Wortmeldung verzichten. Auch der Herr, der sich zur Geschäftsordnung gemeldet hat.

Ich habe Ihnen nun in der Abwicklung dieser Causa folgendes vorzuschlagen: Ich werde die betreffenden Damen und Herren alphabetisch aufrufen und ich bitte sie, sich im Gänsemarsch

hierherzubewegen und vom Rednerpult aus sofort diese Erklärung abzugeben.

Wir beginnen: Dr. Ernst Brandstätter.

Dr. Ernst Brandstätter: Meine Damen und Herren! Ich bin Generalsekretär der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs und Mitglied des Präsidiums des Österreichischen Bauernbundes. Von der Partei in den Aufsichtsrat der ÖIAG und der VOEST-Alpine entsandt, von der Präsidentenkonferenz in den Aufsichtsrat der Verbundgesellschaft. Ich bin auf Grund meiner Funktion in Vereine entsandt, an denen die Präsidentenkonferenz beteiligt ist, und bekleide dort Funktionen ehrenamtlich, etwa Präsident der Gesellschaft für Land- und Forstwirtschaftspolitik oder Obmann des Agrarischen Informationszentrums. - Danke sehr.

<u>Vorsitzender Graf:</u> Danke. Präsident Alois Derfler.

Dr. Marilies F l e m m i n g : Wiener Landtagsabgeordnete.

Vorsitzender Graf: Das ist nicht der Herr Derfler, das ist die Frau Flemming, aber sie ist am Wort. (Heiterkeit.) Bitte, Frau Doktor.

<u>Dr. Marilies Flemming:</u> Mein Name ist Marilies Flemming. Wiener Landtagsabgeordnete, ehrenamtliche Generalsekretärin der Frauenbewegung und Bezirksparteiobmann-Stellvertreter in Margareten. - Danke.

Vorsitzender Graf: Präsident Derfler.

Ing. Alois Derfler: Ich bin der Obmann bzw. der

Präsident des Österreichischen Bauernbundes, Obmann-Stellver
treter im Niederösterreichischen Bauernbund und in der Nieder
österreichischen Volkspartei sowie Bezirksobmann des Bauernbundes.

Vizepräsident der Niederösterreichischen Landeslandwirtschafts
kammer und Rechnungsprüfer in der Präsidentenkonferenz der Land
wirtschaftskammern sowie Obmann des milchwirtschaftlichen Aus
schusses der Präsidentenkonferenz.

Vorsitzender Graf: Ich bitte Präsident Johann Gassner.

tik

ır-

Ing. Johann Gassner: Mein Name ist Ing. Johann Gassner. Ich bin Mitglied des Nationalrates und ÖGB-Vize-präsident und habe deshalb einige Funktionen im ÖAAB und in der ÖVP. Ich bin der einzige "schwarze" Vizepräsident im ÖGB, und wenn der Bundesparteitag mich als solchen in der Parteileitung haben will, wird er mich wählen. Wenn nicht - dann nicht!

ıen

: und

Vorsitzender Graf: Mein Name ist Robert Graf. Präsident der Burgenländischen Handelskammer, Abgeordneter zum Nationalrat, Landesgruppenobmann des Österreichischen Wirtschaftsbundes Burgenland und Stellvertretender Bundesobmann des Wirtschaftsbundes, Klubobmann-Stellvertreter im Parlament.

ler

Als nächster bitte Dr. Rudolf Grohotolsky.

-

ende jende

?Ε,

DDr. Rudolf Grohotolsky: Mein Name ist Rudolf Grohotolsky. Ich bin Landesparteiobmann der ÖVP Burgenland, Landeshauptmann-Stellvertreter des Landes Burgenland, Bezirksparteiobmann des Bezirkes Jennersdorf und Stellvertretender Landesgruppenobmann des Österreichischen Wirtschaftsbundes, Landesgruppe Burgenland.

Vorsitzender Graf: Bitte, Herr Präsident Hahn.

Fritz Hahn: Landesobmann Wien seit 1972, Zweiter Landtagspräsident seit 1973, als solcher in der Kommunalpolitik in einigen Ausschüssen tätig. Den Parteiauftrag, aus den Aufsichtsräten von Wohnbauvereinigungen herauszugehen, selbstverständlich im Dezember des Vorjahres erfüllt.

Vorsitzender Graf: Danke.

Bitte, Frau Haider, Obfrau der Frauenbewegung.

Herta Haider: Bundesleiterin der Österreichischen Frauenbewegung, Bezirksvorsteher im 4. Wiener Gemeindebezirk und dort auch Stellvertretender Bezirksparteiobmann.

Vorsitzender Graf: Danke.

Bitte, Herr Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer.

Der Kollege Heinzinger hat seine Funktionen schon bei der ersten Wortmeldung dargelegt.

Dr. Wilfried Haslauer: Ich bin Landesparteiobmann von Salzburg, Landeshauptmann von Salzburg und bekleide noch
einige andere mit dem Amt des Landeshauptmannes zusammenhängende
Funktionen, wie etwa den Vorsitz im Aufsichtsrat unserer SAFE,

der Landeselektrizitätsgesellschaft. Ich erfülle auch einige andere eben mit diesen Funktionen und Ämtern verbundene Aufgaben.

<u>Vorsitzender Graf:</u> Danke. Bitte, Kollege Höchtl.

Dr. Josef Höchtl: Ich bin Abgeordneter zum Nationalrat, Hauptbezirksparteiobmann der Österreichischen Volkspartei in Wien-Umgebung, Präsident des Österreichischen Rodelverbandes (Beifall), Sportsprecher der Österreichischen Volkspartei und im Gemeinderat der Stadt Klosterneuburg. (Beifall.)

<u>Vorsitzender Graf:</u> Zum Wort gemeldet ist Kollege Katschthaler.

Dr. Hans Katschthaler: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dr. Katschthaler, Landeshauptmann-Stell-vertreter in Salzburg, Stellvertretender Landesparteiobmann der ÖVP und Bezirksparteiobmann der ÖVP des Flachgaues bzw. Landesobmann des Akademikerbundes unseres Landes. (Beifall.)

Vorsitzender Graf: Ich habe an den Bundesparteitag eine Frage. Wir haben einige Herren, die hier zu wählen sind, die z.B. mit einer Parlamentarierdelegation im Ausland weilen oder in Österreich unterwegs sind. Kann ich Ihre Bereitschaft annehmen, daß die, die physisch nicht präsent sind, diese Meldung im Sinne des Michael Graff allen Delegierten zustellen können? Ist das ohne Abstimmung genehmigt? - Dann ist der erste davon Dr. Otto Keimel. Ich werde es jeweils sagen, damit Sie das vormerken können.

Ich bitte nun Herrn Landeshauptmann Dr. Keßler.

Dr. Herbert Keßler: Meine Parteifreunde! Ich bin Landesobmann der ÖVP-Vorarlberg, Landeshauptmann von Vorarlberg und in dieser Eigenschaft Mitglied des Aufsichtsrates der Vorarlberger Ill-Werke AG, des Länderkuratoriums der Bundesländer-Versicherung und im Aufsichtsrat der Arlberg Straßentunnel AG. (Beifall.)

Stefan K n a f l: Meine Damen und Herren! Ich bin Landesparteiobmann der Kärntner Volkspartei, Mitglied der Kärntner
Landesregierung, Mitglied der Landesleitung des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes von Kärnten, Mitglied des Aufsichtsrates der Tauern Autobahn und Mitglied des Präsidiums des
Kärntner Bildungswerkes. (Beifall.)

<u>Dr. Herbert Kohlmaier:</u> Meine Damen und Herren! Ich bin beruflich seit 1. Jänner 1963 Direktor in der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten.

Meine Mandate: Seit 1969 Abgeordneter zum Nationalrat, seit 1965 Arbeiterkammerrat. Parteifunktionen: Bundesobmann des ÖAAB, Mitglied des Bundesparteivorstandes, des Wiener Landesparteivorstandes und zweier Bezirksparteivorstände. Sonst keine Funktionen; insbesondere nicht Aufsichtsräte, Beiräte, Kuratorien oder sonstiges. – Danke. (Beifall.)

Vorsitzender Graf: Herr Landeshauptmann Dr. Krainer.

Dr. Krainer: Landeshauptmann der Steiermark,
Landesobmann der steirischen Volkspartei. (Beifall und Bravo!Rufe.)

Dr. Ingrid Korosec: Liebe Delegierte! Mein Name ist Ingrid Korosec. Ich bin Privatangestellte und Vorsitzende des Zentralbetriebsrates der ADEG-Handelsaktiengesellschaft mit 1.400 Mitarbeitern. Politisch bin ich im Landtag und Gemeinderat von Wien tätig.

Ich habe folgende Funktionen: Ich bin Bundesvorsitzende der Privatangestellten von den Frauen, ich bin Präsidiumsmitglied der Privatangestellten und ich bin Präsidiumsmitglied bei den Frauen in der Fraktion christlicher Gewerkschafter. Im ÖAAB bin ich Sektionsobmann-Stellvertreter der Sektion Angestellte und bei den Frauen im ÖAAB. (Beifall.)

Vorsitzender Graf: Danke. Der Landesparteisekretär Helmut Kuchacka befindet sich auf einer Waffenübung. Herr Präsident Dr. Hans Lehner ist im Ausland.

Zum Wort gelangt der Herr Landeshauptmann von Niederösterreich Siegfried Ludwig.

Mag. Siegfried Ludwig: Ich bin Landesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei Niederösterreich, Landeshauptmann, Präsident der NEWAG und Vizepräsident der Austrian Airlines. (Beifall.)

Vorsitzender Graf: Danke, Herr Mohaupt bitte.

Ing. Wilhelm Mohaupt: Mein Name ist Ing. Mohaupt. Ich bin Generalsekretär des Österreichischen Seniorenbundes, Stell-vertretender Obmann des Wirtschaftsbundes Meidling. Ich komme aus der Fahrschulbranche und bin Vorsteher-Stellvertreter der Kraftfahrschulen Niederösterreichs. - Danke.

Vorsitzender Graf: Ich bitte Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Possart.

Gerhard Possart: Sehr geehrte Parteifreunde!

Ich bin Landeshauptmann-Stellvertreter von Oberösterreich,

Stellvertreter in der Landesparteistelle des Landesparteiobmannes, Landesobmann des ÖAAB, Vorsitzender der Gewerkschaft
des öffentlichen Dienstes und damit in der Fraktion christlicher
Gewerkschafter tätig und von der Regierung in einige Aufsichtsratsfunktionen kraft der Beteiligung des Landes ohne Entschädigung entsandt.

Vorsitzender Graf: Herr Reidl, bitte.

Klaus Reidl: Mein Name ist Klaus Reidl. Von Beruf bin ich Mitglied des Vorstandes der ÖIAG und in dieser Funktion, allerdings unbezahlt, Mitglied des Aufsichtsrates der VOEST-Alpine, der Chemie Linz und der Elin. Ich arbeite weiters im ÖAAB und in der ÖVP mit. Ich bin Mitglied der Bezirksparteileitung Ottakring und Mitglied der Bezirksleitung des ÖAAB Ottakring und versuche, auch weiter mitzuarbeiten. - Danke. (Beifall.)

<u>Vorsitzender Graf:</u> Danke, Dr. Reidl. Dr. Riegler, bitte.

Dipl.-Ing. Josef R i e g l e r : Ich bin beruflich Direktor des Österreichischen Bauernbundes und als solcher Mitglied der Bauernbundexekutive, Abgeordneter zum Nationalrat und als solcher Agrarsprecher der ÖVP und bisher Mitglied der Bundesparteileitung. (Beifall.)

Vorsitzender Graf: Danke. Bitte, Frau Ottilie Rochus.

Ottilie Rochus: Mein Name ist Ottilie Rochus.

Ich bin Abgeordnete zum Nationalrat, Landesparteiobmann-Stellvertreter vom Burgenland, Landesleiterin der österreichischen

Frauenbewegung des Burgenlandes. Weiters führe ich den Wohlfahrtsdienst und das Kinderrettungswerk. Danke. (Beifall.)

<u>Vorsitzender Graf:</u> Herr Landesrat Hans Schumy, bitte.

Ich werde dann am Schluß mitteilen, wer hier nicht anwesend war.

Hans Schumy: Mein Name ist Hans Schumy. Ich bin Mitglied der Kärntner Landesregierung und in dieser Funktion auch Aufsichtsrats-Vorsitzender der Kärntner Landesversicherung. In der Partei bin ich Bezirksparteiobmann im Bezirk Hermagor.

Vorsitzender Graf: Ich danke Herrn Landesrat Schumy. Ich bitte Kollegen Franz Stocker.

Franz Stocker: Ich bin Abgeordneter zum Nationalrat, Hauptbezirksparteiobmann der Österreichischen Volkspartei in Wr. Neustadt, Obmann der Arbeitsgemeinschaft verstaatlichte Industrie Niederösterreichs, Obmann-Stellvertreter auf Bundesebene, Zentralbetriebsratsobmann und Obmann der Betriebsorganisation des ÖAAB bei NEWAG, NIOGAS und NÖSILAG, Mitglied der Bundesleitung und Landesleitung des ÖAAB, Arbeiterkammerrat, in der Fraktion christlicher Gewerkschafter Obmann-Stellvertreter und Vorsitzender in der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie der FCG.

Vorsitzender Graf: Danke, Kollege Stocker.

Darf ich Herrn Dipl.-Ing. Strasser bitten.

<u>Dipl.-Ing. Rudolf Strasser:</u> Mein Name ist Rudolf Strasser. Ich bin Generalsekretär-Stellvertreter der Präsidenten-konferenz der Landwirtschaftskammern und wurde von der Volkspartei in den Aufsichtsrat der ÖMV entsandt. - Danke.

Vorsitzender Graf: Darf ich nunmehr Herrn Präsidenten Rudolf Sallinger bitten.

Inq. Rudolf Sallinger: Ich bin Präsident der Bundes-wirtschaftskammer des Wirtschaftsbundes und Mitglied des Nationalrates, Aufsichtsrat Philips, Generali, Bundesländer und bei der neuen Reform. (Beifall.)

Vorsitzender Graf: Danke. Ich bitte nunmehr Dr. Wolfgang Schüssel.

Dr. Wolfgang Schüssel: Ich bin Generalsekretär des Wirtschaftsbundes, Nationalrat, Mitglied der Hietzinger Bezirksparteileitung, Kuratoriumsmitglied im Ford-Institut und Aufsichtsrat bis Jahresende – dann scheide ich aus – in der Bank für Wirtschaft und freie Berufe.

Vorsitzender Graf: Danke.

Ich bitte die Frau Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder.

Ingrid Tichy-Schreder. Ich führe einen Betrieb, ich bin Abgeordnete zum Nationalrat. Ich bin im Präsidium des Wirtschaftsbundes, bin deshalb auch Bundesvorsitzende der Arbeitsgemein-

schaft Frau in der Wirtschaft im Rahmen des Wirtschaftsbundes, und Finanzreferentin der Frauenbewegung und Kammerrat der Wiener Handelskammer. (Beifall.)

Vorsitzender Graf: Danke. Bitte, Herr Landeshauptmann Wallnöfer.

Eduard Wallnöfer: Ich heiße Eduard Wallnöfer.

(Beifall und Bravo!-Rufe.) Ich bin Landesobmann der ÖVP Tirol

und des Tiroler Bauernbundes und Landeshauptmann von Tirol seit

20 Jahren und als solcher bezahlt. (Heiterkeit und Beifall.)

Ich bin als Vertreter meines Landes der Vorsitzende der Landesgesellschaft TIWAG, der Brenner Autobahn und der Arlberg und der Felbertauern Straßen AG und als solcher nicht bezahlt. (Beifall.)

Vorsitzender Graf: Ich danke Herrn Landeshauptmann Wallnöfer. Bitte, Dr. Withalm.

<u>Dr. Hermann W i t h a l m :</u> Ich bin Bundesobmann des Österreichischen Seniorenbundes, Präsident des Österreichischen Wohlfahrtsdienstes. (Beifall.)

Vorsitzender Graf: Danke, Dr. Withalm. Meine Damen und Herren! Darf ich bitte folgendes bemerken: Es wird Sorge getragen, daß alle Delegierten von folgenden Herren diese Nchrichten bekommen: Kollege Schambeck, Kollege Kuchacka, Dr. Lehner, Dr. König und Dr. Keimel. Das waren die Herren, die nicht hier waren. Ist nunmehr im Sinne des Antrages von Othmar Karas diese Sache befriedigend gelöst worden im Sinne

des Antrages Mock? (Othmar <u>Karas:</u> Ja!) Ich danke, wenn Sie nun einverstanden wären.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich würde jetzt gerne zur Abwicklung und Durchführung des dritten Wahlganges kommen. Dazu eine organisatorische Bemerkung.

Ich würde mir jetzt wünschen, daß Sie gemeinsam mit dem Abstimmkuvert und dem Wahlberechtigungsabschnitt für den dritten Wahlgang zur Wahlkommission gehen, aber, bitte, dann nicht den Saal verlassen, weil ich diese Sitzung nur auf wenige Minuten unterbreche. Während der Auszählung der Stimmen des dritten Wahlvorganges werde ich die Nr. 4 im Wahlgang durchführen, die Sie dann per Akklamation durchführen wollen.

Ich unterbreche nur zur Stimmabgabe auf wenige Minuten den Parteitag und bitte Sie, dann nachher gleich Ihre Plätze einzunehmen. Der Parteitag ist unterbrochen.

Der Parteitag wird um 14.55 Uhr unterbrochen.

Fortsetzung der Beratungen: 15 Uhr

Vorsitzender Graf: Ich schließe die Abstimmungshandlung und nehme die unterbrochene Sitzung des Parteitages wieder auf.

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen mitteilen: Die Stimmenauszählung des dritten Wahlganges ist im Gange. Das Ergebnis wird Ihnen durch den nächsten Vorsitzenden, Herrn Landeshauptmann Ratzenböck, zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgegeben werden.

Ich bitte Sie nun um Ihre Aufmerksamkeit. Ich komme zum Punkt 4 f) der Tagesordnung. Es ist dies: Wahl der Bundes-finanzprüfer, des Bundeskontrollausschusses und des Bundesparteigerichtes.

Für diese Organe, meine Damen und Herren, ist laut Statut eine geheime Wahl nicht erforderlich. Die Wahl erfolgt also in einer offenen Abstimmung. Die Vorschläge für die Wahl der Bundesfinanzprüfer, des Bundeskontrollausschusses und des Bundesparteigerichtes liegen schriftlich in Ihren Tagungsmappen.

Wünscht zu diesen Ihnen bekannten Vorschlägen jemand das Wort? - Es liegt mir keine Wortmeldung vor.

Ich bitte nun alle Delegierten um Aufmerksamkeit. Wir gelangen damit zur Abstimmung über diese drei Wahlvorschläge.

Ich darf Sie, meine Damen und Herren, fragen: Erhebt sich ein Einwand, über diese drei Vorschläge in einem per acclamationem abzustimmen? - Es werden mir keine gegenteiligen Mitteilungen gemacht. Ist jemand gegen die Annahme dieser Wahlvorschläge? - Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf nunmehr um Ihre Zustimmung bitten. - Ich konstatiere die Annahme ohne Gegenstimme.

Der Punkt "Wahlen", meine sehr geehrten Damen und Herren, ist damit - bis auf die Bekanntgabe des Ergebnisses des dritten Wahlganges betreffend jene Damen und Herren, die Mitglieder der Bundesparteileitung werden sollen - abgeschlossen.

Es wird nunmehr der Herr Landeshauptmann Dr. Ratzenböck den Vorsitz übernehmen, worum ich ihn bitte, und er wird dann nach Beendigung der Arbeit der Wahlkommission auch dieses Ergebnis bekanntgeben.

Zum Vorsitz gelangt der Herr Landeshauptmann Dr. Ratzenböck.

Vorsitzender Dr. Josef Ratzenböck: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich übernehme den Vorsitz und bedanke mich zunächst einmal bei unserem Freund Graf für die Vorsitzführung während dieses etwas schwierig gewesenen Tagesordnungspunktes 4 "Wahlen". (Beifall.)

5. "Für Niederösterreich - für Österreich"

Vorsitzender Dr. Ratzenböck: Ich komme jetzt zu Punkt 5 unserer Tagesordnung "Für Niederösterreich - für Österreich".

(Mit den Titeln "Niederösterreich ein schönes Stück Österreich", "Für die Zukunft: Modell Niederösterreich" präsentiert
ein Kurzfilm dieses Bundesland.)

Ich bitte nun Landeshauptmann Siegfried Ludwig, zu uns zu sprechen.

Landeshauptmann Mag. Siegfried Ludwig: Hoher
Bundesparteitag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe
Parteifreunde! Der 24. Bundesparteitag fällt zeitlich mit dem
Finale des niederösterreichischen Landtagswahlkampfes zusammen.
Mehr als 1,000.000, ganz genau 1,142.964 Wählerinnen und Wähler
treffen in drei Tagen eine Entscheidung, die nicht nur für Niederösterreich, sondern für ganz Österreich von Bedeutung ist. Diese
Feststellung wird dadurch unterstrichen, daß der Bundesparteitag
1983 in einer niederösterreichischen Stadt abgehalten wird und
daß an den morgigen 14 Abschlußkundgebungen, mit denen die Wahlwerbung der Volkspartei in Niederösterreich beendet wird, nicht

nur sämtliche Spitzenmandatare der ÖVP Niederösterreich, sondern auch der Bundesparteiobmann, der Generalsekretär und alle Landeshauptleute der Volkspartei teilnehmen werden. Sie haben sich, wofür ich ihnen herzlich danken möchte, spontan bereit erklärt, auf der Rückreise vom Bundesparteitag in Niederösterreich noch Station zu machen, um zu dokumentieren, daß es am 16. Oktober um mehr geht als um die Zusammensetzung des Niederösterreichischen Landtages für die nächsten fünf Jahre.

Daß der Wahlkampf 1983 in Niederösterreich nicht nur der kürzeste, sondern auch der dramatischeste seit 1945 war, hat eine verständliche Ursache: Noch niemals in der Zweiten Republik sind Volkspartei und Sozialisten mit so geringem Abstand in die Entscheidung gegangen wie diesmal. Im Landtag steht es seit der letzten Wahl 29: 27, und der Vorsprung der ÖVP gegenüber der SPÖ ist vor viereinhalb Jahren auf 38.000 Stimmen zusammengeschrumpft. Mit anderen Worten: Nur ein Mandat und ein paar tausend Stimmen weniger als bei der letzten Landtagswahl und auch das einzige östliche Bundesland, in dem die Volkspartei eine Mehrheit hat und diese seit 1945 auch stets behaupten konnte, wäre sozialistisch. Dadurch würde die politische Situation in ganz Österreich grundlegend geändert. Ein schlechtes Abschneiden der ÖVP am kommenden Sonntag würde die ohne Zweifel vorhandenen Chancen, dem sozialistischen Weg auf Bundesebene, der ja seit dem 24. April von den Freiheitlichen unterstützt und daher unverändert fortgesetzt wird, bei nächstbester Gelegenheit ein Ende zu setzen, wesentlich verschlechtern, wenn nicht überhaupt unmöglich machen.

Darin liegt die Bedeutung dieser niederösterreichschen Landtagswahl.

Wenn ich der Entscheidung der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher trotz der knappen Ausgangslage mit absoluter Zuversicht entgegensehe, dann hat dies mindestens zwei Ursachen.

Die erste: Der 24. April 1983 hat bewiesen, daß die Volkspartei gewinnen kann, vorausgesetzt, daß sich nicht nur wenige Spitzenfunktionäre, sondern alle Mandatare, Mitarbeiter, Mitglieder und Freunde bedingungslos für einen Erfolg der ÖVP einsetzen. Daß das Ergebnis der Nationalratswahl ein echter Erfolg war, steht für mich außer Zweifel. Die absolute Mehrheit der SPÖ wurde nämlich nicht von irgendwelchen Gruppen und Grüppchen gebrochen, sondern ausschließlich von der Volkspartei. (Beifall.) Die ÖVP hat als einzige Partei sowohl Stimmen als auch Mandate gewonnen. Dr. Kreisky, von dem die Sozialisten vor der Wahl behauptet haben, er müsse Kanzler bleiben, ist von den Österreichern abgewählt worden. (Beifall.)

Zu dem Erfolg der Volkspartei bei der letzten Nationalratswahl hat Niederösterreich einen entscheidenden Beitrag geleistet. (Neuerlicher Beifall.) Die ÖVP hat in diesem Bundesland ihr Wahlziel, auch bei der Nationalratswahl stärkste Partei zu werden und ein Mandat dazuzugewinnen, voll erreicht. Im neuen Nationalrat ist die ÖVP Niederösterreich mit 18 Mandataren vertreten, die SPÖ nur noch mit 16 Abgeordneten. Der Vorsprung der Volkspartei gegenüber den Sozialisten beträgt seit 24. April wieder 21.000 Stimmen.

Die Bedeutung des niederösterreichischen Beitrages zum Ergebnis der Nationalratswahl resultiert aus der Größe dieses Bundeslandes.

Die zweite Ursache für meinen Optimismus:

Wir gründen unsere Hoffnungen nicht primär darauf, daß die Politik der sozialistischen Alleinregierung und auch jene der derzeitigen sozialistischen Koalitionsregierung die beste Propaganda gegen den Sozialismus ist, sondern vor allem auf die eigene Kraft. Niederösterreich ist nicht durch Zufall und auch nicht durch die Sozialisten in vielen Bereichen die Nummer eins in Österreich geworden, sondern ausschließlich durch die konsequente, zukunftsorientierte Arbeit der Volkspartei. (Lebhafter Beifall.)

Wir können nachweisen, daß wir durch die restlose Verwirklichung unserer Programme Niederösterreich für das auf uns zukommende neue Jahrtausend gerüstet haben. Für die niederösterreichische Volkspartei war die Mehrheit stets verpflichtender Auftrag, die Zukunft des Landes bewußt zu gestalten. Sie hat Politik stets so verstanden, wie sie der allen Fernsehern bekannte Prof. Bruckmann in einer Studie einmal sinngemäß definiert hat: Wir sind dem, was auf uns zukommt, nicht bedingungslos ausgeliefert. Es liegt in unserer Hand, die Welt von morgen so einzurichten, daß sich alle Menschen darin wohlfühlen können. Der bedingungslose Glaube, daß es möglich ist, das Leben für alle Landesbürger angenehmer, schöner und sicherer zu gestalten, war das Unterpfand der unbestreitbaren landespolitischen Erfolge.

Eine wesentliche Voraussetzung für die ansehnliche Leistungsbilanz war das Bekenntnis und die Bereitschaft der ÖVP zur Zusammenarbeit. Niederösterreich ist ein Beispiel dafür, daß dort, wo die ÖVP stark ist, auch den Sozialisten nichts anderes übrig bleibt als zu kooperieren. Dies wird schon rein äußerlich dadurch unterstrichen, daß in sämtlichen Gesetzgebungsperioden rund 95 Prozent aller Beschlüsse in der Regierung und im Landtag einvernehmlich gefaßt wurden.

Die niederösterreichische Volkspartei bekennt sich ebenso wie die Gesamtpartei zur Notwendigkeit, die Zusammenarbeit auch in Zukunft fortzusetzen. Auch Niederösterreich wird nämlich die Kooperation der im Landtag vertretenen Parteien und eine loyale Zusammenarbeit mit den übrigen Gebietskörperschaften künftig notwendiger denn je zuvor brauchen. Nur dann wird es gelingen, allen jungen Menschen Arbeitsplätze zu sichern, die sozialen Leistungen auszubauen und eine gesunde, lebenswerte Umwelt zu gewährleisten.

Zur Zusammenarbeit gehören freilich mindestens zwei. Sie wird nur dann funktionieren, wenn die Sozialisten endlich zur Kenntnis nehmen, daß sie in Niederösterreich nicht länger dasselbe Spiel wie in der seinerzeitigen großen Koalition betreiben können, nämlich in der Regierung die Rolle des verantwortungsbewußten Koalitionspartners zu spielen, in Versammlungen und in der Propaganda sich jedoch als wild gewordene Opposition zu gebärden. Allmählich wird es Zeit, daß sie sich für das eine oder andere entscheiden. Tun sie das nicht, wird man sie in ganz kurzer Zeit dazu zwingen. (Beifall.)

Hoher Bundesparteitag! Meine lieben Parteifreunde! Wir alle, die wir in den letzten Wochen für einen Erfolg der Volkspartei am 16. Oktober gearbeitet und gekämpft haben, waren uns stets bewußt, daß wir nicht nur für unser Heimatland Niederösterreich, sondern für ganz Österreich Verantwortung tragen. Deshalb war es unser Bestreben, den Wählerinnen und Wählern klarzumachen, daß die Volkspartei nicht nur in Niederösterreich, sondern in ganz Österreich die bessere Alternative ist. (Beifall.)

An unseren Leistungen und an unseren Vorhaben für die Zukunft konnten und können wir nachweisen: Niederösterreich ist
ebenso wie andere Bundesländer mit ÖVP-Mehrheit ein signifikantes
Beispiel dafür, daß die Bevölkerung besser fährt, wenn sie ihr
Geschick der Volkspartei anvertraut.

Ich kann und ich will Sie, meine lieben Parteifreunde, jetzt nicht mit einer detaillierten Aufzählung unserer landespolitischen Leistungen überfordern, sondern nur schlagwortartig ein paar Beispiele dafür anführen, was die ÖVP anders und besser als die Sozialisten macht. Die neue Landesverfassung gibt auch Repräsentanten der Jugend, der Familie und der Senioren die Chance, auf Gesetze, die diese Bevölkerungsgruppen berühren, direkt Einfluß zu nehmen. Bürgernähe praktiziert die niederösterreichische Volkspartei unter anderem durch die Sprechtage des Landeshauptmannes in allen 21 Verwaltungsbezirken und durch Dienststunden am Abend einmal in der Woche beim Amt der Landesregierung und bei allen Bezirkshauptmannschaften, um den Berufstätigen in diesem Lande entgegenzukommen. (Beifall.)

mittagsstunden in den letzten zwei Jahren etwas mehr als 150.000 Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher von diesem Service-Angebot Gebrauch gemacht haben.

Den Erfordernissen des Umweltschutzes wurde in der Energiepolitik vollauf Rechnung getragen. In Dürnrohr entsteht das
erste kalorische Kraftwerk Österreichs, wo eine 100prozentige
Erfassung der Rauchgase vorgeschrieben ist.

Die grundlegende Voraussetzung für alle Erfolge in der Landespolitik war das unbeirrbare Festhalten an einer soliden Finanzpolitik. Mehr als ein Drittel der Budgetausgaben wird für arbeitsplatzsichernde Investitionen zur Verfügung gestellt, in der nun zu Ende gehenden Legislaturperiode insgesamt etwas mehr als 40 Milliarden Schilling.

Die Förderung des Landes kam und kommt allen Bereichen der Wirtschaft zugute, wobei besonderes Augenmerk den Klein- und Mittelbetrieben und der Landwirtschaft zugewendet wird, da sie 10 von 12 Arbeitsplätzen zur Verfügung stellen.

Mit dem Familiengesetz hat Niederösterreich eine Pioniertat geleistet. Der in diesem Gesetz vorgesehene Familienpaß hilft den Eltern nicht nur bei Vorsprachen in Ämtern und Behörden, sondern erfüllt auch die Funktion einer Versicherungspolizze bei Unfällen im Haushalt und berechtigt zur Inanspruchnahme eines Zuschusses für den Familienurlaub.

Das neue Jugendgesetz ist das erste in Österreich, das in enger Zusammenarbeit mit den Betroffenen erarbeitet wurde und das nicht im Juristendeutsch, sondern in einer allgemein verständlichen Sprache abgefaßt ist.

Meine lieben Parteifreunde! Wir sind uns freilich darüber im klaren, daß die Leistungen in der Vergangenheit, so imponierend sie auch gewesen sein mögen, nicht genügen, um das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler für die Gestaltung der Zukunft zu erwerben. Stimmzettel sind keine Anerkennungsdekrete für das, was einmal getan wurde. Der Wähler erwartet vielmehr von der Partei, die er in der Wahlzelle ankreuzt, daß sie in Zukunft für ihn etwas tut. Er gibt deshalb nur jener Partei seine Stimme, die ihm vor der Entscheidung klipp und klar sagt, was sie nach dem Wahltag zu tun gedenkt.

Die niederösterreichische Volkspartei hat das getan! Ihre Vorhaben zielen darauf ab, die Grundsätze des Salzburger Programmes auf Landesebene zu realisieren. Und dieses Programmes kann verwirklicht werden, weil es realistisch ist. Unser Wollen läßt sich auf eine einfache Formel bringen: Für alle Menschen ein schönes Stück Zukunft zu verwirklichen!

Deshalb stehen im Vordergrund unserer Vorhaben für die nächste Legislaturperiode die Sicherung von Arbeitsplätzen, vor allem für junge Menschen (Beifall), die Einführung der Pendlerhilfe aus Landesmitteln, weil der Bund seinen Verpflichtungen nicht nachkommt (neuerlicher Beifall), eine kräftige Anhebung der Wohnbauförderung, die Stärkung des Umweltschutzes in den Gemeinden und die Errichtung eines Fonds, aus dem all jenen, die unverschuldet in Not geraten sind und die ihre Situation nicht mehr aus eigener Kraft bewältigen können, rasch und unbürokratisch geholfen werden soll.

Hoher Bundesparteitag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Es ist zwar sicherlich falsch und daher auch unzulässig, Wahlen verschiedener Art miteinander zu vergleichen bzw. eine Landtagswahl zu einer bundespolitischen Testentscheidung umzufunktionieren. Auf der anderen Seite ist es nicht zu leugnen, daß auch landespolitische Entscheidungen von bundespolitischen Entwicklungen beeinflußt werden.

In Niederösterreich hat die Nähe zur Bundeshauptstadt und daher zur Bundespolitik immer eine stärkere bundespolitische Akzentuierung der Landtagswahlen bewirkt. Daran hat sich auch 1983 nichts geändert. Im Gegenteil: Gerade dieses Mal ist es wichtig, daß die niederösterreichischen Wählerinnen und Wähler nicht nur die Volkspartei stärken, um eine Fortsetzung der erfolgreichen Landespolitik zu gewährleisten, sondern auch der rot-blauen Koalition eine klare Absage erteilen. (Zustimmung.)

Das Wahlergebnis muß so eindeutig sein, daß Sozialisten und Freiheitlichen ein für allemal die Lust vergeht, die Bevölkerung für ihr Unvermögen büßen zu lassen. Denn darin sind sich SPÖ und FPÖ ja einig: Sie denken gar nicht daran, die Verschwendungspolitik zu stoppen, verantwortungsbewußt zu wirtschaften und echte Einsparungen vorzunehmen. Sie bitten einfach Herrn und Frau Österreicher zur Kassa, und zwar so kräftig, wie dies bisher noch nie der Fall war.

Die Niederösterreicher, verehrte Damen und Herren, sind die ersten, die stellvertretend für alle Österreicher die Chance haben, Sinowatz, Steger und Genossen deutlich zu machen, daß sie nicht länger gewillt sind, eine solche Politik tatenlos

hinzunehmen. (Zustimmung.) Und je deutlicher es die Niederösterreicher der rot-blauen Koalition heimzahlen, desto
weniger Steuern werden alle Österreicher in Hinkunft zahlen
müssen. Das ist nicht nur ein bundespolitisches, sondern auch
ein landespolitisches Anliegen, denn die Fortsetzung des sozialistischen Weges bekämen ja auch Länder und Gemeinden unangenehm zu spüren.

Weil es am 16. Oktober in Niederösterreich um soviel geht, ist es so wichtig, daß tatsächlich alle Wahlberechtigten vom Wahlrecht Gebrauch machen. Denn das Ergebnis der Landtagswahl am 16. Oktober wird entscheidend von der Wahlbeteiligung abhängen. Deshalb war es unser Bestreben, nicht nur alle Mitglieder, Freunde und Sympathisanten der ÖVP zu mobilisieren, sondern auch die Wechselwähler, die Nichtwähler und alle jene, die bisher glaubten, ein Stück Weges gemeinsam mit der SPÖ gehen zu können, für eine klare Entscheidung zugunsten der Österreichischen Volkspartei zu gewinnen.

Wer SPÖ wählt oder wer nicht wählt, soll wissen, daß er damit einverstanden ist, daß Niederösterreich den bewährten Kurs verläßt, der dem Land in den letzten Jahren trotz zahlreicher Schwierigkeiten ansehnliche Erfolge gebracht hat, daß er mit dem Belastungspaket der Bundesregierung einverstanden ist, daß er die Sparbuchsteuer bejaht und daß er auch nichts dagegen einzuwenden hat, daß auch die Pensionisten 54 Prozent mehr Steuer für Strom, Gas und andere Brennstoffe bezahlen müssen, daß er ja zu einer Partei sagt, die keine Zukunftsvision, sondern nur Diffamierungen, Unterstellungen und Verleumdungen

anzubieten hat (Zustimmung), daß er seine Stimme einer Partei gibt, die mit ihrem Latein längst am Ende ist.

Meine lieben Parteifreunde! Volkspartei - das ist die Hoffnung aller, die davon überzeugt sind, daß unsere Grundsätze und unsere Politik besser sind als der Sozialismus.

Volkspartei - das ist die Hoffnung aller, die wollen, daß es in Niederösterreich auch in Zukunft aufwärtsgeht, und die dem Land deshalb den sozialistischen Weg ersparen wollen.

Volkspartei - das ist die Hoffnung aller, die verlangen, daß die Steuerschillinge nicht verschwendet, sondern dort eingesetzt werden, wo man sie dringend braucht.

Volkspartei - das ist die Hoffnung aller, die von den Politikern und von der Politik wieder mehr Glaubwürdigkeit, mehr Verantwortungsbewußtsein und mehr Grundsatztreue erwarten. (Beifall.)

Volkspartei - das ist die Hoffnung aller, die an die Zukunft unserer Heimat glauben.

Hoher Bundesparteitag! Meine lieben Parteifreunde! Wir in Niederösterreich wissen, was wir unserer Partei und unserem Lande schuldig sind. Wir haben deshalb in den letzten Wochen alles getan, um am 16. Oktober einen Erfolg der Österreichischen Volkspartei sicherzustellen. Wir sind überzeugt, daß wir gewinnen werden - gewinnen für Niederösterreich, gewinnen für Österreich! (Anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Dr. Ratzenböck: Wir danken dir, lieber Siegfried Ludwig, für deine Rede. Unsere guten Wünsche begleiten dich für den kommenden Sonntag.

6. "Politik und Lebensgefühl"

a) Präsentation des 1. Entwurfes des Zukunftsmanifestes

b) Diskussion an 150 Tischen

c) Zusammenfassung

Vorsitzender Dr. Ratzenböck: Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 6 "Politik und Lebensgefühl".

(Es folgt eine Filmschau von futuristischen Bildern bei gleichzeitiger Darstellung des erdgebundenen Lebens, die von den Anwesenden mit Beifall aufgenommen wird.)

Vorsitzender Dr. Ratzenböck: Mit unserem Parteitag wollen wir Öffnung und Hoffnung signalisieren. Öffnung für neue Themen und neue Problemstellungen, Öffnung für die Zukunftshoffnungen und die Zukunftserwartungen der Bevölkerung, Öffnung zu den politisch interessierten und engagierten Bürgern, die sich nicht an eine bestimmte Partei binden wollen, aber an der politischen Gestaltung ihrer Zukunft mitarbeiten möchten.

In Vorbereitung des Parteitages wurde allen Delegierten der erste Entwurf eines Zukunftsmanifestes der ÖVP zugesandt. Dieser Diskussionsentwurf wurde von der Kommission "Politik und Lebensgefühl" erarbeitet, der Wissenschafter, Politiker und parteiungebundene Experten angehören, die in den letzten Monaten mit Engagement und persönlichem Einsatz hervorragende Arbeit geleistet haben.

Unser Freund Prof. Bernd Schilcher hat sich bereit erklärt, die Diskussion über den Entwurf des Zukunftsmanifestes zu moderieren und als Einstieg in die Diskussion die wesentlichen Schwerpunkte und Akzente des vorliegenden Papiers zu skizzieren.

Ich erteile ihm das Wort und wünsche uns allen eine angeregte, lockere, freundschaftliche und offene Diskussion, zu der ich auch die Gastdelegierten unseres Parteitages herzlich einlade. Amt Wort ist nun Prof. Bernd Schilcher.

Landtagsabgeordneter Univ.-Prof. Dr. Bernd

Schilcher (mit Beifall begrüßt): Meine Damen und

Herren! Das war Lebensgefühl, was Sie hier zur Einstimmung

erfahren haben. Vielleicht haben Sie den Eindruck, daß Barbara

Streisand's "Memories of the old days", die Videotechnik und

der prasselnde saure Regen nicht ganz Ihr Lebensgefühl sind.

Ich kann Sie trösten, meines ist es auch nicht ganz. Ich könnte

mir vorstellen, daß man jetzt da draußen im Kurpark spazieren
geht, vielleicht hinauf zum Rudolfshof, dort ein Achterl trinkt.

Das wäre auch Lebensgefühl. Aber sehen Sie, das ist alles

relativ. Verglichen mit vielen anderen Lebensgefühlen an Par
teitagen ist das schon eine Einstimmung.

Ich darf Sie zunächst einmal sehr herzlich begrüßen zu einem Experiment, nämlich dem Experiment Politik und Lebensgefühl. Sie werden gelesen haben, daß die bunten Vögel der ÖVP heute hier einflattern. Was meine Person betrifft, kenne ich mich da nicht ganz so aus. Ich bin vor ein paar Wochen als "bunter Hund" gekennzeichnet worden. Dann las ich in der Zeitung, daß ich ein bunter Vogel geworden sein soll. Erhard Busek hat mir vor einigen Tagen den Titel eines "Ehrensauriers"

mit Krawatte verliehen. Lieber Erhard! Ich habe nachgeschaut:
Es gibt unter den Sauriern auch den Flugsaurier. Ich fühle mich
aber heute auch nicht als Acheopterix hier, sondern eher als
Vogelfänger. Denn ich soll Sie dazu bewegen, hier an diesen
schönen, nostalgischen Tischen mit den schönen, nostalgischen
Jugendstillampen über die Zukunft zu diskutieren. Sie sehen
schon, das ist keine ganz leichte Aufgabe. Ich bin Ihnen völlig
ausgeliefert. Wenn Sie nicht mittun, kann ich auch nichts
machen, denn ich bin hier ein Papageno ohne Zauberflöte, wie
überhaupt die ganze Inszenierung hier natürlich etwas billiger
ist, als wir es von Salzburg her gewohnt sind (Buh!-Rufe bei den
Salzburger Delegierten) - vielleicht viele von Ihnen von Salzburg
her gewohnt sind.

Ich habe, bevor die Diskussion beginnt, den Auftrag, sozusagen eine Einstiegsarie zu singen, die ich aber als Rezitativ
verstehe, zum Titel: Was ist denn das, und wozu brauchen wir
ein Zukunftsmanifest?

Nun, zunächst einmal: So manifest wie der Titel ist das nicht.

Das heißt, Sie können dieses Papier, das Sie erhalten haben, in jede Richtung hin verändern. Sie können es kürzen, Sie können dazugeben, Sie können verbessern. Es ist kein Manifest in dem Sinn, sondern eine Diskussionsgrundlage.

Zum zweiten. Ich kann mir vorstellen, daß einige gesagt haben: Schon wieder ein Programm. An Programmen gebricht es ja der ÖVP nicht. Wir haben das Salzburger Programm, wir haben die Pläne zur Lebensqualität, das Modell Österreich. Das sind

Unmengen an Papier. Wahrscheinlich wird es auch einige geben, die sagen: Es wäre Zeit, zu realisieren und nicht nur Programme zu schreiben. Aber Sie wissen ja: Noch läßt man uns nicht realisieren.

Ich kann nur sagen und Sie beruhigen: Es ist kein Programm im herkömmlichen Sinn. Es ist schon deshalb kein Programm, weil Sie den üblichen Bauchladen nicht finden werden, der in Programmen steht: Also ein Kapitel über die Bauern, ein Kapitel über die Gewerbetreibenden, ein Kapitel über die Jungen, über die Alten, über die klassischen Unterprivilegierten, die Radlfahrer, die Frauen und sonstige Behinderte. (Heiterkeit und Zwischenrufe.) Also all das fehlt in diesem Programm. Stattdessen ist es der Versuch, Politik und Lebensgefühl in Übereinstimmung zu bringen. Das Manifest geht davon aus, daß die Politik im letzten Jahrzehnt das Lebensgefühl der Menschen verfehlt hat. Das schaut ja schon bei der Sprache danach aus. Sie müssen sich nur vorstellen: Wenn wir ein ganzes Jahr lang hart gearbeitot haben und etwas im Schweiße unseres Angesichtes geschaffen haben, dann teilt uns die Politik kalt und nüchtern mit, daß wir das Bruttonationalprodukt erhöht haben. Oder wenn Sie besonders "hell auf der Platte" sind und Ihnen etwas einfällt, dann haben Sie nach dem neuen Jargon eine hohe Problemlösungskapazität. Und wenn es heute zwischen uns nicht klappt, zwischen Ihnen und mir, dann wird jemand kommen und sagen: Das sind intersubjektive Sprachbarrieren zwischen uns. Sie sehen also, diese Sprache ist schon nicht mehr die Sprache des Volkes.

Es hat aber die Politik in zunehmendem Maße auch an den Bedürfnissen der Menschen vorbeiproduziert, behauptet das Manifest, und zwar deshalb, weil wir beispielsweise Millionen und Abermillionen in die Schulen investiert haben, in Lehrer, in Krankenhäuser, in Schwestern, in Ärzte und die Zufriedenheit mit den Schulen und den Krankenhäusern sehr oft nicht gestiegen, sondern gesunken ist. Das heißt: Offenbar war diese Politik allein nicht in der Lage, Bedürfnisse zu befriedigen. Es war keine Bedarfsdeckungspolitik, sondern eine Bedarfsweckungspolitik.

Ich habe unlängst einmal mit einem Konsumentenschützer gesprochen. Dieser hat gesagt: Wenn früher eine Hausfrau eine verdorbene Konservendose gefunden hat, dann ist sie zum Kaufmann gegangen und hat mit jhm geschimpft. Heute geht sie zum Psychiater und sofort zum Rechtsanwalt, um einen Schadenersatzanspruch an den Hersteller zu haben. Das heißt: Wir haben Bedürfnisse geweckt und eigentlich nicht gedeckt.

Dadurch sind politische Ladenhüter entstanden in der Gesellschaft. Ich denke, Sie kennen sie. Demokratisierung aller Lebensbereiche ist, auf der Halde der politischen Ladenhüter gestapelt, unverkäuflich geworden. Wohlstand für alle. - Trotz Nachwort von Bruno Kreisky unverkäuflich geworden. Kompensatorische Bildungspolitik - ein berühmtes Wort der siebziger Jahre. Heute sind Lehrer, Eltern und Schüler weitgehend davon abgerückt. Und der Renner der siebziger Jahre, der Nulltarif in allen Lebenslagen, scheint gegenwärtig an den Budgetnöten

der Gemeinden, Länder und des Bundes einfach zu scheitern. -Das ist die jetzige Situation.

Die Verfasser des Zukunftsmanifestes meinen nun: Wir haben einen Verdacht, warum das so ist, und wir glauben, daß dieser Verdacht durch die lineare Fortschrittsgläubigkeit der Gesellschaft erhärtet wird. Jedenfalls in Gestalt der Formel, wie wir sie in Österreich kennen, die berühmte Anton Benya-Fortschrittsformel: Zukunft ist gleich Vergangenheit plus 3 Prozent. Diese Formel hat einen riesigen Nachteil: Die Zukunft hört nämlich sofort auf, wenn die 3 Prozent aufhören. Daher gibt es gegenwärtig ja auch keine Zukunft.

Die Regierung Kreisky hat daher ja auch schon im Jahre 1975 anstelle der Benyaschen Zukunft eine eigene gesetzt. Ihre Vision war: Schauen wir, daß wir das Erreichte irgendwie erhalten. Das ist jetzt wirklich keine vom Sessel reißende Zukunftsperspektive.

Das Manifest versucht, diesem Pessimismus den Optimismus einer neuen Freiheit und Selbständigkeit gegenüberzustellen. Die Verfasser glauben, daß die Krisenverwaltung allein, das Schuldenmachen und das Löcherstopfen nichts Neues schaffen, obwohl gerade wir Steirer - das darf ich in Klammern anfügen - sehr genau wissen, daß ein geordneter Rückzug aus den überholten Strukturen - denken Sie an die Verstaatlichte - durchaus sinnvoll ist und daß man hier Geld aufwenden muß, damit nicht die Menschen unter diesem Rückzug leiden.

Aber gleichzeitig muß etwas Neues passieren. Und das kann nach Vorstellung der Autoren nur passieren, wenn hier das Korsett, in dem sich viele zu befinden glauben, etwas gelockert wird, denn Mut, Einfallsreichtum, Risikobereitschaft, Zivilcourage - oder wie immer Sie das nennen wollen - können sich nicht in einer Atmosphäre der Angst, des Pessimismus, der Resignation entwickeln, sondern dazu brauche ich eine optimistische Atmosphäre. Wir wissen das aus der Geschichte. Sie haben ein schönes Wort da oben (auf die Seitenwand des Tagungssaales weisend): Wenn man den eigenen Weg zu verfolgen denkt, muß man sich vergewissern, woher man kommt. Wir wissen aus der Geschichte, daß es diese Fehler schon gegeben hat.

Am Ende des Merkantilismus haben sich die Herrscher in die kleinsten Details der Wirtschaft eingemengt. Friedrich der Große hat Kaffeeschnüffler angestellt, um festzustellen, wer legal und illegal Kaffee brennt. Es hat Könige gegeben, die eigene Sauborstenmonopole errichtet haben und geschaut haben, daß die Untertanen an bestimmten Tagen ihre Schweineborsten abliefern. In dieser Stimmung konnte die Wirtschaft damals nicht gedeihen, sie ist auch untergegangen.

Heute kümmern sich Kammern darum, ob die Kipferln richtig gekrümmt sind. Behörden verordnen, wieviel Zentimeter in den Naßzellen der Kindergärten die Klosetts haben müssen. Funktionäre diktieren, wie lange ich wo und wann arbeiten darf, wann ich aufhören muß zu arbeiten, ob ich etwas dazuverdienen darf und ähnliches mehr.

Das heißt, auch heute ist die Freiheit für die Phantasie und für die Idee nicht sehr groß. Prof. Sabel hat das un-

längst auf dem ÖGB-Kongreß gesagt. Er hat gemeint, wenn man Phantasie und Mut haben will, dann muß man eine optimistischere und freiere Atmosphäre schaffen.

Barbara Streisand hat die "Memories of the old days" gesungen. Das ist nicht das Motto der Zukunft. Wir können nicht sagen: Kameraden vorwärts, wir müssen zurück!, so nach dem Motto: Satteln wir wieder die Lipizzaner, lassen wir die Sängerknaben antreten, damit wir als Volk der Geiger und Tänzer gemeinsam die große Hymne singen: Verkauft's mei Gwand, i fahr in Himmel. Das ist nicht die Zukunft, die wir wollen.

Ich glaube, es ist auch in diesem Manifest deutlich geworden, daß wir nicht irgendwo im luftleeren Raum schweben und Seifenblasen erzeugen, sondern es wird ein Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft abgelegt, es wird darin vor der Entindustrialisierung Österreichs gewarnt. Aber es wird gleichzeitig auch darauf hingewiesen, daß wir die Wirtschaft nicht als Selbstzweck haben, daß es andere Werte gibt als die Anhäufung von Gütern und daß es wahrscheinlich notwendig wird, in Zukunft von der Natur zu lernen, weil die Natur sehr viele Leistungen zum Beispiel mit sehr viel weniger Energie erbringt, weil die Natur kein Müllproblem wie wir kennt. Es zahlt sich also aus, von der Natur zu lernen.

Diese Grundhaltung des Manifestes möchte ich Ihnen in Erinnerung rufen. Es ist kein Feindbild, kein Gegeneinander
der Ideen, sondern der Versuch, "sowohl als auch" zu sagen,
sowohl für die Wirtschaft als auch für die Umwelt. Kein Feindbild zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Kein Feindbild

zwischen Privatwirtschaft und Verstaatlichter. Es ist also die gute alte Tradition der Integration in dieser Partei.

Ich weiß schon, daß es viele geben wird, die sagen werden:
Das ist aber keine kantige Politik. Sowohl als auch ist harmlos
und fad, wir brauchen ein paar glasklare Alternativen zum Sozialismus, möglichst nur drei, denn diese merken wir uns. Ich
glaube, daß diese Vorstellung dort, wo sie praktiziert wird,
nicht gerade überzeugend ist. Herr Reagan und Frau Thatcher
sind mit der Behauptung angetreten, sie werden den Staatsanteil
und die Schulden dramatisch senken und nur mehr die freie Marktwirtschaft haben. Mittlerweile sind in beiden Ländern die Staatsanteile gestiegen und die Schulden dramatisch gestiegen. Das
heißt: Wenn man gegen die Realität und gegen die Wahrheit Programme macht, dann rächt sich das langfristig dadurch, daß
die Glaubwürdigkeit sinkt.

Um nicht falsch verstanden zu werden - und damit komme ich zum Schluß, - möchte ich sagen: Mir ist das Manifest auf weiten Strecken auch zu wenig griffig. Es hat zu wenig Biß, es ist zu wenig aggressiv. Denn es gibt eine ganze Reihe von Positionen, wo man sehr aggressive, sehr klare Position hätte beziehen können. Ich nenne etwa die Atomenergie. Es tut mir leid, daß die Passage, wo es hieß: Nein zu Zwentendorf - auch ein Nein zur Atomenergie! gestrichen wurde. Ich sage das nicht, weil ich da in der Partei Gräben aufreißen möchte, sondern weil Sie vielleicht wissen, daß selbst so große Multis wie Shell und Exon sich längst aus der Atomindustrie zurückgezogen haben und ihr Geld in die Solarindustrie investieren. Es wäre also sinnvoll

gewesen, hier eine klare Position zu beziehen. Ich meine etwa eine klare Position zum Begriff des Friedens und zur Aufgabe der Friedenssicherung. Ich bin einer Meinung mit der Jungen ÖVP Steiermark, daß es schade ist, daß ein Manifest, das die Öffnung will, das Wort "Frieden" überhaupt nicht enthält. Ich glaube, daß das ein Mangel ist, der diskutiert gehört.

Ein allerletztes: Eine Partei, die sich öffnen will, muß natürlich auch sagen, wohin das geht, wenn es offen ist. Ich kann viel öffnen: Gärten öffnen, Häuser öffnen, Betonbunker öffnen. Es kommt dann darauf an: Wohin gehe ich denn, wenn ich geöffnet habe?

Dazu darf ich Ihnen doch aus der Beobachtung der Parteien durch lange Zeit etwas sagen: Ich glaube, die Parteien sind leider zunehmend in Routine erstarrt, sie sind zunehmend im Funktionärstum erstarrt. Es gibt einen Mitgliederfetischismus nicht nur bei den Sozialisten, sondern auch bei uns. Wir haben Hunderttausende Mitglieder. Das bedeutet, daß wir viele Tausende Funktionäre brauchen, die diese Mitglieder betreuen. Das bedeutet weiter, daß wir viele Mitglieder werben müssen, damit wir aus den Mitgliedsbeiträgen die Funktionäre bezahlen können. Und das geht dann in dieser Tonart weiter.

Das zweite ist zweifellos ein gewisser Sitzungsfetischismus, der in diesen Parteien Platz gegriffen hat. Hunderte Funktionäre treffen sich täglich bei verschiedenen Sitzungen an verschiedenen Stätten in verschiedenen Gremien und erzählen sich dort meist dasselbe, mit dem Ergebnis, daß sie keine Zeit

haben, sich um die wirklichen Probleme der Bürger zu kümmern.

Ich glaube also, daß Parteien in dieser Struktur für die Öffnung nicht optimal geeignet sind.

Und wenn Sie mir noch eine Bemerkung erlauben. Ich habe hie und da den Eindruck, daß das sogenannte harte Brot der Opposition im Munde mancher Oppositionspolitiker eher einer aufgeweichten Semmel - Schonkost für Zahnlose - gleicht als diesem harten Brot und daß halt die Stimmung lautet: Naja, sechs Landeshauptleute haben wir ohnehin, und der Kreisky hat Gott sei Dank die Anzahl der Nationalratsmandate so erhöht, daß wir risikolos ein bissel Wahlen verlieren können, und schließlich gibt es auch noch ein paar Futtertröge in der Verstaatlichten; also warum sollen wir uns groß anstrengen!

Ich glaube daher, wir müssen, wenn wir über die "öffnung" sprechen, nicht nur dieses "Zukunftsmanifest" diskutieren, sondern auch etwas, was ich unter dem Stichwort "Abrüstung der Parteien" bringen möchte. Wir müssen wieder etwas wegkommen von starren saurierhaften Gebilden, die sich eigentlich nur schwer öffnen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und bitte Sie jetzt um folgendes: Sie haben auf Ihren Plätzen Unterlagen, und zwar das "Zukunftsmanifest", ein Protokoll und einige Anregungen für die Diskussion. Wenn Sie von der Luft her nicht zu müde sind, dann bitte ich Sie, in den nächsten Minuten, in der nächsten halben Stunde einmal die Diskussion zu beginnen, obwohl ich weiß, daß das sehr mühsam sein wird. Wählen Sie sich auch

einen Diskussionsredner oder Vorsitzenden, der aber nicht herauskommen und sprechen muß, sondern lediglich Ihre Meinungen in einem Protokoll niederschreibt. Wir werden die Protokolle einsammeln und dann für das Manifest weiterverwenden.

Wenn Sie meinen, daß Sie zu diesem "Zukunftsmanifest" etwas sagen können, dann melden Sie sich zu Wort. Wir werden anschließend nämlich eine allgemeine Diskussion abführen. Wortmeldungen haben schriftlich zu erfolgen; wir haben dafür Karten vorbereitet. Geben Sie aus technischen Gründen auch die Nummer Ihres Tisches an, damit die Leute mit den Mikrophonen wissen, wo sie hingehen müssen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie, nun Ihrerseits mit der Diskussion zu beginnen. (Beifall.)

Die Wortmeldungen erfolgen von Ihren Tischen aus. Sie brauchen also nicht herauszukommen, wir ersparen Ihnen alles. Ich bitte Sie jetzt, in der Reihenfolge, die ich nenne, vom Tisch aus zu reden.

Als erster zum Wort gemeldet hat sich am Tisch 81 Herr Karl Pisa.

Dr. Karl Pisa (ÖWB): Österreich hat Zukunft, konnte man vor einiger Zeit auf den Plakatwänden lesen. Diese "No na!"-Feststellung stammte von der SPÖ. Die Frage: Welche Zukunft?, haben wir zu beantworten, da die SPÖ mit der Vergangenheitsbewältigung der Ära Kreisky - Androsch und der Gegenwartsbewältigung der Regierung Sinowatz - Steger beschäftigt ist.

Politik und Lebensgefühl sind nicht immer so eng beisammen wie zu der Zeit, als Figl seine bekannte Weihnachtsansprache hielt. Da empfanden wir alle praktisch das Gleiche.
Heute ist es ein vielschichtigeres Problem. Es gibt ein Problembewußtsein internationaler Art, das über die Medien und
über die Populärliteratur zu uns kommt. Es gibt ein Problembewußtsein auf bundespolitischer Ebene und es gibt ein
Problembewußtsein an der Front, dort, wo die meisten von Ihnen
in Ihren politischen Funktionen stehen.

Daher glaube ich, daß wir methodisch ein Andockmanöver durchführen müssen. Das heißt, das Papier stammt von vielen nachdenklichen Autoren. Dieses Papier muß aber diskutiert werden - hier und auch noch in Zukunft von den Betroffenen. Es sollte zwei Zwecke erfüllen. Auf der einen Seite kreative und die politische Anteilnahme fördernde Visionen, die über den Tag und auch über eine Legislaturperiode hinausgehen, aber auf der anderen Seite sollte die Diskussion draußen, die noch folgen sollte, auch zu ganz konkreten Problemlösungen führen, mit denen wir dann die Regierung konfrontieren und sie, wenn ihr selber nichts einfällt, bis zum nächsten Wahltag jagen. - Danke schön. (Beifall.)

<u>Diskussionsleiter Univ.-Prof. Schilcher:</u> Danke sehr, Karl Pisa.

Zu Wort gemeldet hat sich Abgeordneter Schwab, Tisch 49. Bitte, Herr Schwab.

Landtagsabgeordneter Hubert Schwab: Meine Damen und Herren! Das Waldsterben und der saure Regen sind nicht nur für die Landwirtschaft, sondern für die Gesamtgesellschaft ein vorrangiges Problem und eine zentrale Lebensfrage. Als Verursacher – und das sind Zahlen, die zumindest für Westeuropa Gültigkeit haben – sind die kalorischen Kraftwerke mit 60 Prozent zu nennen, die Industrie mit 27 Prozent, der Verkehr mit 9 Prozent und der Hausbrand mit 4 Prozent.

Als Maßnahmen haben wir vorgeschlagen, daß es in erster Linie wichtig ist, auf eine überregionale bzw. internationale Zusammenarbeit größten Wert zu legen, weil sicherlich manche Dinge hausgemacht sind - ich komme soeben von einer viertägigen Exkursion aus Deutschland zurück -, weil viele Dinge aber auch größte internationale Zusammenhänge haben.

Als kurzfristige Maßnahmen schlagen wir vor: Harte Auflagen für bzw. sogar das Stillegen der veralteten Anlagen und der ärgsten "Dreckschleudern". Man muß dabei aber auch klar festhalten, daß man einen Meinungsbildungsprozeß einleiten muß, dahin gehend, daß nicht die Industrie, also die Verursacherin selbst, das allein zahlen wird wollen und auch nicht zahlen wird können, sondern daß wir letzten Endes, die wir diese Dinge konsumieren, das auch finanziell mittragen müssen.

Drei Punkte möchte ich ganz kurz erwähnen.

Es war ein Wahnsinn, bisher nur mit einer "Politik der höheren Schornsteine" auf diese Entwicklung zu reagieren. Das ist keine Lösung. Die derzeit im Gesetz verwendete Formulierung "Stand der Technik" ist einfach zu wenig, weil kein entsprechender Druck vorhanden ist.

Man muß drittens auch die Forschung intensivieren. Das heißt: Nicht abbaufähige Stoffe und so weiter dürfen nicht verwendet werden. Als kurzfristige Maßnahme würden wir Heizöl schwer glatt verbieten. Die Landwirtschaft - ich persönlich bin Bauer - legt großen Wert darauf - das wäre, glaube ich, für alle wünschenswert -, die Biomasse, speziell den Energieträger Holz, verstärkt in die Energieversorgung einzubauen.

Liebe Freunde! Abschließend: Die Fakten liegen am Tisch.

Nun muß gehandelt werden. Ich möchte schließen mit dem Satz:

Wir haben die Erde nicht von unseren Eltern geerbt, sondern von unseren Kindern geliehen. (Beifall.)

<u>Diskussionsleiter Univ.-Prof. Schilcher:</u> Ich danke Hubert Schwab für diese konkreten Vorschläge. Die Bauern werden immer mehr zu Partnern der Umweltschützer.

Ich darf Frau Dozent Dr. Irene Dyk, Tisch 52, bitten.

Landtagsabgeordnete Universitätsdozent Dr. Irene Dyk:

Ich danke für die Worterteilung und erspare es mir im Namen

noch einiger Damen, auf eine Bemerkung von Bernd Schilcher ein
zugehen, die er sicher nicht so ernst gemeint hat. Wir haben

uns jedenfalls bisher nicht so sehr behindert gefühlt, wie er

uns charakterisiert hat. (Beifall.)

Unser Tisch hat sich in einer Art Tour d'horizon mit den acht Themen in Kurzform auseinandergesetzt. Ich hoffe, es wird

entschuldigt, daß wir das zum Teil in einer kritischen Form getan haben. Kritisch deshalb, weil wir zum Beispiel der Meinung sind, daß die Frage nach dem Lebensgefühl nicht nach der Erstellung, sondern vor der Erstellung des Manifestes hätte geklärt werden müssen. Abgesehen davon, daß wir der Meinung sind, der Mann auf der Straße könne sich – obwohl es ein so schönes deutsches Wort ist – unter "Lebensgefühl" vielleicht gar nicht sosehr viel vorstellen. Wir haben jedoch Veränderungsbereiche ausgelotet, etwa die Schlagworte "Umwelt", "Lebensqualität", "Friede", "Partizipation", "Solidarität", "Selbstverantwortlichkeit" oder "Feminismus". All das würde dazupassen.

Das zweite Thema ist der Vertrauensschwund gegenüber den Parteien. Nicht nur die Politskandale, sondern auch die Ratlosigkeit der Problemlöser in Wissenschaft und Politik sind für uns die Ursachen.

Dazu kommt etwas, das im dritten Punkt antönt, nämlich das allgemeine Sprachbabylon, an dem allerdings nicht nur die Politiker schuld sind, sondern auch die Wissenschafter mit ihrem Chinesisch oder die Journalisten mit ihrem Kauderwelsch. Landeshauptmann-Stellvertreter Possart, der an diesem Arbeitskreis teilgenommen hat, hat es sehr klar ausgedrückt: Der Politiker müßte so reden, daß der einfache Mann damit etwas anfangen kann und der Intellektuelle nicht frustriert ist.

Zur Frage vier, was man im unmittelbaren persönlichen Wirkungsbereich für den Umweltschutz tun kann, waren wir der Meinung, daß man auf einem so papierintensiven Parteitag zu-

mindest eine Sammelstelle für das Rote Kreuz hätte aufstellen müssen.

Zum Punkt fünf, zur Wirtschaft: Auch dazu konnten wir in der kurzen Zeit nur die Schlagworte "Forschung", "Innovation", "Planung" und "Kontrolle" skizzieren.

Zum sechsten Punkt, den kreativen und schöpferischen Anlagen des Menschen: Es ist im Moment nicht ganz einfach, sich
den Kopf über Arbeitsgestaltung zu zerbrechen, solange viele
Arbeitsplätze nicht gesichert sind und solange die Freizeitfrage von der Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung, die
nicht sehr neutral geführt wird, überschattet ist.

Zum Nachholbedarf in bezug auf Demokratie auch nur eine kleine Anmerkung: Man sollte im eigenen Haus damit anfangen, Statuten einhalten und Diskussionen nicht tabuisieren.

Und zum achten Punkt: Die Vorentscheidungen sind es, die uns die Probleme mit den Bürgerinitiativen bringen. Eine entsprechende Planungspartizipation würde manches hintanhalten, mit dem die Politiker dann jahrelang Schwierigkeiten haben. Im übrigen sollten Bürgerinitiativen ernstgenommen werden, mit den Vertretern derselben sollte glaubwürdig diskutiert werden, und man sollte sie nicht vereinnahmen. – Danke. (Beifall.)

<u>Diskussionsleiter Univ.-Prof. Schilcher:</u> Ich danke Irene Dyk.

"Partizipation" heißt "Beteiligung".

Hermann Withalm hat sich am Tisch 13 zu Wort gemeldet.

<u>Vizekanzler a.D. Dr. Hermann Withalm:</u> Ein Absatz im Kapitel "Soziales Wohlbefinden" hat bei uns im Seniorenbund das Interesse erweckt.

Wir sind mit diesem Kapitel durchaus einverstanden. Ich darf den Absatz - weil ich nicht annehme, daß ihn alle gelesen haben - zitieren. Es heißt hier:

"Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit sind aber nicht nur die Aufgabe des Staates oder der Versicherungsinstitute, sondern Ausdruck der sozialen Gesinnung aller Mitbürger. Soziales Wohlbefinden ist nur möglich, wo auch der einzelne zum Engagement und zur Mithilfe bereit ist. Fehlt diese Gesinnung, so wird die öffentliche Hand zum zwar notwendigen aber wenig geschätzten Lückenbüßer für das Desinteresse der Gesellschaft degradiert."

Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Das ist genau das, woran wir uns bei unserer Arbeit im Seniorenbund und im Wohlfahrtsdienst halten. Ich glaube, uns allen ist klar geworden, daß die Grenzen der Finanzierbarkeit des Sozialstaates nicht nur erreicht, sondern - wie ich meine - längst überschritten sind.

Es muß uns daher gelingen, den Menschen - der durchaus bereit ist zu diesem sozialen Engagement - dazu zu bewegen, daß er sich freiwillig zur Verfügung stellt - wir werden den Staat natürlich nicht entlassen aus der Verantwortung, die er auf dem sozialen Gebiet nach wie vor trägt -, um unbedingt ein zweites Bein zu schaffen. Das kann nur darin bestehen, daß wir uns alle für soziale Arbeit zur Verfügung stellen. Es gibt sehr, sehr wertvolle und wichtige Ansatzpunkte. Aber wir alle wissen, daß das erst Ansatzpunkte, bescheidene Ansatzpunkte sind.

Allerdings verweise ich auf das, was auf dem Gebiet
"Nachbarschaftshilfe" in ganz Österreich bereits geschieht.
Ich verweise auf die Nachbarschaftshilfezentren in Wien.
Ich verweise auf die Sozialstationen in Niederösterreich.
Es geschieht also wirklich sehr, sehr viel auf diesem Gebiet.
Aber, meine lieben Freunde - das gilt jetzt ausnahmslos für uns alle, nicht nur für uns im Seniorenbund, nicht nur für uns im Wohlfahrtsdienst -, wir alle können jetzt unter Beweis stellen, daß es uns mit dem Subsidiaritätsprinzip wirklich ernst ist. Das ist das zweite ganz wesentliche Problem, wenn wir in Österreich mit Recht von einem sozialen Wohlbefinden reden können.

Meine Damen und Herren, nehmen wir uns zusammen, strengen wir uns an! Auf diesem Gebiet ist ungeheuer viel zu tun. Wir sollten tatsächlich unter Beweis stellen, daß es uns ernst ist mit dieser Arbeit für den Nächsten, für unseren Mitmenschen. Wir müssen Begriffe wie "Nachbarschaftshilfe", "Nachbarschaft", "Nächstenhilfe" und "Nächstenliebe", meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, wirklich dem Volk näherbringen.

Wenn ich "Nächstenliege" sage, so meine ich das ernst.
Wir als christlich-demokratische Partei sollen dafür Sorge
tragen, daß das Wort "Nächstenliebe" seinen Platz hat im
Sprachschatz einer christlich-demokratischen Partei, einen
Platz hat im Rahmen der Österreichischen Volkspartei. Wenn
wir das, wovon ich jetzt kurz gesprochen habe, wirklich tun,
meine lieben Parteifreunde, so werden es uns jene, für die
wir uns einsetzen, zu danken wissen. (Beifall.)

Diskussionsleiter Univ.-Prof. Schilcher: Ich danke Hermann Withalm. Er ist, solange ich denken kann, immer ein Politiker mit Biß gewesen und wird es offenbar immer bleiben.

Als nächste zu Wort gemeldet hat sich Ella Fässler, Tisch 39.

<u>Ella Fässler</u> (ÖFB): Wir Vorarlberger sind zusammengesessen und haben, ganz kurz zusammengefaßt, folgendes festgestellt:

Man sagt immer, in Vorarlberg gehen die Uhren anders.

Offenbar gehen unsere Uhren auch richtig, denn wie ein roter

Faden - man könnte auch sagen: wie ein schwarzer Faden - zieht sich durch das vorliegende Manifest in allen gesellschaftspolitischen Bereichen das Bekenntnis zur Subsidiarität. In

Vorarlberg wird dieses Prinzip nämlich seit Jahren konstant verfolgt im Bekenntnis zu den überschaubaren Bereichen, und zwar zur Familie.

Die Familie - so sagen wir - erfüllt die Aufgaben besser und billiger als der Staat.

Dann in den privaten und halbprivaten Gemeinschaften, in den Vereinen und so weiter.

Weiters im Bereich der Wirtschaft; wir bekennen uns zur sozialen Marktwirtschaft.

Im öffentlichen Bereich von der Gemeinde zum Land, vom Land zum Staat, also von unten nach oben.

Im sozialen Bereich wollen wir weg vom Versorgungsdenken hin zu mehr Eigenvorsorge, auch - wie der Vorredner gesagt hat - speziell im Bereich der Nachbarschaftshilfe.

Wir fordern seit langem eine Reprivatisierung öffentlicher Dienstleistungen, weil privat wirksamer und sparsamer vorgegangen wird als vom Staat mit Hilfe von Steuergeldern.

Wir fordern und vertreten, daß sich die Tagespolitik in Zukunft stärker an den politischen Grundsätzen orientiert, weil dadurch der Politiker glaubwürdiger wird.

Wir finden also unsere Landespolitik im vorliegenden Manifest bestätigt und freuen uns, daß unsere Gedankengänge auch in der Bundespolitik als richtig anerkannt werden. Wenn wir an unsere Wahlergebnisse in Vorarlberg denken, die ein Resultat unserer Landespolitik sind, können wir uns für die Bundespolitik nur das gleiche wünschen. (Beifall.)

<u>Diskussionsleiter Univ.-Prof. Schilcher:</u> Danke sehr.

Ich habe eine große Bitte an die Damen und Herren dieses
Parteitages: Es ist für die Rednerinnen und Redner nicht leicht,
sich durchzusetzen, wenn es so schrecklich laut ist. Wer unbedingt laut sein will: Es gibt draußen sehr angenehme, das
Lebensgefühl fördernde Pausengänge. Aber bitte nicht hier herinner

Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Dr. Bretschneider, Tisch 81.

Dr. Rudolf Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich spreche jetzt zu Ihnen nicht als
Meinungsforscher, der Ihnen sagt, nach welchem Lebensgefühl Sie
sich richten müssen, um - wie das so schön heißt - "gut zu
liegen". Es ist zumindest Jahre vor der nächsten Wahl relativ
uninteressant, wie eine Partei liegt.

Interessant ist einzig und allein, wofür eine Partei steht und was in ihr gedacht wird. Dieses Denken kann sie nicht Experten überlassen, die für sie über die Zukunft nachdenken, auch wenn es bequem ist, sich von außen oder vom Parteiobmann sagen zu lassen, was gedacht und worüber vorausgedacht werden soll. Ein solcher Stil paßt vielleicht für eine Partei, in der immer "die Partei" recht hat und wo alles mit einer Stimme spricht, weil nur mehr einer redet.

Nach außen hin erscheint eine solche Partei vielleicht vorübergehend stark – was auch der övp imponiert – und einheitlich, in Wirklichkeit dämmert eine solche Partei, die nur einen Standpunkt zu haben scheint, dahin. Man könnte sie mit größerem Recht eine Einöde als eine kraftvolle Bewegung nennen.

Verzeihen Sie mir die kritische Stellungnahme, aber ich glaube, die ÖVP war in ihrer Diskussionspraxis schon mutiger und für Diskussionspartner von außen auch anziehender. Ich denke mit Vergnügen an das durchaus aktuelle Ideengut, das den Plänen zur Lebensqualität zugrunde gelegt wurde und das mehr als ein taktischer Reflex auf den Ölschock oder auf die Grenzen des Wachstums war.

Die Herausforderungen haben sich in den letzten zehn Jahren vermehrt. Heute fragt man manchmal in der ÖVP, ob man "grün" sein darf, was ein wirkliches Paradoxon ist. Wir erkennen mittlerweile auf Grund ökologischer Gutachten, daß ein Geschöpf, das gegen seine Umwelt siegt, sich selbst zerstört. Wir wissen auch, daß unser Weg - das heißt der Weg unserer Konsumgesellschaft - nicht der einzig denkbare menschliche Weg ist. Die

Veränderung unseres Denkens hat bereits begonnen, die Veränderung unserer Handlungen erfolgt sehr langsam.

Nicht nur ein paar Intellektuelle oder Jugendliche oder Manager, manchmal auch Politiker haben das Gefühl, sich und ihren dominierenden Lebesstil verändern zu müssen, haben aber gleichzeitig das Gefühl, das wäre gefährlich. Lieber klammert man sich an so perverse Imperative wie den, der den privaten Konsum fordert, damit die Wirtschaft läuft und Arbeitsplätze gesichert sind.

Wenn man sich diesen Zynismen auf Dauer hingibt, sollte man wenigstens mit der Beteuerung aufhören, daß der Mensch im Mittelpunkt der Politik steht. Man muß jene Menschen oder Gruppen, die aus diesem Zynismus ausbrechen wollen und die sogenannte alternative, in Wahrheit aber ganz normale Fragen nach dem Sinn eines solchen Wirtschaftens stellen, ernst nehmen und darf sie nicht als Schwärmer abtun oder als Randgruppen bezeichnen, was auch in der ÖVP durchaus gang und gäbe ist, bloß weil sie wissen wollen, ob und wozu wir den vielen Strom brauchen, für dessen Gewinnung wir die Natur opfern. Das ist ein schlichter Hochmut, würde ich sagen. Jene verordnen unserer Gesellschaft nämlich Flexibilität gegenüber einer Planung, die auf Jahrzehnte, wenn nicht auf Jahrhunderte hinaus irreversibel ist. Und es würde einer Partei wie der ÖVP guttun, wenn die Sorgen, die daraus entspringen, nämlich die Sorgen der sogenannten Randgruppen, etwas schneller in die politischen Zentren kämen.

Im übrigen muß die Opposition jene Kraft sein, die nicht nur verneint - das ist sicher zu wenig -, sondern eine, die Regierung treibt, und zwar mit beharrlichen Vorschlägen und auch mit unbequemen Themen, leider auch mit Themen, die ihr selber unbequem sind, mit neuen Erkenntnissen aus dem internationalen Bereich, wie heute schon gesagt wurde, oder aus dem Bereich der Wissenschaft. Die Opposition hat es letzten Endes in der Hand, ob die politische Kultur in unserem Land provinziell wird im schlechten Wortsinn. Sie muß etwas haben, worauf eine Regierung aus dem Grund, ungestört zu bleiben, nur allzu gern verzichtet, nämlich Gedächtnis für die eigene Tradition und, was manchmal seltener ist als Genie: Gewissen. - Danke sehr. (Beifall.)

<u>Diskussionsleiter Univ.-Prof. Schilcher:</u> Danke sehr, Rudolf Bretschneider. Er hat ja auch maßgeblich an der Formulierung dieses Konzepts mitgewirkt, als Gast sozusagen.

Darum besonders herzlichen Dank.

Der nächste zu Wort gemeldet ist Prof. Kampits, Tisch 52.

Prof. Peter Kampits: Meine Damen und Herren!

Ich möchte auch als einer der Mitarbeiter an diesem Zukunftsmanifest einige grundsätzliche und eher ins Theoretische
gehende Erörterungen vorausschicken.

Wir standen natürlich anläßlich der Verfassung eines Zukunftsmanifestes vor dem Problem, daß die Zukunft heute auch
nicht mehr das ist, was sie einmal war. Daß dem so ist, ist
aber bis zu einem gewissen Grad Schuld der Politik, eines
Selbstverständnisses der Politik und verschiedener Strukturen
der Politik, die es so weit gebracht haben. Darum hielten wir

es für angebracht, einige Ideen aufzulisten und auch zu sammeln, die diese Strukturen verändern, aufbrechen und in eine andere Richtung führen. Denn bisher war es doch so, daß die Politik erst dann Probleme zu lösen begonnen hat, wenn sie schon längere Zeit da waren. Darum stehen wir unter anderem ja auch vor einer so vielfältigen Krise.

Die Politik müßte zu einer solchen werden, die die Probleme gewissermaßen bereits präventiv in einen bestimmten Problem-lösungskatalog zu bringen versteht. Ich möchte nicht verhehlen, daß das schwierig ist und daß die notorische Phantasielosigkeit, die man als Außenstehender in der Politik sooft beklagt und sieht, offenbar zur Grundausstattung eines Politikers gehören dürfte. Aber auch hier könnte ich mir eine ganze Reihe von konkreten Änderungen vorstellen.

So würde also die Krise, die wir wirklich sehr ernst genommen haben und die sich ja im Lebensgefühl, der Angst, der Verzweiflung, der Unsicherheit, des Nichtwissens, was man tun soll, immer wieder niedergeschlagen hat, zugleich auch eine Chance werden, eine Chance zu einer Neuorientierung und zu einer Umorientierung, die gerade dieser Partei in ihrer jetzigen Rolle, eben nicht Regierungspartei zu sein, besonders maßgeschneidert sein könnte. Wir werden aber diese Chance nur dann ergreifen können, wenn zwei Dinge nicht getan werden: Das erste ist der Versuch, das Bisherige einfach fortzusetzen und zu perpetuieren, das heißt einfach – und ich sage es jetzt bewußt provokativ –, zu glauben, daß man mit einem quantitativen Wirtschaftswachstum alles wieder in den Griff bekommen wird. Und das zweite ist der

Verzicht auf ein kurzfristiges Krisenmanagement, das ja im allgemeinen nur diejenigen Probleme unter Umständen beseitigt, für die es da ist, aber neue schafft, für die dann wieder ein Krisenmanagement eingesetzt werden muß, und das ad infinitum. Hier gilt es, einmal diesen Teufelskreis entscheidend zu durchbrechen.

Ich glaube, daß wir uns alle einig sein müssen, bei aller Ernstnahme der Arbeitslosigkeit, der Probleme der Arbeitsplatzsicherung, daß die Ziele der achtziger Jahre einfach nicht mehr die Ziele der fünfziger oder sechziger Jahre sein können.

Ich wiederhole vielleicht auch in diesem Zusammenhang noch einmal das Wort von Freund Schilcher, daß dieses Papier kein Ausschließungs-, kein Entweder-Oder-Papier sein will, sondern eben ein solches des Sowohl-Als auch. Ich bekenne mich auch dazu, daß die Politik über Grenzen verfügt, daß es gerade in der Tradition dieser Partei - Gott sei Dank, könnte man hinzufügen - liegt, keine Glücksherstellerin und Zwangsbeglückerin zu sein. Sie kann aber sehr wohl Rahmenbedingungen für ein geglücktes Leben und für eine positive Steigerung des Lebensgefühls schaffen.

Wir sind uns im klaren darüber, daß wir keine neue Welt erschaffen können. Wir alle kennen die verheerenden Folgen der großen Utopien, die so schön gemeint waren. Wir wollen aber auch keine Miniutopie, wie es bisher üblich war, die bis zu den nächsten Wahlen geht, sondern in der Tat ein langfristiges Programm und bitten Sie herzlich, uns dabei zu unterstützen. Denn

ich glaube, daß gerade diese Partei jetzt einen ganz großen Mut zu Reformen aufbringen müßte. - Ich danke Ihnen. (Beifall.)

Diskussionsleiter Univ.-Prof. Schilcher: Danke sehr, Prof. Kampits. Er hatte die sehr undankbare Aufgabe gehabt, diese sogenannten bunten Vögel in ein Gefängnis zu bringen und dieses Papier zu erstellen. Herzlichen Dank für die Mühe.

Als nächster ist zu Wort gemeldet Herr Bürgermeister Guggenberger, Tisch 55.

Bürgermeister Leopold Guggenberger: Meine lieben Parteifreunde! Jetzt bitte ich euch doch, ein bißchen still zu sein, wenn ein geplagter Bürgermeister mit Grippe im Leib ein paar Worte sagen will. Das gehört auch zur Parteidisziplin. Ihr werdet sehen, es ist der Punkt drinnen: Man muß zuhören können. (Beifall.) Wer nicht zuhören kann, der darf auch nichts reden. (Beifall.)

Jene jungen Kärntnerinnen und Kärntner, die an unserem Tisch sitzen, haben sich einmal mit diesen acht Fragen beschäftigt und in der kurzen Zeit nur Stichworte dazu gefunden. Dieser Katalog erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, man könnte noch vieles dazu sagen. Ich möchte daher ganz kurz stichwortartig sagen: Zur Frage 1: Die Technik, der Wohlstand und der Materialismus und die Umwertung der Werte haben zu einem anderen Lebensgefühl geführt. Ob es ein besseres ist, das bleibe dahingestellt. Welche neuen Themen und Erwartungen gibt es da? - Natürlich der Umweltschutz, die Beseitigung des Egoismus und

auch etwas, was die Menschen heute nicht sehr gerne hören: daß jeder Mensch einmal sterben muß und daher der Vergänglichkeit anheimfällt.

Zu 2 und 3 - es ist schon gesagt worden -: Parteichinesisch, Verallgemeinerung der Unglaubwürdigkeit einzelner Politiker auf alle durch die Politiker selbst und durch die Massenmedien und Diskrepanz zwischen der Theorie und der Praxis, die Parteibuchwirtschaft, die von uns sicherlich nicht praktiziert wird, aber da und dort doch durchschlägt, dann die Politik als Machtbasis und der Verlust der dienenden Aufgabe mancher Politiker. Jetzt sage ich eines ganz offen: Auch die G'schaftlhuberei vieler politischer Freunde, die glauben, daß sie alles wissen. Der Politiker muß demütig sein und muß auch zuhören können, auch wenn es ihm im Inneren nicht paßt.

Zu 4: Umweltschutz: Was können wir da tun? - Selbst sauber sein und die Umwelt, auch wenn es schwer ist, sauber halten.

Das fängt beim Zigarettl an, das ich aus dem Auto hinauswerfe oder irgendwo in ein Blumenbeet hineinwerfe. Wir müssen
vor allem auch unsere Kinder in dieser Gesinnung erziehen.

Dann werden wir uns vieles an großer Umweltverschmutzung ersparen.

Vernünftige Vorschläge, die von der Wissenschaft, auch von der Wirtschaft und von vielen Seiten kommen, beachten und dann realisieren. Wir müssen vor allem auch gesetzliche Vorschriften, die auch dem Umweltschutz dienen, beachten, z.B. beim Autofahren. Wie viele von uns beachten keine Geschwindigkeitsbeschränkung und rauschen einfach durch die Gegend. Da müssen wir Politiker selbst ein gutes Beispiel geben.

Für die Wirtschaft von morgen ist, glaube ich, die Innovation auch für neue Bedürfnisse wichtig und vor allem die Produktion umweltfreundlicher Produkte. Hier liegt sehr viel für unsere Wirtschaft drinnen. Auf diesem Gebiet gehören die Forschung und die Entwicklung gefördert wie noch nie zuvor.

Was 6 betrifft, haben wir gesagt: Die Erziehung zu Fleiß und Ausdauer und weniger Hemmnisse gegen jede Kreativität, auch dann, wenn sie im Augenblick nicht vorteilhaft erscheint.

Zu 7: Politiker mehr zum Volk, in die Elendsviertel, zu den Notleidenden, in die Betriebe und am Abend - ich sage es ganz offen - in die Beisel, ins Espresso, zu den Veranstaltungen unserer Vereine und aktiven Mitbürger, auch zu den Familienfesten. Wenn wer goldene Hochzeit feiert oder wenn der Politiker gefragt wird: Magst du Taufpate sein?, muß er halt auch hingehen.

Mit den Bürgerinitiativen habe ich gerade in den jüngsten Tagen eine gute Erfahrung gemacht. Man soll auch die erregtesten Bürgerinitiativen sofort holen, mit ihnen sprechen, sie anhören und mit ihnen menschlich und vernünftig diskutieren, aber nicht alles, was sie verlangen, gleich als das Evangelium betrachten, sondern ihnen zeigen, daß es auch andere Überlegungen und Argumente gibt. Viele Bürgerinitiativen sind sehr stark vom sacroegoismo getragen. Und das ist wichtig im Lutherjahr. Ich bin zwar nicht evangelisch, aber er hat etwas Wichtiges gesagt: Man soll das Ohr an das Maul des Volkes halten. Die Bürgerinitiativen sollen, wie gesagt, schon ihre Wünsche vortragen können, man soll sie anhören, aber ihre For-

Als erstes und wesentliches sicherlich die Tatsache, daß diese Bürger einmal wirklich angehört werden, daß man sich mit ihren Problemen wirklich auseinandersetzt und daß man versucht, ihre Wünsche ernst zu nehmen, und sie nicht von vornherein als Störenfriede abtut. Die Partei könnte doch das Anliegen der Bürger dann auch konkret prüfen und wenn möglich unterstützen, wobei uns durchaus klar ist, daß Unterstützung erstens in diesem Zusammenhang nicht finanziell gemeint ist und daß Unterstützung zweitens nicht gleichzusetzen ist mit letztlich der Annahme dieses Wunsches. Möglicherweise muß er auch abgelehnt werden. Aber das Ernstnehmen und die Form, das ist, glaube ich, sicher eine Aufgabe, die unserer Partei sehr wesentlich nützen könnte und würde.

Da sind wir bei der zweiten Seite der Sache: Was kann die Partei für sich daraus entnehmen, wenn eine Bürgerinitiative zustande kommt? Wir glauben, daß für eine Partei alle Bürger mit persönlichem Engagement wirklich interessant sein sollten, auch wenn sie nicht Parteimitglieder sind und selbst dann, wenn sie uns unter Umständen nicht wählen, wenn man den Kontakt mit ihnen auch nur in ganz loser Form aufrechterhalten könnte. Wenn wir diesen Bürgern das Gefühl vermitteln könnten, daß wir sie nicht gleich vereinnahmen wollen, sondern ausschließlich ihre Wünsche ernst nehmen, dann würden wir, glaube ich, wirklich etwas dazu beitragen, daß die Gesinnung der Resignation und des mangelnden Vertrauens abgebaut wird. – Wir danken sehr. (Beifall.)

<u>Diskussionsleiter Univ.-Prof. Schilcher:</u> Ich danke vielmals für diese Wortmeldung.

Wir haben noch rund zehn Wortmeldungen. Ich darf bitten, knapp und präzise zu sein.

Als nächster zu Wort gemeldet ist Rektor Welan, Tisch 114.

Landtagsabgeordneter Rektor Prof. Dr. Manfred Welan:

Meine Damen und Herren! Es ist uns vielleicht nicht allen klar und es ist vor allem der Bevölkerung nicht klar -, daß Österreich in den nächsten Jahrzehnten vor den größten Herausforderungen dieses Jahrhunderts steht. Das gilt nicht nur für den Bereich der Wissenschaft und Forschung, sondern vor allem für den
Bereich der Wirtschaft, für den Bereich der Kultur und für den
Bereich des Demokratieumfelds.

Ich glaube, das, was unseren Menschen mehr und mehr fehlt, ist das Freiheitsgefühl. Wenn man mit den Leuten, auch mit den jungen Menschen spricht, so sind sie ängstlich, entmutigt, eingeschüchtert, warten auf den "Großen Bruder", der ihnen helfen kann, was in bezug auf die Arbeitsplätze sicherlich ein realistischer und pragmatischer Weg ist, aber doch nicht unserem Gesellschaftssystem, unserer Wertordnung entspricht.

Daher glaube ich, daß man für die Freiheit der Leistung eintreten muß, man die Leistung von dieser Partei aus besonders betonen muß, man propagieren muß, daß wir in Zukunft mehr und Besseres zu leisten haben, und nicht nur die Leistung anerkannt wird, die sich auszahlt und die bezahlt wird, sondern auch die Leistung am Mitmenschen, die Leistung der Hausfrauen, die

Leistung, die man im kleinen Alltag und in der kleinen Umwelt vollzieht. (Beifall.)

Für die Freiheit der Leistung, und zwar in jeder Beziehung, für die Anerkennung der Leistung, und zwar in jeder Beziehung, braucht die Jugend Herausforderungen. Man muß ihr dafür den entsprechenden Freiraum geben, man muß sie experimentieren lassen, man darf sie nicht in einer blockierten Gesellschaft aufwachsen lassen, wo Großorganisationen durch dichte Normengeflechte sie hindern, Arbeit zu leisten, Dienst am Nächsten zu vollziehen und die Freiheit so auszuüben, daß Österreich eine Zukunft hat.

Freiheit der Meinungsäußerung, Offenheit auch in einer offenen Partei bedeutet, daß man mehr als bisher offene Diskussionen – nicht Klausurdiskussionen – abhält. Das bedeutet auch, daß wir für neue Mitbestimmungs- und Mitbeteiligungsformen eintreten und daß wir die Zusammenarbeit im kleinen Bereich, im kleinen Kreis als eine neue Herausforderung für die Demokratie ansehen. Das heißt, neue Formen der Genossenschaften, Liberalisierung des Vereinsrechts, neue Formen der Gesellschaften für den kleinen Bereich, für die kleine Umwelt.

Und am Schluß möchte ich sagen: Ich habe in dieser Partei schon sehr lange mitgearbeitet. Ich kann aus dieser Erfahrung nur empfehlen: Weniger Papier, mehr Arbeit, mehr Leistung, mehr Leben! - Danke. (Beifall.)

<u>Diskussionsleiter Univ.-Prof. Schilcher:</u> Ich danke Rektor Welan, vor allem auch für das Kapitel "Lebendige Demokratie", das eines der konsistentesten in diesem ganzen Manifest ist.

Zu Wort gemeldet hat sich Abgeordneter Erich Pöltl, Tisch 68.

Landtagsabgeordneter Erich Pöltl (LPL/ST): Meine

Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir haben uns, ohne daß

wir Wirtschaftsexperten sind, speziell mit dem Kapitel des

"Zukunftsmanifestes" "Die Wirtschaft von morgen" auseinandergesetzt.

Wir sind zur Überzeugung gekommen, daß die Wirtschaft von morgen sicherlich auf jener von heute aufbauen wird, da sie die schweren Zeiten - speziell jene der letzten 13 Jahre - im Grunde genommen relativ gut überstanden hat.

Was uns aber bewegt, ist die Tatsache, daß wir sehr viele Bereiche der Selbstversorgung verloren haben, speziell in den ländlichen Regionen.

Ich möchte dies mit einigen Beispielen ausschmücken.

In unserer Region bekommt man französische biologisch getrocknete Brennessel in kleinen Päckchen um 60 S zu kaufen. - Wir produzieren sie bereits selbst.

Wenn wir in viele andere Bereiche der Selbstversorgung hineinsehen, so hat noch vor 20, 30 Jahren die Selbstversorgung für ein Baby fast zur Gänze ausgereicht. - Heute wird es versorgt mit "Made in Japan" und "Made in Germany". Wir

geben höchstens eine Prise Trockenmilchpulver in das Fertignahrungsmittel.

Ich glaube vor allem, daß wir diese neuen Bedürfnisse, aber auch die Massenbedürfnisse neu durchleuchten müssen, um vielleicht doch einen geflochtenen Korbwagen anbieten zu können, und zwar als besonders hygienisch, gesund, wachstumsfördernd und biologisch.

Meine Damen und Herren! Noch ein Bereich: Wir müssen die Ausbildungsmöglichkeiten unserer Jugend, vor allem der intelligenten jungen Menschen, so abstecken und die Voraussetzungen schaffen, wie sie auch den Entwicklungsmöglichkeiten in den ländlichen Regionen entsprechen.

Derzeit hat es den Anschein, daß wir Menschen für die Verwaltung, für die Dienstleistung - ordinär gesprochen - "produzieren" und wir damit eine Entvölkerung wertvollster Leute, etwa zukünftiger junger Unternehmer, aus diesen Regionen herbeiführen.

Meine Damen und Herren! Abschließend: Wir dürfen auch nicht auf die selbständigen Problemlöser vergessen.

Denken wir an unsere Nebenerwerbsbauern, deren Zahl - so wie jene der Pendler - in den ländlichen Gebieten immer mehr zunimmt. Sie müssen immer größere persönliche Opfer bringen, werden aber benachteiligt. Wir wissen, daß in erster Linie die Nebenerwerbsbauern - in Österreich gelten sie nämlich als Doppelverdiener - gekündigt werden.

Ich möchte daher ersuchen, daß wir vor allem diese Zukunftsvisionen, diese Alternativen, die vorgelegt wurden, anerkennen und diese neuen Zukunftsvisionen durch unsere Gesinnungsgemeinschaft progressiv weitertragen. (Beifall.) Diskussionsleiter Univ.-Prof. Schilcher: Das war der Beitrag eines praktizierenden Bauern und daher doppelt wertvoll. Mich freut nur, wenn er einen Bauern, einen Selbständigen als "Problemlöser" bezeichnet. Er erweist sich damit als Mitglied der modernen Politiker.

Das Wort hat Frau Elfriede Haselwanter vom Tiroler Seniorenbund.

Elfriede Haselwanter (ÖSB): Meine Damen und meine Herren! Heute morgen habe ich die "Tiroler Tageszeitung" in die Hand genommen, und da wurde über unser "Zukunftsmanifest" geschrieben, daß darin sehr viel Gemeinplätze stehen, die niemandem wehtun, die aber auch keinen einzigen Wähler hinter dem Ofen hervorlocken.

Was bezeichnet man als "Gemeinplätze"? - Unsere Bürgernähe, unsere Nachbarschaftshilfe und unsere Mitmenschlichkeit.

Allerdings müssen wir zugeben: Solange diese drei Dinge nur auf dem Papier stehen, sind es nur Worthülsen, die wir erst mit Taten erfüllen müssen. Solange wir sie nämlich nicht vorleben, sind sie nur Schlagworte, die weder unserem Nächsten noch unserer Partei etwas nützen.

Wie können wir diese Worte aber mit Taten erfüllen? Indem wir Egoismen zurückstellen. Und einige wenige von uns
werden bereit sein müssen, wieder Vorbilder, Leitbilder zu sein.
Nicht nur die Jugend braucht Vorbilder - natürlich, sie braucht
sie besonders -, alle Menschen brauchen ja Leitbilder. Wir alle
werden uns diese Mühe machen müssen, Leitbilder in unserer Ge-

sellschaft zu sein. Das verlangt von uns Selbstdisziplin, ich weiß es. Aber wenn wir uns dieser Mühe nicht unterziehen, werden wir auch niemals siegen. - Danke. (Beifall.)

<u>Diskussionsleiter Univ.-Prof. Schilcher:</u> Vielen Dank für diese sehr klaren Worte.

Die nächste Wortmeldung: Frau Dr. Kálnoky, Tisch 65.

Landtagsabgeordnete Dr. Lindi Kálnoky (LPL/ST):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich gehöre auch zu den

"bunten Vögeln". Es wurde mir gleich an einem der Tische gesagt, daß diese "bunten Vögel" eigentlich "verkehrt ausgesucht" worden sind, indem wir alle "bunte Vögel" in uns selbst
sind. - Es wäre besser gewesen, wenn verschiedene Vögel mit
verschiedenen Farben ausgewählt worden wären, denn dann wäre
das Bild eben viel bunter gewesen. Aber alles bunt macht auch
nicht so bunt. - Also das ist eine Meinung, die hier gegolten hat.

Dann ist der steirische Wirtschaftslandesrat aufgestanden, weil er weggehen mußte, und hat gesagt, daß in der Steiermark für einen großen Prozentsatz der Bevölkerung das Lebensgefühl kein relevantes Thema ist, weil es eben nur einen gewissen Prozentsatz der Menschen betrifft.

Ich muß aber sagen, daß ich es für sehr wichtig finde, daß sich die Partei in ihrem Programm auch mit diesem Thema befaßt. Es ist das Wesen der Partei, nach vorne zu schauen in die Zukunft. Aber je mehr man nur nach vorne schaut, umso weniger sieht man eigentlich auch die Probleme, die am Rande sind. Sehr oft können Randprobleme jedoch zu großen, wichtigen Problemen werden.

So ist es für uns wichtig, daß wir einen neuen Blick-winkel, einen weiteren Blickwinkel bekommen. Wir haben bisher nach vorne geschaut und die direkten Auswirkungen gesehen, wir haben aber nicht die indirekten Auswirkungen in Betracht gezogen. Das müssen wir eben lernen. Wir wollen nicht wie die Technokraten nur das Produkt sehen und wir wollen auch nicht wie die Alternativen nur den Abfall sehen. Wir müssen eine Zwischenlösung, wir müssen eine optimale, eine integrierte Lösung finden.

Und so glaube ich, mit diesem Programm können wir sagen, es ist eine geistige Lockerungsübung, so wie wenn wir in der Früh aufstehen und uns rekeln und dehnen und dann zur Tages-arbeit aufbrechen. Ich glaube, in diesem Sinne können wir "Guten Morgen" sagen. (Beifall.)

<u>Diskussionsleiter Univ.-Prof. Schilcher:</u> Danke sehr, Dr. Kálnoky. Als nächster hat sich Tončić-Sorinj zu Wort gemeldet.

Dr. Lujo Tončić-Sorinj: Ich möchte einige
Worte zu den Vorschlägen 2 und 3 sagen: Vertrauensschwund in
politische Parteien und die politische Sprache. Vertrauen auch
in eine politische Partei demonstriert sich nicht dadurch, daß
man dieses Vertrauen unentwegt demonstriert. Es zeigt sich dadurch, daß man bei den maßgeblichen Gelegenheiten dieses Vertrauen unter Beweis stellt. Und nun sehen wir, daß in Österreich
unentwegt gewählt wird: Gemeinderatswahlen, Landtagswahlen,
Nationalratswahlen, Bundespräsidentenwahlen. Es wird also in

österreich unentwegt gewählt, wobei bei allen diesen Wahlen die Wahlbeteiligung zwischen 80 und 90 Prozent liegt. Man kann nicht sagen, daß ein Land sein Vertrauen in die politischen Parteien verloren hat, wenn bis zu 90 Prozent der Bevölkerung die politischen Parteien wählen, auf die es eben ankommt. In der Schweiz ist die Wahlbeteiligung perzentuell viel geringer. Es gibt dort die berühmten Sonntagsreferanda. Da wählen manchmal nur 20, 25 Prozent. Und dennoch gibt es in der Schweiz ein Vertrauen in die politischen Parteien. Es handelt sich also viel eher um einen Vertrauensschwund zu bestimmten politischen Persönlichkeiten. Diese erzeugen dieses Mißtrauen und diese Malaise. Das ist vielleicht ein Vorgang, der nach längerer Zeit im politischen Leben unvermeidlich ist.

Man muß aber auch achtgeben: Die Wähler haben im Jahre 1945 Churchill nicht mehr wiedergewählt, der den Zweiten Weltkrieg für sie gewonnen hat: Vertrauensschwund. Sie haben es bitter bereut. Er wurde ein paar Jahre später mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt.

Man muß also auch hier achtgeben.

Man sagt, die politische Sprache sei heute irgendwie unverständlich. Nun ist es sicherlich außerord tlich leicht, sehr einfache, sehr leicht verständliche provozierende Fragen zu stellen. Und es ist auch sehr leicht, auf solche Fragen sehr allgemein, inhaltsleer, phrasenartig zu antworten. Das ist aber besonders schlecht, da es sich um eine Fachsprache handelt. Es gibt im modernen Staat so viele schwierige Dinge – ich erwähne beispielsweise die Atomindustrie –, die man ohne Fachwissen

nicht behandeln und nicht entscheiden kann. Man kann es natürlich vermeiden, darüber Vernünftiges, Sachliches und damit schwer Verständliches zu sagen. Aber damit ist der Sache keineswegs gedient.

Bundeskanzler Kohl hat einmal gesagt: Die Jugend spricht eine Sprache, die wir nicht verstehen. Prof. Lorenz hat gesagt: Die junge Generation und die etwas ältere Generation stehen einander wie Stämme im Urwald gegenüber mit verschiedenen Sprachritualen und auch mit verschiedenen modischen Ritualen, Kleidungsritualen. Das ist sicherlich richtig. Das heutige politische Establishment z.B. trägt Krawatten und das kommende politische Establishment noch keine. - Verschiedene modische Stammesrituale in der Politik.

Aber das Wesentliche ist doch folgendes: Wenn die politische Sprache wirkt, ist sie immer ein emotioneller, also ein gefühlsmäßiger Appell. Das, was auf die Menschen wirkt, ist das Gefühl. Man kann mit reiner Vernunft Massen und Menschen nicht überzeugen, sondern immer nur mit Gefühl.

Nun gibt es zwei Dinge, die die Gefühle der Menschen immer in Wallung bringen. Das eine ist der Appell an die Angst, und das zweite ist der Appell an die glaubhafte Hoffnung. Nehmen wir die Angst - heute hat man darüber gesprochen. Die Partei ist aufgewacht in der Frage der Versozialisierung und Vermarxung des Rechtsstaates in Österreich in dem Moment, wo Landeshauptmann Ludwig angegriffen worden ist. Aber Bundesminister Broda hat nun zehn Jahre hindurch unser Justiz-, unser Rechtssystem marxistisch deformiert. Was hat in den vergangenen

Jahren die Volkspartei dagegen getan? - Nichts hat sie getan!
(Beifall.) Erst jetzt, wo es fast zu spät ist, wacht man langsam auf. Das ist das eine.

Das zweite war der Appell an die Hoffnung. Auch die Menschen in der Volkspartei hoffen, daß die Menschen in Österreich von der Zwangsjacke des immer mehr um sich greifenden Staates befreit werden. Durch das Steuersystem, durch alle möglichen Dinge wird der einzelne immer mehr eingeschränkt. Wenn man hier sagt: Die Volkspartei verkörpert die Hoffnung, sich von dieser Zwangsjacke endlich befreien zu können!, so appelliert man an Emotionen in der Öffentlichkeit.

Es kommt aber noch eine zweite Voraussetzung dazu. Dazu gehören die richtigen Menschen. Man kann in der Politik nicht überzeugen, wenn man nicht selber engagiert ist. Man kann nicht in der Öffentlichkeit zünden, wenn man nicht selber brennt. Das sind die Voraussetzungen, die Menschen zu überzeugen. Man muß auch die Sprache finden, die die anderen verstehen. (Beifall.)

<u>Diskussionsleiter Univ.-Prof. Schilcher:</u> Ich danke Ihnen für den flammenden Appell, der getragen war von einer langjährigen Erfahrung international als Minister, als Generalsekretär in Straßburg.

Weiters zu Wort gemeldet ist Herr Prof. Ermacora.

Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Felix Ermacora:

Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich glaube, wir werden auch in zwei Wochen dieses Papier nicht durchdiskutieren können, so dicht ist es und so viele Aussagen werden darin getroffen.

Wir können uns ja auch nicht vorstellen, daß wir dieses Papier heute hier verändern werden.

Ich möchte grundsätzlich als Kritik anmelden, daß mir dieses Papier viel zu allgemein gehalten ist, sodaß man sich sagen muß: Ja die anderen sprechen ja auch so schön wie wir. Wo liegen dann die Differenzen zu den anderen? Aber vielleicht wollte man sie in diesem Papier nicht suchen. Das könnte sein.

Ich möchte auf etwas aufmerksam machen: Der Herr Vorsitzende meinte vorher, daß ein Landwirt gesprochen hat. Hier spricht ein Wissenschaftler, dazu bekenne ich mich und möchte etwas dazu sagen. Wenn in diesem Papier von Umweltschutz die Rede ist und dem Verursacherprinzip das Wort geredet wird, so muß man wissen, daß das haargenau die sozialistische These vor zehn Jahren gewesen ist. Wenn man von der "neuen Freiheit" redet, dann muß man wissen, daß das die Worte des Liberalen Dahrendorf gewesen sind, die sich gegen die Interessenvertretungen und die Demokratie in den Interessenvertretungen gerichtet haben.

Wenn man in dieser trockenen und, ich möchte sagen, juristischen Art von "Dezentralisation" spricht, dann muß ich fragen: Wer ist mit dem Wort "Dezentralisation" hinter dem Ofen hervorzulocken? - Kein Mensch!

Sprechen wir doch von unserem Föderalismus und von unseren Heimatländern, die gestärkt werden müssen in Österreich. Das

scheint mir volksnäher zu sein als der Dezentralismus. (Beifall.)

Dann wird davon gesprochen, daß wir Österreich in uns tragen sollen, vielleicht im Verborgenen. Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Nein, ich bin fest davon überzeugt – und hier schließe ich mich Tončić an –, daß Österreich für uns ein Vaterland nach außen zu sein hat. Warum wird das in den Papieren nicht gesagt: Das Gefühl für das Vaterland wieder zu wecken?

Meine Damen und Herren! Das ist in zehn Jahren nicht passé und in 20 Jahren auch nicht passé. Aber von diesem Gefühl lese ich nichts in diesen Papieren.

Eine letzte Bemerkung. Der Herr Vorsitzende hat heute bei der Einführung von dem Korsett gesprochen, das wir durchdringen und von dem wir uns freimachen sollten. Ich möchte aber zwei Korsettstangen anmelden, zu denen ich stehe. Das ganze Gefühl für die Fragen, die in dem Papier genannt sind, kann sich ja nur verwirklichen in einer Gemeinschaft, die wie die unsere in Frieden, Freiheit, Unabhängigkeit lebt und kann sich nur verwirklichen, wenn dieser Staat ein Rechtsstaat ist und dieser kein leeres Schlagwort bleibt, und wenn wir wissen, daß dieser Staat unabhängig sein muß.

Aber dazu kommt noch ein Problem - Freund Tončić hat es nicht genannt, in dem Papier findet man das überhaupt nicht -:

Ja gibt es für uns gar keine Europahoffnungen mehr, gibt es überhaupt keine Europahoffnungen mehr? Die Jugend der Welt ist im Jahr 1945 aufgetreten und aufgerufen worden. Hat man das so vergessen? Ist das so uninteressant? Ich glaube, das

Papier bedarf einer grundlegenden Überarbeitung. (Beifall.)

<u>Diskussionsleiter Univ.-Prof. Schilcher:</u> Ich danke dir für die sehr wertvollen Ergänzungen und Erweiterungen des Papiers.

Nun darf ich Herrn Dr. Farnleitner bitten.

Dr. Johann Farnleitner (ÖWB): Ich möchte zunächst mit einer allgemeinen Bemerkung beginnen. An unserem
Tisch sitzen lauter Menschen, Frauen und Männer, die das Papier
bereits gelesen haben, sich daher vom gekonnt gemachten Fragebogen nicht ablenken ließen und in dieses Papier hineingeschaut
haben.

Dazu eine zweite Vorbemerkung. Ich bin sehr froh, neben Jus auch Ökonomie und Soziologie studiert zu haben, sonst hätte ich persönlich es sowieso nicht verstanden.

Ein Punkt noch. Ich glaube, daß es ganz wichtig ist, einfa zu sehen: Wenn auf Seite 38 gesagt wird, man möge ideologische Sprachbreie vermeiden, dann mögen, bitte, die Autoren nochmals durchsehen und den Brei weglassen. Dann bleibt schon viel weniger Vernünftiges übrig.

Zum Inhalt. Es wird sehr viel davon geredet, daß sich beim Lebensgefühl der Politiker vom Staatsbürger entfernt hat. Dafür werden viele Ursachen angeführt. Eine fehlt mir. Es mögen die anwesenden Damen und Herren Politiker überprüfen, inwieweit nicht sie mit ihrer Pauschalargumentation schuld daran sind, daß sie dem Staatsbürger das Lebensgefühl vermiesen.

Denn wieviel an Erfolgserlebnis heute in der Politik vermasselt wird, ist auch klar.

Wenn man das Papier liest, bekommt man das Gefühl, daß wir in einer Partei sind, der in der Gegenwart nichts paßt und die sich die Zukunft gerne ersparen würde, weil sie so mies wird. Vielleicht sollte man das Papier unter dem Gesichtspunkt überarbeiten, daß Zukunft unter den gegebenen Prämissen eine Herausforderung ist, die des Elans aller bedürfte, um an die Lösung heranzugehen.

Ganz konkret dazu: Man findet in dem ganzen Papier kaum Hinweise, daß dies eine Partei ist, die sich im Salzburger Programm Grundsatz- und Wertvorstellungen gegeben hat, gar nicht davon zu reden, daß es sich um eine sogenannte christliche Partei handelt. (Beifall.)

Ein weiterer Punkt. Wenn man nämlich sieht, wie oft hier der Überdruß aus Überfluß angesprochen wird und dann jene von Ihnen, die mit der Basis Verbindungen haben, wissen, wie viele Österreicher noch lange mit der Hoffnung auf Überfluß leben müssen, damit sie an ihrem Überdruß partizipieren können, dann muß ich sagen, ist dieses Papier für mich schlicht und einfach zu elitär. (Beifall.)

Wenn man dieses Papier durchsieht, kommt man auch darauf, daß einige wichtige Bereiche der Zukunft nicht berührt werden, wahrscheinlich auf Grund des Tempos der Arbeit. Mir fehlt der Begriff der internationalen Solidarität. Es reicht, zu sagen: Es fehlt Europa.

Aber was ist mit der Nord-Süd-Dimension, was ist mit der Dimension weltwirtschaftlicher Entwicklung von uns her zu denken?

Denken wir unter anderem auch daran, daß das gesamte weltwirtschaftliche Potential von den Skeptikern der Kapitel 3 und 4 wesentlich unterschätzt wird.

Mir fehlen auch wichtige Aussagen zur Medienlandschaft der Zukunft. Die einzige Erwähnung der Medien, die ich gefunden habe, ist der Hinweis auf den kalten Anschluß an die internationale Massenkommunikation. Das scheint mir sehr dürftig zu sein.

Genauso vermissen wir Hinweise auf die Bildungserfordernisse der Zukunft. Denn in der Grundlegung der menschlichen
Bildung liegt auch die Wurzel zur Bewältigung der Probleme,
sei es nun durch Eigenkreativität oder Manipulation des
Großen Bruders. Ich bin sehr dankbar, daß ich das so ausführlich
sagen durfte. (Beifall.)

<u>Diskussionsleiter Univ.-Prof. Schilcher:</u> Ich danke Ihnen für die sehr temperamentvoll vorgebrachten Ergänzungen, die wir uns wirklich überlegen müssen.

Als nächster Herr Dipl.-Ing. Wahl, Tisch 66.

<u>Dipl.-Ing. Alfred W a h l</u> (ÖAAB): Werte Damen und Herren! Eigentlich ist es der Titel, der uns veranlaßt hat, dazu Stellung zu beziehen. Der Begriff "Zukunftsmanifest" hat uns als begeisterte Volksparteiler gestört, zumal er ja aus der marxistischen Literatur kommt, wir alle zusammen unter den sozialisti-

schen Strukturen bereits leiden und deutlich vor uns haben, daß unter diesen sozialistischen Strukturen Staatsbetriebe Zug um Zug zugrunde gehen.

Es verbleiben mir noch einige Bemerkungen zu den aufgeworfenen Fragen, die meisten sind schon beantwortet.

Zum Punkt 2: Ich bin überzeugt davon, daß es die Parteibuchwirtschaft ist, welche alle unsere Lebensbereiche durchdrungen
hat und vor der wir vielfach eben resignieren, die zu dem
Vertrauensschwund und zu dem Abrücken von den politischen Parteien führt.

Zum Geschäft mit der Gesundheit ist mittlerweile auch das Geschäft mit der Angst um die Arbeit gekommen. Auch hier mengen sich die Parteien viel zu sehr ein, und für die jungen Menschen sind wenig kalkulierbare Größen vorgegeben.

Zum Thema Umweltschutz glaube ich persönlich, daß man bei der Produktion ansetzen muß.

Zum Punkt 5 ist unserem Tisch eingefallen, daß man es im Bereich der Wirtschaft keinesfalls so machen kann, einen gesunden Bereich mit einem anderen stagnierenden zu ruinieren, so wie das mit der Forstwirtschaft in jüngster Zeit durch Bundesminister Haiden geschehen ist. Sie wissen alle: Gesunde Forstbetriebe sind durch die Kompensationsgeschäfte an den Rand ihrer Existenz geraten. Das ist ein Bereich, wo es genug Arbeit gibt, aber nach und nach Arbeitsplätze verlorengehen, weil das Geld hiefür nicht vorhanden ist. Gerade in diesem Produktionszweig ist es notwendig, für Generationen zu denken

und auch für Generationen zu handeln. Die geschilderte Vorgangsweise läßt dies nicht zu.

Anderseits haben wir auch festgestellt, daß man in unserem Gemeinwesen geneigt ist, alles zu regeln und zu reglementieren, und daß man dadurch erst recht wieder neue Abhängigkeiten schafft. Es gibt kaum einen Menschen, der ohne Juristen z.B. in seinem Leben auskommt. Auch schon eine Abhängigkeit!

Zu Punkt 6 getraue ich mir durchaus zu sagen, daß es erforderlich ist, den Menschen mehr zu fordern, und nicht, wieder Kontrolle über Kontrolle zu setzen. Durchaus den Menschen fordern!

Abschließend möchte ich noch bemerken, daß es sehr schwer ist, gegen die Abgestumpftheit anzutreten. Man merkt es auch als Redner, daß es unmöglich ist, die Menschen hier zum Zuhören zu bringen. An sich hätte ich mir das auf einem so Hohen Parteitag schon erwartet! (Beifall.)

Diskussionsleiter Univ.-Prof. Schilcher: Danke sehr, lieber Freund aus der Steiermark. Das wird noch ein Lern-prozeß für dich werden.

Zu Wort gemeldet hat sich Julian Eiter, Delegierter aus Wenns in Tirol.

Julian Eiter: Sehr verehrte Damen! Sehr geehrte Herren! Als jahrzehntelanger Mitarbeiter der Österreichischen Volkspartei erlaube ich mir, Ihnen einen Weg aufzuzeigen: die Volkspartei in Opposition und die Zukunft Österreichs.

Erstens ist es wichtig, daß eine Partei moralisch gut geführt wird. Zweitens: Die Zusammenarbeit mit den anderen Parteien muß unter allen Umständen versucht werden, denn die Bevölkerung will, daß die Gesetze von der ÖVP sorgfältig geprüft werden und ein Dafür oder ein Dagegen mit Verbesserungen ergänzt wird.

Ich habe im Jahre 1980 dem Bundespräsidenten einen Brief geschrieben, mit dem Inhalt, daß eine Weltwirtschaftskrise im Anrollen sei und er alles unternehmen solle, damit dieses Unheil von Österreich abgewendet werde. Die beste Lösung wäre eine All-Parteien-Regierung, denn nur so könne Österreich gut überleben. Seine Antwort war, er sehe keine Gefahr, Österreich werde gut regiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was ist passiert? Sie alle wissen, wie viele Tausende Arbeitsplätze bis jetzt
verlorengegangen sind. Ich sage Ihnen: In Österreich gibt es
Arbeit und Geld genug, wenn das Land richtig verwaltet wird.

Das ist jedoch nur möglich, wenn die Politiker das Naturgesetz
Gottes lesen können und nach ihm regieren. Wenn Sie die
Programme der Parteien in Österreich anschauen, so ist ausschließlich die Volkspartei mit ihrem Programm dem am nächsten.

Ich bin ein einfacher, weitgereister Mensch, aber aus dem Naturgesetz lesen kann ich.

Wenn die Sozialistische Partei und die Freiheitliche Partei die Volkspartei in die Opposition drängen mit dem Vorwand, Österreich werde so besser regiert, dann ist das falsch. Es geht nur mit einer All-Parteien-Regierung.

Noch viele Tausende Arbeitsplätze werden in nächster Zeit verlorengehen und eine große Arbeitslosigkeit wird es geben. Das Gespenst, wie können wir Arbeit schaffen, bringen wir nicht mehr los. Die Verantwortung dafür tragen der Bundeskanzler, der Vizekanzler sowie der Gewerkschaftsbundpräsident. Es sind in Österreich von der sozialistischen Regierung seit 1970 große Fehler begangen worden. Daß die Weltwirtschaft vor der dritten Industrialisierungswelle steht und neue Arbeitsgebiete gefunden werden müssen, ist auch von der Gewerkschaft verschlafen worden. Ihre Aufgabe ist es, den Arbeitern soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten. Alles andere ist die Aufgabe der Politiker.

Die Menschheit steht am Scheidewege: Wenn sie den Weg ohne Gott geht, wird es einen fürchterlichen Vernichtungskrieg geben. Österreich kann einen guten Platz in der Völkergemeinschaft einnehmen, wenn es richtig verwaltet wird. Und das geht nur dann, wenn die Volkspartei auch in der Regierung an der Spitze ist. (Beifall.)

<u>Diskussionsleiter Univ.-Prof. Schilcher:</u> Ich danke dem Herrn Eiter aus Wenns in Tirol.

Ich bitte Herrn Gottfried Zach.

Gottfried Zach (ÖSB): Meine lieben Parteifreunde!
Wir sprechen heute über das "Zukunftsmanifest" unserer Partei.
So ein Gespräch hat nur dann einen Sinn, wenn wir überhaupt
Zukunft haben, wenn unsere Partei Zukunft hat. Und Zukunft
wird unsere Partei nur dann haben, wenn wir auch das nötige
Vertrauen in der Bevölkerung bekommen.

Das Vertrauen in Parteien, Politiker und Institutionen ist aber weitgehend geschwunden. Wir alle, die wir hier zusammensitzen, sind Politiker. Wir müssen uns klar darüber sein, daß das Vertrauen, welches wir genießen, fast am Null-Punkt angelangt ist. Die Bevölkerung fragt sich immer mehr: Wem können wir noch vertrauen; wo können wir noch Vertrauen hinwenden? - Es ist doch so, daß viele von uns in Versammlungen, in Konferenzen gehen und nicht mehr die Leute fragen, wo ihre Wünsche, ihre Ängste und ihre Bedürfnisse liegen, sondern nur die Standpunkte ihrer Institution oder ihrer Partei vertreten.

Das muß sich in Zukunft gewaltig ändern, wenn wir Vertrauen gewinnen wollen. Die Bevölkerung sieht heute in den Mandataren in den öffentlichen Gremien nur mehr Interessenvertreter und nicht mehr Volksvertreter. Wir müssen für die Zukunft mit allen Mitteln danach trachten, daß wieder Volksvertreter in diesen Institutionen sitzen oder daß diese Interessenvertreter echte Volksvertreter werden.

Noch eines, glaube ich, müssen wir für die Zukunft viel stärker forcieren. Viele der Leute, die uns heute noch wählen, oder die, von denen wir uns wünschen, daß sie uns wählen, wissen eigentlich gar nicht, wohin wir sie führen wollen. Wir haben eine Fülle von Programmen; wir haben eine Fülle von Papier.

Aber wir haben den Leuten nicht klar genug das Bild des Staates, das Bild der menschlichen Gemeinschaft in Österreich gezeigt, wie es eigentlich werden soll. Ich glaube, wir müssen uns alle bemühen, ein echtes Bild, ein einfaches Bild, das die Bevölkerung versteht, für die Zukunft zu zeichnen. Das einmal zum Grundsätzlichen.

Ich glaube, noch einige Punkte erwähnen zu müssen. Es muß immer mehr Eigen- und Mitverantwortung für die Umwelt durch Aufklärung, Motivation breiter Volksschichten geweckt werden. Nur wenn die Leute an der Gestaltung der Umwelt echt mitarbeiten, wird es bei uns besser werden. Eine breite Mitbestimmung in Form von Urabstimmungen und damit eine Dezentralisierung politischer Entscheidungen ist absolut notwendig. Auch unsere Parteifunktionäre und viele Mitglieder haben nicht mehr das Gefühl, daß sie politische Entscheidungen – sei es vor Wahlen oder vor anderen wichtigen Ereignissen – mittragen können.

Noch etwas zu den Bürgerinitiativen. Hier wird große
Vorsicht geboten sein. Ich glaube, sinnvolle, mit dem Parteiprogramm und mit den Parteizielen der ÖVP übereinstimmende Begehren oder Bürgerinitiativen sind von der Partei voll mitzutragen. Wir müssen aber auch darauf achten, daß solche Bürgerinitiativen nicht zu anderen Zwecken mißbraucht werden. Denn
die Anzeichen mehren sich, daß hier ferngelenkte Bürgerinitiativen immer größeren Schaden anrichten könnten.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, unsere Partei wird Zukunft haben, wenn wir mit allen Mitteln danach trachten, daß wir Vertrauen gewinnen. Vertrauen werden wir aber nur dann gewinnen, wenn wir uns der Bevölkerung als saubere Partei und als saubere Funktionäre darstellen. (Beifall.)

<u>Diskussionsleiter Univ.-Prof. Schilcher:</u> Danke sehr für diese Wortmeldung.

Last not least: Herr Abgeordneter zum Nationalrat Dipl.-Ing. Hans Georg Fuchs.

Abgeordneter zum Nationalrat Dipl-Ing. Hans Georg

Fuchs (BPL): Hoher Bundesparteitag! Meine sehr geehrten

Damen und Herren! Wir haben uns an unserem Tisch sehr eingehend mit dem "Zukunftsmanifest" und den Fragen des Lebensgefühls befaßt und wir haben auch die Fragestellungen durchgearbeitet.

Die erste Frage lautet: Was hat sich in den letzten Jahren im Lebensgefühl der Menschen geändert? - Wir sind zur Erkenntnis gekommen, daß es eine Lebensangst, eine Zukunftsangst ist, die sich der Menschen in zunehmendem Maße bemächtigt.

Aber gerade dieser Teil des Lebensgefühls, nämlich die Angst vor der Zukunft, die Umwelt, den Frieden und alle anderen Bereiche des Lebens betreffend, ist es, der uns in diesem Manifest zu wenig behandelt vorkommt. Man kann nicht in einer Zeit, in der - wie Landeshauptmann-Stellvertreter Wegart in einem anderen Kreise vor wenigen Tagen gesagt hat - die Arbeitslosigkeit bei der Oberlichte hereinschaut, in einer Zeit des zunehmenden Budgetdefizits, in einer Zeit, von der wir wissen, daß im Jahre 2000 auf jeden aktiven Beschäftigten ein Pensionist kommen wird, die Frage des Wachstums der Wirtschaft nur so beantworten, daß man erklärt: Wir wollen ein qualitatives Wachstum. Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, es muß ausgesprochen werden: Natürlich brauchen wir auch ein quantitatives Wachstum. Ansonst werden wir die Aufgaben, die wor uns liegen, und die Belastungen, die wir aus der Vergangenheit übernommen haben, einfach nicht bewältigen können. (Zustimmung.)

Insofern erscheint es mir, daß der Ausdruck "Manifest" für dieses wirklich interessante Papier und für die darin behandelten Themenstellungen zu anspruchsvoll ist. Es wurde nur ein Teil des Lebensgefühls behandelt, aber nicht das ganze. Schuld daran sind wahrscheinlich der zeitliche Ablauf und vielleicht auch die Zusammensetzung derer, die daran gearbeitet haben und die nicht alle Bereiche des Lebens, sondern nur einen ganz bestimmten Sektor repräsentiert haben.

So gesehen ist es ein guter und ein richtiger Beginn, sich mit den Fragen auseinanderzusetzen. Es muß jedoch eine Ausdehnung in die Breite und eine Diskussion folgen, die alle Bereiche des Lebens umfaßt, wenn wir wirklich von einem "Zukunftsmanifest" und nicht nur von Gedanken für die Zukunft sprechen wollen. - Danke sehr. (Beifall.)

<u>Diskussionsleiter Univ.-Prof. Schilcher:</u> Ich danke dir, Hans Georg Fuchs.

Das war die 22. Wortmeldung, eine ausgesprochen lebhafte
Diskussion. Ich glaube, die Partei hat gezeigt, daß sie reden
kann. Beim demütigen Zuhören, das der Herr Bürgermeister
Guggenberger erwähnt hat, hapert's noch ein bissel, habe ich
den Eindruck. Die Diskussion war jedoch sehr gut. - Danke sehr.

Ich darf nun zum Abschluß Herrn Vizebürgermeister Dr. Erhard Busek bitten, zusammenfassende Worte zu Ihnen zu sprechen.

VBgm. Dr. Erhard Busek: Hoher Bundesparteitag! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freunde! Bernd Schilcher hat
meinen Beitrag am Schluß dieses Tagesordnungspunktes unseres
Bundesparteitages als eine Zusammenfassung angekündigt. Ich
glaube, da ist die Regie mit dem, was möglich ist, einfach
durchgegangen. Man kann kaum ein Zukunftsmanifest, von dem
wir wissen, daß es bestenfalls der Beginn einer Diskussion sein
kann, im Verhältnis zu den vielen Beiträgen der Redner hier
und jener, die uns schriftlich angekündigt worden sind, zusammenfassen. Man kann vielmehr versuchen, eine Reihe von Punkten heraus
zunehmen, Begründungen zu geben und zu überlegen, mit welcher
Haltung wir als Volkspartei an diese Arbeit herangehen sollen.

Ich darf Ihnen gestehen: Eine Reihe von Mitgliedern dieses Parteitages, die einen vorher und auch während des Geschehens angesprochen haben, sind eigentlich ratlos vor diesem Problem gestanden. Es ist gefragt worden: Was soll das Ganze? Ist das eine Beschäftigungstherapie für den Parteitag oder ist das eine Verlegenheit und weiß man nicht, was man sagen soll? Ist das einfach nicht ein bißchen zu viel Luft und zu wenig Konkretes angesichts bestehender Probleme?

Ich gestehe Ihnen, daß ich und einige andere im Präsidium zeitweise mit Sorge in den Saal geblickt haben und gemeint haben: Wird verstanden, was eigentlich damit gemeint ist, daß wir uns provoziert, herausgerufen fühlen sollen, um eben diese Zukunft mit dem Ausgang unserer gegenwärtigen Probleme zu bewältigen, den Menschen nicht Traurigkeit zu geben, sondern die Hoffnung für diese Zukunft zu vermitteln?

Ich glaube, daß die Berichte, daß die Wortmeldungen und daß das Interesse der Mehrheit der Delegierten dieses Parteitages gezeigt haben, daß bei aller Schwierigkeit, so etwas in einem solchen Gremium zu tun, es doch möglich ist. Dafür möchte ich nicht nur jenen, die sich als Autoren zur Verfügung gestellt haben, sondern auch jenen, die bereit waren, diese Arbeit an der Zukunft mitzutragen, sehr, sehr herzlich danken. (Beifall.)

Ich möchte aber auch ein Wort an jene richten, die vielleicht ein bißchen im Korsett von Parteitagen und Parteitagsgewohnheiten hängengeblieben sind. Wir tun uns alle ein bißchen schwer mit dem, was ein Parteitag ist. Ein Statut, eine Geschäftsordnung gibt es genau vor, was hier getan werden soll. Wir haben übungen, wie wir uns dabei verhalten. Wir denken eigentlich nicht so sehr daran, daß wir hier nicht nur optisch zeigen sollen, daß wir geschlossen sind, sondern auch innerlich zeigen sollen, daß wir um die uns anvertraute Zukunft ringen.

Liebe Freunde! Es genügt nicht, einen Bundesparteiobmann wie unseren Alois Mock mit einem fast hundertprozentigen

Vertrauen auszustatten und sich dann zu denken: Werden wir es uns anschauen, wie er es schafft, daß wir gestaltende Kraft dieses Landes werden. Nein, wir müssen mit ihm gemeinsam darum ringen, wie wir diese Gestaltung vornehmen, nach welchen Werten, nach welchen Orientierungen wir vorgehen und wie wir uns diese Zukunft vorstellen, für die wir Verantwortung übernehmen wollen. (Beifall.)

Und das sei auch jenen gesagt, die nicht unbedingt das Gefühl haben, zunächst einmal mitzutun, daß wir uns nicht unbedingt sicher sein können, daß wir auf all das, was an Fragen vor uns liegt, heute schon ganz selbstverständlich die richtigen, passenden und funktionierenden Antworten haben. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht. Aber wenn Sie das aktuelle Politikgeplänkel, das in Österreich in den letzten Monaten üblich gewesen ist, verfolgen, so müssen wir eigentlich sehr ehrlich feststellen - und da haben wir auch Mitverantwortung dafür -, daß es mit den Problemen der Menschen in unserem Land wirklich nichts zu tun hat, wie etwa die Auseinandersetzungen zwischen einem sehr blad ehemaligen Parteivorsitzenden und einem schon ehemaligen Finanzminister. Das ist so eine Art Ödipustragödie unter verkehrten Vorzeichen auf Hausmeisterniveau, die da gespielt wurde, die aber zur Zukunft dieses Landes sicher nichts beiträgt.

Es trägt zur Zukunft dieses Landes nichts bei, wenn sich die Parteien einer Nabelbeschau hingeben. Denn auf dem Nabel dieser Parteien wird die Zukunft nicht befestigt sein. Wir geben uns Scheinkonflikten hin, wie es in vielen Dimensionen der so hochgespielte Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie darstellt. Es ist auch nicht das Wichtigste in der Kulturpolitik, wer nun berechtigt ist, den Vertrag des Operndirektors zu unterzeichnen, und mit der Veröffentlichung von Unterrichtsministern in Badehosen ist zur Kultur dieses Landes wahrlich kein aktiver Beitrag geleistet. (Beifall.)

Ich glaube, was wir aus diesem Gefühl heraus, daß hier am Bedarf vorbeiproduziert wird, mitnehmen sollten, ist, daß wir in unserem Land ein Zurück zur Politik brauchen, ein Zurück zum Versuch, neue Probleme zu erkennen und zu lösen. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, so vorzugehen wie die sozialistische Koalitionsregierung, die gegenwärtig eigentlich gar nichts anderes macht, als die Krise zu verwalten, und das herzlich schlecht. Und wenn sie auf die Krise angesprochen wird, dann geht der künftige Parteivorsitzende der Sozialistischen Partei und gegenwärtige Bundeskanzler dieser Koalititionsregierung her und sagt: Es gibt gar keine Krise, die haben die Journalisten erfunden, die schreiben immer so schlecht, die jammern alles krank. Also mit dem Trost, daß die Journalisten verantwortlich sind, daß es eine steigende Arbeitslosigkeit, daß es eine Wirtschaftskrise, daß es ungenügende Staatsfunktionen, daß es eine Orientierungslosigkeit im Bereich der Jugend gibt, mit der Antwort werden sich die betroffenen Gruppen nicht zufriedengeben! (Beifall.) Damit kann man vielleicht Zustimmung bei einem Parteivolk erzielen, das es eigentlich müde ist, kritisiert zu werden. Damit kann man vielleicht intern die Auseinandersetzung abschaffen, was ja letztlich auch nicht gelungen ist. Aber Verantwortung haben, Probleme lösen - das wird man keineswegs damit tun können.

Ich glaube, wir haben die Aufgabe, die realen Wirklichkeiten unseres Landes zu erkennen, zu versuchen und einzuladen,
mit uns, mit der Volkspartei diesen Weg zu beschreiten, als
Volkspartei Volkspolitik zu machen, wie es uns eigentlich unser
Name aufträgt.

Dieses Zukunftsmanifest - und das ist von Bernd Schilcher gesagt worden - ist eigentlich mehr eine Diagnose der anstehenden Probleme, ist ein Hinweis und eine Aufforderung, sich damit auseinanderzusetzen. Wir werden es in Zukunft, und zwar in naher Zukunft, zu leisten haben.

Es verlangt aber auch von uns einige Haltungen, Haltungen, die die Voraussetzung zur Bewältigung dieser Zukunft sind.

Es ist oft die Rede davon, daß wir eine offene Partei sein sollen. Nicht offen in dem Sinn, daß man sagt, es zieht hier einfach durch, weil niemand die Türen schließt, oder man kann quer durch oder wo man immer hin will marschieren, sondern eine offene Partei gegenüber neuen Problemen. Eine offene Partei nicht in dem Sinn, daß wir uns in Formfragen erschöpfen, eine offene Partei nicht in dem Sinn, daß wir das Nachdenken den G'scheiterln überlassen oder daß es irgendwo am Parteitag auch so eine Art Normreferat braucht, sondern eine offene Partei in dem Sinn, daß wir versuchen, alle Menschen hereinzuholen, die diese Betroffenheit mit den Problemen unserer Zeit, mit den Problemen der Gegenwart und ihrer Bedeutung für die Zukunft fühlen. Eine offene Partei, die erkennt, daß wir in der Krise leben.

Lassen Sie mich uns einmal die Angst vor dem Wort Krise nehmen. Im alten griechischen Wortsinn heißt Krise nichts anderes als unterscheiden und entscheiden, an einer Wegkreuzung stehen, sich fragen, welchen Weg man gehen soll, und dann eine Entscheidung treffen und sie konsequent verfolgen. Die Krise ist jener Punkt, wo wir auf dem Weg zur Gesundung sind. Und wir brauchen die Gesundung für eine Reihe von Bereichen. Wir wissen, daß wir

nicht vor so kleinen Problemchen stehen, daß die Wirtschaftsmaschine nur sozusagen irgendwo geölt werden muß, ein Zusatzapparatl gekauft werden muß und dann funktioniert es schon. Wir wissen, daß wir mit der neuen sozialen Frage nicht nur da und dort ein Beihilfchen brauchen oder vielleicht eine Rente neu erfinden müssen. Wir wissen, daß wir mit den Problemen der Generationen untereinander, mit der Belastung der Zukunft für die herankommende Generation, mit all diesen Problemen Grundfragen unseres Zusammenlebens berührt haben und hier eigentlich in eine neue Qualität eintreten müssen, in eine neue Fragestellung hinein, die auch diese anderen Haltungen, von denen ich reden möchte, verlangt.

Was ist die nächste Haltung, die wir dazu brauchen? - Die Bereitschaft, Änderungen vorzunehmen. Allzu schnell halten wir die bestehenden Gewohnheiten, Gesetze und auch die bestehenden Strukturen für vernünftig und gut. Schon deshalb, weil es mühsam ist, sie zu verändern. Wir geben zwar zu, daß wir nicht in der besten aller möglichen Welten leben, aber wir haben sofort mehrere Aber parat. Was sind diese Aber? Wir hören sie doch alle als Argumentation dieser Regierung: Aber es ist uns noch nie so gut gegangen. Aber in anderen Ländern geht es noch schlechter. Aber der Wissenschaft werden schon rechtzeitig Problemlösungen einfallen. Aber Patentlösungen gibt es nicht. Es ist alles so komplex, das ist wohl eine der schönsten Ausreden, die es gibt. Und mit diesen Aber geben wir uns dann oft schnell zufrieden. Wir behalten zwar unser besorgtes Gesicht, aber verzichten darauf, uns auf die Probleme unserer Zeit voll einzustellen. Bestenfalls mimen wir die Bereitschaft zu handeln.

Denken Sie nur an unseren gegenwärtigen Bundeskanzler. Er macht für mich den Eindruck, daß er immer fest entschlossen ist, aber nicht genau weiß, wozu. (Beifall.)

Liebe Freunde! Es gibt verschiedene Wege, sich sensibel zu machen, ein Gefühl dafür zu entwickeln, sensibel zu bleiben für die Zeichen der Zeit, um ein Zeitgenosse zu sein, dem das Lebensgefühl der Epoche zum Stachel wird. Man versuche, bevor man an große Pläne für große Projekte geht, Schulen, Krankenhäuser, Wohnbezirke, Staudämme, Straßen oder Flugschneisen, sich in das Leben jener hineinzudenken, die von diesen Stein gewordenen Plänen betroffen sein werden. Man versuche, mit ihren Augen und aus ihrer Perspektive zu sehen, man versuche, sie zu hören, um sie besser zu verstehen.

Ich glaube oft bemerkt zu haben, daß viele Menschen, die immer das große Wort führen, aus dem andere klug werden sollen, welche ihretwegen nie zu Wort kommen, dann erstaunt und empört sind über den späten ohnmächtigen Protest.

Es gibt den Weg, sensibel zu werden, indem man die Fehler der Vergangenheit auch die eigenen Fehler nennt. Allzu häufig verwechseln wir das sture Festhalten an den eigenen Fehlern mit der Treue zu uns selber. Wir panzern uns gewissermaßen gegen die Möglichkeit, aus unseren Irrtümern zu lernen, indem wir diese nicht zur Kenntnis nehmen.

Liebe Freunde! Um sensibel zu werden, muß man drohende Gefahren, wie sie uns von Wissenschaftern aufgezeigt werden, zur Kenntnis nehmen und im Bewußtsein behalten, selbst wenn es unangenehm ist. Und man muß, um diese Krise zu überwinden, sich mit den Fragen der Werte beschäftigen, die uns bei der Lösung begleiten sollen. Ich glaube, daß sehr viel gutes Gehirnschmalz, sehr viel geistige Kraft, sehr viel intellektuelle Tätigkeit heute in die falsche Richtung investiert werden. Die intellektuelle Szene in österreich ebenso wie in allen anderen Ländern der westlichen Welt macht in Kulturpessimismus und wird oft ganz gut dafür bezahlt. Noch nie wurde Wissenschaftskritik so laut und scharf formuliert wie in unseren Tagen. Selten noch wurden Weltuntergänge, mathematisch fundiert, prophezeit, wie wir das seit dem Club of Rome kennen.

Es kann aber nicht der Sinn der menschlichen Existenz sein, mit der Krise und dem Pessimismus leben zu lernen. Der Sinn des Lebens besteht im Überwinden der Krisen und im Suchen neuer Möglichkeiten, die den neuen Entwicklungen Rechnung tragen. Alexander Mitscherlich hat unsere Umwelt als dritte Haut des Menschen bezeichnet. Nach der ersten, die uns die Natur, die uns Gott gegeben hat, nach der zweiten, die wir uns irgendwo kaufen, ist es jene, die uns umgibt und die uns darauf aufmerksam macht, wie es eigentlich um uns selber steht. Sie wird uns immer stärker bewußt.

Er war es auch, der die Umwelt als Stätte der Seele bezeichnet hat. Und bei dieser Definition sollten wir ansetzen. Wenn wir die Natur wieder als Schöpfung oder - wie es in der Bibel heißt - als Kosmos, als Schmuck begreifen und die Menschen als ihre Krönung, untrennbar mit ihr verbunden und nicht als etwas Losgelöstes, das die Natur beherrscht, dann ergibt sich aus dieser

Einsicht die ethische Verantwortung gegenüber der Natur und damit die kulturellen Bezüge und die Verantwortung für uns Menschen selber. Dann erkennen wir rasch, daß wir mit Umweltkosmetik und Oberflächengestaltung nichts erreichen werden.

Es stellt sich vielmehr die Frage nach den Grundbezügen des Menschen, nach der schöpferischen Leistung und den kreativen Fähigkeiten. Es stellt sich das Problem des Abwägens zwischen Tradition und Fortschritt, zwischen konservativen und progressiven Strukturen sowie Inhalten. Es stellt sich damit eine Diskussion der Werte, die nach Entscheidung drängt, wenn wir die Zukunft bewältigen wollen.

Zukunftsbewältigung heißt, liebe Freunde, das richtige Maß für den Menschen wieder zu finden, die Lebbarkeit und die Leitbarkeit unserer Welt durch und für diesen Homo sapiens sicherzustellen. Es geht nicht darum, die Grenzen des Menschen hinauszuschieben, die viel zitierten Wachstumsgrenzen noch ein letztes Mal durch eine neue Erfindung um ein paar Jahre nach oben zu korrigieren, sondern freiwillig auch Grenzen zu setzen. Menschliche Vernuftsbegabung sieht sich heute nicht nur dadurch verwirklicht, daß sie die Natur und wissenschaftlich objektivierte gesellschaftliche Prozesse beherrscht, sondern setzt sich dem auch entgegen. Vernunft entfaltet sich auch und vor allem als Selbstbeschränkung der Verfügungsmacht, als Selbstbeherrschung, als autonome Einschränkung der Bedürfnisbefriedigung, als Verzicht darauf, wirklich alle Möglichkeiten des Machens auszunützen, und zwar um der Verwirklichung bestimmter menschlicher Zwecke willen.

Tenbruck hat in einem Aufsatz den pointierten Satz formuliert: Nicht die Normen begründen ein Ethos, sondern ein Ethos die Normen. - Wir wissen aber um die Unzulänglichkeit eines Ethos ohne Normen. Denn jedes der beiden Elemente bleibt abstrakt, solange es für sich allein bleibt. Wichtig ist es, zu konkreten Schritten zu kommen, die die Verantwortlichkeit auch konkret einforderbar machen. Die Verantwortlichkeit der Politiker, die Verantwortlichkeit der Macher, die Verantwortlichkeit der Denker - obwohl das eine der unseligsten Trennungen, die es überhaupt gibt, darstellt. Wenn wir nämlich zwischen Machern und Denkern trennen, legt das den Verdacht nahe, daß die Macher nicht denken und die Denker nichts machen. Und damit werden wir keinesfalls die Zukunft gewinnen. (Beifall.)

So problematisch und ungenügend die Einzelschritte auch sein mögen, so notwendig brauchen wir die freiwillige Begrenzung auch in der Politik. Ja der Bürger muß sie sogar lautstark vom Politiker fordern. Woran scheitern wir denn gegenwärtig gerade? - Daß es eine Regierung 13 Jahre lang gegeben hat, die den Menschen versprach, sie sei in der Lage, ihnen dauerhaftes Glück zu bringen. Und das Problem, welches wir heute haben, ist, daß diese Regierung nicht einmal in der Lage ist, Unglück zu verhindern. Damit allein wäre schon etwas gedient, und selbst dazu stellt sie sich als unfähig heraus. (Zustimmung.)

Liebe Freunde! Politik, will sie zukunftsweisend sein, muß sich nach Werten orientieren. Sie schlägt sich aber auch mit überlieferten Strukturen herum, deren Auflösung allerorten mit der Aufgabe von Werten verwechselt wird. Die Politik wehrt

sich manchmal gegen das Umdenken, das schöpferische Kreativität verlangt. Umwelt- und Kultur-Bewußtsein wird vielfach noch mit Destruktion der kapitalistischen Konsumgesellschaft oder auch am sozialistisch planwirtschaftlichen System - je nachdem, wo man steht - verstanden. Diese Mißverständnisse gilt es, endlich zu beseitigen.

Maß zu halten, nach dem menschlichen Maß zu leben, ist ökonomisch klug, ist klug für die Natur, es schafft den Lebensraum für kulturelle Bezüge. Und wenn wir alternativ gleichsetzen mit anders leben, innovativ, erneuernd und verbunden sein mit dem Raum, in dem wir leben, dem Produkt, das wir herstellen, so kommen wir zu einer anderen Art von Politik. Wir kommen zu einer Politik, die neue Prioritäten setzt, die der kleinen überschaubaren Einheit den Vorrang gibt gegenüber dem Zentralismus, dem Einfachen gegenüber dem Komplizierten, dem Sanften gegenüber dem Gewaltsamen und auch dem Billigen gegenüber dem Teuren.

Wenn von Gewinn durch Verzicht die Rede ist, ist damit nicht gemeint, daß jenen, die nichts haben, noch etwas weggenommen wird, wie das vielfach in den Beschlüssen, die mit dem Belastungspaket der sozialistischen Koalitionsregierung verbunden sind, der Fall sein wird. Nein, es heißt, daß wir dort, wo wir ein Zuviel haben und wo wir verschwenden, mehr gewinnen können, wenn wir diese Verschwendung einstellen und unsere Mittel dort einsetzen, wo wir sie brauchen.

Im 1. Buch Moses - in der Genesis - wird dem Menschen der Auftrag gegeben, sich die Erde untertan zu machen, sie zu gestalten. Ganz sicher kann es nicht der Auftrag gewesen sein,

die uns anvertraute Erde zu zerstören. Kultur, etwas kultivieren, heißt, sich etwas dienstbar machen im menschlichen Sinn. Ein Verhältnis zu Natur und Kultur zu haben und es wiederherzustellen, das ist eigentlich ein Prozeß der Menschwerdung, in dem wir uns befinden. Der Zustand der Natur, die Umwelt als eine Stätte unsere Seele gibt darüber Auskunft, wieweit es uns täglich und überall gelingt, eigentlich Mensch zu sein.

Das, liebe Freunde, verlangt von uns ein neues Verhalten, verlangt von uns neue Denkansätze und neue Anstrengungen. Wir haben nicht das Problem, da und dort wirtschaftliche Schwierigkeiten zu haben, sondern - wie es Ralf Dahrendorf genannt hat - daß unserer Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht. Wir müssen Wege suchen, um jene Felder neu aufzuschließen, in denen arbeitsintensiv und sparend mit dem, was uns anvertraut ist, der wachsende Bedarf an umweltverträglichen gesunden Entwicklungen möglich wird. Wir brauchen größere Anstrengungen als bisher, um die industrielle Bewältigung der ökologiefrage zu schaffen. Das bisher praktizierte nachträgliche Sanieren umweltschädigender Verfahren wird kaum genügen. Wir werden uns überlegen müssen, wie wir mit den Problemen anders fertigwerden, mit einem anderen Denkansatz dort sparen können, wo wir Umwelt belasten und neue Entwicklungen haben, wo wir den Menschen mehr Dienste anbieten können.

Diese Frage hat auch eine soziale Dimension. Diese soziale Dimension in Verbindung mit dieser neuen sozialen Frage wird einer der bewegenden Problematiken sein, in die wir einzutreten haben. Wenn heute der eine oder der andere sagt: Bisher war die Volkspartei eine Wirtschaftspartei, jetzt entdeckt sie

plötzlich ihre soziale Ader!, so muß ich gestehen, daß ich solche Kommentare nicht begreife. Ich sehe keinen Widerspruch. Die beste Sozialpolitik wäre eine gute Wirtschaftspolitik und Arbeit für alle! (Beifall.)

Ich glaube, liebe Freunde, für die Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre, die das Pferd beim Schwanz aufgezäumt hat und um jeden Preis den Platz, nicht aber die Arbeit gesichert hat, für diese sozialistische Politik müssen wir heute bezahlen. Un-wirtschaftliche Unternehmen produzieren Produkte, die nicht abesetzbar sind zu Preisen aus dem Traumbüchl. Die Privatwirtschaft, vom Steuerdruck belastet und geschwächt, muß für die anderen mitverdienen und die Sozialpolitik leistet ein Opfer, dieser Wirtschaftsphilosophie Erste Hilfe, ohne daß die Ursachen der Krankheit behoben werden. Die Opfer dieser verfehlten Wirtschaftspolitik sind die Menschen, die ihre Arbeit verlieren, und die Jugendlichen, ohne Chance auf Beschäftigung. Mit ihnen sind wir solidarisch, nicht aus sozial-romantischen Überlegungen heraus, sondern aus der Verpflichtung gegenüber unseren Grundsätzen.

Papst Johannes Paul II. hat in seiner Rede am Platz Am Hof daran nachdrücklich erinnert mit den Worten - ich zitiere -:
Die christliche Soziallehre vertritt das Prinzip einer friedlichen, allen dienenden Solidarität. Der Papst hat uns auch einen Auftrag zur Bewältigung schwieriger werdender Zeiten gegeben. Es darf nicht dazu kommen - meint er -, daß derjenige, der seinen Arbeitsplatz verlieren sollte, auch seinen Standpunkt

in der Gesellschaft verliert, daß er isoliert und seines Selbstwertgefühls beraubt wird. Die Arbeit ist zwar für den Menschen von grundlegender Bedeutung; das Christentum selbst hat der Arbeit zu hohem Ansehen verholfen. Die christliche Botschaft zeigt aber auch, daß der Mensch nicht erst durch die Arbeit zum Menschen wird. Gerade in dieser Aufforderung des Papstes liegt eine hohe Aufgabe für uns.

Lassen Sie mir aber zu diesem neuen Verhältnis zur Natur, zu diesem neuen Verhältnis zu den Grundwerten, zu diesem neuen Verhältnis zur sozialen Herausforderung auch ein Wort sagen zu einem neuen Verhältnis der Menschen zueinander. Das, was dieses Verhältnis der Menschen zueinander ausmacht, ist vor allem und in erster Linie die Sprache, das sich miteinander Verständigen.

Ein amerikanischer Kommunikationswissenschaftler hat einmal den Satz gesagt: Es ist eigenartig, wenn Menschen stundenlang beredt über Kommunikationsmangel klagen können. - Und genau in dieser Situation befinden wir uns heute! Die Sprache ist nicht mehr zur Verständigung bestimmt. Ja es gibt ganze Sendungen im ORF, die sich nur damit auseinandersetzen, wo Menschen nur miteinander darüber reden, daß sie eigentlich nicht miteinander darüber reden können. Wenn Sie den "Club 2" verfolgen, haben Sie dort eine Gilde von Mundwerksburschen am Werk, die sehr munter von dem reden, daß sie nicht miteinander reden können. (Zustimmung.)

Es ist auch die Sprache der Politik, die den Zugang zu den Problemen und deren Ursachen verschließt. Mit voller Absicht!

Wir verdanken dem ehemaligen Finanzminister Androsch dieses herrliche Wort vom "Plus-Null-Wachstum". Ist doch etwas Positives: Wachstum - geht hinauf; plus - geht hinauf; na die Null vergißt man. Hätte etwa der Wirtschaftssprecher der Österreichischen Volkspartei, Robert Graf, erklärt: Wir haben in Österreich eine "Minus-Null-Schrumpfung"!, dann hätte man gesagt, er macht schon wieder die Wirtschaft schlecht. Aber "Plus-Null-Wachstum" - "Minus-Null-Schrumpfung", das ist eigentlich dasselbe: Null ist gleich null! Damit möchte ich nichts über den Erfinder dieses schrecklichen Worts gesagt haben.

Oder denken Sie daran, daß heute ganz eigentümlich gesagt wird: Ein Betrieb, ein Land wird umgeschuldet, statt daß man ehrlich feststellt: Es ist nicht mehr zahlungsfähig. Den Menschen, deren Betrieb geschlossen wird und die den Arbeitsplatz verlieren, wird in den Medien durch Politiker versichert, es mußten so und so viele Arbeitskräfte freigesetzt werden. Sie sollen doch dankbar sein, daß sie frei sind. In Wirklichkeit wird damit durch Sprache kaschiert, was das schreckliche Schicksal solcher Menschen ist.

Ich glaube, daß wir uns dieser Sprache der Verdeckung, dieser Sprache der Verschleierung entgegenstellen müssen, davon reden müssen, worum es geht, und gleichzeitig wieder eine Sprache finden müssen, die die politischen wie die gemeinsamen Probleme unseres Landes nicht nur zum Verstand, sondern auch zu den Herzen der Menschen trägt. Das ist nicht die Vorgangsweise der Verschleierung, sondern des Aussprechens, des Merkens, des gemein-

samen Versuchs, mit Sprache auch Verständigung herbeizuführen.

Lassen Sie mich zum Schluß noch eine Lanze für die Utopie brechen. Der Dichter Max Frisch sieht die Chancen der Utopie sehr pessimistisch. Er meint in einem Aufsatz: Der Grund, warum ich als Demokrat nicht euphorisch bin bei der Utopie ist dieser: die parlamentarisch-demokratische Apparatur, eingespielt auf Kompromiß in Permanenz erzieht nicht nur zur Toleranz, was ja eine humane Qualität wäre über den staatsbürgerlichen Bezirk hinaus, mehr noch erzieht sie zur Resignation, zur Preisgabe jeder Utopie. Unter Demokratiepraktikern ist Utopie das schlichte Synonym für Hirngespinst. Was eines Tages bleibt: eine Technokratie, als solche effizient; es schwindet die geistige Substanz der Politik. Es bleibt Politik als Fortsetzung des Geschäfts mit anderen Mitteln, ein gewisser Wohlstand für die meisten als Köder zum Verzicht auf Selbstbestimmung und die Verkümmerung unserer Qualität in Komforthörigkeit. Daß es gelungen ist, sogar die Jugend in die Resignation zu zwingen, ist kein Triumph der Demokratie.

Liebe Freunde! Verlieren wir nicht die Utopie, wenn wir sie als einen Traum verstehen. Christen wissen, daß sie angesichts der Unvollkommenheit unseres Lebens nicht nur zum Traum, zur Utopie neigen, sondern die konkrete Hoffnung auf Erlösung haben. Wie beeindruckend war es, wie in einfachen Worten der Papst der Jugend unseres Landes im Stadion erklärt hat – als eine Aufgabe, als eine Herausforderung: Sie sind jung, und das ist sehr schön. Wer erlebt hat, wie dies diese jungen Menschen

bewegt hat, auf die positive Seite ihrer Existenz als einen Traum und eine Wirklichkeit zugleich angesprochen zu werden, weiß, was ich damit meine.

Eine Politik der Hoffnung, liebe Freunde, erscheint uns manchmal als eine Hoffnung gegen die Hoffnung. Aber wie oft ist dieses Land, ist unser Österreich gegen alle Hoffnung in eine gute Zukunft gegangen! Wir wissen, daß wir zwar keine perfekte Gesellschaft erreichen werden. Wir wissen, daß es schon viel ist, wenn wir Unglück verhindern. Wir wissen aber auch, daß in diesem Ringen um die Zukunft, getragen von der Hoffnung, die eigentliche Humanität, die eigentliche Menschwerdung liegt, daß es schön ist, die Zukunft zu gewinnen, daß darin eine politische Aufgabe ruht.

Und wir wollen es mit den Menschen dieses Landes versuchen, mit den Menschen unserer Heimat, mit dem, was wir an Gedanken, was wir an Werken einbringen können, unsere Zukunft zu gewinnen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Ratzenböck: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zuerst einmal möchte ich danken, danken unserem Freund Bernd Schilcher, daß er uns in so hervorragender Weise den Arbeitsteil dieses Parteitages vorbereitet und die anschließende Diskussion geleitet hat.

Ich danke Erhard Busek für diese einmalige zusammenfassende Darstellung des Beratungsergebnisses. (Beifall.) Ich danke allen, die mitgearbeitet haben an den verschiedenen Tischen, und ich danke allen Diskussionsrednern für die farbige, lebhafte Darstellung ihrer, unserer Anliegen.

Bevor ich den Vorsitz weitergebe, habe ich noch eine Aufgabe, nämlich Ihnen das Ergebnis der Wahl der Mitglieder der Bundesparteileitung bekanntzugeben. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Damit die Spannung nicht zu groß ist, sage ich Ihnen gleich allgemein: Sämtliche Mitglieder wurden gewählt. (Beifall.) Allerdings sind die Stimmprozente ein bißchen verschieden. Ich bringe Sie ihnen jetzt zur Kenntnis.

Ich nenne nur die Namen der Gewählten, ich lasse alle Funktionstitel weg, denn diese haben Sie ja schon bei der öffentlichen Beichte dort am Rednerpult gehört. Ich sage auch nicht die Zehntel- und Hundertstelprozente, sondern nur die geraden Prozentzahlen.

Ernst Brandstätter:	95	Prozent,
Alois Derfler:	96	Prozent,
Marilies Flemming:	90	Prozent,
Johann Gassner:	86	Prozent,
Robert Graf:	94	Prozent,
Rudolf Grohotolsky:	87	Prozent,
Fritz Hahn:	91	Prozent,
Herta Haider:	92	Prozent,
Wilfried Haslauer:	97	Prozent,
Walter Heinzinger:	85	Prozent,
Josef Höchtl:	88	Prozent,
Othmar Karas:	77	Prozent.

Ja, meine Damen und Herren, mir scheint die Verlängerung des Parteitages hat sich bei ihm in der Verkürzung der Stimmenprozente niedergeschlagen. (Heiterkeit.) Aber, Othmar Karas,

unter Verzicht auf mein Recht, geheim zu wählen, sage ich dir: Ich habe dich gewählt und auch den Stiglitz. (Beifall.)

Hans Katschthaler:

98 Prozent (Beifall.) -

Das ist ein Wahlergebnis, das möglicherweise angefochten wird.

Otto Keimel:

97 Prozent,

Herbert Kessler:

98 Prozent (Beifall),

Stefan Knafl:

91 Prozent,

Herbert Kohlmaier:

90 Prozent,

Gertrude Kofler:

94 Prozent,

Fritz König:

92 Prozent,

Ingrid Korosec:

91 Prozent,

Josef Krainer:

96 Prozent (Beifall),

Helmut Kuckacka:

88 Prozent,

Hans Lehner:

95 Prozent,

Siegfried Ludwig:

96 Prozent (Beifall),

Wilhelm Mohaupt:

95 Prozent,

Gerhard Possart:

95 Prozent,

Fritz Prior:

98 Prozent,

Claus Raidl:

94 Prozent

Josef Riegler:

97 Prozent,

93 Prozent,

Ottilie Rochus:

94 Prozent,

Rudolf Sallinger:

93 Prozent,

Herbert Schambeck:

97 Prozent,

Hans Schumi:

95 Prozent,

Wolfgang Schüssel:

84 Prozent,

Franz Stiglitz:

ridna ocigiica:

Franz Stocker: 94 Prozent,

Rudolf Strasser: 96 Prozent,

Ingrid Tichy-Schreder: 93 Prozent,

Eduard Wallnöfer: 97 Prozent,

Hermann Withalm: 97 Prozent. (Beifall.)

Ich gratuliere allen Gewählten sehr herzlich zu dieser Wahl und wünsche ihnen viel Erfolg bei ihrer Arbeit für uns, für unsere Partei.

Nun übergebe ich den Vorsitz Herrn Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer.

Vorsitzender Dr. Haslauer: Ich bedanke mich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Damit ist der Tagesordnungspunkt 6 abgeschlossen.

7. Anträge

a) Bericht der Antragsprüfungskommission

b) Diskussion und Beschlußfassung

Vorsitzender Dr. Haslauer: Wir kommen nunmehr zum letzten Tagesordnungspunkt unseres ersten Beratungstages, zu Tagesordnungspunkt 7.

Berichterstatter der Antragsprüfungskommission ist der Herr Generalsekretär Dr. Michael Graff. Ich bitte ihn um seinen Bericht.

Berichterstatter Dr. Michael Graff: Liebe Freunde!

Dem Parteitagspräsidium ist ein Antrag des Delegierten

Dr. Alexander Demblin und anderer zugekommen, der hinreichend

unterstützt ist, nämlich von 74 anderen stimmberechtigten Partei-

tagsdelegierten. Es wurde aber die Antragsfrist nicht eingehalten, sodaß es der Zuerkennung der Dringlichkeit bedarf, wenn über diesen Antrag entschieden werden sollte mit Zweidrittelmehrheit.

Dr. Demblin ist Generalsekretär der DEMIG, das ist die Internationale Organisation der jungen Parteiorganisationen. Ich habe mich nun sehr bemüht, bei diesem Antrag ein Haar in der Suppe zu finden, um die Junge ÖVP nicht dadurch bloßzustellen, daß ich ihr vollinhaltlich zustimme. Ich habe das aber nicht zustande gebracht. Ich halte diesen Antrag für ausgezeichnet und bin daher auch der Meinung, daß wir ihm die Dringlichkeit zuerkennen sollten.

Er betrifft den Abschuß der koreanischen Verkehrsmaschine und lautet:

"Der Bundesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei bekräftigt die von Bundesparteiobmann Alois Mock und anderen
Spitzenpolitikern der ÖVP abgegebenen Stellungnahmen zum Abschuß der koreanischen Verkehrsmaschine am 1. September 1983
und hält fest:

1. Die ÖVP bedauert, daß die Bundesregierung nicht deutlichere Worte der Abscheu über den Abschuß der unbewaffneten Verkehrsmaschine und den Tod von 269 Menschen gefunden hat; sie stellt fest, daß die Vorgangsweise der sowjetischen Behörden in keiner Weise zu rechtfertigen ist und ist empört, daß die Regierung der Sowjetunion sich bis zum heutigen Tag geweigert hat, den Hinterbliebenen der Opfer Entschädigungen anzubieten und sich in aller Form zu entschuldigen;

- 2. die ÖVP bedauert, daß Österreich eines der ganz wenigen demokratischen Länder Europas geblieben ist, von dem aus der Luftverkehr mit der Sowjetunion ohne Einschränkungen so fortgesetzt worden ist, als ob nichts geschehen wäre;
- 3. die ÖVP bedauert, daß durch Äußerungen und Verhalten der Bundesregierung und des Bundeskanzlers ein Eindruck entstanden ist, der dem Ansehen Österreichs in der demokratischen Welt Schaden zugefügt hat."

Hohes Präsidium! Ich bitte, zunächst die Dringlichkeitsfrage zu stellen und dann allenfalls abzustimmen.

Vorsitzender Dr. Haslauer: Wir stimmen zunächst über die Zuerkennung der Dringlichkeit ab und erst dann über den Inhalt der Resolution.

Wer mit der Zuerkennung der Dringlichkeit einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Gegenprobe. - Ich stelle das statutengemäße Erfordernis der Zweidrittelgenehmi- gung fest.

Wir kommen nun zunächst zur Diskussion über die Resolution. Wünscht dazu jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall.

Wer mit dem Inhalt der Resolution einverstanden ist, den bitte ich wieder um ein Zeichen mit der Hand. - Danke. Gegenprobe. - Ich stelle die einstimmige Annahme fest. (Beifall.)

Ich bitte, Herr Generalsekretär.

Berichterstatter Dr. Graff: Hoher Bundesparteitag!

Der Parteitag ist im Rahmen einer Reihe von Vorveranstaltungen gestanden, die zu den Parteitagsthemen substantielle Beiträge

und Grundlagen schaffen und liefern sollten. So hat ein Familienkongreß stattgefunden, aus dem eine Resolution "Familie ist
Zukunft" hervorgegangen ist, die in Ihren Delegiertenmappen
aufliegt. Sie sollen nun - und das ist auch die Empfehlung der
Antragsprüfungskommission - zum Beschluß des Bundesparteitages werden. Die Antragsprüfungskommission empfiehlt die Annahme dieser Resolution.

Vorsitzender Dr. Haslauer: Ich danke für den Bericht. Wer wünscht zu dieser Resolution zu sprechen?

LAbg.Maria Hampel-Fuchs (BPL): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist wohl sehr richtig, daß ein Familienkongreß in Vorbereitung dieses Bundesparteitages sich auch mit dieser Resolution befaßt hat, es sind aber leider nicht alle Punkte, die dort sehr wesentlicher Diskussionsinhalt waren, in diese Resolution aufgenommen worden.

Ein Punkt, den ich gleich als ersten erwähnen möchte, ist die Frage - ich muß noch hinzufügen, ich weiß mich da im Einvernehmen mit der Familiensprecherin Marga Hubinek -: Die ÖVP orientiert sich am Idealbild der intakten, aktiven Familie. Es ist völlig ungeklärt, was das Wort "intakt" hier zu bedeuten hat. Ich frage mich: Ist eine Familie, die Sorgen hat, die Probleme hat, nicht intakt? Wie kann ich die intakte Familie heute umschreiben? Das Papier bleibt eine Antwort auf diese Frage völlig schuldig. Ich meine, daß wir es unseren Familien aber schuldig sind, eine Klärung herbeizuführen, um nicht möglicherweise Diskriminierungen herbeizuführen.

Auf Seite 3 steht der Satz: "Die Familie ist die humane Alternative zu den Versorgungsleistungen des Staates." Ich meine, daß dieser Satz falsch ist. Er könnte sozialistisch sein, weil dort natürlich die Versorgungsleistungen des Staates im Vordergrund stehen und die Familie irgendeine Alternative darstellt. Für uns ist das Leben umgekehrt: Die Familie steht im Vordergrund, und der Staat hat nur subsidiär einzugreifen dort, wo die Familie eben der Hilfe und Unterstützung bedarf.

Ich schlage deshalb vor, daß auf Seite 3, dritter Absatz, der erste Satz zu streichen ist.

Der zweite Satz: "Die Familie kann, besonders im mitmenschlichen Bereich, besser - und billiger - als der Staat ihre Aufgaben erfüllen. Der Staat darf nur subsidiär die Hilfe unterstützen."

Auf Seite 8 wird den Alleinerziehern, ob Männer oder Frauen, unterschwellig mitgeteilt, daß sie eben die armen Hascherln sind, die unbedingt einer Hilfe bedürfen. Dies ist anscheinend bei der sogenannten intakten Familie nicht notwendig. Zumindest geht es aus dem Papier so hervor.

Ich verwahre mich gegen diese Interpretation und wäre froh, wenn die Autoren dieses Papiers diese Interpretation widerlegen würden. Ich jedenfalls lese das so und meine, daß das geändert gehört.

Weiters gehört dieses Papier um einen Punkt ergänzt, nämlich um folgenden: Die ÖVP bekennt sich zur Hilfe für berufstätige Eltern. Alle möglichen Probleme scheinen in dieser Resolution auf.
Nur von der Tatsache, daß es viele Familien gibt, in denen Mutter
und Vater, in denen Frau und Mann berufstätig sind, davon nimmt
das Papier überhaupt keine Notiz.

Die Ergänzung sollte lauten: Berufstätige Eltern bedürfen zur Erfüllung ihrer Aufgaben familienergänzender Einrichtungen, wie Kindergärten, Tagesheimschulen, Halbinternate und so weiter.

In diesem Zusammenhang sei auch auf das Salzburger Programm verwiesen, in dem sich die ÖVP zur Wahlfreiheit bekennt, ob eine Frau berufstätig ist oder nicht.

Der Zwang zum Beruf wird auch von manchen unserer Initiativen erzeugt, nämlich dann, wenn wir zum Beispiel verlangen, Wohnungsdarlehen rascher und früher zurückzuzahlen. Eine raschere Rückzahlung solcher Darlehen bedeutet aber höhere Raten pro Monat. Wie sollen diese Monatsraten in Zeiten der Arbeitslosigkeit, des geminderten Einkommens, des Wegfalls von Überstunden, der Nichterhöhung von Familienbeihilfen durch die sozialistische Bundesregierung und des Belastungspaketes bezahlt werden? Wie sollen solche Maßnahmen ohne Berufstätigkeit des zweiten Ehepartners bewältigt werden?

Dazu kommt, daß für einen Großteil der Jugend heute die Arbeitslosenversicherung durch die Familie erbracht wird, nämlich für jene, die keinen Lehrplatz finden, und für jene, die nach der mittleren Berufsausbildung keinen Arbeitsplatz finden. Die Betreffenden bekommen ja keine Arbeitslosenunterstützung. Die Familie muß sie weiter erhalten.

Ich möchte auf diese Tatsachen hinweisen. Ich möchte die ÖVP und den Bundesparteitag wirklich herzlich einladen, dem Problem-

katalog berufstätiger Eltern mehr als bisher Bedeutung beizumessen. Eine Resolution, die diesen Anliegen in keiner Weise gerecht wird, würde für mich nicht akzeptabel sein. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Haslauer: Ich bedanke mich.
Wünscht noch jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall.
Wir kommen zur Abstimmung.

Zunächst kommen wir zur Abstimmung über die Abänderungsvorstellungen der Frau Kollegin Hampel-Fuchs.

Wer mit diesem Abänderungsantrag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Gegenstimmen. - Ich konstatiere die einstimmige Annahme. (Beifall und Widerspruch.)

Ich habe bitte keine Gegenstimme gesehen. Ich korrigiere: 2 Gegenstimmen. Mit 2 Gegenstimmen angenommen.

Wir kommen damit zur Abstimmung über die Resolution.

Wer mit der Resolution hinsichtlich der anderen nicht veränderten Teile einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Ich danke. Gegenprobe. - Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen zur Friedensresolution.

Ich bitte, Herr Generalsekretär.

Berichterstatter Dr. Graff: Hohes Präsidium! Die Resolution, die Ihnen in den Mappen vorliegt, ist vom Friedenskongreß der Jungen ÖVP beschlossen worden.

Es sind uns einige Abänderungsanträge unseres Freundes Felix Ermacora zugekommen. Ich möchte zunächst diese Gelegenheit benützen, ihm, der heute seinen 60. Geburtstag feiert, herzlich Glück zu wünschen. (Beifall.)

Da wir eine Integrationspartei sind, haben wir es mit seinen Abänderungsvorschlägen nicht einfach bewenden lassen und sie zur Abstimmung gestellt, sondern sie bereits mit der Jungen ÖVP koordiniert. Sie haben deren Zustimmung gefunden. Es ist das also jetzt die ganze Breite von Felix Ermacora bis Othmar Karas. Aber der Antragsteller ist nur Ermacora, doch Karas stimmt zu.

Danach hätten - abweichend von dem Ihnen vorliegenden Text - die letzten zwei Absätze der Resolution wie folgt zu lauten:

"Österreich als kleiner neutraler Staat kann wertvolle
Schritte zur Friedenssicherung leisten. In Ergänzung zu diesem
Auftrag bekennen wir uns zu einer umfassenden Landesverteidigung,
die natürlich strikt defensiven Charakter hat. Eine ständige
Ausweitung der Österreichischen Waffenexporte gerade in Länder,
wo die Menschenrechte verletzt werden, widerspricht allerdings
diesem Friedensauftrag. Dies auch deshalb, weil Neutralitätspolitik eine beispielhafte Friedenspolitik sein muß, die uns
rechtlich und politisch verpflichtet, sich an Konflikten nicht
zu beteiligen und sich für den Frieden zu engagieren. Wir treten bei aller Berücksichtigung der Österreichischen Verpflichtung aus der umfassenden Landesverteidigung daher auch für eine
Wirtschaftspolitik ein, die es den Betrieben leichter macht, nicht
in den Waffenexport zu expandieren, der für uns kein wirtschaftliches Hoffnungsgebiet darstellt."

Das ist die offizielle Parteilinie, beschlossen bereits am letzten Bundesparteitag.

Ich setze fort:

"Schon aus moralischen Gründen können wir uns nicht damit abfinden, daß in aller Welt die Rüstung zunimmt und die Waffenarsenale ausgebaut werden, während alle zwei Sekunden ein Kind an Hunger stirbt.

Politik für den Frieden heißt Politik für Gerechtigkeit, Freiheit, Demokratie, heißt Politik gegen Armut, Hunger und Unterdrückung."

Wir stellen den Antrag, die Resolution mit diesen Abänderungen anzunehmen.

Vorsitzender Dr. Haslauer: Ich bedanke mich. Zu Wort gemeldet ist Othmar Karas.

Abgeordneter zum Nationalrat Othmar Karas (Junge ÖVP):
Hoher Bundesparteitag! Ich möchte mich, nachdem es meine zweite
Wortmeldung ist, wirklich ehrlich bei Ihnen allen und insbesondere
bei Bundesparteiobmann Dr. Mock für das Verständnis, das er unseren
Anliegen entgegengebracht hat, recht herzlich bedanken. (Beifall.)

Die Rüstungsspirale drehte sich in den letzten Jahren trotz Helsinki, trotz des SALT-Vertrages und trotz der Tatsache, daß die Amerikaner eine Zeitlang auf die Neutronenbombe verzichtet haben. Die UdSSR hat seit 1975 rund 350 SS-20 mit je drei Sprengköpfen und einer Reichweite von 5.000 km Richtung Europa aufgestellt. Auch im Westen ist die Zahl der Atomraketen gestiegen.

Meine Damen und Herren! In den letzten Jahren haben die Technisierung, die Anonymität, die Zerstörungspotentiale und der Vertrauensverlust wegen der gebrochenen Versprechen zugenommen. Die Reaktion auf Raketen – auch auf Atomraketen – wird angeblich bereits Computern übertragen. Die Zerstörungspotentiale haben ein Ausmaß angenommen, daß die Sprengkraft 5.000 mal so groß ist als diejenige der im Zweiten Weltkrieg verschossenen Munition, daß die Sprengkraft bereits so groß ist wie 1,6 Millionen Hiroshima-Bomben.

Meine Damen und Herren! Ein einziger Knopfdruck eines einzigen Menschen reicht bereits aus, diese Sprengkraft in den Bunkern der Atommächte in Gang zu setzen. Hier hat sich in der Qualität sehr viel verändert. Früher war nämlich der Konflikt darin gegeben, daß man von Aug in Aug, von Gesicht zu Gesicht die körperliche Aggression des Gegners angenommen hat. Das ist mit ein Grund, warum wir heute die Resolution "Freiheit schafft Frieden" einbringen und warum wir nicht nur für die Annahme plädieren, sondern vor allem um eine Diskussion in den einzelnen Organisationen, auf den einzelnen Ebenen bitten.

Nehmen wir doch zur Kenntnis, daß z.B. in "Gaudium et spes" steht: Der Rüstungswettlauf ist eine außerordentlich ernste Gefahr für die Menschheit und angesichts der ungeheuren Summen, die er verschlingt, eine unerträgliche Schädigung der Armen.

Nehmen wir doch zur Kenntnis, daß die Kosten einer einzigen Interkontinentalrakete ausreichen würdden, um 20 Millionen Bäume zu pflanzen oder um 1 Million Hektar Boden zu bewässern, daß alle 2 Sekunden ein Kind stirbt - pro Minute 30 Kinder - daß 25 Millionen Schilling pro Minute für Rüstung ausgegeben werden und daß ein Atom-U-Boot soviel kostet wie das Bildungsbudget von 23 Entwicklungshilfeländern mit 160 Millionen Kindern.

Die Junge ÖVP hat daher auch draußen auf einem Stand eine Baustein-Aktion für ein konkretes Entwicklungshilfeprojekt Panama aufgelegt - ich bitte Sie, Bausteine zu kaufen -, während die Junge ÖVP Steiermark in den nächsten Tagen ein konkretes Entwicklungshilfeprojekt Kolumbien beginnt und Bücher für eine Bücherei in Polen sammelt.

Meine Damen und Herren! Ich bitte, diese Resolution anzunehmen, sie als einen Beginn zu sehen für eine Diskussion über ein umfassendes Friedenspapier der Österreichischen Volkspartei. Nehmen wir diese Resolution an und denken wir darüber nach: Was tut jeder einzelne von uns, daß der Appell von Papst Paul VI., Entwicklung ist ein anderes Wort für Friede, in Österreich endlich politische Wirklichkeit wird; was tun wir in den einzelnen Menschenrechtsorganisationen; wie sehr ist der Friedensgeist jedes einzelnen von uns durchwirkt von der Solidarität mit den Schwachen, den ungeborenen Kindern, den Behinderten und den Drogensüchtigen, den Strafentlassenen, den Armen, den Kranken und den Nachbarn. Die Kleinarbeit sollte mit der Beschlußfassung über diese Resolution beginnen. Wir sollten damit deutlich sagen, daß es für uns keine Gleichheit geben kann, keine Gleichstellung von Ost und West in der Friedensdiskussion, keine Gleichschaltung von Demokratie und Diktatur, keine Gleichstellung von Freiheit und Unfreiheit, weil für die Junge ÖVP und für die Österreichische Volkspartei erst die Gerechtigkeit und die Freiheit jenen Frieden schaffen, den wir anstreben. - Danke schön. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Haslauer: Ich bedanke mich. Die Diskussion ist abgeschlossen.

Wer mit der Friedensresolution einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Danke. Gegenprobe. - Ich konstatiere: 1 Gegenstimme. - Ich konstatiere: Mit 1 Gegenstimme angenommen.

Ich bitte nun den Herrn Generalsekretär, über den Sammelantrag zu berichten.

Berichterstatter Dr. Graff: Hoher Parteitag! Was ich Ihnen jetzt vorschlage, mutet auf den ersten Blick wie eine ostische Prozedur an. Ich möchte, daß Sie an die 80 Anträge in einem annehmen. Es ist dies trotzdem kein undemokratischer Vorgang. Die Antragsprüfungskommission setzt sich aus Vertretern aller Teilorganisationen und aller Landesorganisationen zusammen. Wir haben jeden einzelnen Antrag durchbesprochen, und zwar auch inhaltlich durchgesprochen, und wir haben es uns nicht so leicht gemacht, daß wir immer dann, wenn einer irgendwo ein Haar in der Suppe gefunden hat, gesagt haben: Jetzt beantragen wir die Zuweisung an die Bundesparteileitung, Schluß, aus, damit ist die Sache erledigt.

Wir haben uns vielmehr in teilweise mühevollen Gesprächen mit denjenigen, die Bedenken hatten, und mit den Antragstellern zusammengesetzt, und ich freue mich, Ihnen berichten zu können, daß es in nahezu allen Fällen gelungen ist, ein Einvernehmen zu

erzielen und die Antragsteller dazu zu bringen, einvernehmlich den ursprünglich gestellten Antrag zu modifizieren und so abzuändern, daß er für alle Freunde politisch annehmbar ist. Nur dieser Vorgang macht es mir möglich, Ihnen eine ganze Reihe von Anträgen in der Form, wie sie jetzt vorliegen, zur Annahme zu empfehlen. Allerdings kann noch immer zu jedem Antrag das Wort ergriffen werden. Wenn es auch nur ein Delegierter wünscht, wird über den einen oder anderen vielleicht doch noch in einem Punkt kontroversiell gebliebenen Antrag auch einzeln abzustimmen sein. Nur diejenigen Anträge, bei denen niemand Bedenken hat, bitte ich mit Rücksicht auf die fortgeschrittene Stunde unter einem abzustimmen.

Es sind dies zunächst folgende Anträge der ÖVP NiederÖsterreich: "Programm der ÖVP für eine andere Politik",

"Junge Arbeitsplätze", "Pendlerhilfe", "Lokaler Umweltschutz",

"Kampf dem sauren Regen", "Grenzlandförderungsprogramm",

"Agrar-Investitionskredite für Jungübernehmer", "Strukturverbesserungsmaßnahmen in der Land- und Forstwirtschaft", "Kampf
der neuen Armut", "Für einen Österreichischen Familienpaß",

"Jugendförderung", "Wohnungen, die" was "man sich leisten kann" entschuldigen Sie den Scherz; das plakatieren jetzt auch die Sozialisten mit Grünzweig; das haben sie von uns abgeschrieben und "Jährliche Berichterstattung über Parteitagsbeschlüsse".

Bei uns findet das zwar nicht jährlich statt, aber Sie haben
im gedruckten Bericht die Berichterstattung hinsichtlich sämtlicher Beschlüsse des vergangenen Parteitages.

Weitere Anträge der Österreichischen Frauenbewegung: "Frauen als leitende Funktionärinnen der ÖVP". Ich habe dazu in meinem Bericht deutlich gesprochen und die Frau Generalsekretär Flemming hat ebenfalls dazu ihre Stellungnahme abgegeben; ich bitte euch noch einmal von dieser Stelle aus, bei jeder Aufstellung von Kandidaten, Mandataren usw. dafür zu sorgen, daß Frauen, die bereit und fähig sind, eine solche Funktion zu erfüllen, auch zum Zuge kommen.

Umweltbeirat, Krankenkassenverträge für niedergelassene Ärzte, mehr stimmberechtigte weibliche Delegierte, möglichst sparsamer Versand von Broschüren und Drucksorten. – Es liegt kein Antrag vor, daß die Information dichter werden soll und mehr Informationsmaterial versandt werden soll. Es ist nämlich auch schon vorgekommen, daß beide fast gegenläufige Anträge gestellt werden. Wir fühlen uns aber nicht betroffen, denn Sparsamkeit ist immer gut, auch bei einer sehr dichten Information.

Nebenerwerbsbauern, Reform der Pensionsversicherung, Gesundheitspaß für Senioren, Novellierung des Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes, Beschränkung des Phosphatgehaltes in Waschmitteln, Sonderabfall, Berufsberatung für die Jugend, Familienlastenausgleichsfonds, Teilzeitarbeitsplätze für pragmatisierte Beamte.

Dazu möchte ich auch etwas sagen: Das scheint mir sehr wichtig zu sein. In manchen Ländern ist es schon vorbildlich geschehen, in manchen Ländern aber nicht. Wir reden so viel - etwa die Abgeordnete Rabl-Stadler und andere - von der flexiblen Arbeitszeit. Wir sollten dort, wo wir etwas tun können, nämlich

im Bereich des Dienstrechtes der von der ÖVP regierten Länder tatsächlich aktiv werden.

Anhebung der Einkommensgrenze bei Stipendien bzw. Schulund Heimbeihilfen, Bericht über die Durchführung der Schulbuchaktion, Schutz der geistigen und sozialen Umwelt, Briefwahl,
gegen die Zuhälterei, verfassungsrechtliche Verankerung von
Ehe und Familie, Umweltschutz und - sehr wichtig, weil das ein
tragendes Thema für die ganze Partei ist - flexible Arbeitszeit.

Anträge des Seniorenbundes: Altersgrenze bei Fahrtvergünstigungen, Ausgleichszulage, Höchstgrenze beim Jahresausgleich, Diätzulage, Hilflosenzuschuß, Sozialversicherungsgesetz/Lebenshaltungskosten.

Anträge des ÖMB, Mieter- und Siedlerbund: Zentrale Wärmeversorgung im Wohnhaus, Rückzahlungsbegünstigungen bei geförderten Darlehen, Neuordnung des Mietrechtes - das scheint mir persönlich als Justizsprecher sehr wichtig zu sein; Ofner rennt jetzt unserer Initiative nach und sagt auf einmal auch, daß das sozialistische Mietrechtsgesetz reformbedürftig ist -, Eigentumsbildungsgesetz, Gemeinnützige Bauvereinigungen, Grunderwerbsteuerreform.

Anträge der KÖF, Katastrophenhilfe österreichischer Frauen und anderer betreffend ein soziales Forum. Dankenswerterweise hat unser Freund Walter Schwimmer hier die Initiative ergriffen, die vielen sozialen und karitativen Organisationen unserer Partei zusammenzufassen, damit man weiß, wenn etwa eine sofortige Geldaushilfe gesucht wird, an wen man sich wendet,

ob an den Wohlfahrtsdienst oder an die Katastrophenhilfe, an den Seniorenbund oder an andere Organisationen der Partei. Ich halte das für eine sehr dankenswerte Initiative und unterstütze diesen Antrag ganz besonders.

Weitere Anträge der Katastrophenhilfe österreichischer Frauen: Erbschaftssteuer und Schenkungssteuergesetz, Rehabilitationszentrum, Freifahrt für Zivil- und Kriegsinvalide, also Gleichbehandlung der Zivilinvaliden mit den Kriegsinvaliden.

Anträge des Österreichischen Bauernbundes: Klare politische Linie der ÖVP. - Wir werden uns bemühen. - Gerechtere Behandlung der Nebenerwerbsbauern, Sofortmaßnahmen gegen den "sauren Regen", gerechtere Gestaltung des Finanzausgleiches, Arbeitsplatz-sicherung auf Bauernhöfen, Arbeitsplatzoffensive für den ländlichen Raum.

Dann, liebe Freunde, abweichend von eurer schriftlichen
Unterlage, wo der Antrag 59 der ÖVP Kärnten zum Privilegienabbau einer Zuweisung unterworfen werden soll an die Bundesparteileitung, haben wir uns entschlossen, auch diesen Antrag dem Parteitag zur Annahme zu empfehlen. Es kommt also der Antrag 59 dazu.
Es geht darum: Es liegt eine Dreiparteieneinigung über den
Privilegienabbau vor. Unser Partei- und Klubobmann hat erklärt,
daß wir zu dieser Einigung stehen. Aber wir werden die Initiative
zur Begrenzung der Politikerpensionen, daß also nicht Mehrfachpensionen gezahlt werden sollen, sondern diese mit einem
Höchstbetrag begrenzt werden, diese Initiative unseres Freundes
Stefan Knafl positiv unterstützen. (Beifall.)

Anträge der ÖVP Kärnten: Umweltschutzvereinbarungen.

Anträge der Jungen ÖVP: Schülervertretung, Partnerschaftliche Schule, Grünland Österreich, Wohnstarthilfe, Salzburger Programm, keine Förderung umweltfeindlicher Produkte, kein Parteienverbot, Jugendgesetze, Luftverschmutzung, und der Antrag 70: verstaatlichte Industrie. - Hier möchte ich besonders hervorheben, daß die Junge ÖVP einerseits und unsere Freunde aus der Steiermark anderseits sich besonders kooperativ um eine Lösung bemüht haben, die für alle annehmbar ist. Es heißt in dem Antrag sinngemäß, es mögen unsere Verhandler dafür sorgen, daß nicht nur der Milliardenzuschuß für die verstaatlichte Industrie gegeben werde, sondern auch gesorgt werde für Ersatzarbeitsplätze und für die Investitionsbelebung in der gesamten, auch der privaten Industrie. In dieser Form ist der Antrag annehmbar für alle Delegierten, für die Junge ÖVP wie für die ÖVP Steiermark. Die tatsächliche Entscheidung wird im erweiterten Bundesparteivorstand fallen, der für Montag einberufen ist. Daher empfehle ich, diesen Antrag anzunehmen.

Antrag 71: Objektivierung der Personalpolitik, Energiekonzept, Zentralamerika - ein, wie ich anmerken darf, ganz
ausgezeichnet und ausgewogen formulierter Antrag, der nicht
nur die Linie der Jungen ÖVP wiedergibt, sondern auch mit unseren
außenpolitischen Experten abgestimmt und von ihnen anerkannt
ist.

Antrag der ÖVP Vorarlberg betreffend Bundesverfassung.

Anträge des ÖAAB: Einkommenssicherung und Steuerpolitik, Wirtschaftspolitik, Abbau von Ämterkumulierungen, Verankerung des Umweltschutzes bei öffentlichen Aufträgen, Gerechtigkeit für die Familie und flexible Arbeitszeit.

Ich schlage vor, diese Anträge einheitlich abzustimmen und anzunehmen, vorher aber, zu welchem Antrag immer es gewünscht ist, eine Diskussion abzuführen.

<u>Vorsitzender Dr. Haslauer:</u> Ich bedanke mich für den Bericht.

Wir verfahren im Sinne des Vorschlages des Herrn Generalsekretärs. Es werden die Anträge zunächst einzeln diskutiert und dann wird darüber befunden, ob die Generalgenehmigung gegeben wird.

Zum Antrag Nr. 5 hat sich Landesrat Mayr-Melnhof gemeldet. Ich bitte ihn zu sprechen.

Landesrat Dipl.-Ing. Mayr-Melnhof (Sbg): Hoher Bundesparteitag! Meine lieben Freunde, die in diesem illustren Raum noch ausgeharrt haben! Ich möchte hier noch zu den Anträgen Nr. 5 und Nr. 55 über das Waldsterben sprechen, weil ich glaube, daß das sehr notwendig ist.

Ich spreche hier vorrangig aber nicht als Agrarreferent dieses Landes, sondern im besonderen als einer, der selbst vom Waldsterben betroffen ist, im besonderen im Namen von Tausenden von Bergbauern und bäuerlichen Betrieben in unserem Land.

Ich glaube, daß diesen Anträgen Priorität und besondere Aktualität beigemessen werden muß. Das Thema Waldsterben ist ein hochpolitisches, aber kein parteipolitisches Problem. Es

geht um unseren österreichischen Wald, um seine wirtschaftliche Nutz- und Erholungsfunktion. Ich glaube, meine lieben Freunde - das möchte ich mit aller Deutlichkeit all jenen sagen, die nicht aus dem Berufsstand der Land- und Forstwirtschaft sind -, es ist die Spitze eines Eisberges, die wir hier sehen. Ich glaube, daß die rapide Zunahme der geschädigten Waldflächen alarmierend ist.

Ich möchte hier nur einige aktuelle Zahlen nennen, um zu unterstreichen, warum wir uns an dieser Stelle hier zu Wort gemeldet haben und gesagt haben, daß diese 83 Anträge, die hier vorliegen, sicher sehr große Bedeutung haben, aber dieser einfach vorrangig behandelt werden muß. Wir blicken in die Tschechoslowakei. Meine Damen und Herren! Sie wissen, daß Zehntausende Hektar heute bereits hundertprozentig vernichtet sind. Wir Forstleute haben vor wenigen Jahren selber nicht die Gefahren des Waldsterbens erkannt, erkennen sie aber jetzt. Es waren ein paar tausend Hektar – letztes Jahr waren es 120.000, und dieses Jahr sind es über 200.000 Hektar.

Die Nachricht der letzten Tage aus Deutschland ist für uns einfach alarmierend. Es waren so wie in Österreich, wo 5 Prozent des Waldes geschädigt sind, in Rheinlam Pfalz letztes Jahr 5 Prozent. Die Untersuchungen der letzten Tage haben ergeben, daß dort 23 Prozent des Waldes bereits geschädigt sind. In Bayern waren es 6,5 Prozent innerhalb eines Jahres, und die Ergebnisse der letzten Tage zeigen, daß 45 Prozent des Bayerischen Waldes durch Immissionen geschädigt sind.

Sie wissen, daß in Österreich 440.000 Tonnen Schwefeldioxid und 200.000 Tonnen Stickoxide aus verschiedenen Emittenten aus-

geblasen werden. Das bedeutet höchste Gefahr. Ich glaube, wir müssen etwas unternehmen. Deshalb unterstreichen wir in besonderem Maße die verschiedenen Anträge, die in dieser Richtung vorgebracht worden sind. Wir ersuchen nur um folgende Ergänzung:

Daß man beim neuen Bundesimmissionsschutzgesetz nicht nur nach humanmedizinischen Gesichtspunkten vorgeht, sondern nach den Erfahrungen der Wissenschaft. Wir haben festgestellt, daß der Mensch gegen diese Immissionen viel robuster als der Wald ist.

Das soll uns zu denken geben.

Zweitens ersuchen wir um Ergänzung, daß die Forschung intensiviert werden muß, weil es einfach noch zu viele Unbekannte bei diesem Problem gibt. Wir bitten auch um die Schaffung einer Koordinierungsstelle im Ministerium.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Ich glaube, es ist hier absolut eine Aktivität am Platzezum Schutze und im Sinne unseres Waldes und unserer Heimat, die uns allen am Herzen liegt. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Haslauer: Ich bedanke mich. Aus der Wortmeldung des Herrn Landesrates Mayr-Melnhof war zu entnehmen, daß er Ergänzungen zu der vorliegenden Resolution auf Seite 7 anzumerken hatte. Wir haben darüber abzustimmen.

Wer mit den vorgetragenen Ergänzungen einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. - Ich konstatiere die einstimmige Annahme. Damit ist diese Resolution in diesem Sinne modifiziert. Wir kommen damit zur nächsten Wortmeldung, und zwar zum Antrag Nr. 14 und 17. Helga Lusetzky. Darf ich bitten.

Landtagsabgeordnete Helga L u s e t z k y (NÖFB): Verehrter Herr Bundesparteiobmann! Meine sehr verehrten Damen und
Herren! Ich danke, daß mir das Wort erteilt wurde. Ich halte
das für ein echtes Demokratieverständnis. Erstens bin ich
eine Frau, und zweitens wissen viele Damen und Herren des Präsidiums, daß ich leider nicht nur Positives berichten kann.

Ich möchte zu den zwei Anträgen der Frauenbewegung 14 und 17 spredhen und bitte Sie um Ihre Zustimmung zu diesen Anträgen.

Einstein hat einmal gesagt: Vorurteile sind schwerer zu zertrümmern als ein Atom. Da es mir aber wichtiger ist, Vorurteile zu ertrümmern als Atome, will ich Ihnen an Hand meiner persönlichen Geschichte beweisen, daß die Vorurteile gegen Frauen und andere schwächere Gruppen bei einem Großteil der bestimmenden Leute in unserem Land noch sehr stark verwurzelt sind. Ich bin sehr besorgt, ernsthaft besorgt, daß das langfristig zu einer Zersplitterung der Bürgerlichen führen könnte, einer Zersplitterung, wie wir sie in Schweden haben und wie sie erst vor kurzem leider in Innsbruck passierte. Es wäre nur zu verständlich, wenn da auch eine Frauengruppe dabei wäre.

Die ÖVP hat die besseren Programme und Modelle, auch für die Frauen. Zum Beispiel das Programm "Eine bessere Politik für die Frau", bei dem Frau Nationalrat Dr. Hubinek federführend war. Auch das Ludwig-Progra mm "Für ein schönes Stück Zukunft" enthält die Forderung nach Postenvergabe unabhängig vom Geschlecht,

nach einer stärkeren Vertretung der Frauen in den wirtschaftlichen und politischen Gremien sowie in den öffentlich-rechtlichen Körperschaften.

Nun aber zur Realität. Ich wurde im Frühjahr 1981 in den Niederösterreichischen Landtag berufen, weil ich eine Frau bin, und wurde zweieinhalb Jahre später aus demselben Grund - und weil ich ein gegebenes Wort nicht brechen wollte - auf die Straße gesetzt. Altlandeshauptmann Maurer sagte noch heuer im Mai auf meine Frage, warum man mich denn überhaupt geholt hat: Man hat damals ohne Frau nicht können. - Ich war die einzige weibliche Abgeordnete im Landtag.

Sofort nach meiner Angelobung habe ich meinen Beruf aufgegeben, weil eine Frau neben Familie und Politik kaum noch einen Beruf ausüben kann, wenn sie die Dinge einigermaßen ernst nimmt. Ich hatte übrigens einen freien Beruf, also kein arbeitsfreies Einkommen wie ein Beamter nebenher. Ein derzeit ja sehr aktuelles Thema.

Leider kann ich Ihnen aus Zeitmangel nicht detailliert schildern, wie alles abgelaufen ist. Jedenfalls mußte ich Herrn Altlandeshauptmann Maurer - und Bauernbundobmann ist er auch - mein Wort geben, der Agrararbeitsgemeinschaft beizutreten. Begründung: Beide Bünde, die Bauern und der ÖAAB, beanspruchen dieses Mandat, man sei schließlich zu dieser Übereinkunft gekommen. - Ich glaubte ihm das, und das glaube ich ihm auch heute noch.

Kaum war ich im Landtag, kam der ÖAAB und sagte - Meister in sogenannten "gemütlichen" Runden -, das Mandat gehöre ihm, ich müsse in die ÖAAB-Arbeitsgemeinschaft, sonst würde ich das

Mandat verlieren, denn der ÖAAB würde nie darauf verzichten. -Zu meiner Überraschung hat er jetzt aber doch darauf verzichtet. Auf meinem Platz kandidiert ein Bauernbundfunktionär.

Ich glaube nicht, daß man seinen Weg - wo auch immer - mit einem Wortbruch beginnen soll. Ich muß auch sagen, daß mir die Bünde nicht das Allerwichtigste an der Partei sind.

Mir geht es um die ÖVP und um die Probleme der Frauen und der Familien. Darauf habe ich mich spezilaisiert, weil ich finde, daß in unserer Partei ein großer Nachholbedarf besteht und sich die ÖVP bei den Frauen nicht richtig profilieren konnte, wie ja das Wahlverhalten der Frauen zeigt.

Diese meine Einstellung war von Anfang an klar und bekannt. Wenn man damit nicht einverstanden gewesen wäre, hätte man mich nicht holen dürfen und mich dann zweieinhalb Jahre danach nicht grundlos entlassen dürfen. Ich glaube, man soll nirgendwo, vor allem nicht in einer christlichen Partei, mit Menschenschicksalen umgehen wie mit Schachfiguren, die man aufstellt, mitdenen man herumzieht und die man opfert, wie es gerade opportun ist.

Ich meine auch, man sollte jede Arbeit für die Partei anerkennen. Doch noch mehr - trotz jahrelanger Diskussionen um den Primat der Partei - muß man aus dem "richtigen" Bund kommen, sonst zählt die Arbeit nicht. Das weiß die Jugend genauso, wie es die Senioren und die Frauen wissen.

Noch ein Wort zum Thema "Politik für die Frau". Laut Statut vertritt die Frauenbewegung, vor deren Demontage ich dringend warne, überbündisch alle Frauen. Meine Kolleginnen, lassen wir uns bitte nicht auseinanderdividieren! In sechs zersplitterten Gruppen

können wir, so wie es eben auch bei den Männern der Fall ist, nur mehr miteinander streiten. Diese allgemeine Vertretung kommt daher, weil wir ja neben unseren Berufen - ob wir Bäuerinnen oder Gewerbetreibende oder Angestellte sind - noch das spezifische Frauenproblem haben, daß wir uns für die Familie verantwortlich fühlen oder dafür verantwortlich gemacht werden.

Ich ersuche daher viele einflußreiche Funktionäre in unserem Bundesland, ein Mandat - eines von 30 erwarteten - der Frauenbewegung zu geben. Es ging mir um die Frauenbewegung und darum, daß sichergestellt ist, daß nach mir wieder eine von uns delegierte Frau folgt. Die Antworten, die ich auf meine wiederholten Forderungen bekam, waren alle ablehnend, oft in einer Form, die so beschämend war, daß ich sie hier nicht zitieren möchte.

Ich weiß, daß Politik die Kunst des Möglichen ist, und verlange daher nicht, weil 54 Prozent der Wähler zum Beispiel in Niederösterreich Frauen sind, daß auch 54 Prozent der Mandatare
Frauen sein sollen. Aber ich weiß auch, daß bei mehr Verständnis
und gutem Willen der entscheidenden Herren unseres Landes in unserer Partei mehr möglich gemacht werden könnte.

Die Frauen sind politisch reif und interessiert. Ich kann nur hoffen, daß unsere Partei dies als Chance erkennt. Dazu gehört jedoch, daß wir es nicht bei den Bergen von Papier und den Zukunftsvisionen belassen, in denen die Partnerschaft versprochen wird. Wir müssen anfangen, unsere Ideen dort, wo wir Einfluß haben, umzusetzen, was sicher das weitaus schwierigere ist und auch mehr Mut und mehr Durchhaltevermögen erfordert. Aber nur so wer-

den wir eine glaubwürdige, mitreißende und damit erfolgreiche Partei werden. - Danke schön. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Haslauer: Ich bedanke mich für den Debattenbeitrag. Aus ihm ergab sich kein Widerspruch zu den Anträgen 14 und 17. Wir können sie daher auch der Sammelverabschiedung zuführen.

Wir kommen nunmehr zu Antrag 20. Ich bitte als nächsten Herrn Dr. Wilhelm Stoiber.

Dr. Wilhelm Stoiber (ÖVP Wien): Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit verspreche ich Ihnen vorweg eines: Ich werde mich kurz fassen. Ich glaube aber trotzdem, daß das, was ich Ihnen vorzutragen habe, Ihrer Aufmerksamkeit würdig ist.

Im Rahmen des Belastungspaketes ist einigen sozialistischen und freiheitlichen Hirnen ein weiteres Gesetz beziehungsweise eine Ergänzung zu einem Gesetz eingefallen, die sogenannten Verschärfungen der Ruhensbestimmungen. Etwas ganz "Harmloses". Es bedeutet "nur" - wie heute schon angedeutet -, daß ältere Menschen von der Arbeit ausgeschaltet werden sollen.

In der ursprünglichen Fassung, die gestern eingereicht wurd wären die Ansprüche der Beamten und der echten Alterspensioniste wesentlich gekürzt worden. Die größte Gemeinheit, das größte Unrecht wäre den sogenannten Frühpensionisten passiert, wo die Frauen mit dem 55. Lebensjahr und die Männer mit dem 60. Lebensjahr in Pension gehen. Diesen Pensionisten, die bisher 3.194 S dazuverdienen konnten und durften, wäre dieser Betrag völlig ge-

strichen worden. Das hätte geheißen: Wenn der Betreffende nur 1 S dazuverdient, verliert er die gesamte Pension. Das hätte geheißen: Alle Mandatare aller Parteien, die als Bezirksmandatare oder als Gemeinderäte ein kleines Einkommen beziehen, hättenihre Mandate zurücklegen müssen.

Ich danke dem Herrn Dr. Schwimmer, dem Sozialsprecher der ÖVP, daß es ihm gestern gelungen ist, mit dem Herrn Dallinger einen Kompromiß zu schließen. Dafür sei ihm der besondere Dank ausgesprochen. Es ist ihm Gott sei Dank gelungen - nicht für uns Politiker, sondern für alle Österreicher -, 2.100 S Freibetrag zu erreichen.

Ich möchte abschließend sagen: Das ist eine Salami-Taktik, die man mit Menschen aufführt, die diesen Staat aufgebaut haben. Ich möchte wirklich bitten, daß in Zukunft mit dieser Salami-Taktik Schluß gemacht wird. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall

Vorsitzender Dr. Haslauer: Ich bedanke mich.
Zum Antrag 42 Herr Gottfried Zach.

Gottfried Zach (Nö Seniorenbund): Hoher Bundesparteitag! Es war eine dunkle Stunde für die innerparteiliche Demokratie, als seinerzeit die Altersklausel eingeführt wurde. Diese Klausel besagt, daß Menschen ab einem bestimmten Alter - einem Alter, das ungefähr demjenigen entspricht, mit dem ein Mensch in Pension geht - nicht mehr Mandatare sein dürfen.

Die österreichische Bundesverfassung gewährleistet jedem Staatsbürger, der eine bestimmte Reife erreicht hat, sowohl das aktive als auch das passive Wahlrecht auszuüben. Innerparteilic wurde diesen Menschen, die unter die Altersklausel fallen, das passive Wahlrecht genommen. Ich glaube, daß dies einer Teilent-

mündigung eines Großteils unserer Bevölkerung gleichkommt.

Ich frage mich nur, warum eine große Gruppe von Menschen nicht das Recht haben soll, sich jenen Vertreter zu wählen, den sie gern haben möchte, auch wenn er schon ein Alter hat, das ihm nach dieser Altersklausel nicht mehr gestattet, für ein Mandat zum Nationalrat, zu einem Landtag oder für den Bundesrat zu kandidieren. Ich glaube, es ist eine Schande, daß man die ältere Generation auf diese Art diskriminiert, besonders dann, wenn man bedenkt, wie es heute in der Welt ist. Die drei größten Staaten dieser Erde werden von Menschen regiert, die das nach dieser Altersklausel eigentlich gar nicht mehr dürften. Ich frage mich auch, wie das möglich sein kann, wenn in Institutionen – wie der römisch-katholischen Kirche – Menschen in diesem Alter ohne weiteres noch Funktionen ausüben dürfen.

Es werden manche von Ihnen sagen: Das sind Ausnahmeerscheinungen. - Diesen Leuten gebe ich recht. Ich möchte Sie aber
fragen, ob die Menschen in der Jugend oder in den Bünden, wenn
sie für ein politisches Amt tatsächlich hervorragend geeignet
sind, nicht ebenso Ausnahmeerscheinungen sind.

Deshalb sollten wir, glaube ich, dieses Unrecht, das wir seinerzeit in Anlehnung an eine ähnliche Bestimmung der Sozialistischen Partei in unserer Partei angenommen haben, wieder gutmachen. Ich weiß, daß alle diese Argumente damals diskutiert worden sind. Man glaubte damals, der Jugend eine Chance geben zu müssen. Ich bin dafür, daß jeder, der tüchtig ist, der die Voraussetzungen

Ich bitte Sie daher von ganzem Herzen, der älteren Generation, die genauso ihre Sorgen, ihre Wünsche und ihre Ängste hat, wie sie die jungen Menschen haben und wie sie alle Altersgruppen haben, diese Vertretungsbefugnis zu geben, auf die sie nach unserer Verfassung ein Recht hat. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Haslauer: Ich bedanke mich. Über den Antrag Nr. 42 wird gesondert abgestimmt.

Ich bitte nunmehr Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Stefan Knafl, zu Antrag 49 zu sprechen.

Landeshauptmann-Stellvertreter Stefan K n a f l: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Bundesparteitag! Ich freue mich ganz außerordentlich, daß doch in der Antragsprüfungskommission eine Abänderung des Vorschlages zur Behandlung des Antrages Nr. 59 erfolgt ist.

Mein Vorredner hat sich mit der Altersklausel beschäftigt. Ich kann mich noch ganz gut erinnern, daß am 1. Dezember 1972 am Bundesparteitag in Salzburg diese Altersklausel eingeführt wurde und daß damals ein einziger gegen die Einführung der Altersklausel gestimmt hat, das war unser damaliger Zweiter Landtagspräsident Wolfgang Mayerhofer. Ich habe damals also auch dafür gestimmt, bin heute aber auch anderer Meinung. Ich freue mich daher, daß Antrag 59 nunmehr direkt vom Bundesparteitag beschlossen werden soll.

Liebe Freunde! Alle Politiker und alle Parteien sind seit Beginn der siebziger Jahre in den Sog der öffentlichen Diskussion über die Privilegien geraten. Es ist weder Wunder noch Zufall, daß dies in den letzten 13 Jahren geschehen ist.

In Kärnten waren die Bürger für die Privilegiendiskussion immer sehr hellhörig, vielleicht deshalb, weil nach der langen SPÖ-Herrschaft es bei uns eine der höchsten Arbeitslosenraten gibt und die Durchschnittseinkommen der Bürger beträchtlich hinter jenen der übrigen Österreicher nachhinken.

Die Kärntner Volskpartei verlangt daher bereits seit

Jahren ehrliche und einsichtige Regelung in dieser Beziehung.

Umso erfreulicher war, daß unser Bundesparteiobmann Dr. Alois

Mock seine Vorstellungen zum Priviledigenabbau im Zuge der

Nationalratswahl erstmals in Kärnten in aller Öffentlichkeit

präzisiert hat. Zu beglückwünschen ist Dr. Mock auch, weil er sich

mit seinen Vorstellungen bei den anderen Parteien durchgesetzt

hat, sie auf ÖVP-Kurs gezwungen hat. Die Gleichstellung der

Mandatare mit den Mitbürgern zumindest in einer Hinsicht konnte

erreicht werden: Die Einkünfte der Politiker werden voll be
steuert. Wir werden in Zukunft unsere Werbungskosten so wie alle

anderen auch beim Finanzamt geltend zu machen haben.

Ein Durchbruch gelang der Volkspartei aber auch bei den Mandataren, die im öffentlichen Dienst stehen. Sie wurden den Privatangestellten und Selbständigen gleichgestellt und erhalten die Möglichkeit, ihren Beruf wieder auszuüben. Doch dem massiven und, ich würde meinen, verständlichen Wunsch der Bürger, alle arbeitslosen Einkommen der Mandatare zu beseitigen, entspricht die in Aussicht genommene Regelung leider noch nicht. Immer noch besteh für Mandatare die Möglichkeit, sich von ihren Dienstgebern in

eine Art Frühpension schicken zu lassen oder geschickt zu werden.

Wir haben in unserem Antrag aber einen zweiten Bereich der Kärntner Volkspartei an den Bundesparteitag beinhaltet. Meine Damen und Herren! Für Kärntner Abgeordnete bestehen bereits seit längerer Zeit gesetzliche Höchstgrenzen für die Summe aller Pensionen. Pensionen aus beruflichen und politischen Tätigkeiten dürfen danach bei uns, bei Abgeordneten, 125 Prozent der Dienstklasse IX, Gehaltsstufe 6 nicht überschreiten. Jeder kann sich ausrechnen, wieviel das ist.

Heute ist man aber noch nicht bereit, unseren Vorstellungen in dieser Frage zu folgen.

Meine Damen und Herren! 1979 habe ich bei der Klubtagung in Villach die volle Besteuerung für Politiker verlangt. Sie wurde abgelehnt, mir hat das keine Freunde beschert, aber vier Jahre später ist diese Frage erledigt. Und jetzt verlange ich namens der Kärntner Volkspartei, daß auch im Bereich der Politikerpensionen eine für den Bürger verständliche Regelung Platz greift.

Von den Bürgern werden Opfer verlangt. Verschärfte Ruhensbestimmungen werden diskutiert. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Einführung von Höchstgrenzen für Politikerpensionen nicht in ganz Österreich so wie in Kärnten durchsetzbar wäre. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ÖVP-Mandatare wirklich glauben, mit einer Pension in dieser Höhe nicht leben zu können.

Damit keiner mehr sagt - meine Damen und Herren, das ist schon sehr oft festgestellt worden -, der Knafl redet sich ja leicht, der ist Mitglied einer Landesregierung, den trifft es ja nicht, er hat leicht reden, darf ich darauf hinweisen, daß der Antrag der Kärntner Volkspartei auch die Herabsetzung der Höchstgrenzen für die Summe der Pensionen von Regierungsmitgliedern verlangt. Diese Höchstgrenze aller Pensionen für Regierungsmitglieder, Berufs- und Politikerpensionen insgesamt soll von derzeit 100 Prozent des Amtsbezuges auf 80 Prozent des Amtsbezuges des Regierungsmitgliedes herabgesetzt werden.

THE RECEIVED THE PROPERTY OF T

Meine Damen und Herren! Im Sinne der Glaubwürdigkeit, im Sinne der Ehrlichkeit, im Sinne der Volkspartei ersuche ich um Ihre Zustimmung zum Antrag der Kärntner Volkspartei. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Haslauer: Ich bedanke mich. Zu Antrag Nr. 65 spricht nunmehr Mag. Paul Mychalewicz.

Mag. Paul Mychalewicz (JVP): Hoher Bundesparteitag! Es tut mir sehr leid, daß ich die Nachrichten mit meinen Ausführungen störe.

Zu Antrag 65, der uns vom Inhalt her ein besonderes Anliegen ist: Das ist das Salzburger Programm und mögliche Diskussionen, mögliche Erweiterungen, die sich im Lichte dieses Programms ergeben sollten. Das Salzburger Programm ist zweifellos ein überaus modernes gewesen. Es ist vielfach Vorbild für andere Programme gewesen in anderen Ländern. Dennoch kommen wir nicht um die Tatsache herum, daß dieses Programm über ein Jahrzehnt alt ist. In diesem Jahrzehnt hat es ganz einfach Entwicklungen gegeben, die natürlich noch nicht in das Programm Eingang finden konnte.

Wir glauben nun, daß mit dem heutigen Tag - und das ist der Sinn unseres Antrages - eine Diskussion begonnen werden soll, um diese neuen Entwicklungen, die sich im letzten Jahr gezeigt haben, möglicherweise in das Programm aufzunehmen.

Ein besonderes Anliegen wären uns die neuen Technologien.

Diese neuen Technologien werden ganz einfach nur als bedrohlich angesehen, werden nur als Gespenst angesehen. Ein richtiges

Konzept, eine richtige Alternative, wie wir uns als Partei, wie wir uns als politisch Handelnde dazu stellen, haben wir nicht. Ich glaube, daß es notwendig ist, daß wir als große politische Partei uns dazu Gedanken machen, dazu ein Konzept erarbeiten und dieses Problem auch ins Programm Eingang finden sollte.

Eine andere Frage ist die Auseinandersetzung zwischen Ökologie und Ökonomie. Das Programm ist halt ganz einfach vor dem Ölpreisschock 1973 geschrieben worden. Deshalb finden wir zu dieser Entwicklung auch nichts im Programm.

Ich glaube, daß es einer Partei wie der ÖVP ganz einfach gelingen muß, auch hiezu konkrete Antworten zu finden. Es gibt Konzepte in diese Richtung, das ist gar keine Frage. Aber wir meinen, daß es möglicherweise auch in das Parteiprogramm Eingang finden sollte.

Ein Anliegen, das in die Endfassung des Antrages, wie er nun vorliegt, nicht Eingang gefunden hat, obwohl wir in der Jungen ÖVP darüber diskutiert haben und es wert befunden haben, berücksichtigt zu werden, ist vielleicht eine etwas klarere Strukturierung des Programms. Derzeit haben wir sieben Leitsätze, die anscheinend - ich sage: anscheinend - gleich

geordnet aufeinanderfolgen. Wir glauben nun, daß es überlegenswert wäre, das Menschenbild zentraler herauszustellen.
Hier könnten wir vielleicht Kanten, etwas mehr Profil gewinnen,
was auch unsere Position klarer und deutlicher macht. Es wäre zu
überlegen, dieses personalistische Menschenbild, das auf christlichen Grundsätzen beruht, über die anderen Grundsätze zu stellen,
weil es sich ganz einfach aus diesem Menschenbild logisch herausentwickelt.

Das wären wichtige Ansatzpunkte, wie wir glauben, daß diese Diskussion in den nächsten Jahren verlaufen soll.

Jedenfalls möchten wir aber sehr deutlich darauf bestehen, daß unser Anliegen nicht versickert, sondern, wie wir in unseren Antrag auch hineingeschrieben haben, ein klarer Bericht mit Konsequenzen an den nächsten Bundesparteitag erfolgt. - Ich danke den Nicht-Nachrichten-Sehern. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Haslauer: Ich bedanke mich. Es kommt nunmehr Herr Otto Gumpinger zu Antrag 66 zu Wort.

<u>Dr. Otto Gumpinger</u> (JVP): Sehr geehrte Delegierte! In Kürze werden auf Sie von einem verstaatlichten
Unternehmen an die 300 Millionen Aluminiumdosen im Jahr losgelassen. Ich glaube, daß es auch wert ist, über dieses Thema kurz zu reden.

Dosen, Aluminiumwegwerfdosen, auf die Sie bereits jetzt und in nächster Zukunft stoßen, auf den Wiesen und in den Wäldern, in den Fußballstadien, auf Straßen und Wegen, in Flüssen und Bächen. Ich glaube, daß es falsch ist, daß man für solche

Wegwerfprodukte beträchtliche öffentliche Förderungsmittel verwendet. (Beifall.) Dies ist ein Beispiel für eine falsche und kurzsichtige Wirtschaftspolitik.

Ich glaube weiters, es ist unverantwortlich, die Produktion von Wegwerfartikeln in diesem gigantischen Ausmaß zu beginnen, wenn nicht gleichzeitig ein Rückholsystem eingerichtet wird.

Die Vereinigten Metallwerke Ranshofen Berndorf beginnen diese Produktion, obwohl es kein Recycling gibt, trotz gegenteiliger

Beteuerung, in absehbarer Zeit dies nicht geben wird, wie eben auch verschiedene internationale Versuche, die es auf diesem

Sektor bereits gegeben hat, zeigen. Obwohl es in Österreich eine Glasindustrie gibt mit Überkapazitäten, die Glasflaschen erzeugt, die bis zu 20mal nachgefüllt werden, und auch dann als Altglas eingeschmolzen und wieder dem Produktionsprozeß zugeführt werden können.

Noch dazu ist es meiner Ansicht nach unverantwortlich,

Menschen in den irrigen Glauben zu versetzen, sie hätten bei diesen

Produktionen einen sicheren Arbeitsplatz gefunden. Ich glaube,

das ist auch eine moralische Frage. Obwohl natürlich bei dem steigenden Umweltbewußtsein über kurz oder lang damit zu rechnen ist,

daß diese sinnlosen und verschmutzenden Wegwerfprodukte eingeschränkt, wenn nicht sogar verboten werden müssen.

Ich bitte Sie daher, dem Antrag 66 zuzustimmen.

Noch eine Ergänzung. Gerade in den letzten Tagen - ich komme aus Linz - hat sich im Umweltbereich dort eine Verhärtung der Positionen der Lager zugetragen. Es wurden Umweltschützer - man kan die Aktionen, die dort gestartet wurden, durchaus kritisch sehen -

von Werksangehörigen man kann durchaus sagen mit Brachialgewalt begrüßt. Ich verstehe manchmal die menschlichen Regungen, die in diesem Bereich entstehen. Ich finde, es ist kein Ziel und kann vor allem für uns kein Ziel sein. Vor allem auch der Obmann der Chemiearbeitergewerkschaft Teschl, der doch ein Repräsentant einer staatstragenden Organisation ist, sollte nicht dazu aufrufen, daß betroffene Gruppen zur Selbstjustiz greifen, daß betroffene Gruppen solche Probleme zunehmend mit Gewalt lösen. Ich glaube, das bringt uns gar nichts, sondern schadet überhaupt dem Ansehen des Unternehmens, schadet überhaupt unserem Rechtsstaat und unserer gesamten Republik. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Haslauer: Danke. Zu Wort gemeldet ist Herr Nationalrat Wimmersberger zu Antrag Nr. 70.

Abgeordneter zum Nationalrat Anton Wimmersberger
Hoher Bundesparteitag! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen
und Kollegen! Zum Antrag 70 in aller Kürze. Ich habe volles
Verständnis für die Junge ÖVP. Doch bitte ich, daß die Kollegen
der JVP mit den Kollegen der AVI, der Arbeitsgemeinschaft verstaatlichte Industrie, in noch näheren Kontakt treten. Denn ich
glaube, die Formulierer dieses Antrages sind Schlagworten und
einer etwas unsachlichen Diskussion zum Opfer gefallen.

Wenn ich hier "Umstrukturierungen" und so weiter lese, möchte ich feststellen, daß das eben jene Schlagworte sind, die dauernd herumgeistern. Die Beschäftigten in der verstaatlichten Industrie haben in der Vergangenheit nicht geschlafen, sie haben ohnedies versucht, schon seit Jahren umzustrukturieren.

Mittelfristige Unternehmens- und Finanzierungspläne, Rentabilitätsberechnungen und Kontrolle werden verlangt. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt wohl kein Unternehmen, das über derartige Pläne und Rentabilitätsberechnungen nicht verfügen würde.

Zum Wort "Kontrolle" möchte ich auch feststellen, daß es ein Schlagwort ist. Denn gerade in der Wirtschaft ist zu viel Kontrolle tödlich und lähmend.

Wenn weiter steht, vorhandene Wettbewerbsverzerrungen zwischen verstaatlichter Industrie und privater Wirtschaft seien unter Angabe eines seriösen Zeitplanes abzubauen, dann bitte ich die Freunde der Jungen ÖVP, mir mitzuteilen, wo eine derartige Wettbewerbsverzerrung vorhanden ist. Die verstaatlichte Industrie wurde von der sozialistischen Regierung die ganze Zeit, die ganzen 13 Jahre hindurch, so wie die übrige Wirtschaft sehr stiefmütterlich behandelt. Entnimmt man den Dokumenten der ÖVP-Enquete des Parlamentsklubs vom 2. Oktober 1978 das Zahlenmaterial und rechnet es weiter, kann man feststellen, daß die verstaatlichte Industrie mit 21 Milliarden Schilling zusätzlich belastet wurde. Wenn man von Wettbewerbsverzerrung spricht, möge man auch bedenken, daß wir mit 70 Prozent im Export sind. Im Export gibt es sicherlich keine Wettbewerbsverzerrung, da sind wir dem Markt aufgeliefert. Wir haben am internationalen Markt bis jetzt sehr, sehr gut bestanden, zieht man ins Kalkül, daß im übrigen Europa die Eisen- und Stahlindustrie mit 700 Milliarden Schilling subventioniert wurde - das macht pro Tonne 780 S aus -, während wir bei den Mitteln, die bisher zugeführt wurden, auf einen Betrag von 70 S pro Tonne kommen.

Meine geschätzten Delegierten! Ich möchte feststellen, daß die sozialistische Bundesregierung niemals ihren beiden Funktionen gerecht geworden ist. Sie hat weder den gesunden Rahmenbedingungen für die gesamte Industrie beziehungsweise die gesamte Wirtschaft Rechnung getragen, noch ist sie ihrer Eigentümerverpflichtung gegenüber der verstaatlichten Industrie nachgekommen.

Ich bitte abschließend, daß Sie sich das Papier der ÖVPEnquete des Parlamentsklubs vom 2. Oktober 1978 und die darin
enthaltenen Passagen, ganz besonders das Vorwort unseres Bundesparteiobmannes, zu Herzen nehmen. Dann, glaube ich, wird die
Diskussion um die verstaatlichte Industrie sachlicher sein.
(Beifall.)

Vorsitzender Dr. Haslauer: Meine Damen und Herren!

Auf Grund des Widerspruchs, der in diesem Diskussionsbeitrag zum

Ausdruck gebracht wurde, ziehen wir den Antrag 70 aus dem Sammel
antrag heraus.

Wir kommen nunmehr zum Antrag 73.

Ich bitte Herrn Naderhirn.

Johannes Naderhirn (JVP): Werte Damen und Herren!

Ich möchte jetzt zu später Stunde und vor schon etwas spärlicher Kulisse zu einem Antrag sprechen, der heute nicht zur

Abstimmung kommen wird. Wir haben in unserem Antrag 73 - er ist
in Ihrer Mappe noch enthalten - nicht nur ein Nein zu Zwentendorf,
sondern auch ein Nein zu jeglicher Kernenergie gefordert.

Es wurde heute bereits von uns eine Antwort auf die Frage verlangt, was Ihrer Meinung nach die Ursachen für den spürbaren Vertrauensschwund gegenüber den Parteien sind. Nun, eine Antwort ist an sich relativ leicht. Sehr viele Leute, vor allem Jugendliche, haben das Gefühl, die herkömmlichen Parteien bringen heute eine Aussage und machen morgen wieder eine andere Aussage.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Kernenergie haben wir, die ÖVP, 1978 zu einem Nein zu Zwentendorf aufgerufen. Seither haben sich die Aussagen unserer Partei manchmal von Pressekonferenz zu Pressekonferenz geändert.

Alois Mock hat uns versprochen, es sollte wieder mehr Ehrlichkeit, Offenheit und Aufrichtigkeit in der Politik eingehalten werder Und ehrlich sollten wir auch in der Frage der Kernenergie sein.

Wir, die Junge ÖVP, wollen ein klares Nein zu jeglicher Kernnergie in Österreich. Ein Nein, weil sich die Voraussetzungen seit 1978 nicht verändert haben. Ein Nein, weil der Stromverbrauch entgegen den Prognosen nicht angestiegen, sondern weniger geworden ist. Ein Nein, verbunden mit einem Abwracken Zwentendorfs, weil uns die Erhaltung dieses Kernkraftwerkes monatlich zirka 7 Millionen Schilling kostet. Ein Betrag, den wir ohneweiters für Arbeitsplatzsicherung einsetzen könnten, wenn Sie sich vorstellen, wir hätten jetzt monatlich 7 Millionen Schilling mehr zur Verfügung. Ein Nein, verbunden mit allen Konsequenzen, weil uns die Sicherheit heute und morgen mehr wert sein sollte als bloß schöne Worte. Und ein Nein, weil wir heute in Österreich ein Kernkraftwerk nicht eröffnen sollten, wenn die Kernkraftwerke in aller Welt zugesperrt werden.

Nicht zuletzt, meine sehr geehrten Damen und Herren, sollten wir deswegen ein Nein zu jeglicher Kernenergie fordern, weil wir es allen Jung- und Erstwählern schuldig sind, die uns - das sollten wir nach den Wahlen nicht vergessen - am 24.4.1983 in einem hohen Ausmaß das Vertrauen geschenkt und mit beigetragen haben, daß wir in Österreich stärker geworden sind. Wir sollten unsere Jung- und Erstwähler nicht schon nach dieser Wahl verlieren. - Danke. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Haslauer: Letzte Wortmeldung: Herr Dr. Alexander Demblin.

Ich darf darauf aufmerksam machen, daß um 20 Uhr der Empfang bei Landeshauptmann Ludwig beginnt.

Dr. Alexander Demblin (Junge ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einige von Ihnen werden sich vielleicht
daran erinnern, daß wir beim letzten Bundesparteitag vor eineinhalb Jahren eine Reihe von Anträgen zu außenpolitischen
Themen vorgelegt haben. Wir setzen dieses Jahr den eingeschlagenen Weg mit dem Antrag 74 zur Lage in Zentralamerika
fort. Wir tun dies, weil wir glauben, daß der Parteiobmann
und die anderen mit diesen Fragen befaßten Politiker sich auch
hier auf die Unterstützung des höchsten Gremiums der Partei
stützen sollen.

Der vorliegende Antrag erscheint uns aus einem Grund besonders wichtig. Neben der NATO-Nachrüstung wird gegenwärtig kaum ein außenpolitisches Thema so heftig diskutiert wie die Lage in Zentralamerika. Wenn wir an dieser Diskussion nicht teilnehmen,

dann werden sich andere damit beschäftigen und dann werden andere die Diskussion dominieren. Das ist nicht in unserem Interesse.

Erinnern wir uns an die Situation vor 10, vor 15 Jahren, als die öffentliche Diskussion über den Vietnam-Krieg im wesentlichen von den Linken in Europa dominiert war. Es ist, glaube ich, unter anderem einer der Gründe, warum die Friedensdiskussion in Europa in diesen Tagen im wesentlichen doch noch weitgehend von der Linken dominiert wird, daß wir es jahrelang verabsäumt haben, zu außenpolitischen Themen Stellung zu nehmen.

Wenn wir uns die Diskussion über die Situation in Zentralamerika ansehen, dann fallen vor allem zwei Dinge auf: Es wird
häufig der Eindruck erweckt, daß zum Beispiel die Konflikte in
Nicaragua oder in El Salvador im wesentlichen Konflikte zwischen
zwei Parteien sind. Diese Schwarz-Weiß-Malerei, glaube ich,
trifft nicht zu.

So sagt man zum Beispiel, in Nicaragua sei die Alternative, entweder die Sandinisten oder die Somoza-Anhänger zu unterstützen. Das ist nicht das Thema! Es geht nicht um die Alternative Sandinisten oder Somoza-Anhänger, es geht um die Alternative: ein sandinistisches Regime mit doch sehr deutlichen Tendenzen in Richtung zu einem totalitären Staatswesen einerseits und ein demokratisches Staatswesen, wie das die ursprünglichen Bestrebungen des Umsturzes vom 19. Juli 1979 gewesen sind, anderseits. Das kommt in diesem Antrag zum Ausdruck und das muß sehr deutlich gesagt werden.

Ähnlich ist die Situation in El Salvador. Dort geht es nicht um eine blutrünstige Militärdiktatur auf der einen Seite und die Guerillas, die sich gerne als die quasi Robin Hoods Zentralamerikas darstellen, auf der anderen Seite. Auch dort geht es darum, die Kräfte der politischen Mäßigung, die Kräfte der politischen Mitte zu unterstützen. Diese Diskussion müssen wir in Europa führen, dieser Diskussion müssen wir uns stellen.

Voraussetzung dafür ist ein gewisser Grad von Information.

Die vorhandene Information ist in unseren Kreisen oft nicht im erforderlichen Ausmaß verbreitet. Oft übernehmen wir bewußt oder unbewußt aus den Zeitungen ein verzerrtes Bild und sind daher nicht in der Lage, den von den Linken verwendeten Argumenten Gegenargumente gegenüberzustellen.

So stellt sich für uns die konkrete Frage, was eine Partei wie die ÖVP hinsichtlich dieser Dinge in Zukunft tun soll. Die Antwort kann meines Erachtens nur sein: sich der breiten Diskussion stellen, die Diskussion führen, sich an der Diskussion beteiligen und sie nicht den Andersdenkenden zu überlassen.

Dieser Antrag, den wir heute dem Parteitag vorlegen, soll in diesen Dingen ein wenig Hilfestellung sein. Die Hoffnung ist, daß Sie, meine Damen und Herren, dem Antrag Ihre Zustimmung geben und - wenn Sie es noch nicht getan haben - in den eigenen Reihen, in den Landes- und Bezirksorganisationen der Partei die Diskussion führen, sich für diese Dinge interessieren, um sie nicht den politisch Andersdenkenden zu überlassen. In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Antrag Ihre Zustimmung zu geben. - Danke. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Haslauer: Ich bedanke mich.

Meine Damen und Herren! Die Diskussion ist abgeschlossen.

Die Antragsprüfungskommission beantragt die Gesamtverabschiedung
der vorliegenden Anträge mit drei Ausnahmen: Die Anträge 42,

70 und 73 werden getrennt behandelt.

Wir haben zunächst über die Prozedur abzustimmen.

Wer damit einverstanden ist, daß die Anträge gemeinsam verabschiedet werden, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Danke. Gegenprobe. - Einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur inhaltlichen Verabschiedung dieser Anträge.

Wer mit dem Inhalt einverstanden ist, den bitte ich wiederum um ein Zeichen mit der Hand. - Danke. Gegenprobe. - Ich kon- statiere die einstimmige Annahme.

Wir behandeln getrennt den Antrag 42.

Ich bitte den Herrn Generalsekretär, den Antrag zu stellen.

Berichterstatter Dr. Graff: Wir haben heute von unserem Freund Zach vom Seniorenbund beachtliche Argumente gegen die Altersklausel gehört. Es gibt natürlich auch Argumente für die Altersklausel.

Die Antragsprüfungskommission hat bei der Behandlung des Antrages gemeint, daß wir diesen Parteitag, der im Zeichen der Zukunftsdiskussion, der Wirtschaftsdiskussion steht, nicht auch noch mit einer Statutendebatte belasten sollten. Nur deshalb - und nicht, weil inhaltlich bereits in der einen oder anderen Richtung eine Entscheidung gefallen wäre - haben wir

gemeint, daß man über dieses Thema in der Bundesparteileitung weiter diskutieren und allenfalls dem nächsten Parteitag einen Antrag vorlegen sollte.

Die Kommission stellt daher den Gegenantrag, diesen Antrag der Bundesparteileitung zur Weiterbehandlung zuzuweisen.

Vorsitzender Dr. Haslauer: Danke.

Meine Damen und Herren! Gemäß § 16 unserer Geschäftsordnung ist über den Gegenantrag zunächst abzustimmen. Ich rufe ihn daher auf.

Wer mit dem Gegenantrag, über den der Herr Generalsekretär berichtet hat, einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Danke. Gegenprobe. - 5 Gegenstimmen. Mit überwältigende Mehrheit angenommen.

Wir kommen somit zum Antrag 70.

Ich bitte den Herrn Generalsekretär.

Berichterstatter Dr. Graff: Liebe Freunde! Am kommenden Montag ist der erweiterte Bundesvorstand der ÖVP versammelt, um die endgültige Linie der Partei zu weiteren Zuschußgewährung für die Verstaatlichte festzulegen. Es werden dort unser Verhandlungsteam, der Präsident Graf, Dr. Taus und Dr. Dietz sein, es serden auch unsere Freunde Wimmersberger und Paul Burgstaller dazu beigezogen werden. Es werden selbstverständlich, da sie dem erweiterten Parteivorstand angehören, auch die Landeshauptleute der betroffenen Regionen, Landeshauptmann Krainer, Landeshauptmann Ratzenböck und Landeshauptmann Ludwig anwesend sein.

Aus diesem Grund, und da heute Wimmersberger doch, obwohl er nicht gegen den Antrag direkt war, Bedenken gegen einzelne Formulierungen geäußert hat, glaube ich, daß es am besten ist - ich stelle den diesbezüglichen Gegenantrag -, diesen Antrag dem erweiterten Bundesvorstand zur Behandlung zuzuweisen.

Vorsitzender Dr. Haslauer: Sie haben den Gegenantrag gehört. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Danke. Gegenprobe. - 1 Gegenstimme. Mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Wir kommen damit zum Antrag Nr. 73.

0

Berichterstatter Dr. Graff: Hoher Bundesparteitag!

Ich respektiere die Motive der Jungen ÖVP, die zu diesem Antrag geführt haben. Ich glaube aber anderseits nicht, daß wir am 13. Oktober 1983 um 20.02 Uhr nun die Atomlinie der Partei mit einem Federstrich ändern sollten. Ich glaube, daß dieses Thmea noch diskussionswürdig und diskussionsbedürftig ist.

Ich stelle daher den Gegenantrag der Antragsprüfungskommission, diesen Antrag der Bundesparteileitung zur weiteren Behandlung zuzuweisen.

Vorsitzender Dr. Haslauer: Wer mit diesem Gegenantrag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Danke. Gegenprobe. - Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir sind damit am Ende unseres ersten Beratungstages. Tagesordnungspunkt 7 ist abgeschlossen.

Ich bin beauftragt, Ihnen vor Schluß unserer heutigen Tagung noch vier technische Details mitzuteilen. (Es folgen technische Mitteilungen.)

Unser morgiger zweiter Beratungstag beginnt pünktlich um 9 Uhr. Ich bitte Sie sehr, daß Sie, soweit Sie dazu in der Lage sind, auch am Ökumenischen Gottesdienst teilnehmen, der hier in diesem Raum morgen um 8 Uhr früh beginnt. Alle Delegierten und Gäste sind zum Besuch des Ökumenischen Gottesdienstes herzlichst eingeladen.

Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich sehr für Ihr langes Ausharren und darf damit den ersten Tag des Parteitages für geschlossen erklären.

Unterbrechung der Beratungen: 20 Uhr 5 Minuten

Wiederaufnahme der Beratungen: 9.15 Uhr

Vorsitzender Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Erhard

Busek: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freunde!

Liebe Delegierte zum Bundesparteitag! Ich eröffne den zweiten

Beratungstag des 24. Bundesparteitages der Österreichischen

Volkspartei und stelle fest – obwohl es sicher für manche

gestern etwas später geworden ist –, daß wir beschlußfähig

sind.

Bevor wir in der Tagesordnung fortschreiten, möchte ich besonders herzlich in unserer Mitte den Bundesminister der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland Gerhard Stoltenberg begrüßen. (Lebhafter Beifall.)

Herr Bundesminister! Sie merken an dem freundlichen Empfang, daß Sie herzlich willkommen sind und wir schon mit Spannung auf Ihre Ausführungen warten. Gleichzeitig gilt der Applaus auch unseren Freunden in der Bundesrepublik, der CDU unter Helmut Kohl, für ihre Erfolge, verbunden mit dem Wunsch, daß es für uns alle in Europa so weitergehen möge. (Beifall.)

Ebenso herzlich heiße ich willkommen Minister Anders Sjaastad, den Verteidigungsminister des Königreiches Norwegen, der als offizieller Vertreter der Europäischen Demokratischen Union und der Internationalen Demokratischen Union zu unserem Parteitag gekommen ist. (Beifall.) Ich begrüße sehr herzlich in unserer Mitte die offizielle Vertreterin der Europäischen Frauenunion, das Mitglied des Europäischen Parlaments Frau Ursula Schleicher. (Beifall.)

Ebenso ist zu uns nach Baden gekommen der Generalsekretär der Union Europäischer Christdemokratischer Parteien, Dr. Thomas Jansen. (Beifall.)

In herzlicher Verbundenheit begrüßen wir den Generalsekretär der Südtiroler Volkspartei Dr. Hosp. (Beifall.)

Bevor wir in der offiziellen Tagesordnung weitergehen, darf ich das Wort Minister Anders Sjaastad zu einem Grußwort geben.

Begrüßungsansprachen

Anders Sjaastad (Verteidigungsminister von
Norwegen - mit Beifall begrüßt): Sehr geehrter Bundesparteitag! Liebe Kollegen! Im Namen des HØYRE, der konservativen
Partei in Norwegen, bedanke ich mich bei Thnen sehr für die
Einladung, hier an dem Kongreß der Österreichischen Volkspartei
teilzunehmen. Es ist mir eine große Ehre und Freude, meine
österreichischen Parteikollegen zu begrüßen. Dazu kommt, daß
es immer nützlich ist, Erfahrungen und Gesichtspunkte mit guten
Freunden aus anderen Ländern auswechseln zu können. Zweifellos
ist meine Anwesenheit hier heute sowohl Ausdruck als auch
Resultat der verbesserten Zusammenarbeit zwischen konservativen und christlich-demokratischen Parteien.

Wie bekannt, hat vor kurzem eine Zusammenarbeit zwischen den Parteien der European Demokratic Union und der Pacific Demokratic Union begonnen. Als Resultat dieser Zusammenarbeit haben wir jetzt die Bildung der universellen Organisation, der International Democratic Union. Diese neue Organisation ist kleiner als die Sozialistische Internationale, wenn man nur auf die Zahl der angeschlossenen Parteien schaut. Ich finde es aber wichtig, daß hinter den Parteien der IDU mehr als 150 Millionen Wähler stehen. Diese Zahl ist viel größer als die der Sozialistischen Internationale und sagt viel über die heutige Bedeutung der konservativen und der christlich-demokratischen Parteien in den demokratischen Ländern.

Diese Erweiterung unserer internationalen Zusammenarbeit, die die Bildung der IDU repräsentiert, ist viel schneller gegangen, als man es sich vor nur ein paar Jahren denken konnte. Dies verdanken wir vor allem dem Einsatz Ihres Vorsitzenden, meines Freundes Dr. Alois Mock. (Beifall.) Unter seiner Leitung ist die European Democratic Union gewachsen und hat auch ihre Berechtigung gezeigt. Wir sehen jetzt mit Spannung und Erwarung den Resultaten seiner Arbeit in seiner Funktion als erster Vorsitzender der IDU entgegen.

Im Zusammenhang mit der großen Ausdehnung der EDU möchte ich auch gern Herrn Dr. Andreas Khol und seine Arbeit als Generalsekretär der Organisation würdigen. (Neuerlicher Beifall.) Ohne Zweifel dürfen wir feststellen, daß unsere internationale Zusammenarbeit nicht so gut wäre ohne diesen bedeutenden österreichischen Einsatz.

Als Repräsentant einer Partei, die in einem kleinen Land arbeitet, möchte ich gerne unterstreichen, daß wir großen Wert legen auf internationale Kontakte außerhalb offizieller Organe, die EDU und IDU ermöglichen. Vor allem ist dies von großem Wert, wenn es sich um die konservativen und christlichdemokratischen Parteien handelt, die sich aus verschiedenen Gründen nicht in der Regierungsposition befinden. Wir finden es besonders gut, daß diese Ausdehnung unter der Leitung von Menschen, die im internationalen Maßstab eine kleinerei Partei aus einem neutralen Land repräsentieren, stattgefunden hat. Dies sehen wir als eine Garantie an, daß EDU und IDU sich als unabhängige und selbständige Organisationen aller konservativen und christlich-demokratischen Parteien weiterentwickeln ohne Rücksicht auf die Größe eines Landes und sicherheits-oder handelspolitische Verknüpfungen.

Ich bin der Verteidigungsminister eines kleinen Landes, das wegen historischer Erfahrungen und geographischer Lage eine andere sicherheitspolitische Lösung als Österreich gewählt hat. Dessenungeachtet halte ich es für sicher, daß unsere zwei Länder denselben Wunsch nach einer möglichst umfassenden Abrüstung haben. Ich kann Ihnen versichern, daß die NATO zielbewußt und aufrichtig arbeitet, um sowohl taktische als auch strategische Kernwaffen und konven tionelle Streitkräfte abzurüsten. (Beifall.) Auf diesem letzten Gebiet leistet auch Österreich einen wesentlichen Beitrag als Gastgeber der MBFR-Verhandlungen.

In der NATO verstehen wir sehr gut die Angst vor der Zukunft, die hinter der neuen Friedensbewegung steht. Zur selben
Zeit sehen wir es auch als unsere Aufgabe an, zu unterstreichen,
daß wir durch einseitige westliche Abrüstung nicht auf Frieden
und Freiheit für die nächsten Generationen in unserem Teil der
Welt hoffen dürfen. (Neuerlicher Beifall.)

Einseitige westliche Abrüstung würde nur die Möglichkeiten der Benützung von politischem und militärischem Druck vergrößern, ein Druck, der in letzter Instanz den Frieden, den wir alle so gern bewahren wollen, bedrohen könnte. (Beifall.) Wie wir es sehen, können wir den Frieden und unsere Freiheit nur sicherstellen, wenn wir in unseren Verhandlungen gegenseitige und ausgewogene Abrüstungen der Streitkräfte erreichen können.

Liebe Freunde! Ich möchte mich noch einmal für die Einladung zu dieser Sitzung bedanken. Es ist mir eine Freude und
eine Inspiration, eine Partei zu besuchen, die einen solchen
Rückhalt in der Wählerschaft hat wie die Österreichische Volkspartei. In Norwegen haben wir natürlich die letzte Wahl mit
gespannter Aufmerksamkeit verfolgt, und wir haben gesehen, wie
nahe dem Wahlsieg Sie waren. Wir hoffen herzlich, daß Sie diese
Fortschritte weiterführen können, damit Ihre Partei bei der
nächsten Gelegenheit die Mehrheit erreicht. (Beifall.) Viel
Glück, Alois Mock, viel Glück, Österreichische Volkspartei!
(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. Busek: Herzlichen Dank, Anders Sjaastad, nicht nur für die freundlichen Worte, die Sie für die Tätigkeit der Österreichischen Volkspartei gefunden haben, und die guten Wünsche, die Sie uns dafür ausgesprochen haben, sondern auch herzlichen Dank für das Verständnis eines kleineren Landes für ein anderes kleines Land, das in Ihren Worten hervorgekommen ist, ganz besonders was die Fragen des Friedens in Europa betrifft.

Wie sehr wir die Bedeutung der EDU und der IDU schätzen, Anders Sjaastad, geht daraus hervor, daß wir unser "bestes Stück", unseren Bundesparteiobmann, für diese Tätigkeit hingegeben haben. (Beifall.) Allein daraus können Sie entnehmen, wie wichtig uns diese europäische und internationale Zusammenarbeit ist.

Im übrigen muß ich sagen, ich verstehe endlich die Regie, nämlich dem norwegischen Verteidigungsminister die Möglichkeit zu geben, die Parade des Präsidiums abzunehmen. Das erklärt die Aufstellung des Rednerpultes. (Heiterkeit und Beifall.)

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bitte nun zu einem weiteren Grußwort den Generalsekretär der UEDC, Dr. Thomas Jansen.

Dr. Thomas Jansen (Generalsekretär der UEDC - mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist für mich eine große Freude und eine besondere Ehre, der Österreichischen Volkspartei die Grüße und Wünsche der christlichen Demokraten Europæ anläßlich dieses wichtigen Kon-

gresses zu übermitteln. Ich grüße Sie, die Mitglieder und Delegierten der ÖVP, namens der EUCD, das ist die Europäische Union Christlicher Demokraten, deren Mitglied Ihre Partei ist. Und ich grüße Sie auch namens der EVP, der Europäischen Volkspartei, das ist die Föderation der christlich-demokratischen Parteien innerhalb der Europäischen Gemeinschaft.

Der amtierende Präsident der EUCD, Kai-Uwe von Hassel, wie auch der Präsident der EVP, Leo Tindemans, haben mich gebeten, Ihrem Bundesparteiobmann, Herrn Dr. Alois Mock, seinen Kollegen in der ÖVP-Führung und Ihnen allen beste Wünsche für weitere erfolgreiche Arbeit zu überbringen.

Sie haben in diesem Jahr, aufbauend auf stetige Bemühungen und systematische Arbeit, einen bedeutenden Wahlerfolg errungen. Herzlichen Glückwunsch dazu noch einmal bei dieser Gelegenheit. Das war eine Ermutigung für alle christlichen Demokraten Europas. (Beifall.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrte Freunde!
Ich halte es für eine glückliche Fügung, daß ich nach meiner kürzlich erfolgten Wahl als Generalsekretär von EUCD und EVP durch die Einladung der ÖVP hier bei Ihnen in Österreich die allererste Gelegenheit habe, mich einer der Mitgliedsparteien der EUCD auf einem Kongreß vorzustellen.

Erlauben Sie mir deshalb, daß ich es nicht bei der Übermittlung von Grüßen und Wünschen bewenden lasse, sondern Ihnen
auch folgendes sage: Wir brauchen in der EUCD die Mitarbeit der
ÖVP, und ich glaube, daß es auch für die ÖVP in ihrem politischen

Kampf um die Verantwortung für die Gestaltung Österreichs und seiner europäischen und internationalen Rolle wichtig ist, über eine organische und lebendige Verbindung mit den christlichdemokratischen Parteien in den verschiedenen Ländern Europas zu verfügen.

Denn wenn auch aufgrund unterschiedlicher historischer Entwicklungen, unterschiedlicher sozialer und wirtschaftlicher Verhältnisse, unterschiedlicher institutioneller Strukturen die innenpolitische Lage in all den verschiedenen Ländern Europas jeweils verschieden ist, so stehen wir christliche Demokraten doch überall in der gleichen Auseinandersetzung: auf der einen Seite mit einem mehr oder weniger kollektivistisch orientierten Sozialismus, der den Wert und die Kraft des einzelnen Menschen unterschätzt, und auf der anderen Seite mit einem mehr oder weniger individualistisch orientierten Liberalismus, der die soziale Gebundenheit des Menschen übersieht und sich im übrigen opportunistisch verhält.

Meine Damen und Herren! Ich weiß, es ist keine einfache Sache, die christlichen Demokraten Europas zu einer Aktionseinheit zusammenzuführen. Die Schwierigkeiten, die es zu meistern gilt, liegen alle in der eben erwähnten Verschiedenheit der Situationen begründet, in denen unsere Parteien in den einzelnen Ländern operieren.

Während unsere Freunde in dem einen Land gezwungen sind, mit Sozialisten zu koalieren, ist es für unsere Freunde in einem anderen oder einem dritten Land eine Selbstverständlichkeit, mit Liberalen oder mit Konservativen zusammenzugehen. Während sich hier in Österreich eine echte Volkspartei entwickeln konnte, die Mitglieder und Wähler aus allen sozialen Schichten anzieht, wird anderswo mehr oder weniger ausschließlich ein bürgerliches Publikum angesprochen. Und da jeder zunächst einmal von seiner Erfahrung, von seiner Kenntnis ausgeht, besteht in den einzelnen Mitgliedsparteien der Europäischen Union Christlicher Demokraten die Neigung, die zu Hause gewonnenen Maßstäbe an die Partner und eben auch an die europäische Parteienverbindung anzulegen.

Das kann anfangs nicht anders sein. Aber ich finde, daß wir diese Haltung in der Perspektive der Einigung Europas überwinden müssen. Wir machen dabei Fortschritte, aber es ist noch ein gutes Stück gegenseitiger Überzeugungsarbeit in den Gremien der EUCD und zwischen den einzelnen Parteien zu leisten. Und gerade hiefür, für diese Überzeugungsarbeit, brauchen wir den Beitrag der Freunde aus Österreich mit ihren spezifischen Erfahrungen auf dem Felde der internationalen Zusammenarbeit und mit ihren integrativen und ausgleichenden Fähigkeiten.

Aber, verehrte Freunde, ich erwähne dieses Problem nicht nur, um eine Einladung an die ÖVP auszusprechen, ihr Engagement in der Europäischen Union Christlicher Demokraten noch zu verstärken, sondern auch deshalb, weil es von grundsätzlicher Bedeutung ist; nicht allein übrigens im Hinblick auf unsere Bemühungen, eine europäische Aktionseinheit der CD-Parteien zu-

stande zu bringen. Es handelt sich vielmehr um das Problem der Probleme im Hinblick auf die Bemühungen, die Einigung Europas überhaupt voranzubringen.

So schwierig es auch sein mag, Parteien aus verschiedenen Ländern mit verschiedenen Traditionen und unterschiedlichen politischen Kulturen und Verhältnissen zu einer Aktionseinheit zusammenzuführen, es muß uns gelingen, wenn wir sicherstellen wollen, daß es mit der Einigung Europas weitergehen soll, daß die innere wirtschaftliche und soziale Gestaltung Europas den Menschen in unseren Ländern immer mehr Freiheitsräume sichert und immer mehr Möglichkeiten der Entfaltung bietet, daß schließlich die Europäer ihrer Verantwortung in der Welt, insbesondere bei der Sicherung des Friedens, gerecht werden können.

In diesem Sinne, Herr Präsident, meine verehrten Freunde, stehe ich der Österreichischen Volkspartei immer zur Verfügung, und ich hoffe auf eine gute und fruchtbare Zusammenarbeit in der Zukunft. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Busek: Herzlichen Dank, Herr Dr. Jansen! Vor allem auch Dank für die sehr prinzipiellen Ausführungen, die die Position der christlichen Demokraten in Europa beschrieben haben.

Wir wissen uns der Union seit ihrer Gründung verbunden, war doch die Österreichische Volkspartei mit ihrem ersten Generalsekretär Felix Hurdes in der Vorgängerorganisation, in der Nouvelle Equipe Internationale, sehr aktiv vertreten und betreibend, weil gerade ein Land in der damaligen Situation der wiedergewonnenen Freiheit gewußt hat, von wie großer Wichtig-

keit die Kooperation auf europäischer Ebene für uns ist. In diesem Sinne nochmals herzlichen Dank für Ihr Kommen und für Ihre Worte, die Sie vor dem Bundesparteitag gefunden haben.

Ich bitte nun die Präsidentin der Europäischen Frauenunion - sie ist es vor kurzem geworden -, Frau Abgeordnete
Ursula Schleicher, das Wort zu nehmen. (Beifall.) Gleichzeitig
bitte ich um Entschuldigung - ich bin nämlich in meiner Nachbarschaft schon gerügt worden -, daß die Damen die letzten
sind. Ich habe das aber eher als Krönung der Grußworte verstanden.

Ursula Schleicher (Präsidentin der Europäischen Frauenunion - mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine lieben Freunde der Österreichischen Volkspartei! Als ich gestern abend aus Deutschland eingeflegen kam, konnte ich schon eine Tageszeitung von heute bekommen und darin lesen, daß Ihr Bundesparteiobmann mit einer ganz hohen Prozentzahl wieder zum Vorsitzenden der Österreichischen Volkspartei gewählt worden ist. (Beifall.)

Ich möchte Ihnen dazu gratulieren und auch feststellen, daß gerade in einer Zeit, in der Ihre Partei – leider, muß ich sagen – in der Opposition steht, der Zusammenhalt ganz ungeheuer wichtig ist. Indem Sie Ihrem Vorsitzenden dieses große Vertrauen geben, zeigen Sie, daß Sie eine geschlossene, aktive politische Kraft in diesem Land sind. (Beifall.)

Ich danke Ihnen, daß Sie mich hierher eingeladen haben. Die Einladung erfolgte über Frau Tichy-Schreder, die Ende August neu in unseren Exekutivausschuß der Europäischen Frauenunion gewählt worden ist. Leider konnte Frau Dr. Schaumayer,
die bisher unsere Schatzmeisterin war, aus beruflichen Gründen
nicht mehr antreten. Aber wir freuen uns, daß Frau TichySchreder als Schatzmeisterin die bewährte Position der Österreichischen Volkspartei übernehmen konnte, und wir danken ganz
herzlich, daß sie uns mit ihrem Wissen und ihrer Kraft zur Verfügung steht. (Beifall.)

Es ist für mich hier, genau wie für Herrn Dr. Jansen, die erste öffentliche Veranstaltung nach meiner Wahl zur Präsidentin der Europäischen Frauenunion, und ich freue mich, daß ich gerade in unser befreundetes Nachbarland – ich komme ja aus Bayern – eingeladen worden bin. Es ist dies eine wichtige Station für mich am Anfang meiner Arbeit in der Europäischen Frauenunion.

Die internationale Zusammenarbeit unserer Europäischen
Frauenunion mit inzwischen 14 Mitgliedsländern hatte vor
30 Jahren ihre Wiege in Wien. Die Entwicklungen in unseren
Ländern liegen sehr unterschiedlich. Unsere Parteien waren
zum Teil gezwungen, Koalitionen mit sozialistischen Parteien
einzugehen oder die Oppositionsbank zu drücken. Im Ergebnis
wurden viele unserer Grundideen, Vorstellungen und Ziele verwässert, ja sogar ins Gegenteil verkehrt. Diese Haltung galt
zeitweise als fortschrittlich. Heute, nach schicksalhaften
Entwicklungen in vielen europäischen Staaten, haben wir alle
das Erbe sozialistischen Fortschritts in Form von Schuldenbergen und hoher Arbeitslosigkeit mitzutragen.

Wir können das Rad der Geschichte nicht mehr zurückdrehen. Aber, und das ist besonders wichtig, wir sollten negative Erfahrungen zum Anlaß nehmen, unsere politischen Vorstellungen daraus abzuleiten.

Im Bereich der sogenannten Frauenpolitik wurden in den letzten Jahren viele Experimente gemacht. Falsch verstandene Emanzipationsbewegungen führten eher zu einer Irritation, zu einer bindungslosen Gesellschaft, an deren Ende oft der Trümmerhaufen unbewältigter Partnerschaften zwischen Männern und Frauen steht. Das frühere Rollenverständnis war nach meiner Vorstellung nicht durch Schranken gekennzeichnet, sondern durch Leitlinien. Diese sind leider weggefallen. Die Verunsicherung durch Demontage des Rollenverständnisses brachte den Entzug der Orientierungshilfen.

Auf der anderen Seite aber stehen wir heute vor einer ungeheuren technischen Entwicklung mit den Bedenken und oft auch
mit der Sorge vor einer Manipulation des einzelnen. Bei der
Fülle an Informationen und Detailkenntnissen kann es leicht
passieren, daß der Blick für das Ganze verloren wird.

In der Vergangenheit haben Frauen immer wieder bewiesen, daß sie in Zeiten der Orientierungslosigkeit sehr wohl ein feines Gespür für die lebensnahen und lebensnotwendigen Entscheidungen haben. Ich habe deshalb gerade anläßlich unserer 15. Generalversammlung in München die Frauen Europas, die aus 14 Ländern bei uns zusammengeschlossen sind, aufgerufen, wieder alle ihre Kräfte zusammenzunehmen, ihre Erfahrungen und auch

das Grundsätzliche, was uns in unseren Parteien verbindet, zusammenzutragen und für die Gesellschaft von morgen mit einzubringen. Ich habe gesagt, wir müssen uns Gehör verschaffen mit
unserer Weltanschauung und dürfen nicht länger als Mahnerinnen
auftreten, sondern müssen konstruktive Beiträge liefern.

Ich habe die Frauen auch aufgefordert, und ich möchte Sie ganz herzlich bitten, daß Sie das auch in Österreich für die Frauen mit übernehmen, ihre Bescheidenheit aufzugeben und mehr zu kämpfen für unsere Grundsätze. Denn in einer Demokratie steigen die Chancen der Durchsetzung mit dem persönlichen Einsatz, mit der Überzeugungsfähigkeit. Wir sind eine Union, die, fest verankert in den eigenen Reihen, eine große Schlagkraft haben könnte. Und je mehr Gemeinsamkeit wir entwickeln, umso größer wird auch unser Erfolg sein. (Beifall.)

Die Bereitschaft, neue Wege in der Politik zu gehen, ist in allen Ländern gewachsen. Sorgen wir deshalb dafür, daß unser Einfluß ausschlaggebend ist für die Richtung, die in der Zukunft tonangebend ist.

Ich danke Ihnen herzlich für die Einladung und wünsche Ihnen noch einen guten Verlauf. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Busek: Sehr verehrte gnädige Frau!

Herzlichen Dank für die freundlichen Worte, die Sie für den

Bundesparteitag gefunden haben. Aber vor allem herzlichen Dank

für die Ermunterung zur politischen Arbeit der Frauen. Wir

glauben zwar, daß wir in der Österreichischen Volkspartei weit

fortgeschritten sind, aber ich vermute, daß es auch uns nicht

schaden kann, dazu aufgefordert zu werden, und zwar nach Geschlechtern getrennt: Die Frauen, es zu tun, und die Männer, es zu ertragen. (Heiterkeit und Beifall.)

Liebe Freunde! Wir kommen nun zur Tagesordnung des heutigen Tages. Dieser Tag ist der Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft gewidmet. Ich freue mich, daß es gelungen ist, den Bundesminister der Finanzen der Bundesrepublik und unseren Parteifreund Dr. Gerhard Stoltenberg trotz eines Terminkalenders, der von internen und europäischen Terminen geprägt ist, für das Referat zu diesem Thema zu gewinnen.

Ich darf für alle, die Gerhard Stoltenberg kennen - wir kennen ihn aus dem Fernsehen und von seinen politischen Aussagen - das Bild abrundend noch etwas zum Lebenslauf berichten. Er ist Jahrgang 1928, geboren in Kiel, er hat in Kiel Geschichte studiert und ist seit 1960 Dozent für neuere Geschichte in Kiel. Er war politisch von 1955 bis 1961 Vorsitzender der Jungen Union, dann von 1957 bis 1971 Mitglied des Bundestages. Er ist beruflich dadurch ausgewiesen, daß er Direktor bei der Firma Krupp gewesen ist. Von 1965 bis 1969 war Gerhard Stoltenberg Wissenschaftsminister, seit 1969 ist er stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU.

Von 1971 bis 1977 war er Ministerpräsident von Schleswig-Holstein. Es hat mich gestern persönlich sehr gefreut – ich durfte Gerhard Stoltenberg abholen –, daß er darauf hingewiesen hat, daß Schleswig-Holstein 1864 von den Österreichern befreit wurde. Der Konnex ist für Gerhard Stoltenberg aber nicht nur in dieser historischen Verbindung gegeben, die sich für uns mit dem Namen Tegetthoff – wir haben damals noch Schlachten auf hoher See gewonnen! – verbindet, sondern er ist auch ein Österreich-Fan, was die Tatsache zeigt, daß er seit Jahren in Österreich Urlaub macht und sich unserem Land verbunden fühlt.

Von 1977 bis 1978 war Stoltenberg Präsident des Bundesrates und ist seit 1982 Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland. Daß das kein leichtes Amt ist, kann sich jeder von uns vorstellen.

Umsomehr freuen wir uns, daß er nun zum Thema "Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft" zu uns sprechen wird.

Herr Bundesminister, ich darf bitten.

- 8. "Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft"
 - a) Referat des Bundesministers der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland Dr. Gerhard Stoltenberg

Referent Dr. Gerhard Stoltenberg (Bundesminister der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland - mit
lebhaftem Beifall begrüßt): Herr Tagungspräsident! Herr Bundesparteiobmann, lieber Herr Dr. Mock! Meine sehr verehrten Damen
und Herren! Liebe Freunde von der Österreichischen Volkspartei!
Für die freundschaftliche und ehrenvolle Einladung, vor Ihrem
Parteitag heute zu dem Thema "Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft" zu sprechen, bedanke ich mich vielmals. Ich bin Ihr Präsident hat darauf freundlicherweise schon hingewiesen -

Ihrem schönen Land durch viele Besuche und Begegnungen seit langem eng verbunden. Bei allen Unterschieden in der tagespolitischen Arbeit, in den Voraussetzungen sind unsere Parteien ja durch gemeinsame Grundwerte, durch Grundüberzeugungen und die enge Gemeinschaft in den internationalen Organisationen, in der EDU vor allem, unter der tatkräftigen Leitung Ihres Bundesparteiobmanns Dr. Alois Mock besonders eng geprägt. Ich will das hervorheben und schließe mich den Glückwünschen meiner Vorredner, lieber Herr Mock, für den großartigen Vertrauensbeweis an, den Sie gestern durch Ihre Freunde erhalten haben. (Beifall.)

Herzliche Grüße überbringe ich Ihnen allen im Namen der Christlich-Demokratischen Union und insbesondere unseres Vorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl. (Beifall.)

"Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft", dieses Thema erfordert schon eine etwas grundlegendere Besinnung und Standortbestimmung, aber natürlich auch praktische Folgerungen für die
uns in Europa gestellten politischen Aufgaben.

Die Jahre von 1980 bis 1982 markierten einen schweren weltwirtschaftlichen Einbruch. Rückläufige Produktionsziffern und steigende Arbeitslosigkeit kennzeichnen fast überall die Lage.

Die jüngsten verfügbaren Wirtschaftsdaten lassen jedoch erkennen, daß in einer Reihe wichtiger westlicher Industrieländer ein Erholungsprozeß in Gang gekommen ist. Das gilt im Augenblick vor allem für die Vereinigten Staaten von Amerika, aber beispielsweise auch für Japan, Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland. Der Internationale Währungsfonds hat seine Wachstumsvorhersagen für 1983 und 1984 gerade erst vor kurzem ein Stück nach oben revidiert.

Aber noch haben wir 35 Millionen Arbeitslose in den Mitgliedstaaten der OECD, und wir wissen auch, daß die Dauerhaftigkeit des wirtschaftlichen Erholungsprozesses da, wo er schon begonnen hat, noch keineswegs hinreichend gesichert ist. Einige Industrieländer, viele Entwicklungsländer und natürlich besonders auch einige osteuropäische Staaten führen einen verzweifelten Kampf gegen hohe Fehlbeträge in ihren Zahlungsbilanzen. Viele von ihnen haben viel zu hohe Auslandsschulden aufgetürmt, die nur schwer zu bedienen sind. So sind harte Anpassungsmaßnahmen in zahlreichen Ländern unausweichlich geworden, nachdem man allzu lange hohe Importe oft großzügig durch internationale Bankkredite finanziert hat.

In diesem Umfeld greift mancher Wirtschaftspolitiker gern zu der Ausrede, widrige Einflüsse von außen ließen eine bessere Politik im eigenen Land nicht zu. Solche Einflüsse gibt es sicherlich, und man muß in der Tat ja manchmal sehr nachdrücklich mit seinen ausländischen Partnern reden und sie an die Rückwirkung ihrer Politik für das eigene Land erinnern. Aber dies enthebt keinen Wirtschaftspolitiker der Aufgabe, auch unter schwierigen Bedingungen in seinem eigenen Land den richtigen Kurs zu steuern. (Beifall.) "Stability begins at home", heißt es im Englischen – Stabilität beginnt zu Hause –, und

jede Regierung muß gegenüber ihren Wählern Rechenschaft ablegen, was sie in eigener Verantwortung tut oder unterläßt, anstelle sich ständig mit den Fehlern anderer entschuldigen zu wollen. (Beifall.)

Erinnert man nun noch einmal, meine Damen und Herren, an die letzten eineinhalb Jahrzehnte, so fällt der Gegensatz zwischen der heutigen Wirklichkeit und dem nahezu grenzenlosen Optimismus der ausgehenden sechziger Jahre besonders ins Auge. Damals, in den ausgehenden sechziger Jahren, wurden Konjunkturkrisen und Beschäftigungseinbrüche gleichsam als Probleme der Vergangenheit angesehen. "Globalsteuerung" hieß die Formel anspruchsvoller linker Politik in Deutschland. Bei den Angelsachsen bezeichnete man dasselbe als "Demand Management", also Nachfragemanagement, Nachfragesteuerung, in Frankreich glaubte man sogar, mit "Planification" seien sowohl die konjunkturellen als auch die Strukturprobleme ein für allemal lösbar, und die sogenannte Keynesianische Finanzpolitik spielte in diesen Rezepturen eine überragende Rolle.

Heute ist der Katzenjammer über die Ergebnisse dieser Politik allenthalben groß. Dieselben Leute in Europa, die damals mit leuchtenden Augen und linken Parolen ausgingen, die Welt in kürzester Zeit zu verbessern, sind heute zu den großen Pessimisten und Zeitkritikern geworden. Sie vergessen nur, daß sie mit ihrer Gesellschaftskritik im wesentlichen ihre eigenen Mißerfolge der letzten 15 Jahre anklagen. (Beifall.)

Zur Bilanz der siebziger Jahre gehört ja, daß es fast nirgendwo gelungen ist, die öffentlichen Fehlbeträge, die Schulden in konjunkturell besseren Zeiten wieder entscheidend zurückzuführen. Maßgebliche Ursache dafür war ein Verständnis des Begriffs "sozial", das nicht mehr zwischen dem Notwendigen und dem Wünschenswerten zu trennen vermochte, sich dafür aber an maximalen Wachstums- und Wohlfahrtsvorstellungen berauschte.

Tatsächlich ging es bei der Politik der Nachfragesteuerung in den siebziger Jahren nicht nur um eine Verstetigung des Konjunkturablaufs - das ist ja ein sehr wichtiges Ziel -, sondern auch darum, alles auf einmal zu fordern, zu versprechen und zu erreichen: nachhaltiges Wachstum und die Erfüllung von Vollbeschäftigungsgarantien wie die großzügige Lösung der Verteilungsfragen und der sogenannten Strukturprobleme. Kurz gesagt: Unter dem Stichwort "deficit spending" oder volkstümlicher gesagt: "Finanzierung der Tageswünsche auf Pump" machte sich die Finanzpolitik zum generösen Bruder einer ausbordenden Sozial- und fehlgeleiteten Strukturpolitik.

So befand sich die Finanzpolitik binnen kurzem auf der Einbahnstraße in Richtung ungehemmter Ausgabenexpansion und Staatsverschuldung, für die in den meisten Ländern Europas Politiker dann immer die jeweils gerade wohlklingenden Sprüche und Rechtfertigungen wechselnder Situationen fanden.

Die Folgen dieser Politik sind bekannt. Sie variieren zwar von Land zu Land, im großen und ganzen sind sie einander aber recht ähnlich. Lassen Sie mich die wichtigsten nennen.

Der Staatsanteil ist überall gewaltig angeschwollen. Entsprechend gestiegen sind Steuern und Abgaben, und zwar mit allen Folgen für die private Verfügbarkeit von Einkommen und auch – das muß man sagen – für die private Risiko- und Leistungsbereitschaft. Mit dem Wachsen des Staatsanteils wird über einen immer kleineren Teil des Sozialprodukts dezentral, das heißt marktwirtschaftlich und, um es klarer zu sagen, auch von den Bürgern selbst verfügt und entschieden. Ein Netz von Vorschriften und Auflagen belastet die Bürger immer mehr, speziell auch die wirtschaftlichen Entscheidungsträger. Investitionen unterblieben, die Produktivität unserer Volkswirtschaften ist abgesunken.

Zu hohe Haushaltsfehlbeträge belasten die Kapitalmärkte und behindern die Kapitalbildung für produktive, arbeitsplatz-schaffende private Investitionen. Staatliche Zinszahlungen haben vielerorts bereits einen so hohen Anteil am öffentlichen Ausgaberahmen erreicht, daß sie die notwendige Offenheit und Beweglichkeit der Haushaltspolitik für Zukunftsaufgaben ernsthaft bedrohen.

Ich habe fast auf den Tag genau vor einem Jahr in der Bundesrepublik einen Haushaltsentwurf meiner sozialdemokratischen Vorgänger übernommen, der in diesem Jahr bedeutet hätte, daß der gesamte Zuwachs an Bundesausgaben praktisch für höhere Zinsaufwendungen in Anspruch genommen worden wäre. Meine Damen und Herren! Wenn ein Staat sich in eine solche Lagebegibt, dann gibt es keine Zukunftsperspektive mehr, dann fallen die Reden

der Politiker und das tatsächliche Handeln so weit auseinander, daß nicht nur die beteiligten Politiker in der Gefahr sind, ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren. (Beifall.) Hier gibt es auch einen Zusammenhang zwischen Haushaltspolitik und bestimmten sittlichen Grundfragen, auf die ich noch eingehen möchte.

Expansive Finanzpolitik und Vollbeschäftigungsgarantien haben in den letzten zwölf Jahren auch Illusionen und Fehlverhalten in der Einkommenspolitik gefördert mit der Folge, daß insbesondere viele europäische Unternehmen heute wegen zu hoher Arbeitskosten international nicht mehr ausreichend wettbewerbsfähig sind.

Schließlich: Der Autoritätsverlust des Staates, den wir heute in der Tat in einem gewissen Umfang beobachten können, hat seine Ursache wesentlich in der Erfahrung, daß sich der Staat in der Vielfalt der neu übernommenen Aufgaben so weit verstrickt hat, daß er selbst die Wirkungen seiner Aktivitäten kaum mehr zu beurteilen vermag. Die Belastungs- und Verteilungswirkungen des öffentlichen Steuer- und Übertragungssystems sind nahezu unberechenbar geworden. Ihr Gerechtigkeitsgehalt läßt sich deshalb auch nicht mehr schlüssig begründen.

In der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie in anderen westlichen Ländern haben sich die Wähler gegen diese Fehlent-wicklungen entschieden. In den Wahlen vom 6. März 1983 hat das christlich-liberale Regierungsbündnis einen überzeugenden Vertrauensbeweis erhalten, obwohl wir dem Bürger vorher gesagt haben, daß der Weg zur wirtschaftlichen Gesundung hart ist und

daß er auch Opfer verlangen wird. Gestützt auf diesen Wählerwillen haben wir sofort eine wirtschaftspolitische Kurskorrektur vorgenommen. Wir wollen abgehen von einer Politik,
die immer mehr Kräfte in die bürokratische Verwaltung des
Mangels steckt und damit Ressourcen vergeudet, die wir zur
schöpferischen Lösung unserer Zukunftsprobleme dringend benötigen. (Beifall.)

Wir verstehen dabei die Soziale Marktwirtschaft nicht nur als eine Wirtschafts-, sondern vor allem auch als eine Gesellschaftsordnung. Wir verstehen sie nicht nur als ein ökonomisches Programm, sondern auch als ein gesellschaftspolitisches Konzept, das eine menschliche Ordnung des Gemeinwesens fördert.

So erblickte bereits Ludwig Erhard die moralische Rechtfertigung einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in dem Erfordernis sozialverpflichteten Handelns. Es
sollte, so sagte er, durch staatliche Rahmenbedingungen gefördert werden, aber so, daß es vor allem in der sittlichen
Motivitation freier und verantwortlicher Menschen seine eigentliche Grundlage hat. In seiner berühmten Rede vor dem zweiten
Parteitag der CDU in der damaligen britischen Zone am 28. August
1948 in Recklinghausen sagte Ludwig Erhard - ich zitiere -:
"Nicht die freie Marktwirtschaft des liberalistischen Ausbeutertums einer vergangenen Ära, auch nicht das 'freie Spiel der
Kräfte', sondern die sozialverpflichtete Marktwirtschaft, die
den Wert der Persönlichkeit voranstellt, der gerechten Leistung

aber dann auch den verdienten Ertrag zugute kommen läßt, das ist die Marktwirtschaft moderner Prägung." Dieser Satz Ludwig Erhards ist heute aktueller denn je. (Beifall.)

Den Gründungsvätern der Sozialen Marktwirtschaft war immer bewußt, daß ihre eigentliche Bedeutung jenseits von Angebot und Nachfrage liegt. Freiheit und Würde, Selbstbestimmung und Selbstverantwortung, schöpferisches Handeln und soziale Verpflichtung sind die tieferliegenden Werte, auf die es ihnen ankam. Mit der Sozialen Marktwirtschaft verbanden sich christliche Soziallehren und liberale Grundgedanken in ganz idealer Weise. Sie schufen so das Fundament für eine marktwirtschaftliche Ordnung, die zweifellos eine bedeutende Fortentwicklung gegenüber früheren Wirtschaftsvorstellungen und Systemen auch marktwirtschaftlicher Prägung war.

Aber schon in den sechziger Jahren, vor allem aber im Vergangenen Jahrzehnt, fiel das geistig-moralische Erscheinungsbild der Sozialen Marktwirtschaft einem deutlichen Erosionsprozeß, einem Verzeichnungs- und Abnutzungsprozeß, zum Opfer. Für die einen verkürzte sie sich auf ein bloßes System zur wirksamen Erzeugung materieller Güter und war insofern mit jedem anderen Wirtschaftssystem austauschbar, wenn es nur eine ausreichende Steigerung der Produktion und des Wohlstandes in Aussicht stellte. Für andere wurde die Soziale Marktwirtschaft gleichgesetzt mit einem versorgungsstaatlichen Denken, das den einzelnen weitgehend aus seiner Eigenverantwortung entließ.

Beide Entwicklungen haben der Idee der Sozialen Marktwirtschaft Schaden zugefügt. Die Entkleidung dieser Idee von ihren eigentlichen geistigen Werten hat sie für Ideologen der verschiedensten Schattierungen angreifbar gemacht. Professionelle Wachstumspessimisten gehören ebenso dazu wie Linksideologen, die sich heute in Westeuropa wieder für Ideen erwärmen können, die man in den meisten westlichen Staaten längst auf dem Gerümpelhaufen unbrauchbarer Gesellschaftstheorien vermutet hatte.

Besonders schlimm für die Entwicklung und auch für die sittlichen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft war aber die Entgrenzung des Begriffs "sozial". Diese Entwicklung war in hohem Maße dafür mitverantwortlich, daß es nicht nur bei uns in Deutschland zu einer ständigen Ausweitung der Staatstätigkeit, einer verstärkten Konsumlastigkeit der Volkswirtschaft und damit eng verbunden zu einer immer maßloseren öffentlichen Verschuldung kam. Im Zuge dieser Entwicklung trat das für eine tragfähige Sozialpolitik unverzichtbare Subsidiaritätsprinzip mehr und mehr in den Hintergrund. In dem Maße, wie der einzelne aus seiner Eigenverantwortung entlassen wurde und die kleineren Einheiten vor allem der Familie geschwächt und abgewertet wurden, stieg das Anspruchdenken und - schlimmer noch die teilweise bewußte Ausbeutung der Sozialsysteme. Häufig wird gar nicht mehr gesehen, daß man sich hier letztlich doch nur gegenseitig in die Taschen greift, wobei die Ehrlichen und Bescheidenen oft auch noch die Dummen sind, eine sozial sicher nicht erwünschte Wirkung. (Beifall.)

Es geht, meine Damen und Herren, unter diesen Vorzeichen heute vor allem um die folgenden Grundelemente der Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik:

- 1. Soziale Marktwirtschaft heißt insbesondere und zuerst Vertrauen in die unersetzlichen schöpferischen Kräfte des Menschen, schöpferisch in der beruflichen Leistung, aber natürlich auch in Kultur und Wissenschaft wie in der Wirtschaft, schöpferisch und produktiv aber auch in der Solidarität gegenüber dem Nächsten. Wirtschaftliche Entscheidungen sollen deshalb nicht durch Macht, sondern durch den Markt, das heißt durch Wettbewerb gefällt werden. Das Wettbewerbsprinzip verbindet den Leistungswillen des einzelnen mit dem Wohl des ganzen und wirkt gleichsam als elementare Triebkraft wirtschaftlicher Entwicklung. Wettbewerb begrenzt und verteilt wirtschaftliche wie politische Macht und sichert damit Freiheitsräume.
- 2. Privateigentum und Preismechanismus gewährleisten in der Marktwirtschaft, daß mit den vorhandenen Ressourcen sorgsam umgegangen und Knappheit überwunden wird. Marktwirtschaft hat damit in sich schon gleichsam eingebaut auch eine "soziale" Komponente. Größtmögliche Preisstabilität ist dabei die unerläßliche Voraussetzung, daß sich die Marktkräfte stetig entfalten können.
- 3. Der Markt kann allerdings nicht alle Fragen lösen, und die Ergebnisse des Marktes können teilweise auch nicht uneingeschränkt hingenommen werden.

Soziale Marktwirtschaft heißt deshalb, freiheitliche Entfaltung aller durch Setzung von Rahmenbedingungen zu ermöglichen, gleichsam die Spielregeln festzulegen, in denen wirtschaftliches Geschehen sich zu vollziehen hat. Der Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft soll gleichermaßen wirtschaftlichen wie auch anderen gesellschaftlichen Zielen Rechnung tragen. So ist in diesem Verständnis Soziale Marktwirtschaft ein offenes, dynamisches System, das Spielräume eröffnet und Verpflichtungen schafft vor allem auch für die soziale Sicherung der Schwachen.

4. Die Aufrechterhaltung des Ordnungsrahmens der Sozialen Marktwirtschaft setzt einen starken demokratischen Staat voraus. Die Stärke des Staates soll aber aus Selbstbescheidung und strenger Beachtung des Subsidiaritätsprinzips erwachsen. Sonst entsteht eine unerträgliche Überforderung der Politik und der Verwaltung, die ihre wichtigsten Aufgaben nicht mehr erfüllen und stattdessen in sekundären Bereichen in bürokratische Reglementierungswut verfallen. Dies wäre eine ernste Gefährdung des demokratischen Staates. (Beifall.)

Der Staat muß vor allem Vertrauen schaffen, er muß dafür sorgen, daß sich Haushalte und Unternehmen, Sparer und Investoren auf sicherem Boden fühlen und nicht ständig befürchten müssen, daß ihre Entscheidungen in den Grundlagen in Frage gestellt werden.

Wenn heute von vielen so vehement auf die vermeintlichen Mängel der Marktwirtschaft hingewiesen wird, so ist dem entgegenzuhalten, daß es gerade die systemfremden Elemente und Entwicklungen sind, die die auch heute vorhandenen Antriebs-

kräfte so entscheidend behindern. Wenn die Lücke zwischen wirtschaftlicher Anstrengung und wirtschaftlichem Ertrag durch Steuern und Abgaben immer größer wird, wenn staatliche Vorschriften und Markteingriffe ständig zunehmen und wenn Leistung und Erfolg von manchen fortlaufend diffamiert werden, dann darf man sich nicht wundern, wenn das tatsächliche Ergebnis weiter hinter den Möglichkeiten zurückbleibt. (Beifall.)

Wir müssen uns auch mit dem Vorwurf auseinandersetzen,
Soziale Marktwirtschaft sei gut gewesen für die Lösung der
großen Nachkriegsaufgaben, aber für die ganz anders gestellten
Aufgaben unserer Zeit ungeeignet. Wer so argumentiert, hat das
Wesen des Marktes und der Sozialen Marktwirtschaft nicht verstanden. Interessanterweise kommt der Vorwurf auch häufig von
jenen, die dem Markt immer schon mit Mißtrauen gegenüberstanden
und ihr Heil in staatlichen Vorschriften und Dirigismen suchen.
Damit nimmt der Interventionismus fortlaufend zu und schafft
eben jenen Zustand, den dann alle beklagen.

Verlorengegangenes marktwirtschaftliches Terrain muß insbesondere dadurch zurückgewonnen werden, daß der Kurs der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik wieder glaubwürdig und berechenbar wird. Die kürzlich beendete Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in Washington haben dieses Erfordernis auch auf internationaler Ebene bestätigt. Vor allem drei Orientierungspunkte waren im Grunde unumstritten:

- 1. Die weit überhöhten Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten müssen abgebaut werden.
- 2. Die Fortschritte bei der Bekämpfung der Inflation dürfen nicht wieder aufs Spiel gesetzt werden.
- 3. Unsere Volkswirtschaften müssen wieder eine größere Beweglichkeit gewinnen. Dies schließt vor allem die Notwendigkeit ein, den Preis- und Marktmechanismus wieder stärker wirksam werden zu lassen.

In der Bundesrepublik Deutschland haben wir, wie Sie wissen, die Gesundung der öffentlichen Haushalte mit großem Nachdruck in Angriff genommen und diesem Ziel Priorität gegeben. Wir sind davon überzeugt, daß die mit dieser Gesundung verbundene Freisetzung von Ersparnissen für private Investitionen und die entsprechende Verbesserung des wirtschaftlichen Gesamtklimas auch konjunkturell höher einzuschätzen sind als neue staatlich finanzierte Kreditprogramme. (Beifall.)

Die gegenwärtige konjunkturelle Belebung in der Bundesrepublik Deutschland bestätigt uns in dieser Ansicht. Wir
sind noch nicht über dem Berg. Aber Sie können gerade heute
morgen auch in einer österreichischen Zeitung lesen, das
führende Konjunkturforschungsinstitut der Bundesrepublik, IFO,
sagt nach einer intensiven aktuellen Befragung von vielen,
vielen Unternehmen, man erwarte im nächsten Jahr einen kräftigen Konjunkturaufschwung. Ich selbst würde diesen Sachverhalt noch etwas behutsamer formulieren. Aber im Trend ist das
richtig, und ich verweise, wie gesagt, auf die Schlagzeile
heute in Ihrer und in unserer Presse.

Ich glaube, daß das auch eine Ermutigung ist, auf dem begonnenen Weg weiterzugehen. Wir müssen mit Illusionen Schluß machen. Der Ansatzpunkt für die Gesundung muß bei der Begrenzung der Staatsausgaben und nicht bei der ständigen weiteren Erhöhung der ohnehin überhöhten Steuern und Abgaben für die Bürger liegen. (Starker Beifall.)

So haben wir auch in diesem Jahr in den Beschlüssen vom 29. Juni für 1984 bei einer großen Zahl von Ausgaben ganz erheblicheweitere Einsparungen vorgesehen, und die mittelfristige Finanzplanung sieht eine Fortsetzung dieser Politik vor.

Bei der Gesundung des Haushalts geht es uns auch um eine Rückführung des Staatsanteils und um eine Erhöhung der volks-wirtschaftlichen Investitionsquote. War das Bekenntnis der siebziger Jahre die maximale Steigerung des Gegenwartkonsums zunehmend auf Pump, so müssen die achtziger Jahre wieder im Zeichen von Investitionen und Zukunftsvorsorge und nicht nur verbaler, sondern auch finanzpolitischer Verantwortung für die nächste Generation, für unsere Kinder stehen. (Lebhafter Beifall.)

Zum geistigen Klima der siebziger Jahre gehörte ja auch eine zunehmende Geringschätzung der Unternehmer pauschal mit dem abgedroschenen Vokabular des Neomarxismus und Anti-kapitalismus, eine Mißachtung von Risikobereitschaft und persönlichem Wagemut, die nicht mehr als Motor des wirtschaft-lichen und gesellschaftlichen Fortschritts verstanden wurden.

Zusammen mit einer regulierenden und abschöpfenden Allgegenwart des Staates hat diese Entwicklung in Deutschland
dazu geführt, daß der volkswirtschaftliche Investitionsanteil
dramatisch absank und auch die Eigenkapitalquote der Unternehmen in erschreckendem Umfang zurückging. Dies hat sich in
den letzten Jahren der Rezession und Stagnation als eine tödliche Gefahr für zahlreiche Unternehmen und erschreckend viele
Arbeitsplätze erwiesen. Die Schärfung des Bewußtseins dafür,
daß gesunde private Unternehmen kein notwendiges Übel sind,
sondern eine zentrale Stellung im marktwirtschaftlichen Prozeß, aber auch in der Arbeitsmarktpolitik einnehmen, muß zumindest eine dauerhafte Lehre aus den bitteren Enttäuschungen
der letzten Jahre sein. (Beifall.)

Keine Volkswirtschaft kann im Fieber der Inflation gedeihen. Insbesondere die Wechselbäder zwischen zunehmenden Preissteigerungsraten und den schließlich doch notwendig werdenden Bremsmanövern schaffen ein Klima der Unsicherheit. Einmal werden die Sparer, dann wieder werden die Investoren enttäuscht. Das Endergebnis sehen wir heute: Die Sparer verlangen mittlerweile höhere Prämien für ihr Sparkapital – einer der Gründe für die Zinshöhe –, und das Zaudern der Investoren ist angesichts vergangener Erfahrungen ganz verständlich. Vor allem aber haben wir erlebt, daß eine Politik, die Inflation im Interesse anderer wirtschaftlicher oder angeblich sozialer Ziele in Kauf nimmt, zutiefst unsozial ist. (Beifall.)

Zur Bilanz der letzten 18 Monate in der Bundesrepublik Deutschland gehört auch, daß die Inflationsrate von 5,8 Prozent Anfang 1982 auf jetzt 2,9 Prozent zurückgegangen ist. Die zentrale Bedeutung einer solchen Entwicklung – ich sage das offen – ist auch manchen meiner eigenen Freunde noch nicht bewußt: Ein Rückgang der Inflationsrate um rund 3 Prozent ist in den sozialen Wirkungen vor allem für die sozial Schwächeren unvergleichlich wichtiger als alles, was wir an aktuellen Kürzungs- und Verteilungsdiskussionen im deutschen Bundestag hin und her bewegen. (Beifall.)

Eine Politik, die im Vergleich zu anderen wichtigen Zielen diese niedrige Geldentwertungsrate mit einer sehr hohen Priorität ausstattet, ist nicht nur ökonomisch sinnvoll, sondern auch sozial richtig.

Nun gibt es angesichts einer immer noch schwachen Konjunktur eine starke Neigung, Arbeitsplätze auch durch staatliche Förderungsmaßnahmen zu erhalten. Allein zu dem leidigen
Thema Subventionen, meine lieben Freunde, könnte ich Ihnen aus
den Erfahrungen eines Finanzministers einen Vortrag halten. Er
würde sehr interessant werden: Theorie der öffentlichen Debatte
und Praxis des Verhaltens so vieler leider auch in der privaten
Wirtschaft bei uns, die nicht immer ihren eigenen hehren Reden
auf Kammerveranstaltungen und Verbandstagungen gerecht werden,
wenn es um die Gelder geht, die man zusätzlich noch haben will.

Jede einzelne Maßnahme für Erhaltungssubventionen mag in sich ja begründbar sein; es gibt Gründe, dies in einzelnen Fällen zu tun. Aber in der Summierung solcher Maßnahmen liegt auf längere Sicht eine schwerwiegende Gefahr, daß man überholte, weltwirtschaftlich nicht mehr wettbewerbsfähige Strukturen zu lange erhält und damit immer mehr an Wettbewerbsfähigkeit verliert. Meistens wird die notwendige Anpassung nur hinausgezögert, wobei die späteren Folgen für die Betroffenen dann häufig härter sind und abrupter eintreten als bei einer früheren Reaktion auf veränderte Bedingungen.

Eine Volkswirtschaft, die dynamisch bleiben will, muß sich daher der internationalen Konkurrenz stellen und muß bereit sein, die Herausforderungen der internationalen Arbeitsteilung anzunehmen. Das heißt nicht nur subventionieren, sondern vor allem neue, anspruchsvollere Produktionen und die Arbeitsplätze von morgen systematisch fördern und begünstigen. (Beifall.)

Die Weltwirtschaft kann in keine dauerhafte Erholungsphase eintreten, wenn Handelshemmnisse beibehalten oder noch
verschärft werden. Wir müssen daher weiterhin auf einen Abbau
solcher Maßnahmen drängen. Auch die Entwicklungsländer werden
nicht aus ihren Schuldenbergen herauswachsen können, wenn sie
bei uns in den Industrieländern vor verschlossenen Märkten
stehen. Daß ein Offenhalten der Märkte die Industrieländer
vor weitere Probleme der Strukturanpassung stellen wird, ist
völlig klar. Es gibt aber im Grundsatz keinen anderen Weg.

Umgekehrt müssen aber auch die Entwicklungsländer erkennen, welcher Wert in einer offenen arbeitsteiligen und
marktwirtschaftlich orientierten Weltwirtschaft liegt, und
zwar für alle Beteiligten. Es gibt ja auch eindrucksvolle
Beispiele in der Dritten Welt dafür, daß Länder, die sich
dort marktwirtschaftliche Regeln zunutze gemacht haben, große
Erfolge bei der Überwindung von Hunger und Armut erzielten.
Eine "Neue Weltwirtschaftsordnung" als Zuteilungswirtschaft
dirigistischer Prägung wäre ganz sicher ein Irrweg.

Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft heißt also Erneuerung der Grundlagen und Anwendung der Erkenntnisse auf die konkrete Situation, aber auch die Einstellung auf veränderte Herausforderungen unserer Zeit.

Ich will das noch einmal kurz an Hand von zwei Beispielen sichtbar machen: Sozialpolitik und Umweltschutzpolitik.

Für die Gründungsväter der Sozialen Marktwirtschaft bezeichnete der Begriff "sozial" nicht nur die manchmal notwendige Korrektur des Marktergebnisses, sondern soziales Bewußtsein der Menschen aus sittlicher Verantwortung. Gemeint war damit, daß Soziales sich keineswegs nur zum Staat und in seine Institutionen zurückziehen darf.

Im Gegenteil: Sozial verpflichtetes Handeln ist zunächst die Aufgabe jedes einzelnen, es bedeutet Mitmenschlichkeit und christliche Nächstenliebe, und es bedeutet auch, daß die Freiheit des einen dort endet, wo die Freiheit des anderen beginnt oder, anders gesprochen, wo die Grenze liegt, die Freiheit und

und Würde des anderen bedroht. Sozialstaatlichkeit bezeichnet somit sehr viel mehr einen gesellschaftlichen und moralischen Bewußtseinszustand als etwa die Summe der staatlichen Transferleistungen und Institutionen. Man sollte daher auch damit aufhören, alles und jedes mit dem Attribut sozial versehen zu wollen, was heute oft nur einseitiges Gruppendenken ist und Anspruch an die Gesellschaft, ohne weiter zu fragen, ob dieses Etikett auch wirklich an dieser Stelle angebracht ist. (Beifall.)

Heute geht es aufgrund der geschilderten Fehlentwicklung darum, das soziale Bewußtsein des einzelnen wieder zu schärfen. deutlich zu machen, wo Soziales zum Unsozialen in der Wirkung werden kann, und schließlich geht es darum, mehr an Freiheit und Selbstverantwortung zurückzugewinnen. Sozialpolitik ohne Subsidiarität schafft reines Anspruchsdenken und kann rasch in einer völligen Aushöhlung des sozialen Sicherungssystems enden. Wenn es zur gängigen Übung wird, aus den Sozialversicherungen möglichst viel herauszuholen, und wenn es noch zur Mode werden sollte, die sozialen Sicherungssysteme als Instrument zur Gesamteinkommensverbesserung zu mißbrauchen, dann würde sich das Schwungrad zwischen immer höheren Beitragszahlungen für die ehrlich Arbeitenden einerseits und Leistungsanforderungen an die Systeme andererseits immer schneller drehen, und die Folge wären schließlich eine Auflösung des Generationenvertrages und der Verlust jedes Freiheits- und Gestaltungsraums.

Ein wichtiges Aufgabenfeld für die Bewährung der Sozialen Marktwirtschaft liegt heute im Umweltschutz. Wir begegnen ja der Meinung, mit marktwirtschaftlichen Methoden ließen sich die gewaltigen Probleme dieses Bereichs nicht lösen. Manche machen auch den Markt in seiner angeblichen Rücksichtslosigkeit direkt für diese Probleme verantwortlich. Daß zumindest das letzte nicht zutrifft, zeigt uns ein Blick über unsere Grenzen in die Tschechoslowakei und in die DDR. Dort, wo es keine Marktwirtschaft gibt, sind die Umweltschäden und Probleme zweifellos noch dramatischer, ohne unsere eigenen Probleme unterschätzen zu wollen.

Soziale Marktwirtschaft und Umweltschutz sind kein Gegensatz. So wie die Soziale Marktwirtschaft ja auch auf anderen Gebieten wie etwa im Wettbewerbsrecht den Rahmen setzt, so hat sie auch auf dem Gebiet des Umweltschutzes entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen. Was wir brauchen, ist ein umfassenderer und wirksamerer ökologischer Ordnungsrahmen, der die Gefährdungs- und Verbotstatbestände im Umweltbereich fixiert und klare Ziele und Grenzen vorgibt, an die sich Unternehmen und Bürger zu halten haben. Rechtsunsicherheit und ein Übermaß an Bürokratie sollten dabei allerdings vermieden werden.

Irreführ**end** ist auch die modische Haltung, einen Gegensatz zwischen Umweltschutz einerseits und Wirtschaftswachstum sowie technischem Fortschritt andererseits zu konstruieren. Umweltschutz braucht vielmehr eine starke ökonomische und wissenschaftliche Basis für die Aufbringung der erforderlichen

Investitionsmittel und die Weiterentwicklung der Technik für die wirksame Beseitigung bzw. Vermeidung von Schäden. Wer die Innovationskraft des Wettbewerbs und die Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft ausschalten will, kann nicht die Mittel, die finanziellen und konzeptionellen Kräfte aufbringen, die der Umweltschutz in Zukunft erfordert, ja er vermag nicht einmal den heutigen Stand zu sichern.

Meine Damen und Herren! Nach den Irrungen und Übersteigerungen der siebziger Jahre müssen wir in diesem Jahrzehnt wieder Maß und Mitte gewinnen. Die Ausgaben und Ansprüche haben sich den bescheideneren Wachstumsmöglichkeiten konsequent anzupassen. Ja wir müssen sogar noch darunter bleiben, weil die gewaltige Schuldenlast der siebziger Jahre mit sprunghaft steigenden Zinsbelastungen für unsere öffentlichen Haushalte den Spielraum für Umverteilungen noch stärker einengt.

Man muß das klar an den Anfang jeder politischen Analyse, auch jeder Programmdiskussion stellen: Die siebziger Jahre waren im Grunde ein über Pump finanzierter Vorgriff auf Wachstum, das überhaupt noch nicht stattgefunden hatte. Das ist der Sachverhalt, und man muß ihn betonen. (Beifall.)

In Deutschland etwa, in einer merkwürdigen Situation, sind es dieselben Leute, die damals in der Ära Brandt maximales wirtschaftliches Wachstum propagierten und herstellen wollten, die heute zum Teil, mit den geistigen Veränderungen der ausgehenden siebziger Jahre, in das Lager der Wachstumsgener und Wachstumszweifler übergegangen sind, wobei sie

nur vergessen haben, meine Damen und Herren, auf der Ausgabenseite des Staates diesen Prozeß mitzuvollziehen. Da soll das Wachstum ungehemmt weitergehen. (Beifall.)

Wir müssen den Realitäten der modernen arbeitsteiligen Welt ins Auge sehen und mutig die erforderlichen Entscheidungen treffen. Niemand kann sich vom internationalen Wettbewerb und technischen Fortschritt abwenden, ohne sein Land in eine schwere Existenzkrise zu führen. Die verantwortungsbewußte Anwendung der Ergebnisse von Naturwissenschaft und Technik ist erforderlich, auch ökologisch geboten. Aber die Fluchtbewegungen in alternative und grüne Scheinwelten sind in Wahrheit sozial unverantwortlich und politisch ohne jede Zukunftsperspektive. (Beifall.) Es ist an der Zeit, die Ende der sechziger Jahre einsetzende Ära des Neomarxismus geistig zu überwinden und durch eine Wiedergeburt freiheitlicher und christlich-sozialer Ideen, durch Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft abzulösen.

Das ist das Gebot unserer Zeit nach der Bilanz von zwölf
Jahren linker Ideologie und weithin auch einer solchen Politik
in Europa. Wir sind aufgerufen als christliche Demokraten, als
Christlich-Soziale und moderne Konservative, diese Aufgabe für
Europa nicht nur politisch, sondern auch geistig und moralisch
zu bewältigen. (Lebhafter Beifall.)

Wir sollten uns dabei wieder auf das besinnen, was Walter Eucken, der große Nationalökonom und geistige Erneuerer markt-wirtschaftlichen Denkens in Deutschland, meinte, als er sagte:

"Die moderne Freiheitsfrage hängt mit der Frage der Wirtschaftsordnung aufs engste zusammen", und als er feststellte: "Alles spitzt sich auf die Frage zu: Welche Ordnungsformen gewähren Freiheit?"

In die gleiche Richtung zielte auch Ihr berühmter Landsmann, der Träger des Nobelpreises für Nationalökonomie,
Friedrich August von Hayek, der betonte: "Freiheit ist nicht nur ein System, sondern auch ein Ideal, das nicht erhalten wird, wenn es nicht selbst als beherrschendes Prinzip anerkannt wird, das alle gesetzgeberischen Maßnahmen lenkt." Für beide, Eucken und Hayek, wie für Erhard und Röpke war und ist Marktwirtschaft vor allem auch eine Voraussetzung zur Bewahrung der Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit, nicht nur ein Instrument zur Produktionserzeugung und zur Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse.

Unsere hochentwickelte und zugleich so empfindliche
Zivilisation ist noch stärker als früher auf die Zusemmenarbeit der verschiedenen Gruppen innerhalb eines Landes,
der Länder untereinander und auf ein Mindestmaß an Gesamtkonsens angewiesen. Zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft gehört es deshalb auch, diese Grundübereinstimmung
wieder zu beleben und so gemeinsam Lösungen für die gewaltigen
Probleme von heute und morgen zu finden.

Wir alle, meine lieben Freunde, wissen, daß sich langjährige Fehlentwicklungen nicht mit einem einzigen Kraftakt korrigieren lassen. Die Gesundung der Wirtschaft, die Sanierung der öffentlichen Finanzen und der sozialen Sicherungssysteme, die Lösung der Arbeitsmarktprobleme und die Schaffung eines ökologischen Ordnungsrahmens für die Soziale Marktwirtschaft können nur in einer großen, über Jahre wirksamen Anstrengung erreicht werden. Aber wir stellen uns dieser Aufgabe. Wenn wir dabei auf die unverändert vorhandenen schöpferischen Kräfte bauen, diese wecken, fördern und ermutigen, wenn wir auf Interessenausgleich und soziale Verantwortung setzen, dann haben wir im freien Europa sicherlich eine verläßliche Perspektive für eine gute Zukunft.

Diese gute Zukunft wünsche ich auch Ihnen in Ihrer Arbeit als Österreichische Volkspartei, Ihrem schönen Land und seinen Bürgern und uns gemeinsam in der guten Nachbarschaft und Freundschaft. Schönen Dank! (Langanhaltender starker Beifall und Bravo-Rufe.)

Vorsitzender Dr. B u s e k : Sehr geehrter Herr Bundesminister! Lieber Gerhard Stoltenberg! Die Zustimmung der
Delegierten des Bundesparteitages der Österreichischen Volkspartei hat Ihnen und uns bewiesen, daß das Aufzeigen sozusagen
ganz normaler wirtschaftlicher Gesetze nach 13 Jahren Kreiskonomics
wirklich wohltuend ist. (Beifall.)

Es war wohltuend, zu hören, daß zweimal zwei vier ist und daß man darüber nicht diskutieren kann, daß der Markt seine Gesetze hat, daß er wahrscheinlich immer noch das Wirksamste ist und daß es nicht Aufgabe des Staates ist, als allgemeiner

Beglücker aufzutreten, sondern vernünftige Rahmenbedingungen für jene zu schaffen, die durch ihren Einfallsreichtum, durch ihre Arbeit, durch ihre Leistung bestrebt sind, für sich und andere das Beste in unserer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu leisten.

Für diese Klarheit des Aufzeigens, die gerade in der wirtschaftspolitischen Diskussion in Österreich vonnöten ist, möchte ich Ihnen sehr, sehr herzlich danken. Aber auch danken dafür, daß nicht nur die akuten Probleme unserer wirtschaftlichen Entwicklung, sondern auch die prinzipiellen ideellen Gedanken zum Ausdruck gekommen sind: die Bedeutung einer gesunden Umwelt genauso wie unsere Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen, deren Zukunft wir nicht jetzt schon ausgeben dürfen.

Ich glaube, wir können Ihnen und uns nur eines wünschen:
"Glück auf!" für Ihre Tätigkeit in der Bundesrepublik, "Glück
auf!" für unsere gemeinsame Verantwortung für die Zukunft
unserer Länder! (Beifall.)

Ich übergebe den Vorsitz an den regionalen Hausherrn, Landeshauptmann Siegfried Ludwig. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann Mag. Siegfried Ludwig:
Ich danke Kollegen Busek für die mustergültige Vorsitzführung.

Wir gehen nun in der Behandlung der Tagesordnung weiter und kommen zu Punkt 8 b) der Tagesordnung: Wirtschaftspolitische Debatte.

Vorerst bitte ich den Wirtschaftssprecher der ÖVP, Präsident Robert Graf, um die Erläuterung der vorliegenden Resolution.

8 b) Wirtschaftspolitische Debatte

Abgeordneter zum Nationalrat Präsident Robert Graf (mit Beifall begrüßt): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist an sich nicht einfach, ein wirtschaftspolitisches Papier einer in Opposition befindlichen Partei zu kommentieren, noch dazu nach der Rede eines Konservativen, der an der Macht ist. Ich werde Sie also bitten, mir nach den Ausführungen von Herrn Stoltenberg zuerst einmal in die Niederungen österreichischer Wirtschaftspolitik aus der Sicht einer Oppositionspartei zu folgen. Ich werde mich ferner bemühen, dieses Ihnen vorliegende Papier Wirtschaftspolitische Leitlinien dem Bundesparteitag ganz kurz zu kommentieren.

Ich möchte dazu zwei Dinge als Einleitung sagen. Dieses Papier ist die Fortsetzung wirtschaftspolitischer Ideengänge, die wir für richtig erachten, und es beinhaltet daher, wenn Sie es kritisch sehen, nichts Neues, sondern nur richtige Tatsachen, die wir fortschreiben. Ich gebe Ihnen unumwunden zu, es ist viel einfacher, täglich neue Schlaglichter zu setzen, als den Transport wirtschaftspolitischer Überlegungen auf die Dauer zu bewerkstelligen. Ich bekenne mich aber dazu, daß es die Aufgabe dieses Papiers ist, auch über diesen Parteitag hinaus wirtschaftspolitische Grundtheorien der Volkspartei zu transportieren, weil ich meine, wir haben vom Erfinden von Schlaglichtern genug. Die österreichische Wirtschaftspolitik lebte ja 13 Jahre von Schlaglichtern und von Gags, von denen wir glauben, daß sie zusammengebrochen sind.

Ganz ohne Frage, meine Damen und Herren, steht die österreichische Wirtschaftspolitik vor einer entscheidenden Wende.
Der jetzige Kanzler Sinowatz wird sich zu entscheiden haben,
ob er die Politik der Regierung Kreisky, wie er jetzt noch
sagt, fortzusetzen gedenkt. Dann wird sich die Spirale schneller
drehen, und die Schwierigkeiten werden galoppierend sichtbar
werden. Oder der jetzige Bundeskanzler Sinowatz freundet sich
mit der Überlegung an, daß es wünschenswert ist, der Aufforderung von Dr. Alois Mock zum Kurswechsel zu folgen. Momentan
kann ich das noch nicht erkennen.

Ich möchte vielleicht doch eines noch dazu sagen: Die derzeitige Regierung wird die Mitarbeit der Opposition im Parlament weder selbstverständlich noch leicht bekommen. Es wäre ein Irrtum, wenn die Koalitionsregierung in Österreich glauben würde, daß es eine Drei-Parteien-Koalition im Parlament gibt, wobei der eine Koalitionär, nämlich wir, durch Zufall nicht an der Regierung ist. So leicht sollte es sich die Regierung nicht machen. (Beifall.)

Wir werden nur dann zur Zusammenarbeit bereit sein, wenn sich die Koalitionsregierung damit anfreumdet, unsere wirtschaftspolitischen Grundsätze mit hinein zu verweben. Dann werden sie unsere Mitarbeit haben, sonst nicht.

Ich möchte unseren Standort präzisieren. Man sollte nicht von der Ansicht ausgehen, daß wir von der Volkspartei uns dauernd fragen werden: Was täten wir, wenn wir jetzt an der Regierung wären? Wir sind es nicht! Wir werden uns vielmehr immer erinnernd fragen: Was haben die Sozialisten getan, als sie in Opposition waren? Das wird unsere Leitlinie sein bei der Betrachtung unserer Handlungen.

Wir werden sicher keine totale Opposition betreiben, wie sie uns Pittermann in der Regierungszeit von Dr. Klaus vorexerziert hat. Aber wir werden dann opponieren, wenn man unsere Grundsätze nicht ernst nimmt und sie nicht verfolgt.

Nun werden Sie mir erlauben, aus diesem Papier nur diese sieben Punkte, die wir darin grundsätzlich aufzählen, zu kommentieren. Ich werde dann zum letzten der Punkte, nämlich zur verstaatlichten Industrie, noch einige Bemerkungen machen und damit schon am Ende sein.

Wir gehen bei diesen wirtschaftspolitischen Leitlinien davon aus, daß die Politik des permanenten Durchwurstelns der SPÖ-Regierung Kreisky gescheitert ist, und wir meinen, daß die Versachlichung der Wirtschaftspolitik in diesem Lande sehr rasch einsetzen muß. Wir stellen sieben Schwerpunkte dem Parteitag zur nachträglichen Diskussion vor, die ich der Einfachheit halber nur aufzähle. Sie werden darin sicherlich gewisse Parallelen zu den Äußerungen Stoltenbergs finden, weil sich Bekenntnisse zur Marktwirtschaft nicht unterscheiden, je nachdem, wer sie sagt.

Wir glauben, daß mehr Markt und weniger Bürokratie ein erster Schwerpunkt ist. Wir glauben, daß die jetzige Regierung uns ein neues Konzept zur Arbeitsplatzsicherung schuldet und wir glauben, daß die Entwicklung einer neuen Sprachphilosophie wünschenswert ist: weg von hohl tönenden Phrasen, hin zur Versachlichung auch der Diskussionsmittel der Wirtschaftspolitik.

Wir sind ferner der Ansicht, daß eine Rückkehr zur Vernunft in der Steuerpolitik vordergründig wünschenswert ist, und wir meinen fünftens, daß die Regionalpolitik in dieser Regierungspolitik einen erhöhten Stellenwert haben muß, daß so wie in der gesamten Wirtschaftspolitik regionalpolitische Aspekte verstärkt eine Rolle zu spielen haben. Sechstens glauben wir, daß eine verstärkte Berücksichtigung der jungen Menschen Österreichs in der Wirtschaftspolitik Platz zu greifen hat, denn die Wirtschaftspolitik hat jungen Leuten Hoffnung zu geben und ihnen zu sagen, wie wir eine Wirtschaftspolitik betreiben wollen. (Beifall.)

Wir sind siebentens zur verstaatlichten Industrie - dieser Begriff wurde als letzter, als siebenter Schwerpunkt aus Aktualitätsgründen gewählt - der Meinung, und Mock hat das voriges Jahr bei den letzten Verhandlungen der damaligen Regierung klipp und klar gesagt: So kann man mit uns weiter nicht reden. Der bisher praktizierte Weg der Verlustabdeckung ohne längerfristige Perspektive wird weder von uns gangbar sein, noch wollen wir uns einem solchen Vorgehen anschließen. Unsere Partei fordert daher in einem Drei-Punkte-Programm zur Sanierung der verstaatlichten Industrie und zur Rücker- oberung der industriellen Dynamik:

Ein aufgrund der politischen Vorgabe der Bundesregierung von der ÖIAG auszuarbeitendes Papier muß die verstaatlichten Betriebe mittelfristig in eine Ertragszone bringen.

Zweitens sind alle Belastungen rundherum bis zur Urlaubsverlängerung - ich nenne sie stellvertretend für alle anderen zu sistieren, wenn man eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik auch für die Verstaatlichte machen will.

Wir meinen drittens, daß die Sicherung der Beschäftigung in den von der Sanierung betroffenen Regionen nur durch eine sofortige Initiative zur Schaffung neuer Arbeitsplätze gewährleistet werden kann. Ich möchte dazu gerne in schöner Festigkeit erklären: Die Volkspartei wird die Verstaatlichtenpolitik nur dann mitverantworten, wenn im Interesse der Belegschaft, aber auch der Steuerzahler eine totale Wende in der Industrieund Verstaatlichtenpolitik gemeinsam mit dem Finanzierungszuschuß sichergestellt werden kann, ansonsten sicher nicht. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Ich möchte gerne diesem Parteitag einiges über den momentanen Standort sagen. Wir haben dabei auszugehen von der Situation, daß der jetzige Bundeskanzler Dr. Sinowatz Dr. Mock brieflich angekündigt hat, daß die Bundesregierung der Verhandlungsmannschaft der Volkspartei ein Zusatzpapier liefern werde. Man werde über Industriepolitik und Wirtschaftspolitik der privaten Wirtschaft und Industrie zu reden haben. In scheinbarer Entsprechung dieses Briefes bekamen wir die Aussendung der SPÖ-Regierung zur Pressekonferenz, als man das Belastungspaket vorgestellt hat.

Meine Damen und Herren, ich erkläre Ihnen auch hier und jetzt: Wir wünschen über das Belastungspaket nicht zu verhandeln, wir werden es nicht annehmen und daher auch nicht mitverhandeln. (Beifall.)

Ich würde mich freuen, wenn die Freunde in dieser Partei - egal, wo sie wohnen und wo sie sind - sich vom sozialistischen Nervenkrieg nicht anstecken ließen. Wir haben immer erlebt - in allen Zeiten, seit wir politisieren -: Die Marktordnungs- gesetze und die Zuwendung zur Verstaatlichten wurden von der jeweiligen Regierung stets benutzt, um Nervosität zu verbreiten.

Ich möchte allen Zweiflern sagen: Wenn jemand in der Sozialistischen Partei glauben sollte, daß die Verhandler Taus und Graf es miteinander nicht können, dann sollten sie sich vor dieser Annahme hüten. Wir sind völlig einer Meinung, und ich möchte aus Aktualitätsgründen für Taus und für mich noch etwas sagen: Wir haben uns als Unterhändler positioniert, wir haben aber nicht unsere Partei präjudiziert. Wir werden am Entscheidungsprozeß der Partei nicht teilnehmen. Es ist aber unser beider Aufgabe, unserem Parteiobmann und unserem Freund – ich betone den letzten Begriff: Freund – unterstützend unsere Ansicht zu sagen. Er wird entscheiden, und wir werden das ohne Schwierigkeiten mitvollziehen. Das ist unser Standort, ich möchte das gerne deponieren.

Am Schluß lassen Sie mich eine Bemerkung als Kenner des Adressaten machen. Dem jetzigen Bundeskanzler Sinowatz imponieren nur zwei Dinge: Wahlergebnisse und Charakterfestigkeit in grundsätzlichen Fragen. Dazu zwei Sätze: Was die Wahlergebnisse anlangt, hat Mock seinem Vorgänger gezeigt: Er,
Mock, und unsere Partei, wir haben ihnen die absolute Mehrheit genommen, und wenn wir unsere Chancen nützen, wird es
nächstes Mal sicher uns als bestimmende Kraft geben und
nicht Sinowatz. (Beifall.)

Die zweite Bemerkung, Charakterfestigkeit in der Haltung und Vertretung von Grundsätzen: Ich habe immer gewußt, wenn der Herr Bundeskanzler Sinowatz ungehalten ist über Haltungen der Verhandler der Volkspartei – sei es Taus oder Graf –, dann liegen wir richtig. Wir werden ihm helfen, daß er Standfestigkeit zur Kenntnis nehmen muß. Ich danke Ihnen. (Beifall.)

Vorsitzender Mag. Ludwig: Ich danke Präsident Graf recht herzlich für die Erläuterung dieses Entwurfes.

Wir kommen nun zur Diskussion. Ich habe bisher 15 Diskussionsredner vorgemerkt, und ich bitte den ersten zum Rednerpult: Präsident Sallinger. Ich ersuche die Teilnehmer um einige Aufmerksamkeit.

Diskussion

Abgeordneter zum Nationalrat Präsident Ing. Rudolf

Sallinger: Hoher Bundesparteitag! Herr Bundesparteiobmann! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde!

Herr Bundesfinanzminister Stoltenberg hat von der Sicht der

Bundesrepublik Deutschland aus über die Soziale Marktwirtschaft gesprochen, lassen Sie mich dies auch aus österreichischer Sicht tun.

Ich weiß, daß es nicht immer leicht ist, diese Soziale Marktwirtschaft durchzuführen, denn es hat auch bei uns Situationen gegeben, in denen man gesagt hat: Soziale Marktwirtschaft ja, aber nicht bei mir, sondern beim Nächsten! (Lebhafte Zustimmung.)

Meine Damen und Herren! Es ist deshalb notwendig, daß wir uns daran erinnern, welche Aufgaben uns seinerzeit gestellt waren, wie schwer die Nachkriegszeit war und wie wir sie bewältigt haben. Es gibt aber heute schon viele Menschen, die diese Entstehungsgeschichte nicht mitgemacht haben. Daher danke ich dem Bundesparteiobmann, daß dieser Tagesordnungspunkt zur Debatte steht, weil wir uns dieser marktwirtschaftlichen Ordnung erinnern müssen. Ich möchte gleichzeitig den Vorschlag machen, daß wir von der Wirtschaft – auch ich – mit der Jugend über die Marktwirtschaft, über ihre Entstehungsgeschichte und über ihre Bedeutung diskutieren, damit wir einen guten Zusammenhang haben, den wir für die Zukunft brauchen. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Die Sorge um den Arbeitsplatz, um den Fortbestand der sozialen Sicherheit und um die Erhaltung des bisher erreichten Wohlstandes bewegt die Menschen in dieser Zeit sicher am meisten. Viele befürchten, daß die Zukunft schwieriger wird als die Zeiten bisher.

Die Sorge der Bevölkerung muß aber für die Politik, die wir in Österreich machen, für die Politik der Österreichischen Volkspartei bestimmend sein. Ich meine damit, daß es die wichtigste Aufgabe der Politiker ist, einen Weg zu finden und Maßnahmen zu setzen, die die wirtschaftliche Basis unseres Landes sichern und auch eine positive Entwicklung einleiten sollen.

Gewiß hängt vieles von der weltwirtschaftlichen Situation ab. Wirtschaftliche Schwierigkeiten dürfen aber nicht zur Resignation in der Politik führen. Sie sollten vielmehr eine Herausforderung für uns alle sein, neue Taten zu setzen, neue Ideen zu entwickeln und auch Fehlentscheidungen zu überwinden. Es herrscht ja manchmal bei uns die Auffassung, wenn man kritisiert, dann tut man das, um etwas zu vernichten. Aber eine gute Kritik ist dazu da, Fehler aufzuzeigen und die Dinge besser zu machen. (Beifall.)

Wir Österreicher haben unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg bewiesen, daß wir imstande waren, die größten Schwierigkeiten zu überwinden, wir waren in der Lage, große Leistungen
zu erbringen. Gerade jetzt sollten wir daran denken und uns
an die Grundlagen dieses imponierenden Wiederaufbaues in der
Nachkriegszeit erinnern. Neben dem enormen Fleiß der Bevölkerung, den man immer wieder in den Mittelpunkt stellen muß,
haben wir alle den festen Willen gehabt, die Lebensverhältnisse neu zu gestalten und ein funktionierendes Gemeinwesen
zu schaffen. Sicherlich hat die Soziale Marktwirtschaft diesen
Erfolg ermöglicht. Ich glaube aber, daß das marktwirtschaftliche
System auch heute noch geeignet ist, die Schwierigkeiten und
die Probleme, die wir in der Wirtschaft und in unserem Land
haben, zu überwinden.

Wenn man den Menschen die Chance gibt, sich frei zu entfalten, Ideen zu verwirklichen, selbständig zu handeln, dann
sind sie auch bereit, große Leistungen zu vollbringen, ein
Risiko zu übernehmen. Aber ich glaube, das wichtigste ist,
daß sie auch Verantwortung tragen wollen.

Viele von uns haben die großen Anstrengungen erlebt und gesehen, daß dieser Wiederaufbau tatsächlich auch geglückt ist. Unter schwierigsten Bedingungen wurden neue Geschäfte gegründet, und die Versorgung der Bevölkerung wurde von Monat zu Monat besser. Es hat nicht lange gedauert, bis tüchtige Unternehmer mit dem Ausland Verbindungen geknüpft haben.

Der wirtschaftliche Erfolg hat es ermöglicht, daß wir einen hohen Grad an sozialer Sicherheit erreicht haben. Der freie Wettbewerb, die freie Konsum- und Arbeitsplatzwahl und ein liberaler Außenhandel waren wesentliche Anreize dazu, diese dynamische Entwicklung in unserem Land zu vollbringen. Ich bin überzeugt davon, daß die Aussicht auf Gewinne und auf ein höheres Einkommen unserer Arbeitnehmer viele Menschen motiviert, mehr zu lernen, mehr zu arbeiten, mehr zu wagen und mehr zu investieren.

Die Motivation zur Leistung und zur Eigenverantwortung ist eine wesentliche Voraussetzung für ein erfolgreiches Wirtschaften. Darunter verstehe ich, daß wettbewerbsfähige Produktionen aufgebaut werden, daß neue Produkte entwickelt werden und ein vielfältiges Angebot an den Konsumenten bereitgestellt wird. Darunter verstehe ich auch, daß die Mit-

arbeiter in den Betrieben Möglichkeiten haben, sich zu bilden und ein steigendes Einkommen zu erlangen.

Meine Damen und Herren! Daraus resultiert - ich möchte das sehr kurz und einfach sagen - Vollbeschäftigung, ein hoher Lebensstandard, ein hohes Niveau an sozialer Sicherheit. Diese Lebensbedingungen waren in Österreich jahrzehntelang eine Selbstverständlichkeit. Heute gibt es aber in all diesen Bereichen große Probleme. Arbeitsplätze sind bedroht, die Arbeitslosigkeit steigt, die Einkommen stagnieren und gehen teilweise zurück. Die Erträge sinken, und die soziale Sicherheit in unserem Land ist kaum mehr finanzierbar.

Für diese Entwicklung sind verschiedene Gründe maßgebend. Eine große Rolle spielen sicherlich die Verknappung und die Verteuerung von Energie und von Rohstoffen. Auch die weltweite Währungsunsicherheit und die enorme Verschuldung vieler Staaten haben eine negative Auswirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung.

Die Überschuldung hängt vielfach damit zusammen, daß die wirtschaftliche Ertragskraft durch steigende Ansprüche von vielen Seiten überfordert wird.

Von einem bin ich allerdings überzeugt, und das möchte ich sehr deutlich sagen: daß nicht die marktwirtschaftliche Ordnung oder das marktwirtschaftliche System in diese Krise führt. Nein, im Gegenteil: Die zunehmende Aushöhlung dieser marktwirtschaftlichen Ordnung, die Vernachlässigung ihrer Grundsätze vermindert die Problemlösungskapazität und schafft eben diese Schwierigkeiten.

Für die österreichische Wirtschaft ist es besonders gravierend, daß die sozialistische Politik in den letzten Jahren auf die Leistungskraft der Unternehmer zuwenig Rücksicht genommen und sie vielfach überhaupt vergessen hat.

Auf der einen Seite wurden ständig neue sogenannte Sozial- und Wohlfahrtsmaßnahmen eingeführt, die allerdings kostspielig waren. Auf der anderen Seite wurden die Budgetdefizite und damit die Staatsschulden laufend erhöht, was wiederum zu höheren Steuerleistungen geführt hat. Die Belastungen haben in zunehmendem Maße die Erträge geschmälert und die Substanz der Betriebe angegriffen.

Diese Politik hat nicht nur zu einer wachsenden Verschuldung der Betriebe und zu einer steigenden Abhängigkeit der Unternehmer geführt, sondern auch zu einer fühlbaren Einschränkung der unternehmerischen Freiheit. Der Staat nimmt immer mehr Einfluß auf Produktionen und auf Investitionen.

Im gleichen Maß werden die Wirkungen des Marktes ausgeschaltet. Die staatliche Förderungspolitik bewirkt auch Wettbewerbsverzerrungen und setzt den wirkungsvollen Anreiz- und Sanktionsmechanismus von Gewinn und Verlust außer Kraft.

Das heißt mit anderen Worten, daß ein Teil der Betriebe nicht mehr auf dem Markt bestehen muß, weil er bei Verlusten staatliche Zuschüsse erhält und man ihm hilft. Der andere Teil der Unternehmer ist aber nicht mehr in der Lage, Investitionen und Innovationen vorzunehmen, weil ihm die Erträge fehlen und die Schulden über den Kopf wachsen.

Unter der sozialistischen Regierung wurden auch in anderen Bereichen als auf dem Finanzsektor immer wieder Regulierungen eingeführt, die die freie Entfaltung und die Entscheidung der Unternehmen behindern. Dazu gehören manche sozialpolitische Maßnahmen ebenso wie übertriebene bürokratische Vorschriften für die Produktion, für den Handel und auch für die Dienstleistungen. Störungen des marktkonformen Wirtschaftens schränken aber die Beweglichkeit und die Anpassungsmöglichkeiten sowohl der Unternehmer als auch ihrer Mitarbeiter ein und bewirken letztlich den Verlust von Marktpositionen im In- und im Ausland.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß Sie wissen, was es heißt, einen Marktanteil, einen Marktplatz auf den Exportmärkten zu behalten. Man muß unseren Exporteuren danken, weil sie oft ohne Gewinn, manchmal sogar mit roten Zahlen diesen Platz halten, um die Exportwirtschaft zu fördern, durch die auch Arbeitsplätze geschaffen werden.

Wir sehen heute aber schon deutlich, daß eine Wirtschaftspolitik, die nicht primär auf wirtschaftliche Ziele ausgerichtet ist, auch die Ziele Vollbeschäftigung, Wohlstand und
soziale Sicherheit auf Dauer sicher nicht erreichen kann.

Die größte Gefahr der zunehmenden Staatseingriffe ist aber, daß unser System der Sozialen Marktwirtschaft in eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung umgewandelt wird, in eine Ordnung, in der die Freiheitsräume der Menschen eingeschränkt, die Beweglichkeit und die Entfaltung behindert und die Abhängigkeit größer werden. Nicht mehr der einzelne als Konsument, als Arbeitnehmer oder Unternehmer bestimmt, was produziert wird, wie investiert wird, was investiert wird, was verbraucht wird, was geleistet wird, sondern staatliche Institutionen, Bürokratien und politische Instanzen nehmen darauf Einfluß.

Weder aus unserer Sicht der Demokratie noch aus wirtschaftspolitischen Gründen kann die Österreichische Volkspartei einen solchen Weg akzeptieren. Wir sind der Auffassung, daß die großen Probleme der Gegenwart und der Zukunft nur bewältigt werden können, wenn wir wieder eine marktwirtschaftliche Politik in unserem Lande machen. Wir dürfen die Chance nicht aus der Hand geben, daß möglichst viele Menschen in unserem Land sich entfalten können, zur Wohlstandsmehrung beitragen und auch bei der Lösung dieser Probleme mitwirken. Dazu bedarf es insbesondere der Leistungsfähigkeit der vielen kleinen und mittleren Betriebe. Das möchte ich besonders unterstreichen. Sie wurden aber in den letzten Jahren am stärksten belastet und von der Politik in vieler Hinsicht vernachlässigt, ja ich muß wieder einmal sagen: vergessen.

Gerade dieser Bereich ist jedoch die solide Basis in unserem Land. Die mittelständische Wirtschaft beschäftigt die meisten Arbeitskräfte, sie bildet die meisten Jugendlichen aus. Es sind gute Arbeitsplätze, gute Ausbildungsplätze, die die Wirtschaft zur Verfügung stellt, und ich möchte allen Handelskammern in Österreich dafür danken, daß sie vorbild-

lich vorgegangen sind. (Beifall.) Die mittelständische Wirtschaft zahlt aber auch die meisten Steuern.

Meine Damen und Herren! Leistungswillige, risikobereite Unternehmer, die Ideen haben, die Initiativen entwickeln, sind unser wichtigstes Kapital für die Gestaltung einer besseren Zukunft. Wir brauchen mehr Unternehmer, wir brauchen mehr Entfaltungsmöglichkeiten, mehr Bewegungsfreiheit der Wirtschaft sowohl für die Unternehmer wie auch für ihre Mitarbeiter. Wir brauchen nicht mehr Staat, wir brauchen wen ig er Staat! (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Das bedeutet gleichzeitig, daß der Staatseinfluß in der Wirtschaft wieder zurückgedrängt werden muß. Eine marktwirtschaftliche Politik, die die Volkspartei anstrebt, soll bewirken, daß sich Leistung wieder lohnt. Unternehmer, die neue Ideen verwirklichen wollen, die investieren und sichere Arbeitsplätze schaffen, müssen Aussicht auf Gewinn haben. Sie müssen auch darauf vertrauen können, daß sie nicht ständig durch staatliche Eingriffe und neue Belastungen verunsichert werden. Vor allem die Jugend muß wieder Vertrauen in die Zukunft haben können und nicht resignieren müssen.

Wir wollen soziale Sicherheit gewährleisten und den Menschen soziale Geborgenheit in unserem Land bieten. Die Grundlage dafür ist eine leistungsfähige Wirtschaft und eine Wirtschaftsgerechte Politik. Die Politik muß wieder kalkulierbar werden und sowohl den Unternehmern als auch den Arbeitnehmern genügend Spielraum für persönliche Entfaltung geben. Eine marktwirtschaftliche Politik ist die beste Grundlage dafür, daß unsere Jugend wieder Zuversicht und Wirkungsmöglichkeiten hat. Für diese Ziele, meine Damen und Herren, will die Österreichische Volkspartei arbeiten und möglichst viele Menschen zu dieser Mitarbeit gewinnen. (Beifall.)

Vorsitzender Mag. Ludwig: Ich danke dem Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer Ing. Sallinger für seine wirtschaftspolitischen Aussagen und bitte Präsident Jäger, zum Rednerpult zu kommen.

Landtagsabgeordneter Bertram Jäger (Präsident der Vorarlberger Arbeiterkammer): Hoher Bundesparteitag! Liebe Freunde! Ich möchte einige Ausführungen zur Wirtschaftspolitik aus der Sicht der Arbeitnehmer machen. Die wirtschaftliche Situation ist weltweit schwieriger geworden, darüber besteht, so meine ich, kein Zweifel. In Österreich allerdings ist die Verschärfung der Probleme auf dem Arbeitsmarkt durch die Entwicklung im Bereich der Staatsschulden und der Steuerbelastung in den letzten Jahren rascher vor sich gegangen als in den meisten europäischen Staaten.

Die von der sozialistischen Bundesregierung in den siebziger Jahren betriebene Politik der Strukturkonservierung führt jetzt praktisch über Nacht zur Gefährdung von Arbeitsplätzen, die bisher immer ungefährdet erschienen sind. Es ist die Folge dieser Politik, daß sich in Österreich die Arbeitslosenrate von 2,4 Prozent Ende 1981 auf 5,5 Prozent bis 1984
erhöht. Es ist also eine Politik der Auszehrung der Betriebe
- dieser Ausdruck stammt aus einem Bericht der VOEST -, die
heute dazu führt, daß in der verstaatlichten Industrie weitere
zehntausend Arbeitsplätze gefährdet sind und eine immer größere
Anzahl von Regionen in Österreich mit Arbeitslosenraten von
10 und mehr Prozent konfrontiert sind.

Mit dem nunmehr verabschiedeten Belastungspaket von

50 Milliarden Schilling schließen wir auf zu den skandinavischen Hochsteuerländern mit dem einen Unterschied allerdings,
daß in Österreich nicht die dort gezahlten Löhne verdient
werden. Denn abnehmende Realeinkommen und ein erhöhtes Arbeitsplatzrisiko sind die bitteren Folgen jener sozialistischen
Wirtschaftspolitik, der - und das ist der Vorwurf, den wir
dieser Politik immer wieder machen müssen - in den guten Zeiten
jedes Augenmaß gefehlt hat und die beim Ausbruch der wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht auf Erneuerung, sondern
auf pragmatisches Löcherstopfen gesetzt hat.

Liebe Freunde! Ich bin gerade als Vertreter der Arbeitnehmer besorgt darüber, daß trotz der verantwortungsbewußten
Lohnpolitik der letzten Jahre aufgrund der gravierenden Strukturmängel in unserer Industrie nunmehr Arbeitsplätze in immer
rascherem Tempo verlorengehen. Es muß wohl jeden wirtschaftspolitisch Verantwortlichen mit Bestürzung erfüllen, daß ein
immer größerer Teil der heimischen Industrie dem Konkurrenzdruck der neuen Industrieländer nicht mehr gewachsen ist.

Deshalb bin ich der Überzeugung, daß ein wirtschaftspolitischer Kurswechsel notwendig ist, weil die Sozialisten mit den Problemen nicht fertig werden, sondern im Gegenteil ihr Rezept immer weiter und immer tiefer ins Schlamassel hineinführt. Wir brauchen einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel, wie ihn unser Bundesparteiobmann Dr. Mock seit Jahren fordert. Wir brauchen einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel, wie er uns hier und heute auf diesem Bundesparteitag in Form der wirtschaftspolitischen Leitlinien skizziert und zur Beschlußfassung vorgelegt wird. Nicht nur im Interesse der Wirtschaft, sondern gerade auch im Interesse der österreichischen Arbeitnehmer müssen wir möglichst rasch neue Wege der Beschäftigungspolitik finden und diese neuen Wege gehen, Wege, in deren Zentrum nicht die Bürokratie und nicht der Staat stehen, sondern wettbewerbsstarke, international konkurrenzfähige Unternehmen.

Wir brauchen eine Beschäftigungspolitik, die nicht immer durch direkte Förderungsmaßnahmen nur Bestehendes konserviert, sondern durch steuerliche Entlastung wieder Neues zu schaffen in der Lage ist. Eine Beschäftigungspolitik, die nicht nur das Sterben kurzfristig verhindert, sondern das Werden in unserem Land auf allen Ebenen bei Klein- und Mittelbetrieben in der Industrie wie auch in der Landwirtschaft fördert.

Im Interesse der Arbeitnehmer, liebe Freunde, möchte ich heute klar sagen, daß die Maschinensteuer und daß eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich kein taugliches Mittel sind, um die wirtschaftspolitischen Probleme zu lösen und die dringend erforderlichen Arbeitsplätze zu schaffen. (Lebhafte Zustimmung.)

Gerade auch im Interesse der Arbeitnehmer müssen wir klar sagen, daß es auch heute berechtigt und notwendig ist, von Leistung zu sprechen, Leistung zu fordern, aber auch Leistung entsprechend zu honorieren. Was dieses Land braucht, sind nicht immer neue Steuern, sondern ist eine Generalreform unseres Steuersystems, eine Reform, die für kleine und mittlere Einkommen die Steuersätze reduziert, aber im Gegenzug auch überprüft, ob all das, was sich im Laufe der Zeit an Steuerausnahmen angesammelt hat, heute noch sinnvoll und notwendig ist. Wir brauchen mittelfristig nicht Steuerbelastungen, sondern – das ist auch im Referat von Minister Stoltenberg klar zum Ausdruck gekommen – wir brauchen Steuerentlastungen. (Bei-fell.)

Durch die brutale Erhöhung der Mehrwertsteuer, der Tarife und Gebühren und durch die automatischen Steuererhöhungen durch die Progression wird derzeit in Österreich die Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten reduziert, die Nachfrage gedrosselt und damit eine mögliche Konjunkturbelebung zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt hausgemacht im Keim erstickt. Diese Belastungen führen dazu, daß ein schon lange und sehnlichst erwarteter Aufschwung, wenn er kommt, an den Grenzen unseres Landes aufgehalten, an den Grenzen unseres Landes ausgesperrt wird.

Ein Kurswechsel heißt daher, die Spirale der höheren Steuerbelastungen und sinkenden Wachstumsraten zu durchbrechen und das Budget endlich von der Ausgabenseite durch ein seriöses mehrjähriges Sparkonzept zu sanieren.

Es ist geradezu unsinnig, wenn uns die Sozialisten vorwerfen, wir wollen diesen Staat und die Wirtschaft kaputtsparen. Heute besteht eher die Gefahr, daß der Staat und
die Wirtschaft kaputtgesteuert werden, also durch Steuerbelastungen die Wirtschaft in eine Situation gebracht wird,
die es einfach nicht mehr möglich macht, die Nachfrage auf
dem Arbeitsmarkt zu befriedigen.

Wir brauchen dringend die Rückkehr zur Sozialen Marktwirtschaft. Ich glaube, die größte Gefahr, die wir heute haben,
besteht in der Meinung und in der Erwartung, daß der Staat alle
Probleme lösen könne. Damit ist der Staat hoffnungslos überfordert, und diese Meinung und Erwartung führen auch zu einer
Staatsverdrossenheit, weil die Bürger die Erwartungen, die
sie in den Staat setzen, nicht erfüllt sehen.

Es ist heute immer wieder von der Arbeitszeitverkürzung die Rede. Ich habe schon gesagt, daß Wünsche, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich mit einem Schlag einzuführen, sicherlich eine Illusion sind. Aber ich glaube auch, daß das starre Festhalten an der 40-Stunden-Woche ebenso falsch ist. Was wir brauchen, ist auch der Mut zu neuen Zeitstrukturen und zu neuen Arbeitszeitmodellen, die nicht zu Lasten der Arbeitnehmer gehen, sondern die sehr wohl zum Nutzen und zum Vorteil der Arbeitnehmer sein können. (Beifall.)

Wir werden also in den nächsten Jahren keine generelle und keine lineare, aber sehr wohl eine individuelle und branchenweise Arbeitszeitverkürzung im Interesse der Arbeitnehmer dieses Landes vornehmen müssen.

Hoher Parteitag! Gestatten Sie mir noch einen Hinweis, der nicht unbedingt mit der Wirtschaftspolitik zu tun hat. Ich möchte nämlich diesen Bundesparteitag darauf hinweisen, daß am 8. und 9. April des nächsten Jahres Arbeiterkammerwahlen stattfinden. Es sind sehr wichtige Wahlen, bei denen alle Arbeitnehmer des Landes mit Ausnahme der in der Hoheitsverwaltung Tätigen und der landwirtschaftlichen Dienstnehmer wahlberechtigt sein werden. Wir, also ÖAAB und FCG, haben bei jeder Arbeiterkammerwahl von den Arbeitnehmern mehr Vertrauen erhalten. Dieses Vertrauen, das wir erhalten haben, war für uns Auftrag und Verpflichtung. Wir sind bei der letzten Arbeiterkammerwahl angetreten mit dem Motto: Helfen statt herrschen, und wir haben dieses Motto ernst genommen. Wir haben die Arbeiterkammern nicht als Selbstzweck betrachtet, sondern als Mittel zum Zweck, den Arbeitnehmern zu helfen, sie zu unterstützen, wo immer es möglich ist.

Die Interessenvertretung der Arbeitnehmer in den Arbeiterkammern ist an sich eine Aufgabe, die allen Fraktionen gemeinsam gestellt ist. Nur haben die Sozialisten bei der Wahrnehmung
dieser Aufgabe, ich möchte fast sagen, kläglich versagt, weil
sie es vorgezogen haben, der Regierung die Mauer zu machen,
weil sie sich als Transmissionsriemen der sozialistischen

Argumente und der sozialistischen Politik in die Betriebe hinein verstanden haben, weil sie keine Arbeitnehmerinteressen wahrgenommen haben, sondern weil sie Partei- und Machtinteressen vor Arbeitnehmerinteressen gestellt haben.

Daher, liebe Freunde, brauchen die österreichischen Arbeitnehmer eine starke und eine gute Vertretung durch den ÖAAB und durch die FCG.

Eines erscheint mir heute besonders wichtig zu erwähnen: Die Arbeiterkammerwahlen im April nächsten Jahres sind nicht nur eine Sache des ÖAAB, sind nicht nur eine Sache des FCG, sondern die Arbeiterkammerwahlen des nächsten Jahres müssen ein Anliegen der gesamten Partei sein! (Beifall.)

Unser Ziel ist es, bei diesen Arbeiterkammerwahlen noch stärker zu werden, um Arbeitnehmerinteressen noch besser und noch wirksamer vertreten zu können. Ich glaube, wir haben bewiesen – das hat uns auch der ständige Vertrauenszuwachs bestätigt –, daß wir glaubwürdig Arbeitnehmerinteressen vertreten können. Unser Ziel bei den nächsten Arbeiterkammerwahlen ist es, auch den Präsidenten in Tirol stellen zu können, also die Arbeiterkammerwahl in Tirol zu gewinnen. (Beifall.)

Ich habe, liebe Freunde, bei Gott nicht den Ehrgeiz, einziger Präsident einer Arbeiterkammer zu sein, der der ÖVP angehört, auch wenn wir als Vorarlberger stolz sind und uns darüber freuen, daß wir ein Signal geben konnten und das früher anscheinend ungeschriebene Gesetz, daß Arbeiterkammern nur von Sozialisten geführt werden können, durchbrochen haben.

Deshalb eine Bitte an alle, mitzuhelfen, daß wir als echte, als wirkliche und einzige Vertreter der Arbeitnehmer in den Arbeiterkammern noch stärker werden und daß wir damit der sozialistischen Regierungs- und Belastungspolitik ein stärkeres Gegengewicht entgegensetzen können im Interesse der Arbeitnehmer, aber auch im Interesse der Wirtschaft unseres Landes. (Beifall.)

Vorsitzender Mag. Ludwig: Lieber Freund Jäger!
Ein herzliches Dankeschön für deine wirtschaftspolitischen
Aussagen. Ganz besonders wollen wir dir gemeinsam versprechen,
daß wir die kommenden Arbeiterkammerwahlen, die am 8. und
9. April des nächsten Jahres stattfinden, durch die Gesamtpartei unterstützen werden. Ich darf dir heute schon alles
erdenklich Gute dafür wünschen. (Beifall.)

Als nächsten bitte ich Dr. Taus.

Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Josef Taus: Hoher Bundesparteitag! Der heutige Tag ist nach dem gestrigen Versuch der Zukunftsschau der Tagespolitik gewidmet, den Fragen also, die uns alle bewegen: Werden wir morgen einen Arbeitsplatz haben? Wie geht es in diesem Land weiter?

Wenn wir heute diesen Tag unter das Thema "Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft" gestellt haben, eine Vorbemerkung: Wir alle in der Österreichischen Volkspartei, wenn wir über Marktwirtschaft reden, auch wenn es jetzt Schwierigkeiten gibt, die ja niemand leugnet, wir alle haben nicht den geringsten Grund, gewissermaßen als Vertreter dieses Wirtschafts-

systems im Büßerhemd aufzutreten und uns zu entschuldigen.
(Beifall.) Wenn wir heute eine wohlhabende Nation sind, dann verdanken wir das marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien, und alle Länder, die sich dieser Marktwirtschaft nicht verschrieben haben, haben nicht einen Bruchteil dessen erreicht, was Österreich und der Westen insgesamt erreicht haben. (Neuerlicher Beifall.)

Es war gut, daß uns Finanzminister Stoltenberg aus der Bundesrepublik ein grundsatzpolitisches Referat gehalten hat. Es war deshalb gut, weil wir in Österreich, obwohl wir eine große grundsatzphilosophische Tradition haben, oft vergessen, wo die Grundlagen dieses Systems eigentlich liegen. Nur zwei Sätze dazu.

Erstens: Unsere Freiheit, unsere Entwicklung, unsere Möglichkeiten liegen darin, daß wir ein Kombinat haben von Freiheit, von Fortschritt, von Demokratie und von Marktwirtschaft. Eines ist ohne das andere überhaupt nicht denkbar.

Lassen Sie mich ein paar Sätze auch zu dem etwas verpönten Begriff des Fortschritts sagen: Wenn wir uns von der abendländischen Tradition des Fortschrittdenkens abwenden, dann
ist es auch mit der Marktwirtschaft zu Ende. In dem Moment,
in dem wir statisch werden und nicht dynamisch bleiben, gibt
es keine Marktwirtschaft mehr. Marktwirtschaft ist, ökonomisch
gesehen, eine dauernde Revolution, ununterbrochen das Streben
nach neuen Dingen. Das macht den Westen aus und nichts anderes:
die ununterbrochene Bewegung. (Beifall.)

Wenn wir statisch werden, wenn wir in traditionalistische Verhaltensweisen zurückfallen - ich sage das offen -,
in ständische, zünftlerische Verhaltensweisen, ist das das
Ende der Marktwirtschaft. Daher muß es immer neue Unternehmen,
neue Unternehmer, neue Produkte geben, es muß ein ununterbrochenes Streben nach Neuem, nach Veränderung herrschen.
Das ist das Wesen der westlichen Welt, das uns Freiheit und
Dynamik gibt. Wenn wir das abschaffen, ist es vorbei. (Beifall.)

Das nächste: Es wird versucht - Gott sei Dank haben alle meine Vorredner darauf hingewiesen -, immer wieder einen Gegensatz zwischen Umweltschutz, Ökologie und Marktwirtschaft zu konstruieren. Das ist ein völliger Unsinn. Jede Ordnung, die die Grundlage, auf der sie aufbaut, zerstört, ist eine schlechte Ordnung. Daher wird auch das marktwirtschaftliche System seine ökologische Grundlage nicht zerstören. Und wenn es ein System gibt, das in Freiheit und Selbstverantwortung diese ökologische Grundlage sichert, dann ist es das marktwirtschaftliche System. Die anderen haben das überhaupt nicht fertiggebracht!

Ich glaube, daß wir eine große ökologische Bewegung in unserer Partei durchaus zulassen müssen, ja fördern müssen. Nur gibt es zwei Typen von Ökologen, das möchte ich schon betonen, damit man niemandem auf den Leim geht. Die eine Gruppe von Ökologen meint tatsächlich, daß wir mit unserer Umwelt sorgsamer umgehen sollen. Das sind unsere Partner, unsere

Freunde, unsere Parteimitglieder, und wir wollen versuchen, sie hereinzuziehen. Aber es gibt auch eine zweite Gruppe, die sich bloß ein grünes Mäntelchen umgehängt hat und die, nachdem sie mit irgendwelchen linken Ideologien marxistischer oder sonstiger Herkunft die Angriffe auf das freie System nicht erfolgreich durchführen konnte – sonst hätte sie ja Erfolge gehabt – jetzt mit dem grünen Mantel versucht, unser System zu zerstören. Mit denen gibt es bei uns keine Gemeinsamkeit, meine lieben Freunde! (Beifall.)

Jetzt zur Industrie, zur Tagespolitik, nämlich zu der Frage: Wovon werden wir morgen und übermorgen leben? Wir werden morgen und übermorgen nur dann unseren Standard, unser Erziehungssystem, unser Sozialsystem aufrechterhalten können, wenn wir eine funktionierende Industrie haben. Auf überschaubare Zeiten ist die Industrie in einem entwickelten Staat überhaupt nicht ersetzbar. Jeder, der meint, er könne Entwicklungen behindern oder zurückdrängen, der muß den Menschen auch sagen, daß damit alles das, wovon sie träumen, was sie haben und was sie haben wollen, nicht gesichert werden kenn. Unsere Existenz der nächsten fünf bis zehn Jahre hängt davon ab, ob unsere Industrie national und international wettbewerbsfähig ist. Bringen wir das nicht fertig, ist es vorbei mit einer positiven Entwicklung! (Beifall.)

Wir sind gerade jetzt in Österreich in einer sehr, sehr schwierigen Situation, auch in einer schwierigen Verhandlungssituation mit der Verstaatlichten; mein Freund Robert Graf hat Ihnen das ja bereits dargelegt. Aber zwei, drei Sätze noch dazu.

Es ist ja in der Öffentlichkeit gar nicht bekannt: Wir haben in den letzten zehn Jahren 130.000 Industriearbeitsplätze verloren. Wir haben sie zum Teil durch Arbeitsplätze
im öffentlichen Bereich ersetzt, das heißt, wir haben sie
durch Arbeitsplätze ersetzt, die letztlich von der Wertschöpfung leben, die im industriellen, gewerblichen Bereich
erbracht wird. Nichts gegen den öffentlichen Bereich, er ist
im modernen Staat wichtig. Aber wir können nicht die Produktionsgrundlagen, die Lebensgrundlagen schwächen, wie die Politik
der letzten zehn Jahre die Lebensgrundlagen der produzierenden
Wirtschaft in Österreich geschwächt hat. (Lebhafte Zustimmung.)
Es ist die Aufgabe der Österreichischen Volkspartei, sie nun
wieder zu stärken und zu sehen, wohin der Weg geht.

Damit sind wir mitten in der Diskussion um die verstaatlichte Industrie. Meine Damen und Herren! Ich war zehn Jahre
in der Verstaatlichten, und jeder, der meine Auffassungen
dazu kennt, weiß: Dieser Konzern der ÖIAG kann und darf in
Österreich nicht untergehen, darüber kann es keine Diskussion
geben.

Aber auch wenn wir das feststellen, dann heißt das doch nicht, daß die Österreichische Volkspartei nun einfach jeden uns genannten Milliardenbetrag im Parlament zu apportieren hat, um es so zu sagen. Das können wir nicht. (Beifall.)

Ich betone: Wir sind für diese Industrie. Wir wissen, daß sie leben muß, weil sie ein integrierender Bestandteil der Industrie dieses Landes ist. Aber nicht unter unserer Führung ist diese Industrie in Schwierigkeiten geraten, meine lieben Freunde. Wir haben sie 1970 bei der Wahlniederlage in einem Zustand übergeben, in dem sie weder vorher noch nachher gewesen ist. Auch das soll einmal, um der historischen Wahrheit zu dienen, gesagt werden. (Beifall.)

Wir haben gezeigt, daß wir durchaus in der Lage waren, auch über grundsätzliche Schatten, die es in unserer Partei gegeben hat, zu springen und die Verstaatlichte hinauszulassen in die Finalindustrie. Es gibt nicht mehr die Ausrede, daß die Verstaatlichte nicht in die Finalindustrie darf. Sie darf es seit dem Jahr 1966, sie durfte es in der Zeit der Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei.

Aber hier taucht ja ein riesiges Problem auf. Auf der einen Seite müssen wir Milliarden in verstaatlichte Betriebe stecken, und auf der anderen Seite kommt die steuerliche Betriebsprüfung zu denjenigen mit großer Härte, die keinen Schilling Subvention kriegen, die sich mühsam auch in der jetzigen schwierigen Lage durchschlagen müssen, denen niemand hilft, wenn der Konkursrichter an die Tür klopft, um das so dramatisch auszudrücken.

Meine Damen und Herren! Wir können doch nicht jenen, die kämpfen, die weiterzukommen versuchen und von denen wir heute leben, etwas wegnehmen und es in Bereiche geben, von denen wir wissen, daß wir sie sanieren müssen. Wir müssen doch auch trachten, daß uns diejenigen, von denen wir heute leben, auch morgen noch erhalten bleiben, daß wir die Kühe, die wir im Interesse unseres Landes ununterbrochen melken müssen, auch ordentlich füttern und ihnen nicht nur dauernd wegnehmen, wegnehmen. Das ist keine Politik! (Beifall.)

Es soll niemand hier glauben, daß wir bezüglich der Verstaatlichten nicht wissen, daß diese Unternehmen jetzt Mittel brauchen. Sie brauchen sie, weil sonst viele dieser Unternehmungen überhaupt nicht zu halten sind. Das hat Dr. Grünwald in bemerkenswerter Offenheit gesagt. Er hat damit einer jahrzehntelangen Politik der Sozialistischen Partei – ich weiß, er ist ein überzeugter Sozialist – unter dem Zwang der Verhältnisse eine Absage erteilen müssen. Es ist ja eine furchtbare ideologische Niederlage, die die SPÖ erlitten hat. Das, woran sie geglaubt hat: Verstaatlichung der Wirtschaft, das bringt die Führung, das bringt den Fortschritt, genau das ist zurückgeblieben. Und es ist das, was wir gesagt haben, daß die Verstaatlichung keine Lösung wirtschaftlicher Probleme ist, heute zutage getreten und von niemandem mehr wegzudiskutieren. (Lebhafte Zustimmung.)

Trotzdem sind wir für diese verstaatlichte Industrie.
Nur: Was ist denn die Verhandlungsposition? Robert Graf hat
es angedeutet. Wir haben ein Konzept der ÖIAG bekommen. Zu
diesem Konzept hat sich die Regierung bislang nicht bekannt.

Nächste Frage: Worüber verhandeln wir denn? Der Bundeskanzler hat gesagt: Das mit der Null-Lohnrunde – die wir nicht verlangt haben – ist leider nicht zu machen. So oder so ähnlich hat er es gesagt. Ein neues Gutachten wird über die VEW eingeholt, da ist das dritte Strukturkonzept enthalten. – Wir verhandeln in dieser schwierigen Situation ohne eine Unterlage, die von der Regierung akzeptiert ist. Wir verhandeln über nichts anderes als über: Gib 16,6 Milliarden oder gibt nichts.

Das ist nicht die Lösung für die Verstaatlichte! Natürlich muß man Geld geben, und wir werden es auch vertreten, daß man Geld gibt, aber doch nicht einfach ununterbrochen nur aus dem Budget, sondern man wird auch über andere Finanzierungsfragen einmal sprechen müssen.

Ich rede nicht von Entstaatlichung. Das ist in Österreich eine Heilige Kuh, ich will darüber nicht reden, ich will keine Entstaatlichungsdiskussion lostreten. Aber man wird den Leuten sagen müssen: Das Halten dieser Industrien ist eine soziale und in manchen Fällen vielleicht auch eine patriotische Tat. Das wird man sich etwas kosten lassen müssen, da wird man neue Finanzierungsformen und neue Finanzierungswege finden müssen. Wir sind dafür, daß diese verstaatlichte Industrie auch in die Finalindustrie weiter hineingeht. Ich bin dafür, ich sage es hier. Nur, meine Damen und Herren: Wenn sie mit Subventionen in Bereiche geht, wo es genug andere gibt, die keine Subventionen erhalten, dann können wir nicht ja sagen. Das wäre unsinnig. (Beifall.)

So werden wir, ohne daß wir irgend etwas junktimieren, unsere Position vertreten. Wir werden fragen: Und was geschieht in der gesamten österreichischen Wirtschaft, im gesamten produzierenden Bereich? Wir werden dort Vorschläge machen. Das sind keine Vorschläge, weil wir irgend jemandem irgend etwas bringen wollen, sondern mit den Vorschlägen, die wir machen werden – auch auf Förderung im privaten Bereich –, wollen wir den Fortschritt der österreichischen Wirtschaft garantieren.

Jetzt sage ich etwas sehr Hartes: Wir werden in den nächsten Jahren von den Unternehmen leben, die stark sind. Daher müssen wir etwas akzeptieren: Gefördert werden muß auch der, der stark ist, damit er noch stärker wird und damit er neue Arbeitsplätze schaffen kann. (Beifall.)

Man muß den Schwachen helfen, aber ich darf durch die Hilfe an die Schwachen nicht die Starken schwach machen, sondern ich muß versuchen, daß diejenigen, die wachstums-kräftig und dynamisch sind, den Weg nach vorne gehen können, daß wir denen den Weg freischaufeln für unsere Zukunft und für die Zukunft unserer Nachkommen. Wenn wir das heute versäumen, dann ist es in fünf oder zehn Jahren nicht mehr nachzuholen, meine Damen und Herren! (Beifall.)

Und ein letztes zur Vollbeschäftigung. Ich sage auch das hier, es ist meine Meinung. Immer haben wir die Vollbeschäftigung vertreten, und wir werden sie weiter vertreten.

Und wieder etwas sehr Hartes: Das marktwirtschaftliche System ist sicher das funktionsfähigste System bei allen Schwierigkeiten, die es gibt, das bisher von Menschen im ökonomischen Bereich entwickelt wurde. Nur: Das beste System wird von den Menschen auf die Dauer nicht akzeptiert werden, wenn nicht alle Arbeitswilligen und alle Arbeitsfähigen Arbeit haben. Die Menschen - das ist der Vorteil und auch der Nachteil der Freiheit - werden, wenn wir die Vollbeschäftigung nicht sichern können, lieber ein schlechteres totalitäres System gegen ein besseres freies System eintauschen. Die Freiheit, die wir haben und die wir bewahren wollen, wird sie nicht daran hindern, und wir werden das nicht verhindern können. Das heißt, wir leben in der Gefahr, wenn wir die Vollbeschäftigung nicht sichern, daß ein freies System, das uns so viele Vorteile gebracht hat, abgelöst wird durch ein schlechteres unfreies System, das auf den Spitzen der Bajonette gesichert wird, wie wir es wenige Kilometer von hier entfernt sehen. (Beifall.)

Freiheit, meine lieben Freunde, bedeutet etwas ganz anderes. Freiheit bedeutet auch, daß wir als politische Bewegung unsere ganze Kraft auch in den Dienst der Vollbeschäftigungspolitik stellen. Wenn wir das nicht tun, werden wir den Leuten erklären können, was wir wollen: Wie gut alles ist und wie schlecht es woanders ist - sie werden sich für den entscheiden, der ihnen Arbeit und Brot verspricht. Das hat es schon einmal in Mitteleuropa gegeben, und das kann es wieder geben.

Daher möchte ich damit abschließen, daß ich sage: Wir können nicht einfach blindlings ohne Konzepte subventionieren. Aber eines sollen Sie von hier als meine Meinung, als Diskussionsbeitrag mitnehmen: Die Österreichische Volkspartei ist die Partei, die uneingeschränkt der Beschäftigungspolitik das Wort redet, wo sie vernünftig ist, wo sie zweckmäßig ist, eine Partei, die uneingeschränkt sagt: Alle, die arbeitswillig und arbeitsfähig sind, müssen arbeiten. Die Sozialisten haben uns in vielen Ländern gezeigt, wo man jetzt ihre Regierungsperiode aufräumt, wie in der Bundesrepublik Deutschland, wie in England, ja selbst in manchen demokratischen Bereichen in den Vereinigten Staaten: Wir haben eine lange mühsame Periode vor uns, die die Fehler korrigieren muß, die gemacht wurden. Aber niemals sollen wir vergessen, daß die Vollbeschäftigung an erster Stelle steht. Und wir werden es nicht vergessen! Die Österreicher sollen von hier mitnehmen, daß Vollbeschäftigungspolitik bei der Österreichischen Volkspartei in guten Händen ist! Danke schön. (Starker langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Mag. Ludwig: Ich darf Herrn Dr. Taus herzlich danken. Der Applaus beweist, wie richtig seine Ausführungen waren und wie gut sie angekommen sind.

Bitte, Frau Nationalrat Tichy-Schreder.

Abgeordnete zum Nationalrat Ingrid Tichy-Schreder:
Hoher Bundesparteitag! Meine Damen und Herren! Der Applaus für
unseren Dr. Taus hat gezeigt, wie wichtig das Konzept der Vollbeschäftigung ist und daß wir alle hinter diesem Konzept stehen.

Aber auch die Sozialisten stehen für die Vollbeschäftigung, nur gibt es da Unterschiede. Diese Unterschiede liegen darin, daß die Sozialisten durch eine Globalsteuerung, wie es Bundesfinanzminister Stoltenberg gesagt hat, alles regeln wollen.

Eine Möglichkeit, wie man Vollbeschäftigung regeln kann, sagen die Sozialisten, ist die Arbeitszeitverkürzung.

Wir haben die Beschlüsse des Gewerkschaftsbundkongresses gehört und auch gehört, daß noch nicht der Zeitpunkt zur Arbeitszeitverkürzung gekommen ist. Aber, meine Damen und Herren, gerade bei dem Stichwort Arbeitszeitverkürzung möchte ich ansetzen und sagen, was sie für uns bedeutet. Da ich selbst Unternehmerin bin, kann ich dabei aus der Praxis sprechen. Ich komme aus einem Klein- und Mittelbetrieb: klein an Mitarbeiterzahl, ein Mittelbetrieb an Umsatzziffern, um das zu verdeutlichen. Daher kann ich ermessen, welche Schwierigkeiten es gibt, wenn eine Arbeitszeitverkürzung jetzt in diesem Ausmaß erfolgt.

Ich möchte das deshalb besonders herausstreichen, weil der Betreiber dieser Arbeitszeitverkürzung Bundesminister Dallinger ist. Bundesminister Dallinger hat uns vorexerziert, wie man politischen Willen rasch in die Tat umsetzen kann, denn er hat uns die Urlaubsverlängerung, die mit 1. Jänner 1984 in Kraft tritt, durch immerwährendes, ununterbrochenes Sprechen von einer Urlaubsverlängerung zur Arbeitsplatzsicherung beschert. Wir haben sie jetzt mit 1. Jänner 1984, obwohl wir wissen, daß in Gewerkschaftsbundkreisen viele

nicht seiner Meinung waren. Er hat sich aber durchgesetzt, und er ist auch der vehemente Vertreter der radikalen Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden, damit sich die Unternehmer nicht rechtzeitig umstellen können. Das ist eine ganz bewußte Drohung. Meine Damen und Herren, ich möchte es so herausstreichen und deutlich machen, wie stark Dallinger dahintersteht.

Ich will Ihnen aber auch Argumente liefern, warum es mit der Globalsteuerung durch Arbeitszeitverkürzung nicht geht. Die Sozialisten bringen zwar immer wieder gerne Auslandsbeispiele, Ziffern, wie schlecht es im Ausland und wie gut es in Österreich ist, vergessen dabei aber verschiedentlich die Maßnahmen, die im Ausland gesetzt worden sind und zur Verschlechterung geführt haben. So erwähnen sie etwa nicht, daß zum Beispiel die Arbeitszeitverkürzung in drei Ländern besonders krasse Auswirkungen gezeigt hat. Es gibt darüber Untersuchungen im Bereich der Metallindustrie in Belgien. Dort wurde eine Arbeitszeitverkürzung ab 1979 durch Betriebsvereinbarungen durchgesetzt. Das Ergebnis war, daß seit 1980 in der Metallindustrie über 30.000 Arbeitsplätze verlorengegangen sind, daß 1982 gegenüber 1981 eine um 4,2 Prozent kürzere Arbeitszeit um 5,6 Prozent weniger Beschäftigte gebracht hat und die Arbeitslosenquote dort derzeit bei 14 Prozent liegt.

Großbritannien hat seit 1981 eine 39-Stunden-Woche in der Metallindustrie. Dazu hat das Arbeitsministerium festgestellt, daß es wenig oder gar keine Anhaltspunkte gibt, daß dadurch die Personaleinstellungen zunahmen. Ein typisches Beispiel ist auch Frankreich. Frankreich hat sich den österreichischen Weg zum Ziel gesetzt: Regierungserklärung von Mitterand. In Frankreich hat die staatlich verordnete Arbeitszeitverkürzung zu einem spektakulären Mißerfolg geführt. Die sozialistische Regierung stoppte den Stufenplan nach der ersten Senkung auf 39 Stunden. Der Erfahrungsbericht des Arbeitsministeriums war: Der Beschäftigungseffekt ist sehr schwach, die Kostensteigerungen treiben die Inflation, das heißt, ein Reallohnverlust tritt ein, es kommt zu dezimierten Gewinnen – das ist eine Schwächung der Investitionskraft – und sinkender Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland.

Zur Schwächung der Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland möchte ich Ihnen mitteilen, was ein Funktionär der japanischen Metallarbeitergewerkschaft über die Arbeitszeitverkürzung sagt. Er meint: Ich will keine Arbeitszeitverkürzung für Japan, wir müssen eher mehr leisten als weniger. Wir haben doch Konkurrenz und leben wettbewerbspolitisch nicht auf einer Insel. Aber ihr Europäer, ihr sollt natürlich die Arbeitszeit verkürzen!

Gerade von Japan wissen wir, daß es auf dem technologischen Sektor weit fortgeschritten ist. Minister Dallinger vertritt die Ansicht, der technologische Fortschritt wird Arbeitsplätze vernichten. In Japan tut er es nicht. Hören wir also nicht auf Dallinger, hören wir auf unsere Vorstellungen! (Beifall.) Ich möchte Ihnen noch einige Punkte nennen, und zwar möchte ich sagen, daß die Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich die Kosten in die Höhe treibt. Es wurden Untersuchungen angestellt, auch von unserem Wirtschaftsbeirat, in deren Verlauf man die Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden nicht einmal errechnen konnte, weil alle Modelle versagt haben. Beim Modell einer 38-Stunden-Woche hat sich herausgestellt, daß sie nur möglich wäre ohne Lohnausgleich, und es wurden Bedenken angeführt, daß deshalb nicht mehr Arbeitskräfte eingestellt werden.

Die Arbeitszeitverkürzung verringert die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Dadurch, daß die Kosten steigen, können wir im Ausland nicht den gleichen Marktanteil halten. Wir wissen jetzt, wir haben eine ausgeglichene Handelsbilanz. Wir hören von unseren Exportfirmen, mit welchen eigenen Verlusten sie die Märkte im Ausland halten. Steigen die Kosten stärker, können wir unseren Platz auf den Weltmärkten nicht mehr halten.

Die Arbeitszeitverkürzung vermindert die Chancen für ein Wachstum, und Arbeitszeitverkürzung bedeutet einen Verzicht auf Wohlstand. Die Arbeitszeitverkürzung bringt überdies nicht nur keine neuen Arbeitsplätze, sondern verschärft die Arbeitslosigkeit.

Ich habe bereits ein Beispiel von Belgien angeführt.

Man kann auch auf die æchziger Jahre zurückgehen. Während
der sechziger Jahre wurde ja die Arbeitszeit verkürzt. Was

hat sich dabei herausgestellt? Die Folge der damaligen Arbeitszeitverkürzung, um die Verluste des Arbeitsvolumens auszugleichen, war ein wachsender Zustrom von Gastarbeitern, denn
zu diesem Zeitpunkt herrschten Vollbeschäftigung und ein
Wachstum von 5 Prozent, das wir jetzt nicht mehr haben.

Arbeitszeitverkürzung hat auch mehr Rationalisierung bedeutet. Das heißt, nicht die Beschleunigung der Produktivitätszunahme war Anlaß der Arbeitszeitverkürzung, sondern diese wurde zumindest zum Teil Ausgangspunkt für die Arbeitslosigkeit der siebziger Jahre. Das sollte uns auch vor Augen stehen.

Noch etwas bringt die Arbeitszeitverkürzung in Österreich: große Probleme für unsere klein- und mittelbetriebliche Struktur. Bei der klein- und mittelbetrieblichen Struktur konnte man auch das Modell der 38-Stunden-Woche nicht voll errechnen, man konnte es nur im industriellen Bereich errechnen. In einem Klein- und Mittelbetrieb, wie zum Beispiel mein Betrieb einer ist, kann ich mir nicht vorstellen, wenn sich die Arbeitszeit verkürzt, daß ich zusätzlich eine qualifizierte Kraft einstelle, weil es der Betrieb nicht trägt und weil nicht nur die Kosten steigen, sondern auch die Arbeitsmöglichkeiten für eine volle Arbeitskraft nicht gegeben sind. Das müßten wir beachten.

Oder ein Beispiel aus dem Fremdenverkehr: Da schaut es wieder etwas anders aus, im Fremdenverkehr soll die Dienstleistung für den Gast funktionieren. Dazu braucht man mehr Leute. Wenn man mehr Leute braucht, steigen natürlich die Kosten, und Sie als Konsument in diesem Fall haben auch mehr an den Betrieb zu zahlen. Das heißt, auch hier wird ein Wachstum gestoppt oder eingeschränkt, denn es kann ja auch etwas anderes eintreten: daß die Dienstleistung dann nicht mehr im vollen Ausmaß erfolgt, und auch das stört gerade einen wichtigen Faktor unserer Fremdenverkehrswirtschaft.

Meine Damen und Herren! Es gibt eine Möglichkeit, und wir in unserer Österreichischen Volkspartei behandeln das sehr stark und wollen durch unsere neue Sprecherin für das Gebiet Teilzeitarbeit Dr. Helga Rabl-Stadler neue Modelle unseren Menschen in Österreich nahebringen, mit denen man mit flexibleren Arbeitszeiten gegen diese globale strikte Arbeitszeitverkürzung am Grünen Tisch angeht. Wir wollen den Menschen mehr Freiheit geben, selbst zu entscheiden,wie lange sie arbeiten. Dafür haben wir Modelle. Ich bitte Sie, das hinauszutragen, damit es mit unserer Wirtschaft nicht negativ weitergeht, sondern positiv aufwärtsgeht! (Beifall.)

Vorsitzender Mag. Ludwig: Herzlichen Dank, Frau Nationalrat.

Ich bitte nun Nationalrat Riegler, zum Rednerpult zu kommen. Ich darf gleichzeitig vorschlagen, daß wir die Redezeit auf vier Minuten begrenzen, denn es gibt noch sehr viele Wortmeldungen, und wir haben den Zeitplan jetzt bereits um eine halbe Stunde überzogen.

Abgeordneter zum Nationalrat Dipl.-Ing. Josef Riegler:
Hoher Bundesparteitag! Liebe Freunde! Ich werde mich bemühen,
den Übergang zur Redezeitverkürzung zu schaffen.

Wir haben heute sehr eindrucksvoll gehört, welche Neuorientierung in der Wirtschaftspolitik notwendig ist. Diese
Neuorientierung werden wir nur erreichen, wenn wir die politische Verantwortung in Österreich verändern. Daher möchte
ich einige politische Vorbemerkungen zu einigen wirtschaftlichen Fragen machen.

Die politische Landschaft in Österreich ist in Bewegung.

Das ist für uns eine Herausforderung und eine Chance. Ich glaube,
die Chance ist dann gegeben, wenn es uns gelingt, als Österreichische Volkspartei die fundamentalen Unterschiede deutlich
zu machen.

Das bedeutet erstens, daß die Volkspartei eher in der Lage ist, auf die neue soziale Frage zu antworten, als die Sozialisten, die sich an die Überheblichkeit der Macht gewöhnt haben. Die neue soziale Frage heißt, die Sorgen der kleinen Arbeiter und Angestellten, der kinderreichen Familien, der kleinen Gewerbetreibenden, der kleinen und mittleren Bauern ernst nehmen und darauf eine Antwort geben.

Zweitens: Volkspartei heißt, daß wir für den sozialen Ausgleich anstelle des Klassenkampfmodells der Sozialisten eintreten.

Drittens: Politik der Volkspartei heißt, Antwort zu geben auf neue Wertvorstellungen, wie wir es gestern mit dem Zukunfts-manifest versucht haben.

Das bedeutet viertens - das ist unser heutiges Hauptthema -, eine Wirtschafts- und Budgetpolitik zu betreiben,
die aufhört mit dem Ausverkauf der Zukunft und wieder zurückkehrt zur verantwortungsvollen Entscheidung. Wir sehen
es jetzt ja deutlich: Gutes Wirtschaften ist Voraussetzung
für die Erhaltung der sozialen Sicherheit.

Persönlich ist meine Auffassung: Auch im politischen Stil sollten wir durchaus selbstkritisch gewisse Korrekturen vornehmen. Es geht um Klarheit in den Standpunkten, es geht um Glaubwürdigkeit in der Aussage, und es geht um das Spürbarmachen des Verantwortungsbewußtsein. Daher ist nicht die verbale Attacke gegen jede kleine Äußerung in den Vordergrund zu stellen, sondern die klare sachliche Abgrenzung, wo wir eine politische Linie für nicht richtig halten. Also hart in der Sache, aber gesprächsbereit mit den anderen politischen Kräften.

Gestatten Sie mir, jetzt zu einem wichtigen Sektor der Wirtschaftspolitik, der Land- und Forstwirtschaft, einige Aussagen zu treffen. Es ist eben einer der entscheidenden wirtschaftspolitischen Unterschiede, daß für die Volkspartei alle Chancen wichtig sind, ganz gleich, in welcher Wirtschaftssparte, und daß man sich nicht auf wenige Bereiche der Wirtschaft reduziert.

So wie in vielen Bereichen ist auch in der Landwirtschaftspolitik seit dem Jahr 1970 sehr viel versäumt worden. Darum haben wir heute überall die Probleme. Ich nenne nur zwei der aktuellsten Sorgen unserer Bauern: die Sorge unserer Milchbauern um eine Weiterentwicklungsmöglichkeit und die dramatische Verschärfung der Situation bei unseren Weinbauern, gerade in Niederösterreich und im Burgenland derzeit brennheiß.

Wir haben daher in den "Wirtschaftspolitischen Leitlinien", die heute zur Beschlußfassung vorliegen, im Kapitel 7 auch die Schwerpunkte aufgezeigt, die unseres Erachtens für eine offensive Weiterentwicklung der ländlichen Regionen, der Land- und Forstwirtschaft, notwendig sind.

Nur in Schlagworten: das Wahrnehmen der neuen Produktionschancen in der Energieerzeugung, in der Versorgung mit Pflanzenölen und Eiweißfuttermitteln, in der Produktion von Spezialkulturen. Denn niemand kann uns einreden, daß es notwendig ist, um 5 Milliarden Schilling Obst, Gemüse, Gartenbauprodukte und Verarbeitungsprodukte zu importieren. (Beifall.)

Zweitens dürfen nicht wie mit dem neuesten Belastungspaket die Grenzlandregionen, die schwächeren Regionen noch
weiter nach unten gedrückt werden, sondern es muß eine Wirtschaftspolitik gemacht werden, die auch dort Investitionsimpulse gibt: Infrastrukturausbau, die Verbesserung unserer
Bausubstanz, so wie es Alois Mock sagt. Arbeit gibt es genug,
Aufgaben gibt es genug. Was wir brauchen, ist eine vernünftigere
Möglichkeit der Finanzierung. (Beifall.)

Drittens: Gerade in der Sorge um unsere Umwelt wird es notwendig sein, unseren Bergbauern, unseren Grenzlandregionen zu helfen, damit sie ihre staatspolitisch wichtige Aufgabe für die Bewirtschaftung und damit für die Pflege unseres Staates weiterhin erfüllen können.

Viertens: Wir glauben, daß es ein Grundsatz der Wirtschaftspolitik sein muß, die produktiv möglichen Arbeitsplätze auf den
Bauernhöfen zu sichern und in manchen Bereichen auch neue zu
schaffen. Ich meine hier ganz besonders die Sorge vieler unserer
Milchbauern im Mühlviertel, im Waldviertel, in vielen Regionen,
wo eine Weiterentwicklung derzeit abgeschnürt ist. Ich meine
die Sorge unserer Kleinbauern in der Südsteiermark, im Burgenland, in Niederösterreich, wo wir Chancen hätten, die bei einer
vernünftigeren Gestaltung wahrgenommen werden könnten.

Ich möchte eines abschließend sagen, meine Damen und Herren: Die Leistungsbereitschaft unserer bäuerlichen Familien ist enorm. Genauso wie wir ja sagen müssen: Daß es überhaupt noch diese im Vergleich zu anderen relativ konsolidierte Situation bei uns gibt, verdanken wir dem Fleiß der Gewerbetreibenden, den Leuten im Fremdenverkehr, unseren Arbeitern und Angestellten, die als Eigenheimbauer zum Beispiel sehr, sehr viel leisten, und eben auch dem Fleiß unserer bäuerlichen Familien.

Der Verteilungskampf wird härter, das spüren wir. Dort, wo die Menschen um ihre Existenz ringen, werden sie in der Wahl der Mittel weniger zimperlich sein. Daher geht es darum, daß wir als Volkspartei uns als jene politische Kraft anbieten, die eher in der Lage ist, den Ausgleich der Interessen herzustellen, soziale Gerechtigkeit in der politischen Entscheidung spürbar zu machen. Auch in der Praxis brauchen wir diese Haltung der Solidarität, wie es uns Mock immer wieder auch in Richtung der Bauern vorexerziert hat.

Ich möchte einen Namen noch nennen: den des Präsidenten Sallinger, der uns ebenfalls in vielen kritischen Fragen behilflich war, Lösungen herbeizuführen.

Aber es ist vieles verbesserungsfähig im gegenseitigen füreinander Einstehen. Daher möchte ich den Appell an unsere Partei richten: Geben wir auch der bäuerlichen Berufsgruppe das Gefühl, daß die Volkspartei als Ganzes hinter den Existenzfragen dieses Berufsstandes steht.

Ich glaube, es gibt drei Überlegungen, die das rechtfertigen:

Erstens eine soziale, denn die Klein- und Mittelbauern gehören mit vielen anderen zu jenen Gruppen, wo das Verhältnis zwischen Arbeitseinsatz und sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit besonders ungünstig ist, so wie auch in manchen Bereichen in der gewerblichen Wirtschaft.

Zweitens: Es ist wirtschaftlich vernünftig, daß wir alle Chancen in der Land- und Forstwirtschaft nützen, denn sie ist das Rückgrat für die wirtschaftliche Weiterentwicklung unserer ländlichen Regionen.

Und drittens auch eine politische Überlegung, wenn wir wollen - und das wollen wir im Interesse unserer Heimat -, daß die Volkspartei die Hauptverantwortung im Staat übernimmt. Dazu wird es notwendig sein, neue Wählerschichten zu erreichen, aber auch jene Wählerschichten zu erhalten, die bisher treu zu dieser Partei gestanden sind.

Ihnen allen müssen wir das Bewußtsein geben: Diese Partei steht für euch ein als soziale Integrationspartei im Interesse unserer Zukunft. (Beifall.)

Vorsitzender Mag. Ludwig: Herzlichen Dank, Herr Nationalrat, für den Beitrag.

Bevor ich Nationalrat Dr. Schüssel ans Rednerpult bitte, darf ich Helene von Damm, die Botschafterin der Vereinigten Staaten in Österreich, eine aus Kematen, also aus der Nachbargemeinde unseres Bundesparteiobmannes Mock, stammende Nieder- österreicherin in unserer Mitte herzlich willkommen heißen, sie begrüßen und ihr alles Gute wünschen. (Beifall.)

Ich darf nun Dr. Schüssel bitten.

Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Wolfgang Schüssel:
Liebe Freunde der Volkspartei! Wir haben heute sehr viel über
Krisen gehört. Wir sollten aber als Volkspartei den Menschen
keine Angst vor Krisen machen, sondern von uns wird erwartet,
daß wir ihnen ein bißchen Hoffnung geben. Ich glaube, die
Krisen von heute sind lösbar. Dazu bedarf es im Grunde nur
Phantasie, Disziplin und Lernbereitschaft. Furcht und Resignation sind dabei sicherlich schlechte Ratgeber.

Wir haben eine internationale Finanzkrise, es droht ein Infarkt, wird gesagt, Das stimmt. Aber andererseits darf man nicht vergessen, daß heute Summen bewältigt werden, die früher unvorstellbar schienen. Es werden jetzt etwa Mexiko und Brasilien umgeschuldet, Großschuldner mit 80, 90 Milliarden Dollar Schulden. Das bedarf jährlicher Transaktionen von etwa 10 Milliarden Dollar, und sie sind lösbar. Das gibt doch Hoffnung. Im Jahr 1929 haben wesentlich geringere Geldströme die Weltwirtschaftskrise ausgelöst.

Oder: Wir haben eine nationale Budgetkrise. Das stimmt. Der Staat droht uns aufzufressen. Seit 1970 ist der Staat um über 40 Prozent angestiegen. Gleichzeitig droht dieses Staatsanwachsen immer unfinanzierbarer zu werden.

Unsere Lösung sieht so aus: Privatisierung, Entstaatlichung dort, wo es geht. Wo steht denn geschrieben, liebe Freunde, daß es eine staatliche Wien-Film-Produktion geben muß, die noch dazu außer billigen Pornoproduktionen und sonstigem Mist relativ wenig zusammengebracht hat. Defizit: bisher 350 Millionen Schilling!

Wo steht geschrieben, daß es ein staatliches österreichisches Verkehrsbüro geben muß? Bisheriger Finanzbedarf: 300 Millionen Schilling! Das muß alles nicht sein.

Es gibt eine ökologische Krise, wird gesagt, und das stimmt auch. Gelöst wird sie sicher nicht dadurch werden, daß aufgehetzte Arbeiter auf Umweltschützer - 15, 20 Buben und Mädchen - einzuschlagen beginnen.

Sie wird sicher auch nicht gelöst werden, wenn Techniker oder auch Politiker in Diskussionen nicht mehr zu Wort kommen, weil sie einfach niedergeschrien werden. Gelöst können solche Krisen nur werden, wenn wir zusammenhalten und in ein gemeinsames Gespräch eintreten. Die Chance der Lösung der Krise besteht in der Industriegesellschaft, nicht gegen sie.

Es ist auch eine wirtschaftliche Chance, denn in den letzten 15 Jahren ist im OECD-Raum, im besonderen in Europa, eine ganze blühende Umweltschutzindustrie entstanden. Da könnte Österreich auch mittun. Die Simmering-Graz-Pauker-Werke sind ja geradezu führend beim Wirbelschichtverfahren, bei der Rauchgasentschwefelung usw.

Wenn man sich aber ansieht, daß die VOEST bisher erst
150 Millionen Schilling Jahresumsatz in dieser Branche macht,
dann erkennt man, wie weit der Weg noch ist. Daß es andere
besser machen, zeigt uns das "Deutsche Handelsblatt". Darin
steht: Heute setzen die Börsianer auf alles, was in irgendeiner Weise mit der Umweltschutzindustrie zu tun hat.

Wir haben natürlich auch eine Krise auf dem Arbeitsmarkt.

Die Arbeit droht uns - hat eine Zeitung geschrieben - wie eine Kerze auszugehen. Bis Ende dieser Regierungsperiode, also bis 1987, droht nach Prognosen die Arbeitslosenzahl auf 7, ja 8 Prozent anzuwachsen.

Günther Nenning, selber ein Schlauer, sagt in seinem Buch "Vorwärts zum Menschen zurück": "Ganz besonders Schlaue benützen die Krise zur Hysterisierung der Wähler: Entweder ihr laßt uns alles zubetonieren, oder ihr verliert eure Arbeitsplätze."

Als Lösung bieten dann die Regierenden Großprojekte an: das Allgemeine Krankenhaus, das Konferenzzentrum, das Pölser Zellstoffwerk und andere mehr.

Im Gegensatz dazu sagt der bekannte und Gott sei Dank auch berühmte und von uns geschätzte Philosoph Kohr aus Salzburg: "Die Größe hat bisher nichts produziert als Krisen, Krisen proportional der Größe."

Das heißt also, so große Krisen, daß sie nicht mehr gelöst werden können. Die Lösung, die uns Kohr vorschlägt, heißt: Downsizing, kleiner werden, zurück zum menschlichen Maß.

Meine Damen und Herren! Wir haben es in der Hand, die Dinge zu lösen. Wir haben es in der Hand, zu verhindern, daß die Prognosen wahr werden, daß in den kommenden acht, neun Jahren die Zahl der selbständigen Unternehmer und Bauern von einer halben Million auf 400.000 zurückgehen wird, was ja nicht nur den Verlust von Arbeitsplätzen, sondern auch den Verlust von Arbeitgebern im weitesten Sinn bedeutet. Wir haben es in der Hand, die wirtschaftliche Zweiteilung des Landes durch eine vernünftige Regionalpolitik zu verhindern. Wir haben es in der Hand, durch eine geschickte, nicht blinde und nicht für alle gegebene Förderung die direkte Wirtschaftsförderung besser einzusetzen; derzeit sind es 13 Milliarden Schilling.

Wissen Sie, wer diese Förderung bekommt? Ich habe es mir ausgerechnet: Zu 86 Prozent die Großbetriebe und nur zu 14 Prozent die Kleinbetriebe! Würde man die Mittel gerechter aufteilen, zwei Drittel etwa für Klein- und Mittelbetriebe und nur ein Drittel für die Großen, dann könnten wir allein dadurch, ohne daß ein Schilling mehr ausgegeben werden müßte, 10.000 neue Arbeitsplätze sichern.

Wir sind also nicht wehrlos der Krise ausgeliefert, und gerade wir als Volkspartei haben es in der Hand, den Menschen Hoffnung zu geben. Wir sollen ihnen, und das ist unsere Aufgabe als Opposition, Alternativen sichtbar machen: nicht durch Wortblasen und nicht durch Schönfärberei, sondern durch realistische und glaubhafte Konzepte.

Dazu rufen wir alle auf: alle Experten, Unternehmer, Investoren und Bürger, die an der Wirtschaftspolitik interessiert sind. Wir rufen sie auf, uns dabei zu helfen, daß die Krise nicht allein eine Bedrohung bleibt, sondern daß wir auch die Chancen, die in dieser Krise stecken, gemeinsam nützen können. Ich danke Ihnen. (Beifall.)

<u>Vorsitzender Mag. Ludwig:</u> Herzlichen Dank, Herr Dr. Schüssel.

Ich darf Nationalrat Ing. Gassner bitten.

Abgeordneter zum Nationalrat Ing. Johann Gassner:
Liebe Parteifreunde! Ich habe heute seit 1/2 5 Uhr früh die
Möglichkeit gehabt, beim Schichtbeginn in drei großen Betrieben mit über tausend Arbeitnehmern Kontakt aufzunehmen.

Ich darf vor allem dir, Landeshauptmann Siegfried Ludwig, berichten, daß die Arbeitnehmer, auch viele sozialistische Arbeitnehmer, von der Diffamierungskampagne, die Justizminister Ofner und Oberstaatsanwalt Müller gegen dich gestartet haben, tief betroffen sind und sie verurteilen. (Beifall.)

Diese Arbeitnehmer sagen aber auch: Wir haben Sorge um die Entwicklung in Österreich. Es haben sich die Steuern erhöht, es hat sich die Belastung erhöht. Das Budgetdefizit ist größer geworden, und die nunmehr 13jährige sozialistische Politik setzt sich in der sozialistischen Koalitionspolitik fort. Die Steuern werden weiter erhöht und belasten die sozial Schwachen. Diese Arbeitnehmer sagen: Wir verlangen von der Wirtschaftspolitik, daß sie die Arbeitsplätze sichert, daß sie Arbeit für alle schafft, daß sie die Einkommen sichert, aber auch die Finanzierung der sozialen Sicherheit für die Kranken und die Pensionisten gewährleistet.

Das alles, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, ist durch die nunmehr vorherrschende Politik gefährdet. Es steigt die Belastungsquote, es steigen die Steuern, und davon sind die Arbeitnehmer in unserem Lande betroffen. Sie sagen: Diese Politik der höheren Steuern, diese Politik, die mit vermehrten Steuern Vollbeschäftigung zu erzwingen glaubte, hat Schiffbruch erlitten. Diese Politik ist damit als gescheitert zu betrachten, weil die Arbeitslosigkeit trotz vermehrter Steuern ansteigt. Die Prognosen sagen, 1984 werden wir 5,5 Prozent Arbeitslosigkeit haben.

Deshalb sind wir überzeugt, daß wir mit unseren Wirtschaftspolitischen Leitlinien jene Alternative anbieten können, die zu einem Kurswechsel führt und allen Menschen in diesem Lande die Vollbeschäftigung und die Einkommen sichern kann.

Wir sind der Ansicht auch als Gewerkschafter, als Vertreter der Arbeitnehmer, daß wir weg müssen von einer Politik, die dem Gießkannenprinzip huldigt. Wir müssen zu einer Politik der Leistungsförderung kommen. Wir müssen weg vom Sicherheitsdenken aller, dem Sicherheitsdenken, das um sich greift bei den Unternehmern, bei den Betriebsräten, die meinen, man müsse nur zum Finanzminister, zum Sozialminister gehen und erklären: Wenn hundert, zweihundert Leute abgebaut werden, dann muß der Staat helfen, denn dann gibt es keine Probleme mehr.

Das ist der falsche Weg, liebe Parteifreunde! Wir brauchen die Wettbewerbsförderung, wir brauchen die Leistungsförderung, wir brauchen in Österreich Betriebe, die Gewinne machen können. Dann werden die Arbeitsplätze gesichert werden, dann werden die Einkommen gesichert werden, und dann ist auch ein sozialer Fortschritt wieder möglich. (Beifall.)

Wir brauchen dazu aber eine Wirtschaftspolitik, die alle Unternehmen, ob im Handel, ob im Gewerbe, ob in der verstaatlichen Industrie oder in der privaten Industrie, gleichmäßig behandelt. Wir brauchen keine Unterschiede in der Förderung, sondern wir brauchen Rahmenbedingungen, die jedem Unternehmer die Chance bieten, gleichwertig und gleichberechtigt Förderungs-

maßnahmen des Staates in Anspruch zu nehmen, Bedingungen, die ihm gleichwertig auch die Chance geben, Leistungen, die er erbringt, und Investitionen, die er durchführt, auch steuerlich gleich behandelt zu sehen.

Das,liebe Parteifreunde, gilt für alle: für den Handelstreibenden, für den Gewerbetreibenden, für die verstaatlichte Industrie und auch für die Privatindustrie. Das ist auch eine Forderung der Gewerkschafter und der Arbeitnehmer Österreichs. (Beifall.)

Wir stellen fest, daß immer mehr Betriebe über immer weniger Kapital verfügen. Daher ist es notwendig, daß gerade wir als christlich-soziale Arbeiterbewegung, die in der Öster-reichischen Volkspartei ihre Heimat hat, auch damit die Interessen der Arbeitnehmer vertreten, daß wir sagen: Auch die Arbeitnehmer sollen künftig mehr Vermögen bilden können, auch die Arbeitnehmer sollen sich am Produktivvermögen beteiligen können.

Wenn auf Seite 4 dieses Manifests verlangt wird: "Unterstützung einer breiten persönlichen Eigentumsbildung in allen Wirtschaftsbereichen", dann sagen wir Arbeitnehmer, wir Gewerkschafter ja dazu, dann verlangen wir, daß die Österreichische Volkspartei die derzeit vorhandenen Barrieren abbaut, daß sich Arbeitnehmer am Produktivvermögen beteiligen können, dann verlangen wir, daß diese ÖVP Initiativen setzt, um auch den Investivlohn in Österreich zu ermöglichen. Wir wollen uns als Arbeitnehmer an den Betrieben beteiligen, wir wollen die Chance haben, gleichwertige Bürger zu sein nicht nur in der

Gesellschaft, sondern auch im betrieblichen Bereich. Deshalb ein Ja zur Vermögensbildung, und deshalb ein Ja auch zur Beteiligung der Arbeitnehmer an den Unternehmen! (Beifall.)

Aber, liebe Parteifreunde, wenn auch diskutiert wird über die Frage, welche Belastungen die Betriebe aushalten, so sind gerade wir Gewerkschafter, wir Arbeitnehmer der Ansicht: Wir brauchen leistungsfähige Betriebe, wir brauchen Betriebe, die Gewinne machen, weil nur aus dem Gewinn der soziale Fortschritt finanziert werden kann. Wir haben deshalb gerade als christliche Gewerkschafter diese Meinung auch auf dem letzten ÖGB-Kongreß vertreten. Ich kann heute sagen, daß das, was der ÖGB-Kongreß beschlossen hat, ein Sieg der Vernunft war, ein Sieg des Einflusses der christlichen Gewerkschafter auch im ÖGB. Wir sind stolz darauf, daß der Dallinger-Paukenschlag verhindert werden konnte, die Arbeitszeitverkürzung abrupt für alle kurzfristig einzuführen. (Beifall.)

Wir haben erreicht, daß der ÖGB-Kongreß mit den Stimmen der Vernunft beschlossen hat: Arbeitszeitverkürzung nur nach wirtschaftlichen Möglichkeiten; Arbeitszeitverkürzung vorerst in jenen Branchen, wo sie notwendig ist; Arbeitszeitverkürzung auch im internationalen Gleichklang.

Aber, liebe Parteifreunde, ich gebe der Kollegin Tichy-Schreder recht. Arbeitszeitverkürzung dort, wo sie arbeitsmarktpolitisch auch wirksam wird. Zum Beispiel, indem Kolleginnen und Kollegen vielleicht mit 57 oder 58 Jahren durch ein Vorziehen des Sonderruhegeldes die Chance haben, in Pension gehen zu können, wenn sie wollen. Dann nämlich, wenn jemand in Pension geht, bekommt ein anderer dadurch einen Arbeitsplatz. In einem Betrieb, wo es nur einen oder zwei Angestellte gibt, wird aber durch die Einführung der 35-Stunden-Woche bestimmt kein neuer Arbeitsplatz geschaffen. Deshalb ist unser Weg der Verkürzung der Lebensarbeitszeit im Sinne einer arbeitsmarktpolitischen Überlegung der einzig richtige. (Beifall.)

Wir sind auch der Ansicht, daß wir bei der flexiblen Arbeitszeitgestaltung neue Wege gehen müssen. Wir sagen dazu ja, liebe Parteifreunde, ja zur lebensorientierten Gestaltung der Arbeitszeit, zur sogenannten LOGAZ. Wir kennen viele Arbeitnehmer, die nur Teilzeit arbeiten wollen, die vielleicht ab 50, 52 Jahren keine 40 Stunden mehr arbeiten wollen, sondern nur mehr 30 Stunden.

Es gibt eine Umfrage, wonach 28 Prozent der Frauen, aber auch 12 Prozent der Männer nicht mehr 40 Stunden arbeiten wollen und bereit sind, kürzer zu arbeiten, natürlich auch bei entsprechend geringerem Lohn oder Gehalt. Geben wir, liebe Parteifreunde, diesem Willen nicht nur Ausdruck, sondern ergreifen wir die entsprechenden Initiativen, um das auch zu verwirklichen. Mein Appell richtet sich nicht nur an die Gebietskörperschaften, es ist auch ein Appell an uns

selbst, an die Freunde der Wirtschaft, an die Freunde der Landwirtschaft, an die Freunde aus der Industrie, aus dem Gewerbe und dem Handel, der Appell nämlich, Teilzeitarbeitsplätze in entsprechendem Ausmaß zu schaffen. Dann, liebe Parteifreunde, werden wir glaubwürdig sein, wenn wir die flexible Arbeitszeit und die Teilzeit vertreten. (Beifall.)

Liebe Parteifreunde! Wir haben die Chance, als Österreichische Volkspartei die Probleme für dieses Land besser
zu lösen. Wir haben das Leitbild Niederösterreich, den Plan
Ludwig für eine moderne Politik in Niederösterreich erstellt.
Wir diskutieren und beschließen heute die Wirtschaftspolitischen
Leitlinien. Und ich bin sicher: Mit diesen Modellen Ludwigs für
Niederösterreich, mit diesen Wirtschaftspolitischen Leitlinien
werden wir nicht nur die bessere Alternative sein, sondern
werden wir den einzigen Weg weisen, der wirklich dazu beiträgt, die Probleme der Menschen in diesem Lande zukunftsorientiert zu lösen.

Ich bin überzeugt, liebe Parteifreunde, daß nicht nur am kommenden Sonntag die Wähler in Niederösterreich, sondern Ende November die öffentlich Bediensteten bei den Bundes-personalvertretungswahlen und am 8. und 9. April des nächsten Jahres die übrigen österreichischen Arbeitnehmer mit dem Stimmzettel beweisen werden, daß dieser Weg in Niederösterreich und der heute beschlossene wirtschaftspolitische Weg für ganz Österreich der einzige Weg in eine Zukunft ist, den

die österreichischen Arbeitnehmer, Selbständigen und Bauern wünschen. In diesem Sinne: Glück auf! (Beifall.)

Vorsitzender Mag. Ludwig: Ich danke recht herzlich Herrn Nationalrat Ing. Gassner.

Ich darf nun Nationalrat Fuchs zum Rednerpult bitten und gleichzeitig den Vorsitz an Landeshauptmann Dr. Keßler weitergeben.

Vorsitzender Landeshauptmann Dr. Herbert Keßler:
Ich danke Landeshauptmann Ludwig für die Vorsitzführung.
Zu Wort gemeldet ist Nationalrat Fuchs.

Abgeordneter zum Nationalrat Dipl.-Ing. Hans Georg

Fuchs: Hoher Bundesparteitag! Meine sehr geehrten

Damen und Herren! Ich werde mich hoffentlich mit einem

besseren Erfolg als meine Vorredner um Einhaltung der Redezeit bemühen. (Beifall und Bravo-Rufe.)

Erhard Busek hat heute als Vorsitzender bei der Einleitung dieses Tagesordnungspunktes gesagt, dieser Tag ist der Zukunft, der Sozialen Marktwirtschaft gewidmet. Er hat damit, vermutlich ohne es zu wollen, einen späten Diskussionsbeitrag zum gestrigen Nachmittag geliefert.

Ich möchte mich mit dieser Zukunft und mit der Sozialen Marktwirtschaft, von drei Gesichtspunkten ausgehend, ganz kurz befassen: einmal als Privatunternehmer, als Privat-industrieller, und als solcher mit der verstaatlichten Industrie, als Innovationsbetreuungsmandatar der Österreichischen Volkspartei naturgemäß mit der Innovation und letztendlich

als steirischer Nationalratsabgeordneter mit den Fragen der Regionalpolitik. Lassen Sie mich in aller Kürze mit dem ersten Punkt, mit der verstaatlichten Industrie, beginnen.

Jeder, der die Verhältnisse in der Steiermark kennt, weiß, daß von Mürzzuschlag bis Judenburg, hinauf bis Liezen und über den Präbichl hinüber nach Eisenerz jeder Ort, jeder Markt und jede Stadt abhängig ist von einem Unternehmen, das die wirtschaftliche Kraft dieser Stadt und dieser Region bestimmt, von einem Unternehmen im allgemeinen der verstaatlichten Industrie.

Alle diese Unternehmungen von Mürzzuschlag bis Judenburg gehören einem Konzern an, sie sind entweder im Bereich der VEW oder in der Muttergesellschaft der VOEST-Alpine organisiert. Das schafft für diesen Bereich eine ganz besondere Situation, die bei der Diskussion über die Verstaatlichte zumindest mitberücksichtigt werden wollte. Denn in diesem Raum sind in den letzten Jahren bereits 6000 Arbeitsplätze verlorengegangen, und alle Betriebe des privaten Sektors, des Handels, des Gewerbes, der Dienstleistung, des Geld- und Kreditwesens – Sie können nennen, was Sie wollen –, sind abhängig davon, daß in diesem Bereich Kaufkraft vorhanden ist.

Es geht uns also nicht nur darum, daß die Arbeiter und Angestellten in diesen Unternehmungen eine Zukunft sehen, sondern es geht auch darum, daß kein wirtschaftlicher Kollaps in diesem Bereich stattfindet und daß jene, die, aufbauend auf die Wirtschaftskraft der Region, ihre Existenz und ihren Betrieb dort haben, auch eine Zukunft sehen.

Ich bitte den Hohen Bundesparteitag, und ich bitte auch den Bundesparteivorstand der Österreichischen Volkspartei, diesen Aspekt nicht außer acht zu lassen. Ich möchte dazu jetzt nicht mehr sagen. (Beifall.)

Der zweite Bereich: die Innovation. Es ist selbstverständlich, und der Abgeordnete Dr. Taus hat in sehr eindrucksvoller Weise darauf hingewiesen, daß wir einen ständigen Wechsel, daß wir eine ständige Erneuerung brauchen. Diese ständige Erneuerung, dieses ständige Finden von neuen Produkten, von neuen Verfahren, diese ständige Innovation, wie es eben heißt, kann aber nicht dadurch ins Leben gerufen werden, daß man etwa im Handelsministerium eine neue Sektion gründet, sozusagen neue Schreibtische schafft, die dann ihrerseits wieder Schreibtische gebären, sondern das muß aus der Wirtschaft kommen, das muß in der Wirtschaft greifen und muß dort zum Tragen gebracht werden können. Hier haben die Innovationsreferate der Wirtschaftsförderungsinstitute eine gewaltige Leistung erbracht. Es fehlt eigentlich nicht an dem, sondern es fehlt daran, daß sich die private Initiative dieser Mittel bedient und daß wir überhaupt begreifen, daß wir die private Initiative in allen diesen Bereichen stärken müssen, weil es nur so funktionieren kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist oft gesagt worden, aber in dem Zusammenhang zu wiederholen: 80 Prozent aller zusätzlichen Arbeitsplätze entstehen in Unternehmen, die jünger als vier Jahre sind. Das heißt, wir brauchen eine Welle von neuen Unternehmensgründungen, wir brauchen eine große Anzahl von Männern und Frauen, die bereit sind, sich der Aufgabe des Unternehmers, dem wirtschaftlichen Risiko zu stellen und Betriebe zu gründen. (Beifall.)

In dieser Richtung brauchen wir eine Förderung. Wir brauchen nämlich diese Bereitschaft, die ja in großem Maße gegeben ist. Sie muß aber auch anerkannt werden und dann entsprechend zum Tragen kommen.

Ich glaube, daß wir etwas in Österreich brauchen, um ganz konkret zu werden, was bislang nicht gegeben ist, nämlich eine Venture-Capital-Finanzierung, wie das in Italien, in Frankreich, in Deutschland und England üblich ist. Das ist aus Amerika gekommen und funktioniert so, daß einem Wissenschaftler, daß einem Ingenieur, der ein neues Verfahren oder ein neues Produkt entwickelt oder erfunden hat, die Möglichkeit geboten wird, unter Zuhilfenahme von Managementkapazität und finanziellen Mitteln von außen sich selbständig zu machen und sozusagen seinen Traum zu verwirklichen. Die großen Konzerne wie Siemens, Philips, Pirelli, Fiat haben eigene Abteilungen gegründet, die sich mit dieser Venture-Capital-Finanzierung befassen, nicht für den Konzern, sondern die ihren Beitrag dazu leisten, daß Forscher und Entwickler als Unternehmer eine Zukunft haben.

Wir bemühen uns in der Steiermark, so etwas ebenfalls auf privater Basis zu schaffen. Eine Sektion der Handelskammer ist dabei, durch Zusammenfassung mehrerer Industriebetriebe eine solche Venture-Capital-Finanzierungsgesellschaft zu gründen. Ich glaube, daß das ein Erfordernis unserer Zeit wäre, viel mehr als nur das Erfornis, administrative und zusätzliche Maßnahmen einzuführen.

Zum letzten, meine sehr geehrten Damen und Herren: Das vorliegende Papier, das wir heute zu beschließen haben, weist sehr deutlich darauf hin, daß wir eine Regionalpolitik brauchen, daß die Zweiteilung Österreichs in einen wohlhabenden Teil und in einen nicht wohlhabenden Teil beendet werden muß, daß wir die Gebiete, die aufgrund verschiedener, nicht zuletzt auch politischer Ereignisse der letzten fünfzig und sechzig Jahre in eine Randlage gekommen sind, ganz besonders fördern müssen.

Wir können aber diese Gebiete nicht fördern, indem wir etwa in Wien oder in anderen Ballungszentren große Werke entstehen lassen und dadurch Pendlerheere schaffen, sondern wir können sie wirksam nur fördern, indem in diesen Gebieten etwas geschieht.

Auch dafür gibt es genug ausländische Beispiele. Die Steuerpolitik muß in diesen Räumen Voraussetzungen schaffen, die es für einen Unternehmer attraktiv machen, dort einen Betrieb zu gründen. Die Infrastruktur – darauf hat der Abgeordnete Riegler hingewiesen – muß verbessert werden. Es geht aber bis zu schulischen Maßnahmen und sogar so weit, daß in Bezirken, in denen kein metallverarbeitender Betrieb ansässig

ist, auch Lehrwerkstätten zur schulischen Ausbildung von Lehrlingen gegründet werden, um den jungen Leuten dort eine Chance zu geben, vor allem aber, um jenen Stock an Facharbeitern zu schaffen, der notwendig ist, damit eine Betriebsansiedlung erfolgreich sein kann. Das ist kein Gegensatz zum dualen Ausbildungssystem, das ist eine Ergänzung, eine Korrektur.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dann, wenn diese Maßnahmen zum Tragen gebracht werden, wenn wir Wirtschaftspolitik so sehen, dann werden wir auch die Zukunft bewältigen und alle die Aufgaben, die uns aufgegeben sind und die wir gestern und heute hier diskutiert haben. Ich danke Ihnen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Keßler: Danke sehr. Nächster Redner: Nationalrat Heinzinger. Ich erinnere daran, daß die Redezeit mit vier Minuten beschränkt ist.

Abgeordneter zum Nationalrat Walter Heinzinger:
Meine sehr geehrten Damen und Herren! In steirischer Solidarität werde ich mich bemühen, das Versprechen meines Kollegen
Fuchs, was die Zeit anlangt, einzuhalten.

Gestern haben wir über Hoffnung, über Zukunft, über
Lebensgefühl gesprochen und in Ansätzen unbestimmt geträumt.
Heute steht die Realität der gefährdeten Arbeitsplätze, des
schwerverschuldeten Staates, der Planlosigkeit bei Energie,
Verkehr und Industrie zur Diskussion. Man könnte auch sagen:
Gestern war ein Tag der Träumer, und heute ist ein Tag der
Macher. Ich glaube aber, die Probleme können wir nicht lösen,

wenn wir das auseinanderreißen. Die Zukunft werden wir nur dann bewältigen, wenn wir lernen, daß auch die Macher Träume haben dürfen.

Meine Damen und Herren! Finanzminister Stoltenberg hat darauf hingewiesen, daß die Marktwirtschaft das bessere Instrumentarium besitzt, um auch die Umweltprobleme zu lösen. Dort, wo der große Plan ist, ist auch im größten Umfang Umwelt zerstört worden. Hier ist ein grundsätzliches und tiefreichendes Umdenken notwendig. Wir können nicht so fortfahren, daß wir glauben, mit den bisherigen Methoden, nur noch mehr, die Zukunft meistern zu können, denn dieser Weg des Noch-Mehr bedeutet auch noch mehr Verschuldung und letzten Endes noch mehr gefährdete Arbeitsplätze.

Die maximale Naturentnahme, der verschwenderische Konsum und der immer größere Misthaufen sind keine Zukunft, sondern der sorgfältige Umgang mit den Reserven dieser Natur, ein sinnvoller Konsum mit höchstentwickelter Technologie und kein großer Misthaufen, sondern ein kleiner verrottbarer Abfall sind eine Zukunft.

Lassen Sie mich abschließend eines sagen, meine Damen und Herren: Es wird jetzt sehr viel gesprochen über das überzüchtete Sozialsystem. Ich glaube doch, daß wir unser Sozialgebäude nicht verrotten lassen dürfen. Ich glaube auch, daß wir das Soziale an sich nicht abwerten und nicht diskriminieren sollen, denn mit dieser Arbeitslosigkeit und mit diesem Weg in die neuen Schwierigkeiten kommen breite neue Gruppen

auf uns zu, die solidarische Hilfe brauchen. Wir sollten daher den Begriff des Sozialen an sich nicht diskriminieren.

Wir sollten die Arbeitslosen, die das Elend des Nichteinkommens haben, nicht auch zu sozialen Bittstellern degradieren, sondern wir sollten ihnen das Gefühl geben, daß sie in ihrer Menschenwürde gleich sind jenen, die das Glück der Beschäftigung haben.

Die Solidarität in dieser Frage, meine Damen und Herren, wird für die Volkspartei auf den Prüfstand gestellt werden. Gehen wir nicht leichtfertig mit den sozialen Einrichtungen um! Danke. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Keßler: Danke sehr.

Nächster Redner: Nationalrat Dkfm. Gorton.

Abgeordneter zum Nationalrat Dkfm. Wilhelm G ort on:
Hoher Bundesparteitag! Wer die 13 Jahre der sozialistischen
Alleinherrschaft mitgemacht hat, konnte auch als Wirtschaftstreibender beobachten, daß man sich vor allem in der letzten
Zeit immer mehr doch mit den wirtschaftspolitischen Problemen
befaßt, daß sozusagen auf den Verteilungssozialismus dieses
letzten Jahrzehntes langsam zwangsläufig ein Wirtschaftsrealismus folgen muß. Das drückt sich sicherlich auch bei
uns aus, denn in dem gestrigen Zukunftsmanifest sind von den
43 Seiten neun der Wirtschaftszukunft gewidmet, während im
Salzburger Programm des Jahres 1972 von den 36 gedruckten
Seiten nur zwei Seiten über die Wirtschaft enthalten waren.

Wir sind auch vom Bundesparteiobmann aufgefordert worden, dazu Stellung zu nehmen, und wir freuen uns, daß solche Leitlinien für die nächste Zukunft aufgestellt wurden; vielleicht sollten aber doch einige Akzente noch zusätzlich gesetzt werden.

Gestern hat Kollege Fuchs hier schon angedeutet, daß die Wachstumspolitik nicht allein auf das qualitative Wachstum beschränkt bleiben darf, sondern daß zweifellos auch weiterhin ein gewisses mengenmäßiges Wachstum anzustreben sein wird. Daher ist es vielleicht etwas zuwenig, wenn in dem Papier nur steht, daß die negativen Auswirkungen auf die Wachstumsentwicklung bei vollem Lohnausgleich dramatisch sind.

Ich glaube, daß doch noch ein zusätzlicher Akzent in diesen Vorschlag kommen sollte, und ich meine auch, daß in diesen Wirtschaftspolitischen Leitlinien, die sicherlich in erster Linie Grundsätze darstellen sollen, auch die Frage der Verkehrspolitik und der Energiepolitik noch gewichtiger angeschnitten werden müßten, ohne natürlich heute auf Einzelheiten einzugehen.

Wir müssen hier klare Grundsätze noch zusätzlich erarbeiten, die ja in unseren früheren wirtschaftspolitischen Aussagen zum Teil schon festgelegt sind.

Man wird in der Verstaatlichtenpolitik auch überlegen müssen, ob das Korsett, das der ÖIAG durch das 1. Verstaat-lichungsgesetz angelegt worden ist, nicht gelockert werden könnte, indem man dort, wo Industriestandorte von der ÖIAG

und deren Tochterbetrieben allein wirtschaftlich nicht mehr aufrechterhalten werden können, mehr Spielraum auch für zusätzliche Kooperationen eröffnet oder indem man in der letzten Konsequenz, wenn man andere Investoren findet, unter Umständen der ÖIAG auch einen Abverkauf zugesteht.

Liebe Freunde! Das hat nichts mit einem Ausverkauf der Verstaatlichten zu tun, aber eine größere Beweglichkeit ist bei dieser wirtschaftlichen Entwicklung zweifellos auch für den verstaatlichten Bereich erforderlich.

Hoher Parteitag! Ich möchte aber auch darauf aufmerksam machen, daß die eine oder andere Aussage in diesen Leitlinien etwas mehr konkretisiert werden muß. Wenn auf Seite 11 steht: "Die in Gang gekommene Risikoabwälzung auf den Staat bei wirtschaftlicher Tätigkeit ist durch Reduktion der Direktförderung und Abbau der staatlichen Haftungspolitik zu verringern", so ist darin sicherlich eine Grundwahrheit enthalten. Ich meine aber, daß hier die Fragen der Exportförderung, um die Wettbewerbsgleichheit auch mit anderen Staaten aufrechtzuerhalten, ausgeklammert gehören, damit nicht etwa ein falscher Eindruck entsteht oder eine falsche Entwicklung eintritt.

Zum Abschluß möchte ich auch noch sagen, daß grundsätzlich die Aussage auf Seite 15 über die Steuerpolitik zu unterstreichen ist. Ich würde diese Aussage sogar noch etwas konkretisieren, die da lautet: "Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Betriebe durch die
schrittweise Beseitigung jener Steuerbelastungen, welche die
österreichischen Betriebe auf den internationalen Märkten
derzeit diskriminieren."

Wir haben auch auf der Villacher Klubtagung vor einem oder vor zwei Jahren das schon sehr konkretisiert. Hier sollte man die Regierung auch beim Wort nehmen. In erster Linie sollte zweifellos bezüglich der Arbeitsplatzsteuer, also der Lohnsummensteuer, auch unsererseits eine klare Feststellung getroffen werden, nämlich daß das Versprechen, das die Regierung gegeben hat und das sie jetzt bei diesen gewaltigen Steuererhöhungen nicht einzuhalten scheint, daß dieses Versprechen, den Gemeinden vollen Ersatz bei Auslaufen der Lohnsummensteuer zu bieten, einzuhalten und eine entsprechende Forderung in dieser Aussage zu inkludieren ist, die ich vorschlage noch etwas zu konkretisieren. Danke schön. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. K e B l e r : Danke.

Nächster Redner: Dr. Günther Ofner.

Dr. Günther Ofner (Junge ÖVP): Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Einleitend muß ich etwas Erklärendes sagen, und zwar: Ich bin mit dem Polit-Justiz-minister Ofner in keiner Weise verwandt. (Beifall.)

Liebe Parteifreunde! 50.000 Jugendliche unter 25 Jahren sind derzeit in Österreich ohne Arbeit. 25.000 davon scheinen in den offiziellen Statistiken auf, die andere Hälfte scheint nicht auf. Das heißt, jeder dritte Arbeitslose in Österreich ist unter 25 Jahren. Liebe Parteifreunde! Wenn die Prognosen der Wirtschaftsforscher stimmen, dann werden es im Jänner kommenden Jahres bereits 90.000 sein.

Ich glaube, daß dieser Parteitag und die Diskussion um eine Wirtschaftsresolution nicht vorübergehen dürfte, ohne daß wir auf das Problem der Jugendarbeitslosigkeit hinweisen. (Beifall.)

Ich meine vor allem, daß alle Kräfte in dieser Volkspartei zusammenarbeiten müssen, damit dieses Problem wenigstens einigermaßen im Griff behalten werden kann. Parteiobmann Mock und unseren Vertretern im diesbezüglichen
Parlamentsausschuß - Bundesobmann Karas und Abgeordneter
Schwimmer - ist Dank auszusprechen für die bisherigen Bemühungen.

Ich möchte aber auch namens der Jungen ÖVP erklären, daß wir unseren Abgeordneten, den Othmar Karas, beauftragt haben, dafür zu sorgen, daß die parlamentarischen Bemühungen zur Lösung des Problems der Jugendbeschäftigung nicht einschlafen. (Beifall.)

Es muß uns eines klar sein, liebe Parteifreunde: Der Dreschflegel des Dirigismus Jugendeinstellungsgesetz und Berufsausbildungsfonds wird nur zu verhindern sein, wenn die Sozialpartner noch stärker als bisher zusammenarbeiten und sich bemühen, das Problem der Jugendbeschäftigung zu lösen. (Beifall.) Ich bin der Ansicht, daß auch die Vertreter der Wirtschaft wie bisher dazu einen besonderen Beitrag zu leisten haben.

Was wollen wir konkret?

Das erste müßte sein, daß Entbürokratisierung nicht gleichgesetzt wird mit einem Abbau von Jugendschutzbestimmungen.

Ja zu einer Änderung der Verhältniszahlen, aber nein, wenn bürokratische Reformen zu einem Abbau von Jugendschutzbestimmungen führen. (Beifall.)

Zweitens: Wir wollen mehr Abiturientenlehrgänge und Kurzstudien, die auch Maturanten befähigen, in das Berufsleben einzutreten.

Wir wollen drittens, daß im Gegensatz zu bisher die Mittel der Arbeitsmarktförderung auch zur Jugendbeschäftigung herangezogen werden. Obwohl jeder dritte Arbeitslose unter 25 Jahren ist, ist es Tatsache, daß nur 10 Prozent der Mittel für Jugendbeschäftigungsförderung aus der Arbeitsmarktförderung aufgewendet werden.

Ich darf daher abschließend, liebe Parteifreunde, Sie alle aufrufen, dem Problem der Jugendbeschäftigung ein besonders Augenmerk zu schenken und die diesbezüglichen Aktivitäten der Jungen Volkspartei auf parlamentarischer und außerparlamentarischer Ebene zu unterstützen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Keßler: Ich danke sehr. Nächster Redner: Herr Erich Mauß.

Ing. Erich Mauß (Niederösterreichischer Bauernbund):
Hoher Bundesparteitag! Meine sehr geschätzten Parteifreunde!
In den Wirtschaftspolitischen Leitlinien heißt es auf Seite 14,
Rückkehr zur Vernunft in der Steuerpolitik: "Stärkung der
internationalen Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen
Betriebe durch die schrittweise Beseitigung jener Steuerbelastungen, welche die österreichischen Betriebe auf den
internationalen Märkten derzeit diskriminieren."

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Der derzeitigen Bundesregierung ist es gelungen, die Landwirtschaft, aber im besonderen die Erwerbssparte Weinbau, in eine Situation zu bringen, in der wir feststellen müssen, daß, wenn nicht bald begleitende Maßnahmen gesetzt werden, ernste und bedenkliche Schwierigkeiten auftreten werden. Es haben sich sicherlich die Länder im Grenzraum die ganze Zeit bemüht, den Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Aber wir müssen bei dem Unterschied zwischen den Preisen in der Produktion und den Endverkaufspreisen in der Gastronomie feststellen, daß in keinem Land der Welt das Produkt derart hoch besteuert ist wie in Österreich.

Zur Wahlwerbung tut nun die Freiheitliche Partei folgendes in einem Flugblatt kund: "Katastrophale Situation unserer Weinbauern vor allem wegen der Überbesteuerung des Weines." Sie führt weiter aus, daß man sich bemühen werde, die schweren Fehler der letzten Jahrzehnte, die durch die ÖVP-Politik entstanden sind, auszugleichen, und fordert daher weg mit der Alkoholsondersteuer.

Ich glaube, man sollte dem Herrn Ofner und dem Herrn Hintermayer, der im Nationalrat sitzt, die Möglichkeit geben, ihre Versprechungen einzulösen. Die Österreichische Volkspartei hat ja bereits vor der Nationalratswahl erklärt, dieser Erwerbssparte entgegenzukommen und sie zu unterstützen, damit diese diskriminierende Alkoholsondersteuer außer Kraft gesetzt wird, die eine eminente Belastung für den Export ist.

Der österreichische Weinbau hat ja keine temporären Überschüsse, sondern strukturelle Überschüsse, in die man uns praktisch hineingezwungen hat, nachdem die Preissituation den tatsächlichen Gegebenheiten nicht mehr gerecht werden konnte.

Ich möchte daher bitten, daß die Parlamentsfraktion der Österreichischen Volkspartei den Freiheitlichen die Möglichkeit gibt, von ihren Stimmen Gebrauch zu machen, denn miteinander hätten wir die Mehrheit im Parlament, die erforderlich ist, um die Alkoholsondersteuer abzuschaffen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Keßler: Danke.

Nächster Redner: Herr Klaus Wejwoda.

Dr. Klaus Wejwoda (Niederösterreicher Bauernbund): Hoher Bundesparteitag! Liebe Parteifreunde! Es ist
wichtig, daß wir gute Programme, durchdachte Programme haben,
und es ist auch richtig und notwendig, daß wir uns mit den
Problemen verschiedenster Gruppen, die nicht unbedingt zu
unseren Kerngruppen gehören, auseinandersetzen. Aber eines
muß man doch sagen: Wer alle umarmen will, der wird sich überheben und den Überblick verlieren.

Im Vordergrund unserer Arbeit sollten auch weiterhin, so meine ich, das Wollen und die berechtigten Ansprüche jener großen Bevölkerungsgruppen, ob selbständig oder unselbständig, stehen, die unserer Partei seit jeher Vertrauen schenken und ihr die Erfolge der jüngsten Zeit gebracht haben.

Man soll dabei ruhig riskieren, daß einige Tausend, die unserer Gesinnungsgemeinschaft fernstehen, vielleicht sogar ein bisserl bös auf uns sind, dafür aber Zehntausende innerhalb unserer Partei und vielleicht auch außerhalb der Partei Vertrauen in diese Gedanken und in diese Aussagen haben, die wir aus einer größeren Gesamtschau heraus treffen.

Sagen wir doch, daß wir es nicht verstehen, wenn für Scheichs, für die angebliche Sicherung von Arbeitsplätzen, von gar nicht vielen Arbeitsplätzen für einige Jahre 250 Millionen Schilling aus öffentlichen Mitteln bereitstehen. Sagen wir, daß es uns empört, wenn auf der anderen Seite für Zehntausende hartringende Milchbauern in ihrem Existenzkampf kein Geld da ist. Sagen wir, daß es uns empört, wenn ein funktionierendes Exportsystem in der Milchwirtschaft, das letzten Endes die Absatzsicherung für diese Bauern bedeutet, von der Regierung gefährdet wird. Sagen wir, daß es uns empört, wenn nach Milliardenspritzen konzeptlos - ich möchte unterstreichen: konzeptlos! - weitere Milliardenspritzen in manches Faß ohne Boden geschüttet werden sollen. Und sagen wir vor allem, daß wir es nicht verstehen, wenn demgegenüber Tausende Kleinund Mittelbetriebe in Landwirtschaft und Gewerbe, wo zweifellos Arbeit noch Arbeit ist, keine Hilfe und Stärkung erfahren, sondern für sie neue Erschwernisse diktiert und neue Belastungen erfunden werden.

Es muß sicher gespart werden. Aber wenn gespart werden muß, dann soll bitte dort begonnen werden, wo bisher mit allzu leichter Hand das Geld ausgegeben wurde. Es wäre eine

Illusion, anzunehmen, daß mit konzeptlosen Milliardenspritzen letzten Endes einigen Tausend Menschen geholfen wird. Es ist aber Wirklichkeit, daß durch solche konzeptlose Milliardenspritzen, weil das Geld irgendwo fehlt, die Zukunft von vielen, vielen Menschen in Stadt und Land, Selbständigen und Unselbständigen, gefährdet wird.

Wir sollten uns bekennen zum Mut zur wirtschaftlichen Wahrheit, zur Vertretung einer echten Leistung, zu einer Konsequenz in der Gerechtigkeit und einer Konsequenz in der Verwirklichung unserer durchdachten, auf die Anliegen aller Bevölkerungsgruppen Bedacht nehmenden Programme. Und wir sollten manchmal auch den Mut haben zu einem offenen Nein, zu einer offenen, ehrlich begründeten Ablehnung dort, wo sie am Platz ist, auch wenn die Gefahr besteht, daß uns einige dann nicht mögen, die uns vorher auch nicht wollten.

Aufgrund einer so klaren Haltung wird die Volkspartei mehr Vertrauen finden und damit eine gute Zukunft für die Menschen in unserem Land sichern. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Keßler: Danke sehr.
Der letzte Redner: Abgeordneter Leitenbauer.

Landtagsabgeordneter Franz Leitenbauer (VP 65):
Hoher Bundesparteitag! Geschätzte Damen und Herren! Das Kapitel VII der Wirtschaftspolitischen Leitlinien der Österreichischen Volkspartei ist eine Kampfansage an die Teilung Österreichs in wirtschaftsschwache und wirtschaftsstarke Regionen.

Ich nehme die Gelegenheit wahr, vor dem höchsten Parteigremium auf den Notstand einer Bevölkerungsschichte hinzuweisen, deren Einkommens- und Lebensbedingungen sich in den letzten Jahren drastisch verschlechtert haben. Es sind dies im besonderen unsere Bergbauern. Diese Menschen leben im wesentlichen vom Ertrag der Forst-, Vieh- und Milchwirtschaft. Die ständig steigenden Betriebskosten konnten längere Zeit hindurch durch Steigerung der Produktion aufgefangen werden. Die Folge war in den meisten Fällen mehr statt weniger Arbeitszeit.

Bei der letzten Beschlußfassung über die Marktordnungsgesetze wurde im Bereich der Milchwirtschaft eine Regelung
getroffen, die den Landwirtschaftsminister ermächtigt, für
jene Milchmengen, die über die Richtmenge hinausgehen, einen
zusätzlichen Absatzförderungsbeitrag festzusetzen und bei
der Milchgeldabrechnung der Verarbeitungsbetriebe von den
Bauern diesen Betrag zurückzubehalten.

Die landwirtschaftsfeindliche Auslegung der Marktordnung dürfte für den Landwirtschaftsminister Haiden der Grund gewesen sein, ab 1. Juli 1983 für die über der Richtmenge liegende Milchmenge den Bauern einen Betrag von 3,13 S in Abzug zu bringen. Der Erzeuger bekommt für diese Milchmenge lediglich einen Betrag von 1,20 S pro Liter.

Berechnungszeitraum für die Festlegung der Milchkontingente ist die Liefermenge der Jahre 1976 und 1977. Besonders hart trifft dieser Berechnungszeitraum die Landwirtschaft in jenen Gebieten, wo zu diesen Zeiträumen eine Umstellung auf Grünland

und Milchwirtschaft erfolgte. Das sind im besonderen das Mühlviertel, das Waldviertel und Teile des Alpenvorlandes. Mir ist eine Anzahl von Betrieben bekannt, die als Haupterwerbsbetriebe der Landwirtschaft nur zirka 10.000 Liter Jahreskontingent haben. Das heißt, daß eine Anzahl von landwirtschaftlichen Familienbetrieben mit einem Bruttoerlös aus der Milchwirtschaft in der Höhe von 50.000 S jährlich das Auslangen finden müssen. Damit müssen der Lebensunterhalt einer Familie sowie sämtliche Investitionskosten und Pflichtausgaben finanziert werden.

Mir ist ein Fall bekannt, wo einem Landwirt von seinen 6000 S Milchgeld pro Monat 3500 S abgezogen werden, so daß lediglich 2500 S zur Auszahlung gelangen. Ich kenne eine Reihe von Landwirtschaftsbetrieben, die eine etwas höhere Lieferleistung erbringen, die dafür monatlich bis zu 10.000 S Absatzförderungsbeitrag zu leisten haben.

Wenn der zusätzliche Absatzförderungsbeitrag in dieser Höhe bleibt, werden die Mühlviertler Bauern fast das Doppelte dessen an Absatzförderungsbeiträgen zahlen, was die gesamte Bergbauernförderung dieser Region ausmacht.

Tausende Bergbauern haben keine Zukunftschancen mehr, wenn es nicht zu einer Änderung der derzeit bestehenden Situation kommt. Andere Produktionsformen sind für diese Berufskollegen vielfach nicht möglich. Man zwingt somit viele dieser Bauern in den Nebenerwerb. Das führt zu einer weiteren Verschärfung der Arbeitsmarktsituation in diesen

Problemgebieten. Sinnvoller wäre es, diesen Bauern mit einer relativ geringen Milchpreisstützung durch den Bund eine entsprechende Absatzsituation zu schaffen. Im Vergleich zur Förderung der verstaatlichten Industrie in der Höhe von 16,6 Milliarden Schilling, wie wir sie heute bereits einige Male geschildert bekommen haben, nimmt sich der Betrag von 140 Millionen Schilling relativ bescheiden aus. Auch diese Beiträge wären echte Mittel zur Arbeitsplatzsicherung.

Wir appellieren gleichzeitig aber auch an die Solidarität unserer bäuerlichen Berufskollegen in den besseren Produktionsgebieten. Die Sozialisten reden viel von der Bergbauernförderung. Wo sie helfen könnten, bleibt ihre Hilfe aber aus. Die Bergbauern wissen, der Wille der Volkspartei wäre es, zu helfen. Wir müssen alles tun, um ihr die Möglichkeit zu bieten, eine bessere Bergbauernpolitik in Zukunft in Österreich auf Bundesebene realisieren zu können. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Keßler: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir sind damit am Ende der wirtschaftspolitischen Debatte zu unseren Wirtschaftspolitischen Leitlinien.

Bevor wir zur Abstimmung über diese Wirtschaftspolitischen Leitlinien schreiten, eine kurze abschließende Feststellung: Unser wirtschaftspolitisches Kredo lautet: Die wirtschaftliche Zukunft ist nicht vorherbestimmt, sondern durch Menschen gestalt- und bewältigbar. Das Instrument dafür ist die Soziale Marktwirtschaft, wie sie uns Bundesfinanzminister Stoltenberg heute in großartiger Form dargelegt hat, indem er forderte: Vertrauen in die schöpferischen Kräfte des Menschen, Bekenntnis zur Menschenwürde, möglichst freie Entfaltung der Wirtschaft und, wo nötig, Einsatz zum Schutz für die Schwachen.

Ich glaube, meine Parteifreunde, bevor wir abstimmen, sollten wir abschließend bekennen: Wir wollen mit der Sozialen Marktwirtschaft soviel wirtschaftliche Freiheit wie möglich und nur soviel staatlichen Eingriff in den Wirtschaftsablauf, wie im Interesse der sozialen Sicherheit nötig. Was Österreich nottut, ist die sofortige konsequente Rückkehr zum System der Sozialen Marktwirtschaft. Die Österreichische Volkspartei, wir alle gemeinsam wollen und werden diese Rückkehr erzwingen.

Wir sind damit bei der Abstimmung über die Wirtschaftspolitischen Leitlinien. Wer diesen Wirtschaftspolitischen Leitlinien die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen
mit der Hand. - Danke. Gegenprobe. - Die Wirtschaftspolitischen Leitlinien sind einstimmig durch den Bundesparteitag
angenommen. (Beifall.)

Meine Parteifreunde! Wir kommen nun zum Höhepunkt des heutigen Sitzungstages, und ich bitte unseren Bundesparteiobmann Dr. Alois Mock um sein Referat: "Die ÖVP - Besser für Österreich". (Unter den Klängen des Prinz-Eugen-Marsches tritt Bundesparteiobmann Dr. Mock ans Rednerpult.)

9. "Die ÖVP - Besser für Österreich"

Referent Bundesparteiobmann Dr. Alois Mock (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Liebe Freunde! Wenn wir nun an das
Ende unseres Bundesparteitages kommen, gilt es für mich vor
allem Dank auszusprechen: Dank allen Mitarbeitern, die diesen
Bundesparteitag und die Vorveranstaltungen so herrlich vorbereitet haben. (Beifall.)

Ich möchte mich ganz besonders bei Generalsekretär

Dr. Michael Graff für sein beispielloses temperamentvolles

Engagement in der Politik, für seine persönliche Loyalität

und für seine Risikobereitschaft bedanken, die er in den

letzten eineinhalb Jahren immer wieder unter Beweis gestellt

hat. (Lebhafter Beifall.) Ich danke euch dafür, daß der Bun
desparteitag so überzeugend seiner Wiederbestellung zugestimmt

hat.

Wir haben uns seit dem vergangenen Sonntag im Rahmen des Parteitages und seiner Vorveranstaltungen mit den Zukunftsproblemen unseres Landes befaßt, wir haben gemeinsam ein Zukunftsmanifest diskutiert. Ich möchte mich für die gewaltige
Arbeit, die mit der Vorbereitung des Zukunftsmanifests verbunden war, bei Erhard Busek, Bernd Schilcher, Professor
Kampits und vielen Freunden sehr herzlich bedanken. (Beifall.)

Ich danke vor allem Erhard Busek dafür, daß er immer wieder die Frage stellt, ob wir wohl auf dem richtigen Weg

sind, welche Inhalte wir anbieten, ob sie den Sorgen, Ängsten und Bedürfnissen der Menschen entsprechen, ob wir sie in einer Sprache anbieten, die die Menschen auch verstehen. Er erbringt mit dieser Arbeit eine gewaltige intellektuelle Leistung und einen entscheidenden Beitrag zur Glaubwürdigkeit der Zukunftsdimension der Österreichischen Volkspartei. (Beifall.)

Liebe Freunde! Wir haben uns mit den Fragen des Friedens und der Umwelt beschäftigt, wir haben die aktuellen Probleme der Familie und der berufstätigen Frauen diskutiert. Wir haben uns mit der kulturellen Aufgabe Österreichs auseinandergesetzt, und wir haben Maßnahmen für einen wirtschaftlichen Aufschwung beschlossen, den wir so notwendig brauchen.

Wir haben gestern auch Demokratie praktiziert. Es ging nicht darum, den einen, den Jungen, oder den anderen recht zu geben. Es ging darum, zu zeigen, daß wir die Regeln, die wir uns gesetzt haben, ernst nehmen. (Beifall.) Nur wenn wir uns selbst ernst nehmen und das ernst nehmen, was wir sagen, werden uns auch die anderen ernst nehmen.

Wir haben nie den Mythos der Unfehlbarkeit und Vollkommenheit gepflegt, aber wir können heute sagen: Die Österreichische Volkspartei ist die einzige politische Bewegung in diesem Land, die mit Kraft und Hoffnung an die Lösung der Probleme herangeht, während die anderen die Krise nur verwalten. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir müssen uns dabei der unterschiedlichen Positionen bewußt sein. Für die Österreichische Volkspartei steht die Person im Mittelpunkt ihrer Politik. Wir wollen die Familie und die kleinen Einheiten stärken, wir wollen verhindern, daß die Freiheit des Bürgers durch immer mehr Staat zunehmend eingeengt wird, wir wollen es nicht zulassen, daß sich dieses Land durch eine polypenhafte Steuerpolitik immer mehr der Taschengesellschaft nähert.

Demgegenüber steht das sozialistische Weltbild, in dem die Partei zum großen Bruder wird, wo im Hintergrund immer noch ungebrochenes kollektivistisches Gedankengut erkennbar ist. Der Nachfolger von Dr. Kreisky hat selbst in entwaffnender Offenheit gemeint: Ohne Partei wäre ich nichts und möchte ich nichts sein. Liebe Freunde! Wir stehen zu unserer politischen Gemeinschaft der Österreichischen Volkspartei. Aber sie kann nie und nimmer die Personalität des einzelnen ersetzen. (Zustimmung.)

Die Individualität des Menschen ist ein wesentliches Element und ein Motor der menschlichen Kultur und läßt sich nicht einfach auf irgendeine berechenbare Gesetzmäßigkeit reduzieren. Daher kommt für die Sozialisten immer zuerst die Partei, der Sozialismus und dann das Land. Uns geht es vor allem um Österreich, um das österreichische Volk, um das Gemeinsame, um das Ganze. Und dann geht es uns auch um unsere eigene politische Bewegung. (Beifall.)

Wie stellt sich die Bilanz der sozialistischen Koalitionsregierung dar? Die sozialistische Koalition liefert nach innen und nach außen hin Zeichen der Führungsschwäche, wie es bisher bei keiner Regierung der Zweiten Republik der Fall war. Anstatt sich mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit zu beschäftigen, erleben wir eine Neuauflage des Streits zwischen Kreisky und Androsch. Und der Finanzminister hat sich offensichtlich mit Androsch-Untersuchungen mehr zu beschäftigen als mit der Budgeterstellung.

Die Österreicherinnen und Österreicher erleben, wie heute wieder bei einer konzeptlosen Regierung in der verstaatlichten Industrie weitere 10.000 Arbeitsplätze wackeln. Wo ist das Verstaatlichtenkonzept dieser Regierung? Wo ist das Industriekonzept dieser Regierung? Wo sind die Vorstellungen für ein Landwirtschaftskonzept in dieser Regierung? Diese Regierung lebt von der Hand in den Mund und vor allem auf Kosten des kleinen Steuerzahlers. (Lebhafte Zustimmung.)

Liebe Freunde! Ich möchte hier sehr deutlich sein: Für die Österreichische Volkspartei ist die verstaatlichte Industrie ein Teil, und zwar ein wichtiger Teil unserer Gesamtwirtschaft, der nach den gleichen wirtschaftlichen Regeln zu führen ist, die auch für die Privatwirtschaft gelten. Dort, wo dies ohne bürokratische, ohne parteipolitische Intervention geschehen ist, haben die Manager und die Arbeitnehmer der verstaatlichten Industrie im Inland und im Ausland immer wieder anerkennenswerte Spitzenleistungen vollbracht. (Beifall.)

Als die Österreichische Volkspartei noch die Verantwortung trug, schrieb die verstaatlichte Industrie stets schwarze Zahlen. 1970 haben wir die Verantwortung bei einem Jahresgewinn der verstaatlichten Industrie von 1,4 Milliarden Schilling übergeben. Heute, nach 13 Jahren sozialistischer Regierung, sind fast alle Betriebe in den roten Zahlen. Auch hier zeigt sich, welche Farbe die bessere ist, meine Damen und Herren! (Beifall.)

Bei der verstaatlichten Industrie wird eines Tages für uns noch viel zu tun sein. Ich sage hier sehr klar: Wir werden die Arbeitnehmer der verstaatlichten Industrie und ihre Familien nicht im Stich lassen. (Beifall.) Wir werden alles tun, um die Betriebe zu modernisieren, ertragsfähig zu machen und damit Arbeitsplätze auf Dauer zu sichern, damit die notwendigen Opfer auch sinnvoll sind. (Neuerlicher Beifall.)

Meine Damen und Herren! Wenn immer auf die weltwirtschaftliche Lage verwiesen wird: Eine schwierigere weltwirtschaftliche Lage müßte Anlaß für eine bessere Wirtschaftspolitik sein und nicht für eine steuerliche Ausplünderung aller Betriebe, gleichgültig, ob sie privat oder verstaatlicht sind. (Lebhafte Zustimmung.)

Die von der Bundesregierung übermittelten Teilunterlagen zeigen wieder die Gefahr von 8000 bis 10.000 Kündigungen in den nächsten Jahren. Ich sage euch sehr klar: Wir werden nicht mitverantwortlich werden für ein reines Kündigungs-konzept ohne Alternative. Für uns gibt es nur dann eine Zustimmung, wenn massive Investitionsbegünstigungen das allge-

meine Wirtschaftswachstum fördern und wenn regionale Förderungsmaßnahmen auch Ersatzarbeitsplätze schaffen. (Beifall.)

Wir haben dieser Regierung sehr klar gesagt, wo sie sparen kann und wie sie sparen soll. Mit unserem Programm zur Rückeroberung der Vollbeschäftigung, das wir vor den Wahlen vorgestellt haben, haben wir gezeigt, was wir mit Sparen meinen, nämlich Geld vernünftig ausgeben. Wir haben die Auseinandersetzung aufgenommen gegen die sozialistische Parole vom Kaputtsparen. Und wir haben den Sozialisten nachgewiesen – es zeigt sich auch in der Praxis –, daß sie jetzt auf dem besten Weg sind, das Land kaputtzubesteuern und kaputtzuverschulden. (Lebhafte Zustimmung.)

Das, liebe Freunde, ist die heutige Situation der sozialistischen Koalitionsregierung, deren wesentlichster Beitrag zu aktuellen Problemen in der Feststellung gipfelte, daß alles sehr kompliziert sei, wie der Bundeskanzler in der Regierungserklärung gemeint hat.

Wir können daher heute sagen: Wir sind nicht nur die einzige Opposition, wir sind die einzige Alternative zu einem sozialistischen System, das am 24. April abgewählt wurde und das sich lediglich mit Hilfe der freiheitlichen Parteiführung prolongieren konnte. (Beifall.)

Liebe Freunde! Wir bieten andere Grundsätze. Wir sind eine christlich-demokratische Partei, weil wir uns am christlichen Menschenbild orientieren, weil wir uns zum selbständigen Menschen bekennen, damit die Menschen in Freiheit und Verantwortung ihr Leben selbst gestalten können durch möglichst viel Wahlfreiheit in allen Bereichen. Und weil wir Christdemokraten sind, ist und bleibt für uns die Sozialpolitik wesentlicher Bestandteil der Gesamtpolitik der Österreichischen Volkspartei. (Beifall.)

Wir wollen eine liberale Politik machen, weil für uns die natürlichen Grund- und Freiheitsrechte einen zentralen Stellenwert haben, weil für uns die Soziale Marktwirtschaft das menschenwürdigste und zugleich wirksamste Ordnungsmodell zur Regelung der wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen ist.

Wir wollen eine konservative Politik, das heißt eine Politik der behutsamen Entwicklung machen. Wir werden uns daher immer wieder die Frage stellen, was wir zu bewahren und was wir zu verändern haben.

Es geht uns um den Schutz des menschlichen Lebens und um die Bewahrung der Natur. Wir wollen bewährte Grundsätze, wir wollen wirtschaftliche und soziale Lebenschancen an unsere Kinder weitergeben und sie nicht in eine Welt ohne Orientierung und ohne Strukturen entlassen. (Beifall.)

Und wir bekennen uns zu unserer Geschichte. Dieses Land hat viel gelitten und viel geleistet. Aber aus der Auseinandersetzung mit seiner Geschichte können wir jene Gesinnung lernen, mit der wir gerade in einer schwierigen Zeit gemeinsam für Österreich arbeiten wollen.

Liebe Freunde! Ingeborg Bachmann hat einmal gemeint, die Geschichte lehrt dauernd, aber sie findet keine Schüler. Die Österreicher haben nach 1945 aus dieser Geschichte gelernt, und wir wollen dieses Erbe an die Zukunft weitergeben, daß das Miteinander immer wichtiger bleibt als das Gegeneinander in allen Bereichen. (Beifall.)

Liebe Freunde! Wir sind auf dem Weg zu einem neuen Patriotismus. In einer Zeit, in der Grenzen und Unterschiede zwischen Menschen, Parteien und Völkern immer offener, aber auch immer verschwommener werden, in der Zentralismus, Gigantomanie und Bürokratismus das menschliche Maß mitachten, erwacht bei vielen Menschen eine neue Sehnsucht nach Heimat.

Neuer Patriotismus bedeutet, daß Österreich, daß das Gemeinwohl seiner Menschen wieder Vorrang hat vor den Interessen und Anliegen einzelner Parteien und sozialer Gruppen, daß das, was den Demokraten aller Parteien gemeinsam ist, wieder Vorrang hat vor dem, was uns trennt. Daß in der Praxis des Alltags nicht das Parteibuch über Wohnung, Arbeitsplatz und Beförderung entscheidet, sondern der soziale Anspruch und die Leistung des einzelnen. Daß in der Kulturpolitik die Kraft dieses Landes zum Öffnen der Grenzen, zur Beseitigung des Trennenden beiträgt, wie dies beispielsweise am Mittwoch im Kultursymposion, das unter Vorsitz von Erhard Busek stattfand, immer wieder zur Sprache kam.

Österreich, das bedeutete durch Jahrhunderte hindurch ein Miteinander. Und immer dann, wenn zeitweilig dieses Miteinander in unserer Geschichte verlorenging, hat dies Schmerzen, Opfer und Enttäuschung für das Leben unserer Bürger gebracht. (Beifall.)

Neuer Patriotismus bedeutet in der Wirtschaftspolitik jene Offenheit für ausländische Investitionen, die wir immer praktiziert haben. Daraus folgt aber auch, daß die österreichischen Unternehmen und Betriebe in der staatlichen Förderungspolitik nicht systematisch schlechter gestellt werden dürfen. Wir haben primär die österreichischen Betriebe durch Eigenkapitalbildung und durch eine andere Finanzpolitik in die Lage zu versetzen, wirtschaftliche Impulse zu geben, wieder wettbewerbsfähig zu sein und Arbeitsplätze auf Dauer zu sichern. (Beifall.)

Liebe Freunde! Neuer Patriotismus bedeutet in der Außenpolitik, daß die Sicherheit und die Unabhängigkeit des Landes
- das ist das wichtigste - die außenpolitische Linie führen
müssen, die nicht geprägt sein darf von den persönlichen Interessen eines sozialistischen Regierungschefs, wie dies länger
als ein Jahrzehnt der Fall war.

Aus der Praxis gesprochen: Der Besuch des Regierungscheß eines großen Nachbarlandes, von Dr. Helmut Kohl, für den Dr. Kreisky damals keine Zeit hatte, ist noch immer wichtiger für unsere außenpolitischen Interessen als der Besuch des libyschen Diktators Gaddafi. (Lebhafter Beifall.)

Dieser neue Patriotismus hat über die politischen Dimensionen hinaus auch eine zutiefst menschliche und persönliche Bedeutung. Denn Heimat bedeutet auch Ruhen in sich selbst, und Patriotismus bedeutet auch ein Bekenntnis zur Identität. Das meint beispielsweise auch Peter Handke, wenn er sagt: Der Mensch sehnt sich nach Beheimatung.

Dieser neue Patriotismus, das Bekenntnis zur Geschichte, zum Vorrang des Gemeinsamen vor den Einzelinteressen, das Vertrauen auf die eigene Kraft, die Öffnung zur Welt bedeutet eine Weiterentwicklung des politischen Erbes von Leopold Figl und Julius Raab. Wir entsprechen damit auch jenen Aufgaben, die auf europäischer und weltweiter Ebene von Persönlichkeiten wie Tončić und Karasek im Europarat und von Kurt Waldheim an der Spitze der Vereinten Nationen bewältigt worden sind. (Beifall.)

Liebe Freunde! Die nächsten Jahre werden von uns grundlegende und zukunftssichernde Weichenstellungen erfordern.
Ich betone nochmals: Für uns ist sozialpolitisches Engagement
wesentlicher, substantieller christlich-demokratischer Bestandteil unserer Gesamtpolitik. Wir werden aber angesichts
der ökonomischen Realitäten in unmittelbarer Zukunft keine
neuen, weiterreichenden Sozialleistungen für die Allgemeinheit einführen können. Wenn wir jedoch die derzeitigen ökonomischen Grenzen realistisch und verantwortungsbewußt
respektieren, werden wir umso konsequenter gegen die Sozialdemontage ankämpfen, die Sozialminister Dallinger bei den
Mindestrentnern praktiziert und bei anderen wie bei den berufstätigen Frauen in Aussicht stellt.

In jedem Jahr der ÖVP-Alleinregierung ist die Kaufkraft von Renten und Pensionen gewachsen. In den letzten vier Jahren sank die Kaufkraft von Renten und Pensionen. Sozialistische Politik führt zum Abbau der sozialen Leistungsfähigkeit, das ist die bittere Erkenntnis für unsere älteren Mitbürger. (Zustimmung)

Liebe Freunde! Keine neue Leistung des Staates, keine zusätzliche soziale Leistung der Sozialversicherung kann das wettmachen, was das Belastungspaket und das Hinaufschnellen der Inflationsrate auf über 5 Prozent durch das Belastungspaket unseren alten Mitbürgern und sozial Schwachen wegnimmt. Auch das ist ein Ergebnis sozialistischer Wirtschafts- und Sozialpolitik!

Wir wollen aber auch eine Sozialpolitik mit Phantasie, und deshalb bekennen wir uns zur flexiblen Arbeitszeit, weil sie für die Arbeitnehmer Vorteile bringt und auch für die Betriebe günstiger ist als Dallingers Einheits-35-Stunden-Woche. (Neuerliche Zustimmung.)

Das, was wir in der Wirtschaftspolitik schaffen wollen, müssen wir auch in der Umweltpolitik schaffen. Es war sehr beeindruckend, was Minister Stoltenberg uns heute vorgetragen hat. Das System der Sozialen Marktwirtschaft hat eine Versöhnung zwischen sozialem Auftrag und wirtschaftlicher Notwendigkeit gewährleistet. Stoltenberg hat das in eindrucksvoller Weise dargestellt. Und ich möchte unterstreichen: Was unsere Wirtschaft braucht, sind mehr neue Ideen und weniger

starrer Bürokratismus. Sie braucht mehr Eigenkapital und weniger Steuern, sie braucht mehr Flexibilität und weniger Dirigismus. Nur auf diesem Weg werden wir die Wirtschaft wieder in Schwung bringen. (Beifall.)

Liebe Freunde! So wie die Soziale Marktwirtschaft die Gräben zwischen den sogenannten Kapitalisten und den sogenannten Sozialromantikern zugeschüttet hat, so wird die Soziale Marktwirtschaft und die aus ihr her gestaltete Umweltpolitik die Gräben zwischen sogenannten Wachstumfetischisten und sogenannten Grünfanatikern bewältigen.

Die Flexibilität dieses Systems ist schon einmal bewiesen worden: wirtschaftspolitisch, sozialpolitisch, gesellschaftspolitisch. Wir werden die Flexibilität dieses Systems der Sozialen Marktwirtschaft auch in den Dienst neuer politischer Aufgaben stellen.

Umweltpolitik heißt für uns, in einer sehr grundsätzlichen Weise erhalten und entwickeln statt zerstören und
vergeuden. Umweltpolitik heißt für uns, Wegwerfmentalität
bekämpfen, die Verschwendung bekämpfen; die Verschwendung
der Steuergelder genauso wie die Verschwendung der Natur
oder sonst einer wirtschaftlichen Substanz.

Und wenn ich vom natürlichen Umweltschutz rede, so glaube ich, daß wir auch unsere geistige Umwelt schützen müssen: vor einem destruktiven Pessimismus, vor Intoleranz und Lüge, vor Lieblosigkeit und Haß, vor Zukunftsangst und Hoffnungslosigkeit.

Umweltpolitik heißt für uns, Leben in allen seinen Formen zu schützen: das Leben der Natur, aber auch das menschliche Leben, ganz gleich, ob es alt ist oder jung ist, ob es gesund ist oder krank ist, ob es geboren ist oder ungeboren ist. (Lebhafter Beifall.)

Liebe Freunde! Umweltpolitik hört für uns dort auf, wo einzelne oder Gruppen, auch politische Gruppen, die Umwelt für ihre eigenen Interessen mißbrauchen wollen, wo der Egoismus über das Ganze gestellt wird. Aus dieser Verant-wortung heraus werden wir in der Umweltpolitik nicht atemlos irgendwelchen Modeströmungen nachlaufen, sondern wir werden prüfen, wieweit durch Umweltpolitik im konkreten Fall tatsächlich Lebensqualität, aber auch Arbeitsplätze gesichert werden.

Vorgehalten wird und was eine zutiefst christliche Feststellung ist: Wir haben die Verpflichtung, Arbeit und Brot zu teilen. Ich bekenne mich persönlich dazu, liebe Freunde.

Dies ist eine zutiefst christliche Feststellung. Aber es geht nicht darum, wie uns Minister Dallinger klarmachen will, immer weniger Brot und immer weniger Arbeit auf mehr Menschen aufzuteilen, sondern es geht uns darum, mehr Brot und mehr Arbeit zu schaffen, damit die jungen Menschen wieder Arbeitsplätze bekommen, damit wir den Kindern wieder helfen können, vor allem den hungernden Kindern in der Dritten Welt, und damit wir einen neuen Verteilungskampf auf weltweiter Ebene verhindern. (Beifall.)

Das ist das Wachstum, zu dem ich mich bekenne und das wir brauchen. Daher bekenne ich mich zu der Aufgabe: Arbeit müssen wir schaffen! Das ist unsere Aufgabe, und das werden wir in den nächsten Monaten und in den nächsten Jahren den Österreichern sehr deutlich sagen. Während die einen immer weniger verteilen, machen wir eine Politik, die Arbeit schafft, die mehr Arbeit und Brot bringt, die den Menschen eine Perspektive und Hoffnung gibt. (Beifall.)

Aber, liebe Freunde, wir leben nicht nur von Brot und Arbeit allein. Der Mensch hat das unstillbare Bedürfnis, die Welt, sein Tun zu verstehen und zu erforschen, den Sinn aufzuspüren. Was gibt seinem Leben Bedeutung?

Eine der wichtigsten Instanzen dieser Weltdeutung ist die Kunst. So aber wie der Künstler sich mit den gesellschaftlichen und politischen Gegebenheiten seiner Zeit auseinandersetzt, so muß sich auch der Politiker den Formen
und Aussagen der Kunst seiner Zeit stellen. So hat er die
Pflicht, dort Kritik zu üben, wo ihm Werte gefährdet erscheinen. (Zustimmung.)

Diese Auseinandersetzung ist schwierig, und es lauern die Fallen vieler Mißverständnisse. Wir können und wollen nicht eine Kunstrichtung gegen die andere ausspielen, nicht das Neue gegen das Alte, nicht einen Künstler gegen den anderen, nicht die Festspiele gegen ein Volksfest, nicht das Burgtheater gegen die Laiengruppe. Wir brauchen das eine

wie das andere. Wir brauchen die Kreativität des Genialen, und wir brauchen die Kreativität des Alltags. Wir brauchen wieder die Brücke zwischen dem Volkslied und der Symphonie, zwischen der naiven Malerei und großen Meistern. Wo und wann die Kunst im Volk gelebt hat, haben wir es auch immer wieder zu kulturellen Spitzenleistungen gebracht.

Darum, liebe Freunde, ist die kulturelle Tätigkeit auf breiter Ebene, die Volkskultur, die Förderung des Kunsthandwerks, das Laienspiel, der Kulturverein, der Chor, die Musikkapelle kein Gegensatz zur Pflege der sogenannten Hochkultur, sondern ein Mittel, um allen Bevölkerungsschichten durch mehr Kreativität den Zugang zur Vielfalt der Kultur zu ermöglichen. Ich möchte hier allen jenen danken, die sich verdienstvollerweise in der Förderung der Volkskultur engagieren. Volkskultur ist ein wesentlicher Bestandteil der Kulturpolitik einer Volkspartei! (Beifall.)

Liebe Freunde! Lassen Sie mich ein Wort sagen zu einem Anliegen, das auch mir besonders am Herzen liegt. Am vergangenen Sonntag haben wir mit Vertretern unserer Jugend und anderen Jugendverbänden über das zentrale Thema: Wie können wir den Frieden sichern? diskutiert, einen Gedankenaustausch gehabt. Es war ein gutes Gespräch, eine gute Diskussion, weil es klare Standpunkte gab und weil Gespräch und Diskussion tolerant verliefen. Wer Toleranz übt, trägt zum Frieden bei. Toleranz, liebe Freunde, kann aber immer nur den Menschen gelten. Toleranz kann nie jenen Ideen und

Ideologien gelten, die unsere Freiheit und den Gerechtigkeitssinn bedrohen! (Beifall.)

Es war dies eine freie, eine kontroversielle Diskussion, wie sie heute in vielen Ländern des Westens geführt wird. Eine Diskussion, wie sie von vielen Menschen im europäischen Osten mitempfunden wird, die nicht offen darüber reden können. Wenn sie offen darüber reden oder es sogar wagen zu demonstrieren, antworten die dortigen Regime mit Unterdrückung, mit dem Entzug der Menschenrechte, mit dem Entzug der politischen Freiheit und mit Demütigungen für den Engagierten und seine Familie.

Wir wissen, daß es viele Bruchlinien gibt, die konfliktgeladen sind und die den Frieden gefährden. Es sind dies die
Gräben zwischen den westlichen Demokratien und den kommunistischen Diktaturen, die die Welt in zwei Teile teilen und
die mit Waffen verteidigt werden. Es sind dies die Grenzlinien der Not, Bruchlinien vom Überfluß zum Hunger, Bruchlinien von einem eng geflochtenen sozialen Netz zu noch immer
himmelschreiender sozialer Ungerechtigkeit vor allem in den
Entwicklungsländern. Es ist dies das gewaltigste Rüstungsund damit auch Zerstörungspotential, das es jemals gegeben
hat und das uns an den Rand des Abgrunds stellt.

In dieser Situation müssen wir in der ersten Reihe stehen, wenn es um Frieden in Freiheit und Gerechtigkeit geht. Für mich ist das eine untrennbare Einheit. Ohne Freiheit und Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden, meine lieben heit und Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden, meine lieben Freunde! (Beifall.)

Das sind so wesentliche Fragen, daß eine klare Sprache gesprochen werden muß. Hier darf man auch nicht nach Minderheiten und Mehrheit schielen. Daher möchte ich sehr klar sagen, wie es im Hauptdokument des Katholikentages heißt:
Wer Freiheit und Menschenwürde mißachtet, hat kein Recht, sich als Anwalt des Friedens auszugeben! (Lebhafter Beifall.)
Und ich bin dankbar - das ist nicht nur eine Höflichkeits-bemerkung -, daß in einer schwierigen Situation Othmar Karas und seine Freunde hier klare Grenzen gezogen haben. (Neuerlicher Beifall.)

Wir müssen dabei aber auch wissen, daß man sich Frieden nicht nur herbeiwünschen kann, sondern daß wir etwas dafür tun müssen. Auf das Tun kommt es in der Politik an, auch in der Friedenspolitik. Wir müssen wissen, daß wir den Frieden im Ernstfall auch verteidigen müssen. Deshalb müssen wir die umfassende Landesverteidigung ausbauen, die weit über die militärische hinausgeht. Deshalb möchte ich sehr klar ein Bekenntnis zur umfassenden Landesverteidigung und damit auch zum österreichischen Bundesheer abgeben. Ich respektiere jede Überzeugung, aber ich danke allen jenen jungen Menschen in unserem Land, die sich dieser Aufgabe beim Bundesheer, einer Aufgabe der Friedenssicherung, unterziehen. (Beifall.)

Wir wollen den Frieden aber auch durch Beseitigung von Intoleranz und Unterdrückung, von Fanatismus und Haß sichern. Das beginnt zwischen den einzelnen Menschen und in der Familie und erstreckt sich auf die Konflikte in der ganzen Welt. Beginnen wir bei uns selbst, liebe Freunde!

Wir wollen den Frieden sichern, indem wir für Glaubensund Gewissensfreiheit eintreten. Und wir wollen den Frieden sichern, indem wir für eine umfassende und kontrollierte Abrüstung eintreten. Wer die Abrüstung will und sie wirklich durchführt, braucht die Kontrolle nicht zu fürchten! (Beifall.)

Wir wollen den Frieden sichern, indem wir die Kluft zwischen den Arbeit Besitzenden und den Arbeitslosen verringern. Arbeit für alle schaffen, ist auch ein Motiv unserer Friedenspolitik.

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an Lech Walesa, an den polnischen Arbeiterführer, der als Mensch und Christ mit Zähigkeit und Ausdauer alles tut, um Gewalt zu vermeiden, seinem Land und seinem Volk ein Stück Freiheit und soziale Gerechtigkeit durch freie Gewerkschaften zu erkämpfen, kann uns Beispiel und soll uns Ermunterung sein. (Neuerlicher Beifall.)

Beispiel und Ermunterung, liebe Freunde, auch für unsere vielen schwierigen Fragen. Viele Arbeiter und Angestellten fragen sich: Wie steht es mit meinem Arbeitsplatz? Viele Bauern fragen: Warum wird unser hart erarbeiteter Schilling immer weniger wert? Viele Unternehmer fragen: Zahlt es sich überhaupt noch aus zu investieren? Viele alte Menschen fragen: Wer wird unsere Pensionen sichern, wer wird uns helfen, wenn wir krank sind? - Fragen, die aus Angst und Sorge um die Existenz gestellt werden.

Wir sind gerufen, Antwort zu geben mit einer Politik, die Arbeit schafft, die Leistung respektiert, die das Investieren wieder zur Selbstverständlichkeit werden läßt, die mit der öffentlichen Verschwendung aufräumt und die das Geldausgeben mit Hirn zum Beispiel für vernünftiges und sinnvolles Wirtschaften macht.

Aus dieser Sicht heraus wollen wir auch eine dritte Industrialisierungswelle. Während die einen die Maschinensteuer verkünden, bekennen wir uns dazu, daß die modernste Technologie für unsere Wirtschaft gerade gut genug ist. Wir bekennen uns zum technologischen Fortschritt, wenn er den menschlichen Bedingungen untergeordnet ist. (Beifall.)

Liebe Freunde, wie könnte es anders sein? Wir wollen in der Medizin, in der Genetik, in der Elektronik, in der Kommunikation die neuen Technologien zum Nutzen des Menschen einsetzen. Wir werden daher, wo immer möglich, uns verstärkt für die wissenschaftliche und angewandte Forschung und eine produktive Umsetzung verwenden. Nicht nur weil es das Gemeinwohl verlangt, sondern weil die Selbstversorgung einen hohen Stellenwert für jedes Land besitzt, werden wir gerade im ländlichen Raum eine andere Politik beschreiten, um der Zweiteilung Österreichs in Bezirke mit erschreckenden Strukturen, mit erschreckenden Arbeitslosenziffern nicht andere Bezirke gegenüberstehen zu lassen, wo man gerade noch davonkommt. Wir wollen ein Österreich haben, das überall

seinen Bürgern möglichst ähnliche Chancen auf Einkommen, Arbeit und Hoffnung für die Zukunft gibt. (Beifall.)

Es ist unsozial und wirtschaftlich kurzsichtig, eine wachsende Anzahl von Bauern zu Bürgern zweiter Klasse zu machen. Das ist für eine Volkspartei nicht akzeptabel, und diese Politik der sozialistischen Koalitionsregierung werde ich immer bekämpfen. (Beifall.)

Liebe Freunde! Gerade aus einer Gesamtschau der Dinge müssen wir wissen, daß wir nicht nur mit Fragen der materiellen Existenz befaßt sind. Viele Eltern fragen: Was wird mit meinen Kindern in einer Welt der Unsicherheit, des Unfriedens, der Arbeitslosigkeit, der Krise der gefährdeten Natur? Und viele Schüler und Jugendliche fragen: Was ist das für eine Welt, die ihr uns eines Tages übergebt?

Wir wollen den Eltern und der Jugend Kraft und Mut geben, indem wir auch der Familie wieder eine stärkere Stellung in der Gesellschaft einräumen. (Beifall.)

Familie und Schule sind zentrale Institutionen der Gesellschaft. Wenn wir uns mit Recht um die natürliche Lebensqualität Sorge machen, so muß es uns ebenso ein Anliegen sein, uns um die Bildung, um Ausbildung und Erziehung in Familie und Schule Gedanken zu machen. Um die Zukunft unseres Landes brauchen wir dann keine Sorge zu haben, wenn die einen bereit sind, Wissen, Erfahrung und Werte zu vermitteln, und die anderen bereit sind, zu lernen. Vorrang dabei hat die Familie. Die Schule hat anschließend an die Aufgabe der

Familie eine wesentliche und in der Zukunft eine wachsende Bedeutung. Sie ist für uns nicht nur Ort der Wissensvermittlung, sondern auch Erziehung und vor allem Bildung zu sozialer Verantwortlichkeit.

Wenn wir uns zu alldem bekennen, dann sollten wir öfter den Mut haben, laut und deutlich auszusprechen, daß Korrektheit, Fleiß, Verantwortungsgefühl und Leistungsbereitschaft unsere Wertvorstellungen sind. (Lebhafter Beifall.)

Dabei möchte ich nachdrücklich betonen, daß es das Maß zu wahren gilt. Tüchtigkeit ist wichtig, liebe Freunde. Wir dürfen dabei aber nicht auf das Wort Tugend vergessen. Die hohe Einschätzung des Verstandes darf nicht zur Abwertung oder Geringschätzung des Gemütes führen. Wissen hat seinen hohen Stellenwert. Aber was wir benötigen, ist auch Glaube. Rechnung und Berechnung ist oft notwendig, doch ohne Vertrauen geht es nicht.

Und wenn Freiheit der Motor unserer Politik ist, so benötigen wir überall und immer auch eine Ordnung in Freiheit sowie selbstgewählte und anerkannte Autorität. (Beifall.)

Liebe Freunde! Dieser 24. Bundesparteitag wird in wenigen Minuten offiziell und für das Protokoll geschlossen. Das aber ist kein Schlußpunkt, sondern muß ein neuer Anfang sein, eine Herausforderung vor allem für die Politiker in unserer Gesinnungsgemeinschaft.

Ein Politiker der Österreichischen Volkspartei muß als erster zur Stelle sein, wenn einem Menschen bei der Lösung seiner Probleme zu helfen ist. Und er muß es als letzter nochmals versuchen, selbst in einer fast aussichtslosen Situation. Wir brauchen nicht den schicken Zynismus, den sich der eine oder andere in gehobener Position vielleicht angeeignet hat. Wir brauchen keine Funktionäre, die hocherhobenen Hauptes an den Menschen vorübergehen und warten, bis man sie grüßt, die Briefe nicht beantworten und Bittsteller gering einschätzen. (Starker Beifall.)

Für die Volkspartei arbeiten, Volkspolitik machen, daß heißt, immer und überall für den Bürger da zu sein. Wer das nicht will oder das nicht kann, liebe Freunde, der soll sich nach einer anderen Partei umschauen, das sage ich mit aller Härte! (Neuerlicher starker Beifall.)

Jeder soll diesen Maßstab an seine eigene Arbeit anlegen. Nur wenn wir so leben, wird man unsere Programme und
Konzepte glauben, wird man uns vertrauen. Ich sage es heute
noch einmal: Wir von der Volkspartei haben am 24. April
dieses Jahres und vor allem ihr, liebe Freunde, habt die
13jährige Alleinherrschaft der SPÖ gebrochen, weil die
Menschen mit uns einer Meinung waren, daß dieses Land eine
andere Mehrheit und eine andere Politik benötigt.

Wir haben den Sozialisten die Mithilfe für diesen Kurswechsel vorgeschlagen. Wir haben versucht zu überzeugen. Wir haben sie mit allen Mitteln der Demokratie in eine andere Richtung gedrängt. Die Antwort war stets negativ. Und selbst als der Wähler entschied, flüchtete man vor den Veränderungen in eine sozialistische Koalition, die zwar die Macht kurzfristig sichert, aber keine Lösung der großen Probleme bringt.

Das heißt für uns, liebe Freunde: Wenn wir die Politik in diesem Land ändern wollen, wenn wir den Kurswechsel wirklich wollen, dann dürfen wir nicht auf die anderen warten, dann dürfen wir uns nicht darauf verlassen, daß uns die anderen mitnehmen. Dann müssen wir, gestützt auf die Entscheidung der Wähler, die Führung in diesem Lande selbst erobern! (Anhaltender lebhafter Beifall.)

Und das, liebe Freunde, ist auch das Ziel, das ich euch heute stecke: Beweist den Menschen an jedem Tag, in jeder Funktion: Die Österreichische Volkspartei – besser für Österreich. Auf Wiedersehen am Ballhausplatz! (Anhaltender starker Beifall und Bravo!-Rufe. – Die Stadtkapelle Haag unter Kapellmeister Gerhard Leeb spielt "O du mein Österreich" von Suppé-Preis. Neuerlicher lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. Keßler: Hoher Bundesparteitag!
Meine lieben Parteifreunde! Ein Bekenntnis am Schluß dieses
imponierenden Bundesparteitages: Der kommende Sonntag wird
der Tag für unseren Freund und Mitkämpfer Siegfried Ludwig,
für die Österreichische Volkspartei, für die gute Zukunft
Niederösterreichs sein! (Starker Beifall.)

Lieber Bundesparteiobmann! Wir danken dir für deine grundlegende großartige und imponierende Weichenstellung für unsere
künftige politische Arbeit. Wir danken dir vor allem für
deinen ständigen mutigen, konsequenten, beharrlichen Einsatz
im Dienst unserer Gesinnungsgemeinschaft und damit im Dienste
Österreichs.

Als Parteiobmann, als Klubobmann, als Präsident der IDU, als menschliches und als politisches Vorbild, ausgestattet mit einem imponierenden Vertrauen deiner Parteifreunde, wünschen wir dir gemeinsam mit uns allen den Weg zur politischen Mehrheit, den Weg zum Ballhausplatz, den Weg zum Bundeskanzler.

Meine Parteifreunde! Wir sind überzeugt: Mit Alois Mock, mit Niederösterreich, mit den Ländern gemeinsam werden wir diesen Weg schaffen für ein freies, ein gesundes, ein glückliches Österreich! (Lebhafter Beifall.)

Meine Parteifreunde! Die Tagesordnung des 24. Bundesparteitages ist erschöpft. Wir singen zum Abschluß gemeinsam die Bundeshymne. (Die Parteitagsdelegierten erheben sich und singen die Bundeshymne.)

Schluß des Bundesparteitages: 14 Uhr